

**HESSISCHER LANDTAG**

24. 11. 2004

51. Sitzung

Wiesbaden, den 24. November 2004

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	3395	Einzelplan 05	
<i>Entgegengenommen</i>	3395	58. Antrag der Fraktion der CDU betreffend Video-	
Präsident Norbert Kartmann	3395	konferenztechnik	
		– Drucks. 16/3176 –	3456
1. a) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landes-		<i>Beratung begonnen</i>	
regierung für ein Gesetz über die Feststellung		Dr. Michael Reuter	3452
des Haushaltsplans des Landes Hessen für das		Axel Wintermeyer	3453
Haushaltsjahr 2005 (Haushaltsgesetz 2005) und		Dr. Andreas Jürgens	3455, 3460
zur Änderung der Hessischen Landeshaushalts-		Nicola Beer	3456
ordnung		Staatssekretär Herbert Landau	3458
– Drucks. 16/3193 zu Drucks. 16/2703 –	3395	Präsident Norbert Kartmann	3460
<i>Beratung begonnen</i>			
b) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landes-		Einzelpläne 06, 17 und 18	
regierung für ein Finanzausgleichsänderungsge-		25. Antrag der Fraktion der SPD betreffend Ausver-	
setz 2005		kauf Hessens durch falsches Immobilienmanage-	
– Drucks. 16/3194 zu Drucks. 16/2700 –	3395	ment der Landesregierung	
Hierzu:		– Drucks. 16/2725 –	3460
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/		<i>Beratung begonnen</i>	
DIE GRÜNEN		Norbert Schmitt	3460
– Drucks. 16/3221 und 16/3222 –	3395	Frank-Peter Kaufmann	3462
<i>Beratung begonnen</i>		Gottfried Milde (Griesheim)	3464
Jürgen May	3395	Roland von Hunnius	3466
Präsident Norbert Kartmann	3396	Minister Karlheinz Weimar	3467
Vizepräsident Frank Lortz	3505	Vizepräsident Lothar Quanz	3470
Einzelplan 01		Einzelplan 07	
Präsident Norbert Kartmann	3396	27. Entschließungsantrag der Fraktion der CDU be-	
		treffend Landesprogramm „Bürgschaft ohne	
Einzelplan 02		Bank“ erfolgreich angelaufen!	
Jürgen Walter	3396	– Drucks. 16/2730 –	3470
Tarek Al-Wazir	3405	<i>Beratung begonnen</i>	
Ministerpräsident Roland Koch	3414		
Jörg-Uwe Hahn	3426	30. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses	
Dr. Franz Josef Jung (Rheingau)	3435	für Wirtschaft und Verkehr zu dem Entschließungs-	
Präsident Norbert Kartmann	3442	antrag der Fraktion der SPD betreffend Zukunft	
		der Investitionsbank in Hessen	
Einzelplan 03		– Drucks. 16/2603 zu Drucks. 16/2227 –	3470
Günter Rudolph	3442	<i>Beratung begonnen</i>	
Birgit Zeimet-Lorz	3444		
Jürgen Frömmrich	3446	31. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses	
Jörg-Uwe Hahn	3448	für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der	
Minister Volker Bouffier	3450	Fraktion der FDP betreffend hessische Wirtschafts-	
Präsident Norbert Kartmann	3452	förderung	
		– Drucks. 16/2604 zu Drucks. 16/2472 –	3470
		<i>Beratung begonnen</i>	

	Seite
Uwe Frankenberger	3470
Mathias Wagner (Taunus)	3472
Michael Boddenberg	3474
Dieter Posch	3476
Minister Dr. Alois Rhiel	3479
Vizepräsident Lothar Quanz	3482
Einzelplan 08	
Petra Fuhrmann	3482
Kordula Schulz-Asche	3485
Florian Rentsch	3486
Anne Oppermann	3488
Ministerin Silke Lautenschläger	3490
Vizepräsident Frank Lortz	3492
Einzelplan 09	
42. Antrag der Fraktion der SPD betreffend geplanter Kellereineubau der Hessischen Staatsweingüter-GmbH – Drucks. 16/2827 –	3492
<i>Beratung begonnen</i>	
117. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Kosteneinsparung durch ein alternatives Kellereikonzzept für die Hessische Staatsweingüter GmbH – Drucks. 16/3239 –	3492
<i>Beratung begonnen</i>	

	Seite
Ursula Hammann	3492
Gernot Grumbach	3493
Heinrich Heidel	3496
Martin Häusling	3497
Christel Hoffmann	3499
Elisabeth Apel	3500
Michael Denzin	3502
Ministerpräsident Roland Koch	3503
Minister Wilhelm Dietzel	3504
Vizepräsident Frank Lortz	3505
Einzelplan 10	
Vizepräsident Frank Lortz	3505
Einzelplan 11	
Vizepräsident Frank Lortz	3505
86. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 16/2821 –	3505
<i>Beschlussempfehlungen angenommen</i>	
Vizepräsident Frank Lortz	3505

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
Vizepräsident Frank Lortz
Vizepräsident Lothar Quanz
Vizepräsidentin Ruth Wagner

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar
Minister der Justiz Dr. Christean Wagner
Kultusministerin Karin Wolff
Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel
Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel
Sozialministerin Silke Lautenschläger
Staatssekretär Dirk Metz
Staatssekretärin Oda Scheibelhuber
Staatssekretär Harald Lemke
Staatssekretär Herbert Landau
Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi
Staatssekretär Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard
Staatssekretär Bernd Abeln
Staatssekretär Karl-Winfried Seif
Staatssekretär Gerd Krämer

Abwesende Abgeordnete:
Evelin Schönhut-Keil

(Beginn: 9.05 Uhr)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 51. Plenarsitzung am 24. November 2004. Ich heiße Sie alle herzlich willkommen und wünsche einen guten Morgen.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest. – Dem widerspricht keiner, damit ist dies so.

Erledigt sind die Tagesordnungspunkte 1, 2, 3, 4, 5, 8, 26, 36, 40, 47, 50, 57, 71, 72, 97, 98 und 99.

Wir tagen heute durchgehend bis 19 Uhr. Wir beginnen mit dem Tagesordnungspunkt 10 a, Zweite Lesung des Haushaltsgesetzes 2005, mit Aufruf der Einzelpläne und der zugeordneten Tagesordnungspunkten. Danach folgt Tagesordnungspunkt 10 b, Zweite Lesung des Finanzausgleichsänderungsgesetzes.

Auf Ihren Plätzen liegt ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP, Drucks. 16/3241, zu Tagesordnungspunkt 13, dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Hessisches Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen und zur Änderung anderer Gesetze, Drucks. 16/2607.

Wie von der SPD-Fraktion gestern beantragt, soll der Antrag von Abgeordneten der SPD betreffend eine solidarische Bürgerversicherung für alle, Drucks. 16/3169, am Donnerstag nach den Anträgen betreffend eine Aktuelle Stunde, Tagesordnungspunkt 89, aufgerufen werden. Eine Aussprache erfolgt nicht.

Ich hatte gestern bereits Herrn Staatsminister Riebel entschuldigt, das tue ich heute in Wiederholung.

Heute wird um 13 Uhr im Umgang des Plenarsaals die Ausstellung des Hessischen Wirtschaftsarchivs e. V., Darmstadt, zum Thema „Reisebilder aus Hessen – Fremdenverkehr, Tourismus und Kur seit dem 18. Jahrhundert“ eröffnet. Diese Ausstellung sei Ihnen anempfohlen. Vielleicht finden Sie sich auf einigen Bildern wieder, es könnte ja sein. Es handelt sich um unsere Heimat, die ausgestellt wird.

Außerdem findet heute eine Veranstaltung „Jugend meets Politik“ – also trifft – im Umgang des Plenarsaals statt.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– Herr Hahn, ich habe es extra für Sie übersetzt.

(Allgemeine Heiterkeit – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war für Herrn Kollegen Müller!)

– Herr Kollege Müller ist als Problemfall erkannt.

(Allgemeine Heiterkeit)

– Spaß muss sein, ohne Spaß ist der ganze Tag nicht auszuhalten.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10 a** auf:

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2005 (Haushaltsgesetz 2005) und zur Änderung der Hessischen Landeshaushaltsordnung – Drucks. 16/3193 zu Drucks. 16/2703 –

Außerdem rufe ich **Tagesordnungspunkt 10 b** auf:

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2005 – Drucks. 16/3194 zu Drucks. 16/2700 –

Außerdem werden hierzu die **Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 16/3221 und 16/3222**, aufgerufen.

Ich fordere zunächst den Berichterstatter auf, zu berichten. Herr Kollege May, Sie haben das Wort.

Jürgen May, Berichterstatter:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen aus der jedes Jahr wieder vergnüglichen Sitzung des Haushaltsausschusses berichten. Zwischen der ersten und zweiten Lesung nehmen wir uns immer ausführlich Zeit. Allerdings konnte durch eine kompromisslose Sitzungsleitung die Dauer der Sitzung auf elf Stunden beschränkt werden. Das hat uns letztendlich auch zum Erfolg geführt. Ich berichte Ihnen über die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2005 (Haushaltsgesetz 2005) und zur Änderung der Hessischen Landeshaushaltsordnung mit den vorgelegten Änderungsanträgen der Fraktionen.

Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des Änderungsantrags Drucks. 16/2905 in zweiter Lesung anzunehmen.

Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, zu den Einzelplänen folgende Beschlüsse zu fassen. – Diese sind nun im Einzelnen aufgelistet, das verlese ich Ihnen nicht. Ich verlasse mich auf Ihre Lesekompetenz und berichte weiter.

Der Gesetzentwurf war dem Haushaltsausschuss in der 47. Plenarsitzung am 5. Oktober 2004 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden. Die Änderungsanträge wurden dem Haushaltsausschuss je nach Eingang vom Präsidenten überwiesen.

Die Berichterstatterinnen und Berichterstatter haben in der Zeit vom 6. bis 18. Oktober 2004 die kursorische Lesung der Einzelpläne durchgeführt.

Der Haushaltsausschuss hat die Kommunalen Spitzenverbände und den Landeswohlfahrtsverband Hessen in seiner Sitzung am 17. November 2004 angehört.

In seiner Sitzung am 17. November 2004 hat der Haushaltsausschuss den Gesetzentwurf, die Einzelpläne und die Änderungsanträge behandelt und mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP die zuvor genannte Beschlussempfehlung gefasst.

Dies war der erste Teil, nun kommt der zweite Teil: Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2005.

Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des Änderungsantrags Drucks. 16/2906 und folgender weiterer Änderung in zweiter Lesung anzunehmen:

Das Wort „Modellprojekte“ wird jeweils durch das Wort „Projekte“ ersetzt.

Der Gesetzentwurf war dem Haushaltssausschuss in der 47. Plenarsitzung am 5. Oktober 2004 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden. Der Änderungsantrag war dem Haushaltsausschuss am 11. November 2004 vom Präsidenten überwiesen worden.

Der Haushaltsausschuss hat in seiner Sitzung am 17. November 2004 eine öffentliche mündliche Anhörung durchgeführt.

Der Haushaltsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 17. November 2004 beraten und mit den Stimmen der Fraktion der CDU gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der FDP bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die eben wiedergegebene Beschlussempfehlung gefasst. Zuvor wurden der Änderungsantrag sowie die mündlich eingebrachte Änderung einstimmig angenommen.

(Beifall)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege May, ich danke Ihnen für die Berichterstattung.

Meine Damen und Herren, wie Sie der Tagesordnung sowie der Anlage zu Tagesordnungspunkt 10 a entnehmen können, werden verschiedene Tagesordnungspunkte mit Einzelplänen aufgerufen. Die Abstimmung über die Einzelpläne findet allerdings vereinbarungsgemäß erst am Ende der Beratung über alle Einzelpläne, d. h. am morgigen Donnerstag, statt.

Aus der Anlage zu Tagesordnungspunkt 10 a können Sie ebenfalls entnehmen, dass sich die Fraktionen hinsichtlich der Aussprache über den jeweiligen Einzelplan im Ältestenrat auf eine Redezeit von 145 Minuten je Fraktion ohne Begrenzung des einzelnen Redners bzw. der einzelnen Rednerin verständigt haben. Pro Fraktion stehen also 145 Minuten zur Verfügung, wobei maximal 25 Minuten auf den Donnerstag übertragen werden können und 20 Minuten auf den Donnerstag übertragen werden müssen. 5 von diesen 25 Minuten können also heute noch genutzt werden.

Um uns hier oben das Geschäft zu erleichtern, haben die Fraktionen für die jeweiligen Einzelpläne eine Redezeit angemeldet. Diese Gesamtredzeitliste liegt uns vor. Das ist das Buch mit den sieben Siegeln.

Ich rufe nun

Einzelplan 01 – Hessischer Landtag –

auf. Vereinbarungsgemäß findet hierzu keine Aussprache statt, sodass dieser Aufruf gleichzeitig das Ende der Beratungen über diesen Einzelplan darstellt.

(Frank Gotthardt (CDU): Vielleicht noch einmal der Hinweis, dass es keine Kurzintervention gibt!)

– Vielen Dank, Herr Gotthardt. Herr Gotthardt weist darauf hin, dass für die Beratung des Haushaltsplans die Kurzintervention vereinbarungsgemäß ausgesetzt ist.

Nun rufe ich

Einzelplan 02 – Hessischer Ministerpräsident –

auf. Ich erteile hierzu dem Vorsitzenden der Fraktion der SPD, dem Kollegen Walter, das Wort.

Jürgen Walter (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Generaldebatte zum Haushalt wird gelegentlich und nicht zu Unrecht als Generalabrechnung über die Politik einer Regierung bezeichnet.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Dann muss man aber rechnen können!)

Im Vordergrund stehen nicht die einzelnen Kapitel des Haushalts, sondern es geht darum, eine Bilanz der Politik der Landesregierung des vergangenen Jahres zu ziehen, also darum, was sich verbessert und was sich verschlechtert hat in unserem Land. Zum anderen geht es natürlich um die Frage: Was soll in der Zukunft geschehen? Wer hat die besseren Konzepte für die Menschen in unserem Land?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte Ihnen die Ergebnisse meiner Überlegungen vorab bekannt geben:

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Jetzt bin ich gespannt! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Jetzt kommt die Überraschung!)

Der schwarze Ministerpräsident unseres Bundeslandes Hessen schreibt tiefröte Zahlen. Herr Ministerpräsident, wären Sie Vorstandsvorsitzender eines Privatunternehmens, dann hätte Sie der Aufsichtsrat längst aus dem Amt entfernt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Wirtschaftsmagazine würden Sie zum Kapitalvernichter des Jahres kürten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bilanz der Landesregierung des vergangenen Jahres ist katastrophal.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben?)

Auch in Zukunft, mit dem Haushalt 2005, sieht es nicht besser aus. Ihr Wirtschaftsplan, Herr Ministerpräsident, bietet keinerlei positive Perspektiven. Konzepte zur Verbesserung der Lage sucht man vergebens. Eine Strategie, um den Abwärtstrend umzukehren: Fehlanzeige.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie wollten uns doch Ihre Überlegungen kundtun, Herr Kollege!)

Das vergangene Jahr war gekennzeichnet durch die „Operation düstere Zukunft“. Jetzt droht es finster zu werden in unserem Lande.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Rafael Reißer (CDU): Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben?)

Wer solche Behauptungen aufstellt, der muss sie auch begründen. Ich will dies tun.

Erste Bilanz. Haushalt 2004. Das Programm „Operation sichere Zukunft“ wurde uns vor einem Jahr vom Herrn Ministerpräsidenten und seinem Finanzminister als „epochales Werk“ zur Sanierung des Haushalts vorgestellt. – Ist der Finanzminister überhaupt anwesend? Das wäre in einer Haushaltsdebatte recht hilfreich.

(Minister Stefan Grüttner: Er ist da!)

– Ah, er ist oben. – Mit dem gestrigen Nachtrag steigen die Schulden unseres Landes im Jahr 2004 auf 1.652 Millio-

nen €. Damit wird die Verfassungsgrenze um über 90 % überschritten. Der Kollege Kahl hat gestern darauf hingewiesen.

(Norbert Schmitt (SPD): Unglaublich!)

Man muss sich das einmal vergegenwärtigen: O-Ton Roland Koch vor einem Jahr: Dies ist das größte Sparprogramm in der Geschichte unseres Bundeslandes Hessen.

(Heiterkeit bei der SPD – Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Union, historisch an Ihrem Programm sind allein die Ergebnisse: Mit diesem Programm haben wir die zweithöchste Verschuldung in der Geschichte unseres Bundeslandes Hessen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie sind mit Ihrem Programm „Operation sichere Zukunft“ komplett gescheitert, und unser Bundesland Hessen steigt weiter ab.

Zweite Bilanz: Schulden. Am Ende dieses Jahres werden die Gesamtschulden des Landes auf über 30 Milliarden € ansteigen. Um die Dramatik dieser Situation einmal deutlich zu machen: Ich schätze, dass mir der Herr Ministerpräsident anschließend ungefähr eine Stunde lang antworten wird. Allein in dieser einen Stunde werden die Schulden unseres Landes um 180.000 € steigen. Stunde um Stunde, Tag für Tag, steigen die Schulden in unserem Land um 180.000 €.

(Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Herr Ministerpräsident, Sie sind einmal mit dem Ziel angetreten, den Haushalt dieses Landes zu konsolidieren. Sie wollten einmal einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Ich stelle fest: Sie sind mit Ihrem Ziel, den Haushalt auszugleichen, komplett gescheitert.

(Beifall bei der SPD)

Dritte Bilanz: Kommunalpolitik, Kommunalfreundlichkeit. Die Schlüsselzuweisungen an die Kommunen sind in Hessen von 2003 auf 2004 um durchschnittlich 18 % gesunken. Das ist deutlich mehr als in allen anderen Bundesländern Deutschlands.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Das Ergebnis: Die hessischen Landkreise sind die am stärksten verschuldeten Landkreise in ganz Deutschland.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Viele Kommunen sind komplett handlungsunfähig. Und Sie wollten einmal die kommunalfreundlichste Regierung in Deutschland sein. Meine sehr verehrten Damen und Herren, auf solche Freunde können die Kommunen in Hessen getrost verzichten.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vierte Bilanz: Flughafenbau. Ursprünglich sollte die neue Bahn im Jahre 2007 in Betrieb gehen. Da Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Landesregierung, aber auch keinen Fehler beim Genehmigungsverfahren auslassen, hoffen Sie nun öffentlich auf das Jahr 2009.

Das Ergebnis ist: mindestens 40.000 neue Arbeitsplätze mindestens zwei Jahre später. Herr Ministerpräsident,

wieder heißt es: Ziel verfehlt, neue Arbeitsplätze verhindert, mit Hessen geht es weiter bergab.

(Beifall bei der SPD)

Fünfte Bilanz: Wirtschaftskraft. Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach dem aktuellen Dynamikranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der „Wirtschaftswoche“ ist Hessen im vergangenen Jahr von Platz drei auf Platz neun abgerutscht: Herr Ministerpräsident, Mittelfeld statt Premiumklasse.

Sechste Bilanz: Regionalreform. Im letzten Jahr ist bei der Regionalreform nichts passiert.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Keine der versprochenen Kooperationen ist Wirklichkeit geworden. Wir haben wieder ein Jahr verloren, in dem die anderen europäischen Spitzenregionen stärker geworden sind und wir schwächer. Der Ballungsraum Rhein-Main, der zentrale Wirtschaftsraum in unserem Land, verliert im Vergleich zu den anderen europäischen Spitzenregionen ständig an Boden.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Na, na! Keine Schärfe!)

Paris und London sind mittlerweile weit enteilt. In sozialdemokratischen Regierungszeiten waren wir einmal in dieser Liga.

(Lachen bei der CDU – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Aber, Herr Kollege!)

– Herr Kollege Jung, sie kennen doch diese Aufstellung. Noch vor fünf, sechs Jahren war der Ballungsraum Rhein-Main nach London und Paris der drittstärkste Wirtschaftsraum in Europa. Mittlerweile stehen wir auf Platz zwölf.

(Zurufe von der CDU)

Nach uns kommt Nordschottland. Sie selbst haben gesagt: Wir brauchen diese Regionalreform, um dies zu ändern.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich stelle fest: wieder ein verlorenes Jahr. Andere werden auf Kosten unseres Landes stärker.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Na, na, na! – Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Was macht der Herr Ministerpräsident in dieser Situation? Nichts ist passiert. Das ist die „FAZ“ vom 20.11.: „Ministerpräsident schmeichelt und droht den Rathäusern.“ Herr Ministerpräsident, wir brauchen keine verbale Kraftmeierei, wir brauchen Ergebnisse in der Politik.

(Beifall bei der SPD)

Siebte Bilanz: Arbeitslosigkeit.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

– Ich rede hier nicht von Statistiken, die Sozialdemokraten in den Hinterzimmern aufstellen. Herr Kollege, das sind alles Zahlen, die relativ belegt sind.

(Frank Gotthardt (CDU): Relativ!)

Jetzt rede ich z. B. über die Statistiken der Bundesagentur für Arbeit. Das muss man dann schon feststellen: In den letzten zwölf Monatsstatistiken der Bundesagentur für Arbeit war unser Bundesland Hessen elfmal das Land mit dem stärksten Anstieg der Arbeitslosigkeit im bundesweiten Vergleich. Herr Ministerpräsident, Sie sagen

gern: „Wir sind nicht daran schuld. Die in Berlin sind daran schuld.“ Ich rede momentan vom innerdeutschen Vergleich der Bundesländer. Von zwölf Monaten war in Hessen die Arbeitslosigkeit elfmal am stärksten in ganz Deutschland gestiegen. Herr Ministerpräsident, Sie sind mit Ihrer Wirtschaftspolitik in diesem Land komplett gescheitert.

(Beifall bei der SPD)

Achte Bilanz: Lehrerversorgung.

(Zuruf des Abg. Helmut Peuser (CDU))

Nach dem Zuweisungserlass des Hessischen Kultusministeriums für das laufende Schuljahr fehlen in Hessen 2.200 Lehrerinnen und Lehrer.

(Zuruf des Abg. Helmut Peuser (CDU))

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Union, das sind wieder keine sozialdemokratischen Zahlen,

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

sondern die Zahlen Ihres Kultusministeriums: In Hessen fehlen 2.200 Lehrkräfte. Ihre Unterrichtsgarantie ist zur Farce geworden. Frau Wolff, davon hören wir auch nichts mehr.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU)

Frau Wolff, mittlerweile laufen die Lehrer, die Eltern, die Schüler und die Verbände Sturm gegen die Bildungspolitik Ihrer Regierung: 73.000 Unterschriften in nur zwei Wochen.

(Zurufe der Abg. Horst Klee und Boris Rhein (CDU))

Was macht die Union? Statt die Ängste der Menschen ernst zu nehmen, bekämpft Ihr schulpolitischer Sprecher, Herr Irmer, wahrlich ein echtes Vorbild humanistischer Bildung, die Menschen in unserem Land

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

und deklariert sie, indem er sagt, das sei eine Kampagne, die gegen diese Landesregierung gestartet sei. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage es Ihnen deutlich: Wer sich jemanden wie den Herrn Irmer als schulpolitischen Sprecher leistet, der kann keine gute Schulpolitik in einem Bundesland machen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Horst Klee (CDU): Klamauk! – Clemens Reif (CDU): War das alles? – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Neunte Bilanz: Ganztagschulen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die rot-grüne Bundesregierung stellt den Ländern 4.000 Millionen € für die Schaffung von Ganztagsangeboten zur Verfügung.

(Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unter allen Ländern rufen wir in Hessen die geringsten Mittel aus diesem Topf ab.

(Günter Rudolph (SPD): Ein Skandal!)

Frau Kultusministerin, das wenigste wird Absicht sein, das meiste Unfähigkeit. Im Ergebnis ist es aber doch so: Die anderen Länder werden stärker, und wir werden im bundesdeutschen Vergleich schlechter.

(Beifall bei der SPD)

Es kann doch nicht wahr sein, dass das Bundesland Hessen auf diese Mittel verzichtet, andere Länder diese Mittel abrufen, mit Ganztagschulen ihre Bildungsangebote verbessern und dem Bundesland Hessen immer weiter enteilen. Was ist denn da los, Frau Wolff? Warum ruft das Bundesland Hessen im Vergleich aller Bundesländer die wenigsten Mittel aus diesem Topf ab?

(Beifall bei der SPD)

Zehnte Bilanz: Hochschulen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den Zeiten von Frau Wissenschaftsministerin Wagner haben Sie den Hochschulpakt gefeiert. Mittlerweile – zumindest ist das mein Eindruck – nehmen Sie das Wort Hochschulpakt überhaupt nicht mehr in den Mund. Herr Minister Corts, das erstaunt in der Tat nicht.

(Nicola Beer (FDP): Es gibt ihn ja auch nicht mehr! – Zuruf des Ministers Dr. Alois Rhiel)

– Sie nehmen das Wort Hochschulpakt noch in den Mund? Hoffentlich verschlucken Sie sich nicht daran. – Nach dem System der leistungsorientierten Mittelzuweisung fehlen den Hochschulen im nächsten Jahr 190 Millionen €. Hessens Universitäten werden zu Armenhäusern.

(Lachen bei der CDU – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Wo leben Sie eigentlich?)

– Lachen Sie ruhig. Ich nenne drei Artikel: An der Darmstädter Universität sind 250 Stellen gefährdet. Der Uni Kassel fehlen 26 Millionen €. Studiengänge drohen geschlossen zu werden.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Schon einmal etwas von Altlasten gehört?)

Überschrift: „Darmstadt – das Land schwächt die Universität“. Ich stelle fest: Hochschulpakt gebrochen, statt Bildungspolitik Mangelverwaltung an den Hochschulen.

(Beifall bei der SPD)

Elfte Bilanz: innere Sicherheit. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die innere Sicherheit und der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität sind doch eines ihrer wichtigen Themen. Herr Minister Bouffier, in den letzten beiden Jahren ist die Kriminalität in unserem Bundesland Hessen um über 11 % gestiegen. Der Kollege Rudolph hat in diesem Hause schon des Öfteren darauf hingewiesen.

(Boris Rhein (CDU): Und die Aufklärungsquote?)

Wie reagieren Sie auf diese Gefährdung der Bürgerinnen und Bürger? Sie reagieren auf die gestiegene Kriminalität mit dem Abbau bei der Polizei und bei der Justiz. Meine sehr verehrten Damen und Herren, waren bei Ihrer Regierungsübernahme im Jahre 1999 noch rund 16.000 Polizisten im hessischen Landesdienst aktiv, sind es jetzt nur noch 14.000: in der Zeit der Regierung des Herrn Ministerpräsidenten Koch und des Innenministers Bouffier ein Rückgang um 2.000 Polizistinnen und Polizisten.

(Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

Bei den Richtern und Staatsanwälten plant die Landesregierung bis zum Ende dieser Legislaturperiode – Herr Minister Wagner ist nicht da – einen Abbau von 179 Stellen. Allein im nächsten Jahr werden 51 Juristen weniger in Hessen Dienst tun. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist die hessische Politik für die innere Sicherheit in unserem Lande. Die Kriminalitätsrate geht nach

oben, die Anzahl der Stellen bei der Polizei, bei den Staatsanwälten und bei den Richtern geht nach unten, und mit unserem Bundesland geht es bergab.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, ich könnte diese Bilanz noch eine Weile fortsetzen.

(Clemens Reif (CDU): Machen Sie doch!)

Wenn ich diese Bilanz aber fortsetze, dann reichen die 180.000 € pro Stunde wahrscheinlich nicht, denn dann müsste der Ministerpräsident noch länger reden, um das ein Stück weit zu erklären.

(Zuruf des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Ich denke, es ist deutlich geworden, dass unser Bundesland unter der Verantwortung der Union schwächer geworden ist.

Unter sozialdemokratischer Führung stand Hessen immer an der Spitze der deutschen Bundesländer.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU)

– Das mag bei Ihnen zu einem gewissen Lacheffekt führen, aber Sie sollten die Realitäten zur Kenntnis nehmen.

(Zurufe von der CDU)

Die Menschen in unserem Lande merken, dass es bergab geht, und ich glaube, auch die hessische Union merkt, dass es mit ihr in unserem Lande bergab geht.

(Beifall bei der SPD – Lachen und Zurufe von der CDU)

Herr Ministerpräsident, natürlich werden Sie diese Bilanzzahlen bestreiten. Wenn Sie nachher antworten, bedenken Sie aber bitte, dass die Zahlen, die ich Ihnen eben genannt habe, verbürgt sind. Sie stammen, wie gesagt, zu einem nicht ganz unwesentlichen Teil aus Veröffentlichungen Ihrer eigenen Häuser. Ich fordere Sie deshalb auf, Herr Ministerpräsident: Hudeln Sie nicht einfach mit ein wenig verbaler Kosmetik über die harten Fakten hinweg. Erklären Sie dem Hause, was in Ihrer Regierung los ist. Was sind die Gründe dafür, dass es mit Hessen bergab geht? Vor allen Dingen und ganz konkret: Wie sehen Ihre Konzepte aus, um diesen Abwärtstrend umzukehren? Wie sieht Ihre Strategie aus, das Land Hessen wieder nach vorne zu bringen? Ich denke, dieses Haus, aber auch die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande haben einen Anspruch darauf, zu erfahren, was geschehen soll, damit es wieder besser wird.

(Beifall bei der SPD – Clemens Reif (CDU): Hudel-Walter! – Weiter Zurufe von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage Sie: Was ist das Mindeste, was man von einer Landesregierung bei der Vorlage eines Haushaltsplanentwurfs erwarten darf? Sind das vielleicht Haushaltstitel, die erkennbare politische Strategien in sich bergen, um das Land wieder nach vorne zu bringen? Sind es politische Schwerpunktsetzungen, an denen man über das Für und Wider diskutieren kann? Oder ist es vielleicht nur die Bereitstellung von Mitteln, um eine halbwegs ordentliche Verwaltung in einem Lande aufrechterhalten zu können? Nein, ich glaube, es ist noch viel einfacher. Das Mindeste, was man von einer Landesregierung erwarten darf, ist, dass sie den Ordnungsrahmen einhält, der ihr von der Verfassung vorgegeben ist.

Kurz gesagt: Man kann von ihr erwarten, dass sie nicht gegen die Verfassung verstößt.

(Beifall bei der SPD)

Die Hessische Landesregierung behandelt die Hessische Verfassung allerdings so, als wäre sie ein unverbindliches beschriebenes Stück Papier. Der Finanzminister hat aus der Verfassungsgrenze der Verschuldung bereits eine „Regelgrenze“ gemacht. Mit dem Haushaltsentwurf 2005 legt Herr Finanzminister Weimar nunmehr zum vierten Mal in Folge einen verfassungswidrigen Haushalt vor. Offiziell wird die Verfassungsgrenze um 280 Millionen € überschritten. Hinzu kommen allerdings die verschleierte Schulden aus den Sale-and-rent-back-Geschäften in Höhe von 850 Millionen €. Darauf werde ich noch eingehen.

Sie legen den vierten verfassungswidrigen Haushalt in Folge vor. Waren die Haushalte 2002 und 2003 wenigstens noch bei ihrer Vorlage verfassungskonform, so verstoßen die Haushalte 2004 und 2005 bereits bei ihrer Vorlage gegen die Verfassung. Kurzum, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung hat noch nicht einmal versucht, ihre Pflicht zu erfüllen.

(Beifall bei der SPD)

Es würde mich überhaupt nicht wundern, wenn der Herr Finanzminister, nachdem er nun vier verfassungswidrige Haushalte zu verantworten hat, demnächst eine Art Gewohnheitsrecht zum Bruch der Verfassung für sich reklamieren würde.

(Heiterkeit bei der SPD)

Aus dem Justizvollzug wissen wir: Wiederholungstäter sind am schwersten resozialisierbar.

(Heiterkeit bei der SPD)

Aus dem Justizvollzug wissen wir, dass auch das soziale Umfeld bei der Resozialisierung eine nicht ganz untergeordnete Rolle spielt. Wenn ich mir die Damen und Herren der Landesregierung anschau, mit denen der Herr Finanzminister einen Großteil seiner Zeit verbringt, dann muss ich deutlich sagen, dass der Resozialisierungserfolg ausgesprochen gefährdet ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Clemens Reif (CDU): Sprechen Sie aus der Erfahrung bei der Resozialisierung von Herrn Eichel?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die hier in Rede stehende Verfassungsnorm, das Verbot, mehr Schulden aufzunehmen, als Investitionen getätigt werden, ist kein unverbindlicher Programmsatz. Diese Norm ist nichts anderes als eine Schutzvorschrift – eine Schutzvorschrift für die zukünftigen Generationen. Die zukünftigen Generationen sollen davor geschützt werden, dass wir, die heutige Generation, unsere Probleme zu ihren Lasten in die Zukunft abwälzen. Herr Ministerpräsident, auch Sie argumentieren gelegentlich so und sagen, wir dürften den zukünftigen Generationen nicht noch mehr zumuten. Auch Sie sagen, dass wir versuchen müssen, die Probleme der heutigen Generation mit den Mitteln der heutigen Generation zu lösen, und dass wir die Lösung der Probleme nicht in die Zukunft verschieben dürfen. Ich stelle fest: Mit Ihrer Verschuldungspolitik betreiben Sie eine Politik nach dem Motto „Nach mir die Sintflut“, und die künftigen Generationen müssen Ihr Versagen ausbaden.

(Beifall bei der SPD)

In Ihrem Regierungsprogramm 2003 hatten Sie noch Visionen für Hessen. Mittlerweile haben Sie nur noch Heim-suchungen. Sie stolpern durch die Tagespolitik. Sie retten sich von Tag zu Tag. Ihnen fehlt es an Konzepten, an einer Strategie und vor allen Dingen an dem Mut, das Notwendige zu tun und das Überflüssige zu lassen. Ich sage es nochmals: Ihnen fehlt es an Konzepten, an Strategien und vor allen Dingen an dem Mut, das zu tun, was jetzt notwendig ist.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie tun Ihre Pflicht für dieses Land nicht. Sie haben im April letzten Jahres an dieser Stelle den Eid geleistet, die Hessische Verfassung zu schützen und zu wahren. Seit dieser Eidesleistung haben Sie zwei verfassungswidrige Haushalte eingebracht. Herr Ministerpräsident, Pflichterfüllung ist doch ein Thema, das Sie in öffentlichen Reden sehr gerne ansprechen. Sie ermahnen und erinnern die Menschen in unserem Lande sehr gern an ihre Pflichten – an ihre Pflichten gegenüber der Familie, gegenüber dem Nächsten und gegenüber der Gesellschaft. Ich frage Sie: Wie sieht es mit Ihrer eigenen Pflichterfüllung aus? Handeln Sie nach der alten christdemokratischen Überzeugung, dass Pflichten nur für die anderen gelten und Christdemokraten diese Pflichten nicht wahrnehmen müssen? Liebe Kolleginnen und Kollegen, das erinnert mich doch sehr an die Ausführungen von Manfred Kanther in dem Prozess vor der Wiesbadener Strafkammer. Eine Kurzzusammenfassung seiner Erläuterungen würde heißen: Alle müssen die Gesetze einhalten, aber wir Christdemokraten dürfen sie gelegentlich zum Schutze der Gesellschaft überschreiten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht wird sich auch der eine oder andere Liberale mittlerweile fragen, ob es wirklich eine gute Idee war, diesem Ministerpräsidenten das Amt zu retten.

Bevor ich das Thema Neuverschuldung verlasse, möchte ich auf die verdeckte Neuverschuldung durch die Sale-and-rent-back-Geschäfte eingehen. Herr Finanzminister, es wurde hier mehrfach gesagt, dass dem, der seine Immobilie veräußert, um sie nachher wieder anzumieten, das Wasser bis zum Halse stehen muss.

(Zurufe von der CDU)

– Ich gebe Ihnen Recht: Dem Finanzminister steht das Wasser nicht bis zum Hals, bei ihm ist es mittlerweile deutlich höher gestiegen, Herr Kollege Reif.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Denn nur so lässt sich erklären, warum ein Finanzminister bereit ist, höhere Mietzinsen zu zahlen, als er an Schuldzinsen aufzubringen hätte.

(Beifall bei der SPD)

Wir geben also mehr Geld für Miete aus, als wir bezahlen müssten, wenn wir entsprechend mehr Geld über die Neuverschuldung aufnehmen würden. Das kostet das Land Hessen im Ergebnis mehr Geld.

(Zurufe von der CDU)

Das ist ein verwunderlicher Vorgang – aber nicht bei diesem Finanzminister.

(Clemens Reif (CDU): Jetzt wissen wir, warum der Eichel so schlecht rechnen kann!)

– Herr Reif, das war der Versuch einer Hilfeleistung für den Finanzminister. Wir wollen wir einmal prüfen, ob das klappt. – Die etwas erstaunliche Geschichte, dass ein Finanzminister bereit ist, höhere Miet- als Schuldzinsen zu zahlen, ist überraschend. Bei diesem Finanzminister ist das gar nicht so überraschend.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben doch gewisse Erfahrungen mit diesem Finanzminister.

(Zurufe von der CDU)

Herr Weimar, ich glaube, Sie sind – wahrscheinlich weltweit – der einzige Finanzminister, der beim Verkauf einer Immobilie so lange und so hart weiterverhandelt hat, bis der Käufer endlich eingeknickt ist und bereit war, einen niedrigeren Kaufpreis zu zahlen. Ich denke an die Burg Staufenberg.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war schon eine Leistung. Das dauert eine Weile. So ähnlich sieht es wohl auch bei dem Verkauf des Behördenzentrums in der Gutleutstraße aus.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Der Finanzminister braucht 270 Millionen €. Er wendet sich an einen Fonds.

(Clemens Reif (CDU): Er braucht eigentlich mehr!)

– Herr Kollege Reif, für die Gutleutstraße hat der Finanzminister 270 Millionen € erhalten. – Er wendet sich also an einen Fonds. Dieser sagt ihm, wir geben dir 270 Millionen € als Darlehen für einen Zinssatz – – Herr Finanzminister, verbessern Sie mich; ich nehme an, dass das Land Hessen momentan einen Zinssatz zwischen 3 und 3,5 %, möglicherweise sogar weniger, an Schuldzinsen zu bezahlen hat.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Ein privater Häuslebauer bezahlt momentan 3,5 bis 3,8 % an Schuldzinsen.

(Zurufe des Ministerpräsidenten Roland Koch und des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Das sind momentan die öffentlichen Angebote, 3,5 bis 3,8 % Hypothekenzinsen. Ihnen wird ein Zinssatz von 3 bis 3,5 % für einen normalen Kredit angeboten.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies aber weckt den Ehrgeiz des Finanzministers. Er sagt, 3,2 bis 3,5 % Zinsen – so einfach ist das mit mir nicht zu machen. Und wieder wird so lange und so hart weiterverhandelt, bis der Fonds endlich resigniert, nachgibt und sagt: Okay, wir geben dir dieses Geld für 5,86 % Zinsen. – Der Finanzminister sagt dazu, als letzten Verhandlungsgag: Dafür übertrage ich dir das Eigentum am Behördenzentrum und an dessen wertvollem Grundstück in Frankfurt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer einen solchen Finanzminister hat, der braucht sich nicht zu wundern, wenn dieses Land Bankrott geht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU) – Clemens Reif (CDU): Ist das ein Zinssatz für D-Mark oder für Euro?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um bei diesem Thema zu bleiben: Der Herr Finanzminister hat angekündigt, er habe im nächsten Jahr weitere solche Großtaten im Umfang von 850 Millionen € vor.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Herr Boddenberg, bleiben wir einmal dabei. Möglicherweise gibt es auf Ihrer Seite doch noch ein Nachdenken. Denn der Herr Finanzminister sagt mittlerweile – das ist sozusagen der Benefit dieses Geschäfts –, der große Vorteil des Verkaufens und Rückmietens sei die größere Flexibilität für das Land.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Größere Flexibilität, wenn man verkauft und zurückmietet? Ich habe hier ein Interview, in dem der Finanzminister – der hier eben über seine eigene Aussage lacht – genau das sagt: Dies schafft uns größere Flexibilität.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für diese Aussage müsste man den Herrn Finanzminister zu einer medizinischen Untersuchung schicken. Denn es ist völlig klar: Wenn ich Eigentümer einer Immobilie bin, die ich nicht mehr brauche, dann räume ich sie und veräußere sie. Herr Finanzminister, wenn ich aber einen Mietvertrag mit einer Laufzeit von 30 Jahren abschließe, dann habe ich keine Chance, innerhalb dieser 30 Jahre etwas anderes zu machen als das, woran ich mich vertraglich gebunden habe.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch diese Anmietung haben Sie keine Flexibilität, sondern Sie binden dieses Land in einer weitaus größeren Art und Weise.

(Clemens Reif (CDU): Herr Walter, haben Sie jemals eine Immobilie besessen?)

Herr Finanzminister, Herr Reif, wir wissen alle, worüber wir reden.

(Lachen bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er weiß es nicht! – Clemens Reif (CDU): Sie offenbar nicht! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube schon, die wissen, was sie tun. Natürlich weiß der hessische Finanzminister, dass sein System, landeseigene Immobilien zu veräußern, um sie anschließend wieder anzumieten, ein System ist, das das Land Hessen teuer zu stehen kommt, und dass es ein System ist, das mehr Geld kostet als die ansonsten notwendige Schuldenaufnahme.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich weiß auch der Herr Finanzminister, dass langjährige mietvertragliche Bindungen alles andere bieten als eine größere Flexibilität.

Warum macht der Herr Finanzminister denn dies trotzdem? Die Antwort liegt auf der Hand. Herr Finanzminister, würden Sie diese Geschäfte nicht tätigen, müssten Sie weitere Schulden in Höhe von 850 Millionen € aufnehmen. Damit würde die komplette Haushaltskatastrophe in Hessen offensichtlich.

(Beifall bei der SPD)

All diese Geschäfte, die das Land Hessen Geld kosten, werden aus dem einzigen Grund getätigt: zu verschleiern, wie tief die Katastrophe ist, in die Sie, Herr Finanzminister

und Herr Ministerpräsident, uns hineingeführt haben, zulasten unseres Landes Hessen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bieten Ihnen Alternativen an, um die Verfassung einzuhalten.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Da muss man nur nach Berlin gucken!)

– Ich schaue ja nach Berlin. Herr Kollege, ich sage: Im Unterschied zur Union im Bund sehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Lande Hessen uns in der Pflicht,

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

der Konzeptionslosigkeit der Landesregierung eigene nachhaltige Konzepte für das Land Hessen entgegenzuhalten. Dabei geht es zunächst darum, die neue Schuldenaufnahme zu begrenzen. Wir wollen versuchen, diesen völlig verkorksten Landeshaushalt wenigstens verfassungsgemäß zu machen.

Durch unseren finanzpolitischen Sprecher Norbert Schmitt haben wir Ihnen unsere Sofortmaßnahme im Einzelnen vorgestellt und erläutert. Ich möchte das hier kurz zusammenfassen: Durch die Wiedereinführung der Grundwasserabgabe und durch die Angleichung der Immobilien mit den mobilen Werten bei der Erbschaftsteuer generieren wir Mehreinnahmen in Höhe von 306 Millionen €. Durch Einsparungen im Landeshaushalt – etwa den Verzicht auf den Ankauf des Erbacher Schlosses; ein Thema, das sich eigentlich für eine eigene Rede eignet – und eine Reduzierung bei den Kosten für die Einführung des völlig überdimensionierten Computersystems SAP R/3 – wenn man es richtig liest, empfiehlt das übrigens auch der Landesrechnungshof –

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

sowie durch eine Reduzierung der aufgeblähten Verfügungsmittel des Kabinetts verringern wir das Defizit um weitere 135 Millionen €. Von diesen insgesamt 441 Millionen € wollen wir 280 Millionen € für die Verminderung der Neuverschuldung einsetzen und so dem Verfassungsgebot Genüge tun, nicht mehr neue Schulden aufzunehmen, als wir an Investitionen tätigen. Die restlichen 159 Millionen € wollen wir dafür einsetzen, die größten Missstände in unserem Lande wenigstens etwas zu beheben. Der wichtigste Bereich ist das Sozialbudget. Wir wollen die Einschnitte, die Sie durch Ihre „Operation sichere Zukunft“ bei der hessischen sozialen Infrastruktur vorgenommen haben, wieder rückgängig machen.

(Beifall bei der SPD)

Übrigens zum Vergleich: Im Sozialetat haben Sie 30 Millionen € eingespart, für das Erbacher Schloss stellen Sie 13,5 Millionen € bereit, weitere 2,5 Millionen € an zusätzlichen Verfügungsmittel für Essen und Trinken für die Landesregierung. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht nur Sozialdemokraten in diesem Hause sagen, dies sei eine ordinäre Politik zulasten der Schwächsten in unserem Lande.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was ich Ihnen eben vorgestellt habe, ist kurzfristig notwendig, aber auch unerlässlich, um der Verfassung Genüge zu tun und die schlimmsten Missstände zu beheben. Mittel- und langfristig aber reicht dies natürlich bei weitem nicht aus, um Hessen wieder nach vorne zu bringen. Genau dies aber ist das Ziel der hessischen Sozialdemokraten: Hessen langfristig wieder nach vorne zu bringen. Dies sehen wir als unsere Pflicht an, wenn wir im Jahr 2008 wieder die Regierung in diesem Land übernehmen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Ich möchte mit den Finanzen beginnen, langfristige Konzepte. Meine sehr verehrten Damen und Herren, von langfristigen Konzepten haben Sie lange nichts mehr gesagt.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Erstens. Es reicht nicht aus, die Schulden zu begrenzen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen den Landeshaushalt ausgleichen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die von Ihnen aufgetürmten Schulden mit Überschüssen zurückführen.

(Lachen bei der CDU – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Siehe Eichel!)

– Mittlerweile lachen Sie bei einem solchen Ziel der Haushaltssanierung.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Wie wir das gerade in Berlin erleben!)

– Herr Jung, früher haben Sie dieses Ziel selbst einmal ins Auge gefasst. Ich sage Ihnen offen: Es wäre heuchlerisch, wenn die Opposition hier behaupten würde,

(Clemens Reif (CDU): Es ist heuchlerisch!)

dieses Ziel könnte ohne andere bundesrechtliche Vorgaben erreicht werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Ich glaube, dem stimmen auch Sie zu. Nur, Sie verfolgen dieses Ziel nicht mehr. Dafür müssen wir den Haushalt konsolidieren und die Schulden abbauen. Aber dazu benötigen wir andere bundesrechtliche Vorgaben.

Ich gebe der Landesregierung Recht, wenn sie sagt, dass wir bei den bundesrechtlichen Steuervorschriften Veränderungen brauchen. Allerdings werfe ich der Landesregierung vor, dass sie im Bundesrat Abstimmung für Abstimmung all das blockiert, was notwendig ist, um die Neuverschuldung abzubauen und die Haushalte zu konsolidieren.

(Beifall bei der SPD – Frank Gotthardt (CDU): Die Bundesregierung kann doch zurücktreten!)

– Herr Kollege Gotthardt, das, was Sie vorlegen, als „Konzept“ zu bezeichnen, ist etwas übertrieben. Aber Ihr Finanzminister hat uns seine Strategie in einem Interview mit der „FAZ“ vom 6. November mitgeteilt.

(Frank Gotthardt (CDU): Die Bundesregierung kann zurücktreten! Dafür brauchen wir keinen Bundesrat!)

Der Finanzminister sagt – das ist sein Konzept –:

Unternehmensteuern müssen ebenso abgesenkt werden wie Abgaben auf Zinsen, Dividenden und

Veräußerungsgewinne. Steuereinnahmen sind über Arbeitsplätze zu generieren.

Das ist der Originalton Karlheinz Weimar in einem Interview mit der „FAZ“ vom 06.11. Ich möchte das noch einmal feststellen: Die Unternehmensteuern müssen gesenkt werden. Die Steuern auf Zinsen, Dividenden und Veräußerungsgewinne müssen ebenfalls gesenkt werden. Steuereinnahmen sind über Arbeitsplätze zu generieren.

Herr Finanzminister, Sie haben bisher immer behauptet, dass die hessische Haushaltskatastrophe etwas mit der Steuerreform im Jahr 2000 zu tun habe. Sie haben immer behauptet, schuld an der hessischen Haushaltskatastrophe sei der Einbruch bei der Körperschaftsteuer. Meine Damen und Herren, was ist denn die Körperschaftsteuer?

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Eine Unternehmensteuer!)

– Das ist eine Unternehmensteuer. Jetzt muss man wirklich den Begriff „heuchlerisch“ verwenden. Eines von beiden geht nur: Entweder man beklagt die durch ein gesunkenes Steueraufkommen verursachten Einnahmefälle, oder man fordert, dass die Unternehmensteuern weiter gesenkt werden.

(Beifall bei der SPD)

Aber so ist Ihr Konzept. So sehen zurzeit in Deutschland alle Konzepte der Union aus.

Weiter: Sie wollen eine Entlastung der Einkünfte aus Zinsen, Dividenden und Veräußerungsgewinnen. Sie wollen also eine Entlastung der Kapitaleigentümer. Wer dies ausgleichen soll, haben Sie auch schon gesagt: die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das geschieht also über die Arbeitsplätze. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – so die Union – sollen zugleich länger ohne Lohn arbeiten, auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld verzichten und die Kosten für ihre Krankenkasse selbst tragen. Dies ist, zusammengefasst, das Konzept der Union.

Wir reden jetzt alle über ein vereinfachtes Steuerrecht. Auch ich halte das für notwendig. Das Konzept des Herrn Weimar ist offensichtlich noch einfacher als das des Abgängers Merz, der die Steuererklärung auf einem Bierdeckel unterbringen wollte. Das Konzept des Herrn Weimar lässt sich im Prinzip in zwei Sätzen zusammenfassen: Erstens. Die Finanzämter schreiben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an und stellen ihnen die Frage: Was haben Sie im letzten Jahr verdient? – Zweitens. Dann sagen die Finanzämter: Überweisen Sie uns das bitte.

(Beifall bei der SPD)

So geht das nicht. Wir brauchen angemessene Substanzsteuern, wie die von uns vorgeschlagene Angleichung der immobilien Werte an die mobilen Werte bei der Erbschaftsteuer.

(Zurufe von der CDU)

Wir brauchen einen mutigen Abbau von Subventionen, nicht aber diese Trippelschritte. Ich sage deutlich: Die Subventionen, die wir als überflüssig ansehen, müssen komplett gestrichen werden. Wir brauchen eine weitere Entlastung des Faktors Arbeit. Wir müssen die Lohnnebenkosten in diesem Land weiter senken. Die Lohnnebenkosten wirken teilweise wie eine Strafsteuer auf die Arbeit.

Meine Damen und Herren, jetzt werden Sie wieder schreien. Aber ich glaube, auch in Ihren Reihen ist das mittlerweile relativ klar; das zeigt sich zumindest, wenn

man nicht öffentlich miteinander redet: Erste Strategie. Wir werden nicht umhinkönnen, die Mehrwertsteuer deutlich zu erhöhen und die Lohnnebenkosten deutlich abzusenken. Das sind Schritte, bei denen man darüber diskutieren kann, wie wir dieses Land auf lange Sicht wieder nach vorne bringen können.

Zweite Strategie. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen Hessen wieder zum wirtschaftsstärksten Land in Deutschland machen. Hierfür brauchen wir eine wirtschaftspolitische Strategie. Wirtschaftspolitische Strategien lehnen Sie aber aus ideologischen Gründen ab. Herr Ministerpräsident, nach Ihrem neoliberalen Weltbild hat sich der Staat schlicht und einfach aus der Wirtschaft herauszuhalten. Es soll genügen, ordentliche Rahmen zu setzen. Der Rest kommt von ganz allein.

Meine Damen und Herren, gar nichts kommt von ganz allein. In der globalisierten Welt greifen die Staaten zunehmend an der Seite ihrer Unternehmen in die weltweite Konkurrenz ein. Das jüngste Beispiel bei uns in Hessen ist die Übernahme von Aventis durch die kleinere französische Firma Sanofi. Hier hat der französische Staat eine strategische Entscheidung getroffen. Der französische Staat hat gemeinsam mit der Firma Sanofi entschieden: Wir wollen, dass Frankreich ein wettbewerbfähiger Standort für ein global aktives Unternehmen ist. – Wir haben dem nichts entgegensetzen.

(Frank Gotthardt (CDU): Was hat Herr Schröder getan? Was hat die Bundesregierung gemacht? – Weitere Zurufe von der CDU)

Wir brauchen in Deutschland eine Ordnungspolitik für die Wirtschaft. Herr Gotthardt, genau das lehnen Sie immer ab. Wir brauchen Regierungen, auch Landesregierungen, die die Wirtschaftspolitik aktiv mitgestalten, statt zu sagen: Laissez-faire, lassen Sie in der Wirtschaftspolitik alles laufen.

(Beifall bei der SPD – Frank Gotthardt (CDU): Sie erzählen, was die französische Regierung Tolles macht! Was macht die Bundesregierung? – Michael Boddenberg (CDU): Was machen die Sozialdemokraten?)

Wir brauchen ein wirtschaftspolitisches Leitbild. Ein solches fehlt Ihnen, Herr wirtschaftspolitischer Sprecher. Wir müssen in Hessen Sparten definieren, in denen wir mit den hessischen Unternehmen wieder an die Weltspitze kommen können. – Ich sehe, wie erschreckt die Damen und Herren von der Union sind, wenn sie die Aussage hören, dass wir in Hessen wieder an die Spitze wollen, was die Wirtschaftskraft angeht.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Das sind Sätze, die sich kein Unionist mehr zu sagen traut. Aber ich frage Sie: Wer in Deutschland soll das machen, wenn nicht wir in Hessen mit der noch immer vorhandenen Wirtschaftskraft des Rhein-Main-Gebiets? Die Voraussetzung dafür ist allerdings, dass wir diese Sparten zunächst einmal definieren. Mir fallen die Logistik, Pharma und Chemie, der automative Bereich, die Medizintechnik und der Finanzsektor ein. Jedenfalls muss die Landesregierung in diesen Bereichen gemeinsam mit den Unternehmen handeln. Die Unternehmen haben natürlich Interesse an einer Unterstützung von staatlicher Seite. Wir haben gerade in China erfahren, der Staatsminister ist jetzt nicht da

(Frank Gotthardt (CDU): Da sitzt er doch!)

– natürlich ist er da –, dass die Unternehmen sehr wohl ein Interesse daran haben, dass der Staat sie bei ihren Aktivitäten unterstützt. Es ist eine ganze Menge zu tun. Wir müssen gemeinsam mit den hessischen Unternehmen die Ausgangslage in unserem Land verbessern. Wir müssen in unserem Land zu einer Clusterbildung beitragen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist wirklich erstaunlich. Ich rede über Wirtschaftspolitik. Ich rede über das, was wir tun können, um unsere Wirtschaft wieder nach vorne zu bringen. Ich rede über Forderungen, die aus der Wirtschaft selbst kommen. Das sind die Reaktionen der Mitglieder der CDU-Fraktion: laute Empörung und völliges Entsetzen. Hier redet jemand darüber, was wir tun können, um wirtschaftlich wieder nach vorne zu kommen. Wahrscheinlich haben Sie seit fünf Jahren nicht mehr über dieses Thema geredet. Das ist der Grund, warum es bei uns seit fünf Jahren bergab geht.

(Beifall bei der SPD – Volker Hoff (CDU): Sie haben keine Ahnung! Das ist das Problem! – Weitere Zurufe von der CDU)

Die Clusterbildung habe ich angesprochen. Der letzte Punkt betrifft die Unterstützung der im Ausland tätigen hessischen Unternehmen. Wir haben in unserem Land sehr viele exportorientierte Unternehmen. Wir könnten z. B. mit hessischen Häusern – die Bayern gehen mit gutem Beispiel voran – unseren hessischen Unternehmern in wichtigen Emerging Markets im Ausland, also in den Exportmärkten, zur Seite stehen.

Das ist für mich relativ interessant. Aber von der Union wird es wieder einmal mit schallendem Gelächter quittiert. Bei der Union herrscht Ignoranz vor, wenn hier darüber gesprochen wird, was getan werden könnte – ich sage: was getan werden müsste –, um den Unternehmern in unserem Land zu helfen, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen und damit eine echte Chance zu haben, dass wir aus dieser Misere herauskommen und unser Land wieder nach vorne bringen.

(Beifall bei der SPD)

Aber die Ordnungspolitik ist für diese Landesregierung sowieso ein schwieriges Thema. Die Globalisierung zwingt Sie dazu, zum ordnungspolitischen Geisterfahrer zu werden, Herr Ministerpräsident.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Zu der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen. Sie wollen den Kommunen die wirtschaftliche Betätigung überall dort untersagen, wo Private es besser machen können. Nach der Anhörung haben Sie diese Aussage eingeschränkt: Alles, was zur Daseinsvorsorge gehört, darf von den Kommunen erledigt werden.

Also keine Tätigkeit der Kommunen, wenn die Privatwirtschaft es besser kann. Nur, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie sieht es denn mit den Staatsweingütern aus? Bei den Staatsweingütern ist das Land Hessen offensichtlich der Auffassung, hier könnten es Private nicht. Man kann doch nicht auf der einen Seite sagen: „Kommunen, ihr dürft nicht wirtschaftlich tätig sein“, aber auf der anderen Seite als Land Hessen einen Weinkeller betreiben. Wer solche wirtschaftspolitischen Grundlinien betreibt, der hat offensichtlich zu viel Zeit im Weinkeller verbracht und zu viel Wein in diesem Keller genossen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass dies beides nicht zusammenpasst, ist augenfällig. Ich würde gern noch weiter über Strategien der Wirtschaftspolitik reden, aber nur noch einen Bereich mit einem langfristigen Ansatz ansprechen, etwas, wo man möglicherweise von Ihnen nicht nur Empörung bekommt. Zur Wahrheit in der Debatte gehört, dass unsere Genehmigungsdauern immer noch zu lange und unsere Genehmigungsverfahren immer noch weitaus zu kompliziert sind.

Wenn ich mir das Verfahren um die Genehmigung der Verlängerung der Startbahn in dem Airbuswerk in Hamburg anschau, glaube ich, dass im Ausland sehr viele über das, was wir hier tun, lachen. Kurz gesagt: Für ein paar Apfelbäume stehen 1.000 Arbeitsplätze in Gefahr. – Meine Damen und Herren, für solche Projekte, die von übergeordnetem öffentlichen Interesse sind, brauchen wir ein Verfahrensbeschleunigungsgesetz, wo solche Projekte schneller umgesetzt werden können – gerichtlich überprüft, aber dann muss auch gebaut werden.

(Beifall bei der SPD – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Bravo!)

Nächster und letzter Bereich, bei dem ich über Strategie rede, ist die Bildungspolitik – sicherlich einer der ganz zentralen Bereiche. Frau Wolff, ich muss einmal auf die Debatte von gestern eingehen. Sie haben vertreten, was Sie immer vertreten. Das war nicht sonderlich überraschend. Aber eine Ihrer Aussagen fand ich ausgesprochen interessant. Als Sie über den Herrn Schleicher gesprochen haben – Frau Wolff ist nicht im Raum –, haben Sie in einem Halbsatz gesagt: „Herr Schleicher, der Ideologe“. Ich glaube, das macht sehr deutlich, von welchen Grundüberlegungen sich diese Landesregierung leiten lässt, weil – liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union – es nicht der Herr Schleicher ist.

Die PISA-Studie wird von einer relativ großen Gruppe von weltweit anerkannten Wissenschaftlern nicht nur in Deutschland, sondern in 32 Staaten der OECD durchgeführt. In wissenschaftlich wohl relativ gut nachvollziehbaren Untersuchungen wird überprüft, welches Land zu welchen Bildungsergebnissen kommt. Das ist erst einmal die Aussage. In diesen Untersuchungen kommt zum zweiten Mal heraus, dass wir in Deutschland Probleme haben. Wir haben in Deutschland zwei Probleme. Zum einen ist es die mangelnde Leistungsfähigkeit. Zum Zweiten ist es so, dass in Deutschland die Chance für Kinder aus ökonomisch schwachen Familien, zu Bildungsgewinnern zu werden, so gering ist wie in keinem anderen Land.

Herr Ministerpräsident, die Antwort auf diese objektive Feststellung – das ist keine politische Aussage, sondern Ergebnis einer wissenschaftlichen Untersuchung – wird von Ihrer Kultusministerin mit den Worten „der Ideologe“ beantwortet. Sehen Sie, Sie haben Karin Wolff und nicht PISA. Das ist die Politik dieser Landesregierung, zu sagen: Das, was ich in meinem Stübchen in Darmstadt entwickle, hat weitaus größere Wirkung als das, was Wissenschaftler in 32 OECD-Staaten machen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber nichts gegen Darmstadt!)

Das ist unglaublich.

(Beifall bei der SPD)

Wir reden in der Wirtschaftspolitik über Benchmarking. Wir reden darüber, dass wir sehen müssen, wer besser ist,

wie wir uns angleichen können. Das Gleiche gilt in der Bildungspolitik. Da sind Länder, die bessere Ergebnisse haben. Statt zu überlegen, was die machen – man muss das nicht alles machen, vielleicht gibt es Gründe, warum es bei denen funktioniert –, aber die Antwort: Das sind alles nur Ideologen, die das machen; das brauchen wir alles gar nicht. – Das ist doch Wahnsinn, wenn eine Kultusministerin sagt: All dies ficht mich überhaupt nicht an.

Mein Eindruck ist, um es mit Nietzsche zu sagen: Beim Einzelnen ist der Wahnsinn die Ausnahme, bei der Masse ist es die Regel. – Bei der hessischen CDU, die hier als Masse Bildungspolitik betreibt, ist Wahnsinn ganz offensichtlich die Regel.

(Beifall bei der SPD)

Genau das Gegenteil von dem, was PISA vorschlägt, wird in Hessen umgesetzt. Das Ergebnis Ihrer Politik steht doch im Wesentlichen fest. Wir werden als Ergebnis Ihrer Bildungspolitik in Hessen weniger Schülerinnen und Schüler haben, die die Hochschulreife erlangen. Wir werden in Hessen mehr Schülerinnen und Schüler haben, die ohne einen Schulabschluss die Schule verlassen. Das Ziel der Politik, das wir Sozialdemokraten Ihnen gegenüberstellen, ist relativ einfach formuliert. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass möglichst alle möglichst hohe Bildungsabschlüsse bekommen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass Kinder aus ökonomisch schwachen Schichten gleiche Chancen haben, zu Bildungsgewinnern in unserem Lande zu werden, wie Kinder aus ökonomisch starken Schichten.

(Beifall bei der SPD)

Das können Sie ablehnen. Sie können mit uns darüber diskutieren, ob man das so machen kann. Herr Ministerpräsident, ich sage Ihnen, nicht nur aus sozialpolitischen, nicht nur aus bildungspolitischen Gründen ist das, was die Sozialdemokratie in diesem Land vertritt, die bessere Alternative zu Ihrem Programm der möglichst frühzeitigen Selektion, der Bestenauslese. Denn in einer – ich habe das angesprochen – globalisierten Welt wird der Bereich der einfachen Dienstleistungen in Deutschland keiner mehr sein, wo wir in Zukunft allzu viele Arbeitsplätze haben werden.

Deshalb ist es auch eine Frage der ökonomischen Vernunft, dass möglichst viele in unserem Land zu möglichst hohen Bildungsabschlüssen kommen. Schon heute fehlen in manchen Bereichen hoch spezialisierte Fachkräfte. Wer eine Schulpolitik wie Sie betreibt, wo vorsätzlich in Kauf genommen wird, dass viele auf dem Weg stehen gelassen werden, der versündigt sich nicht nur an den Chancen der Kinder in unserem Land, der versündigt sich auch an den wirtschaftlichen Chancen und damit an den Zukunftsperspektiven unseres Bundeslandes Hessen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Drittens und abschließend zur Sozialpolitik. Damit ist der Bereich Ihrer Kürzungen mit der „Operation düstere Zukunft“ angesprochen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen in der Tradition eines Georg August Zinn, der wusste, dass der wirtschaftliche Aufschwung eines Landes sehr eng mit der sozialen Balance in einem Land zusammenhängt. Unsere Vorgänger wussten, dass dies zwei Seiten der Medaille sind. Unsere Vorgänger wussten, dass soziale Balance, sozialer Ausgleich, auch die Visitenkarte eines Landes ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer sich so an der sozialen Infrastruktur in unserem Land versündigt, der ist es, glaube ich, nicht wert, Nachfolger eines Georg August Zinn auf dem Stuhl des Ministerpräsidenten zu sein.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, abschließend. Ich habe über das letzte Jahr Bilanz gezogen. Ich glaube, dass Sie genauer zugehört haben als die, die die Zahlen nicht wirklich kennen. Die Zahlen, die ich Ihnen genannt habe, sind verbürgt. Sie stammen im Wesentlichen aus öffentlich zugänglichen Statistiken, oft aus Ihren eigenen Häusern. Deshalb meine Aufforderung: Nehmen Sie konkret zu dem Stellung, was ich Ihnen als Bilanz vorgetragen habe.

Ich habe Ihnen vorgeworfen, dass Ihnen Konzepte fehlen. Ich habe Ihnen vorgeworfen, dass Strategien dieser Landesregierung zur langfristigen Behebung der Probleme unseres Landes nicht erkennbar sind. Sie haben jetzt die Chance, das, was ich gesagt habe, zu widerlegen. Sie haben jetzt die Chance, das, was ich bilanziert habe, zu erklären. Sie haben jetzt die Chance, zu sagen: Aus der Misere kommen wir mit diesen Schritten heraus. – Ich bin sehr in Zweifel, ob es Ihnen gelingen wird, jetzt relativ kurzfristig eine Strategie zu entwickeln.

(Lachen bei der CDU)

Die letzten Jahre haben wir von Ihnen zu diesen Themen nichts gehört.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, die Bilanz Ihrer Regierung ist katastrophal. Ihnen fehlt es an Konzepten, den Abwärtstrend umzukehren. Herr Ministerpräsident, ich sage es Ihnen auch persönlich: Sie sind der Absteiger des Jahres, und mit Ihnen steigt unser Bundesland Hessen ab. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Wort hat nun der Vorsitzende der Fraktion der GRÜNEN, Herr Kollege Al-Wazir.

(Zurufe von der SPD: Der Ministerpräsident kneift!)

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist meine neunte Haushaltsdebatte in diesem Plenarsaal.

(Volker Hoff (CDU): Und die letzte!)

Zumindest in diesem Plenarsaal wird es die letzte sein. Ich habe aber noch nie erlebt, dass der Ministerpräsident nicht auf den Vorsitzenden der stärksten Oppositionsfraktion geantwortet hat.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gegenrufe von der CDU)

Herr Ministerpräsident, ich nehme zur Kenntnis, dass Sie offensichtlich die Sorge hatten, dass man, nachdem Sie geredet haben, Ihre Argumente auseinander nimmt.

(Zuruf: Das macht dann Herr Hahn!)

– Herr Hahn kann sich dann daran versuchen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Ich nehme aber die Worterteilung des Präsidenten ernst und mache jetzt da weiter, wo Herr Kollege Walter aufgehört hat.

(Frank Gotthardt (CDU): Fang lieber neu an!)

Ich möchte mich nämlich jetzt mit der Frage beschäftigen, wie die Situation des Landes Hessen ist. Der Haushalt eines Landes ist die Stelle, an der sich die Situation eines Landes am deutlichsten zeigt. Dabei geht es um die Frage, ob er solide oder nicht solide ist. Es geht dabei um die Frage, ob die Zukunftsaufgaben angepackt werden oder nicht. Als Nächstes ist zu fragen: Lösen wir eigentlich die Probleme, die gelöst werden müssen?

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen Folgendes sagen: Wir, die Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, haben uns sehr lange und sehr ausführlich mit diesem Haushalt beschäftigt. Leider mussten wir feststellen, dass wir eineinhalb Jahre nach der Landtagswahl, also eineinhalb Jahre, nachdem die CDU die absolute Mehrheit gewonnen hat, nicht nur eine ratlose CDU-Fraktion, sondern auch eine ratlose Regierung auf der Regierungsbank haben. Das ist schlecht für das Land Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die Arbeitslosigkeit steigt stärker, als es in allen anderen Bundesländern der Fall ist. Die Schulden steigen ins Unermessliche. Dazu werden auch noch die falschen inhaltlichen Prioritäten gesetzt. Angesichts dieser Situation finde ich, es wäre angebracht, dass die Regierung und auch die CDU-Fraktion, die die absolute Mehrheit hat, nicht nur ihre Verantwortung besser wahrnehmen würden, sondern dass sie manchmal auch ein bisschen nachdenklicher wären. Meine Damen und Herren, Sie sollten ein wenig nachdenklicher sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn ich kann diese ewig wiederholten Aussagen nicht mehr hören, die Regierung in Berlin sei schuld, Rot-Grün sei schuld, die Vorgänger seien schuld oder Gott und die Welt seien schuld. Die Einzigen, die dafür keine Verantwortung tragen, sind diejenigen, die den Haushalt beschließen. Das kann ich nicht mehr hören. Ich glaube, wenn Sie in einer stillen Minute zu sich ehrlich sind, würden Sie feststellen, dass auch Sie selbst das nicht mehr hören können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Zweite ist Folgendes. Herr Ministerpräsident, nachdem Sie im Jahre 1999 die Landtagswahl gewonnen hatten, haben Sie direkt für das Jahr 1999 einen Nachtragshaushalt gemacht. Wir sind jetzt bei der Beratung des Haushaltsplans für das Jahr 2005. Wenn man den mitzählt, dann kann man feststellen, dass das inzwischen der siebte Haushaltsgesetzentwurf ist, für den Sie Verantwortung tragen. Herr Ministerpräsident, es wird langsam peinlich, dass Sie immer nur sagen: Die Vorgänger sind schuld.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Deswegen glaube ich, dass Sie mit der Arroganz, die sich aus der absoluten Mehrheit ergibt und die immer schlimmer wird, je schlechter die Situation des Landes Hessen wird, in Ihrem eigenen Interesse, vor allem aber auch im Interesse des Landes Hessen Schluss machen sollten. Aus meiner Sicht, der des Oppositionspolitikers, könnte ich sagen: Machen Sie nur so weiter. Denn Hochmut kommt vor dem Fall. – Aber aus der Sicht eines derjenigen, die sagen: „Wir tragen insgesamt die Verantwortung für das Land Hessen“, muss ich Ihnen sagen: Machen Sie nicht so weiter mit Ihrer Sprechblaseritis. – Meine Damen und Herren, es geht auf Dauer nicht mehr, dass Sie immer nur sagen: Die anderen sind schuld, wir sind toll.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen auch, warum das der Fall ist. Das politische System insgesamt, also nicht nur in Hessen, befindet sich in einer Vertrauenskrise. Das politische System in Deutschland hat insgesamt Akzeptanzprobleme. Das können Sie an den Wahlergebnissen ersehen. Das können Sie auch an der Wahlbeteiligung ersehen. Das können Sie auch aus Umfragen ersehen, nämlich an den Zahlen zu der Frage, ob man der jeweiligen Opposition eigentlich mehr zutraut als der Regierung. Ich sage ganz ausdrücklich –

(Zuruf des Abg. Rudi Haselbach (CDU))

– Herr Haselbach, Sie lesen immer nur den „Wetzlar-Kurier“. Das ist Ihr Problem.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Er liest den „Weser-Kurier“!)

Herr Haselbach, ich sage Ihnen: Wenn Sie sich ein einziges Mal vertieft damit beschäftigen würden, was für eine Stimmung bei den Wählerinnen und Wählern herrscht – das trifft doch alle; denn wir alle tragen auf unterschiedlichen Ebenen Verantwortung –, dann wüssten Sie, dass ich Recht habe.

Ich sage ganz ausdrücklich: Ich finde es wichtig und richtig, dass es in der Politik unterschiedliche Meinungen gibt. Das ist nötig. Es ist auch richtig, zu diskutieren. Herr Ministerpräsident, produktiver Streit ist sogar nötig. Im politischen System ist es nötig, dass man sich auseinander setzt. Es gibt unterschiedliche Parteien, weil es unterschiedliche Definitionen hinsichtlich der Frage gibt, worin eigentlich die Probleme bestehen. Die spannende Frage aber ist doch: Können wir es uns weiterhin leisten, immer nur mit dem Finger auf andere zu zeigen? Das betrifft gerade Sie, die Sie auf der Regierungsbank sitzen. Dazu sage ich: Nein, das können wir uns nicht mehr leisten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Am allerwenigsten können wir uns die Katastrophe „parteiliche Blockade“ leisten. Der Oberblockierer sitzt hier in Hessen auf der Regierungsbank. Das können wir uns im wahrsten Sinne des Wortes nicht mehr leisten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Finanzminister hat es sowohl bei der Einbringung des Haushaltsgesetzentwurfs als auch gestern bei der Einbringung des Nachtragshaushaltsgesetzentwurfs geschafft, über alles Mögliche zu reden, dabei aber keine

einzigste Zahl zu nennen. Ich glaube, das hat einen Grund. Herr Kollege Dr. Jung, der Haushaltsentwurf für das Jahr 2005 hat katastrophale Eckdaten. Er hat ein Volumen von 21,4 Milliarden €. Dabei ergibt sich eine strukturelle Lücke von 2 Milliarden €.

Herr Kollege Walter hat es schon angesprochen. Aber auch ich möchte es noch einmal tun. Denn ich glaube, dass das, was Sie mit dem Modell des Verkaufs machen wollen, der Gipfel des Wahnsinns ist. Das ist der Gipfel des Wahnsinns.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Jürgen Walter und Norbert Schmitt (SPD))

Wie kann es sein, dass ein Finanzminister ernsthaft hergeht und sagt: „Wir verkaufen die Gebäude, die wir nutzen und die wir auch weiterhin brauchen, und mieten sie sofort zurück. Damit wir dafür einen hohen Preis erzielen, schließen wir Mietverträge über 30 Jahre ab“? – Obwohl Mietverträge über 30 Jahre abgeschlossen werden sollen, wird dann auch noch behauptet, man sei flexibler als vorher. Irrer geht es wirklich nicht mehr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es wird immer nur über die Nettoneuverschuldung geredet. Es ist eine Neuverschuldung in Höhe von 3,8 Milliarden € geplant. Vorgesehen ist eine Tilgung in Höhe von 2,7 Milliarden €. Unter dem Strich kommt dann die immer angeführte Nettoneuverschuldung von 1,1 Milliarden € heraus. Hinzu kommt der Einmaleffekt der Verkaufsmodele in Höhe von 800 Millionen €. Das heißt, es besteht eine strukturelle Lücke in Höhe von 2 Milliarden €.

Zum vierten Mal in Folge wird es sich schon im Ansatz um einen verfassungswidrigen Haushaltsbeschluss handeln. Denn es ist eine höhere Nettoneuverschuldung vorgesehen, als es Investitionen geben soll. Ich sage Ihnen auch: Spätestens dann, wenn die kaufmännische Buchführung eingeführt sein wird, was ja vorgesehen ist und was wir im Grundsatz unterstützen, wird die Frage, ob die Nettoneuverschuldung über den Investitionen liegt, gar nicht mehr so relevant sein. Wenn wir die kaufmännische Buchführung jetzt schon hätten, dann würde Ihr Buchungstrick mit dem Verkauf von Gebäuden in Höhe von 800 Millionen € viel deutlicher werden. Denn bei der kaufmännischen Buchführung steht auf der einen Seite das Vermögen, sprich: unter anderem die Gebäude, die man besitzt. Auf der anderen Seite stehen die Schulden. Wenn man vom Vermögen etwas verkauft, dann fällt es aus der Summe unter dem Strich heraus. Meine Damen und Herren, das ist aber genau das, was Sie machen. Deswegen sage ich Ihnen: So, wie Sie hier agieren, kann das auf Dauer nicht weitergehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Jürgen Walter und Bernhard Bender (SPD))

Ich sage Ihnen auch, warum das der Fall ist. Herr Ministerpräsident, 1996 hatten wir eine Verschuldung von 20,9 Milliarden €. Wir haben es dann, während der Zeit, in der wir die Regierungsverantwortung trugen, immerhin geschafft, den Anstieg durch eine Konsolidierungspolitik zu bremsen. Wir haben ihn nur gebremst, aber immerhin gebremst. Das betrifft immer nur das, was noch obendrauf kommt.

Sie wissen, was hier im Jahr 1999 geschah. Nachdem Sie die Verantwortung übernommen haben, sind die Schul-

den explodiert. Nach dem jetzt vorliegenden Plan – und diese Pläne haben bisher nie gestimmt – werden wir am Ende des nächsten Jahres im Lande Hessen Gesamtschulden in Höhe von 31,6 Milliarden € haben. Das sind fast 32 Milliarden €. Das ist eine dramatische, eine katastrophale Situation, und das beim gegenwärtigen Zinsniveau. Wenn wir das Zinsniveau von Anfang der Neunzigerjahre hätten, dann könnten wir hier das Buch schon zumachen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, faktisch bedeutet das, dass in den knapp sechs Jahren, in denen Sie die Verantwortung tragen, ein Viertel der Schulden des Landes Hessen seit 1946 gemacht worden ist. Sie haben es geschafft, in sechs Jahren ein Viertel der Schulden zu machen, die wir in 60 Jahren insgesamt aufgenommen haben. Da frage ich mich: Wer kommt eigentlich noch auf den Gedanken, ernsthaft zu behaupten, Schwarze könnten besser mit Geld umgehen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich habe am Anfang von der Arroganz der absoluten Mehrheit gesprochen. Hier lohnt sich ein Blick in die Mitgliederzeitung der hessischen CDU, in den „Hessen Kurier“. – Der lohnt sich immer, sagt der Herr Ministerpräsident.

In dieser Ausgabe hat er sich ganz besonders gelohnt. Da gab es 20 Fragen an Finanzminister Karlheinz Weimar. Ich habe Ihnen gerade die Entwicklung der letzten Jahre, seitdem dieser Finanzminister und dieser Ministerpräsident Verantwortung tragen, deutlich gemacht. Karlheinz Weimar wird in der ersten Frage gefragt: „Auf welche Leistung sind Sie besonders stolz?“

Antwort: „Das Herz meiner Frau erobert“ – Glückwunsch, Herr Weimar, darauf können Sie stolz sein, aber jetzt kommt es – „und Hessen trotz der schwierigsten Finanzsituation der Nachkriegsgeschichte“ – das stimmt auch noch – „auf einen soliden finanzpolitischen Weg gebracht zu haben.“

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Nehmen Sie sich eigentlich selbst noch ernst bei solchen Antworten, die Sie auf Ihre selbst gestellten Fragen geben?

Das Interview lohnt sich auch noch aus einem zweiten Punkt, bei dem die Welt des Karlheinz Weimar ganz besonders deutlich wird. Die Frage 11 lautet: „Auf welchen Luxus, den Sie sich jetzt leisten, könnten Sie am ehesten verzichten?“ Die Antwort lautet: „Habe keinen Luxus.“

Die Antwort auf Frage 2, welchen Kindheitstraum er sich erfüllt hat, war dagegen: „Eine Harley-Davidson zu fahren.“

(Heiterkeit)

Ich stelle inzwischen fest, die Harley-Davidson und auch Karlheinz Weimars Mercedes-Coupé gehören quasi zur Grundsicherung. Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Wie ernst nehmen Sie sich eigentlich selbst, wenn Sie solche Antworten geben?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Jetzt kommt die Frage: Wie konnte das passieren, was in den letzten sechs Jahren passiert ist? Die erste Behauptung der Landesregierung ist immer: An den Ausgaben liegt es nicht.

(Zuruf des Abg. Boris Rhein (CDU))

Ich sage Ihnen: Das ist eindeutig falsch. Wir als Rot-Grün haben – das war schwer genug, und ich gehöre zu denjenigen, die damals schon dabei waren – Konsolidierungspolitik gemacht, und zwar echte Konsolidierungspolitik. Herr Ministerpräsident, wir haben im Jahre 1996 die Ausgaben, bereinigt ohne Länderfinanzausgleich, um 0,5 % zurückgeführt.

(Norbert Schmitt (SPD): Genau so ist es!)

Wir haben sie 1997 um 0,6 % zurückgeführt. Wir haben sie 1998 um 0,7 % zurückgeführt. Dann kam der Regierungswechsel, und dann kam das brutalstmögliche Geldausgeben: 2,1 %, 0,8 %, 3,2 %. Komischerweise sind es immer die Wahljahre. Im Jahre 2003 haben Sie den Vogel abgeschossen mit 2,8 % zusätzlichen Ausgaben, bereinigt ohne Länderfinanzausgleich.

Meine Damen und Herren, deswegen sage ich Ihnen: Wenn Sie den Weg so weitergegangen wären, wie wir ihn 1996 bis 1998 gegangen sind – das war schmerzhaft –, und jedes Jahr 0,5 % weniger ausgegeben hätten, dann hätten Sie jetzt

(Rudi Haselbach (CDU): Dann hätten wir jetzt kein Geld mehr!)

Ausgaben, die um 1,8 Milliarden € niedriger wären als jetzt. Das ist im Übrigen genau die strukturelle Lücke.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Manchmal wird gesagt, dass wir als GRÜNE mit den Sozialdemokraten 1999 unseren Wahlsieg mit der Konsolidierungspolitik verspielt hätten. Ich sage Ihnen: Ja, wir hätten zumindest in der Bildung mehr Geld ausgeben müssen, wenn wir 1999 die Wahl wieder gewonnen hätten. Aber wir hätten nicht wieder mit dem brutalstmöglichen Geldausgeben angefangen, das danach kam. Es gibt andere, die sagen – ich glaube, das stimmt auch –, dass Sie sich Ihre Wiederwahl 2003 faktisch gekauft haben über die Ausgabensteigerung, die ich hier vorgetragen habe.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

– Frau Kollegin Wagner, Sie haben damals auch Verantwortung getragen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das ist gut so!)

Ich glaube, das Problem ist: Es mag sein, dass das im politischen System funktioniert hat, aber es war auf Pump finanziert, und die Kinder und Kindeskinde müssen es noch zurückzahlen. Sie verspielen die Zukunft dieses Landes.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) und Michael Boddenberg (CDU))

Zweite Behauptung dieser Regierung: Wir haben ein Einnahmenproblem, und Berlin ist schuld. – Wissen Sie, da muss ich ein bisschen weiter ausholen. Am 1. Januar tritt die letzte Stufe der Steuerreform in Kraft. Wir werden dann einen sehr hohen Grundfreibetrag haben im Vergleich zu dem, was 1998 war. Wir werden einen Eingangsteuersatz von 15 % und einen Spitzensteuersatz von 42

% haben. Das ist deutlich niedriger als 1998. Ich halte es weiterhin ausdrücklich für richtig, dass wir die nominalen Sätze gesenkt haben, weil die nominalen Sätze in Deutschland unglaublich hoch waren und es keinem mehr aufgefallen ist, dass die nominalen Sätze wegen der vielen Ausnahmemöglichkeiten kein Mensch mehr bezahlt und die reale Steuerquote irgendwo bei 22 % liegt.

Deswegen halte ich es weiterhin für richtig, diese Sätze gesenkt zu haben. Aber wir müssen doch auf allen Ebenen feststellen, dass wir zwei Probleme haben. Die Selbstfinanzierungseffekte, die gerade die Union immer beschworen hat, sind offensichtlich nicht eingetreten. Das bedeutet – das sage ich sozusagen in die Gehirngänge aller neoliberalen Theoretiker; ich habe jemanden vor Augen, der gerade als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag zurückgetreten ist –

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Seehofer?)

– nicht Seehofer, der andere, Herr Hahn –,

(Heiterkeit – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das habe ich wohl durcheinander gebracht!)

dass die Gleichung „Steuersenkung ist gleich mehr Wachstum und Konsum, ist gleich am Ende mehr Staatseinnahmen“ nicht funktioniert. Das ist übrigens für Ihr Wahlprogramm für die nächsten Wahlen sehr wichtig, gerade für die selbst ernannte Steuersenkungspartei.

Zweites Problem: Wir haben im Gegenzug zur Senkung der nominalen Steuersätze die Ausnahmen und die Subventionen nicht konsequent genug abgebaut, und das hat Gründe. Einer dieser Gründe sitzt hier auf der Regierungsbank. Das sind diese verhinderten Nebenzähler im Bundesrat, die sich da aufspielen, als wären sie die Bundesregierung, und dabei auch noch die Grundlagen dessen, wovon sie in den Ländern leben, kaputtmachen.

Herr Finanzminister Eichel hat gestern im Bundestag vorgerechnet, wie hoch die Blockadelücke ist.

(Zuruf des Abg. Rudi Haselbach (CDU))

Wenn Sie alle die Maßnahmen zur Stabilisierung der Steuereinnahmen, zur Senkung der Subventionen und zur Streichung der Ausnahmetatbestände, die die Bundesregierung vorgeschlagen hat, mitgemacht und nicht im Bundesrat blockiert hätten, dann hätte der Staat 17,5 Milliarden € mehr Einnahmen.

Ich kann das für Hessen an einem Beispiel deutlich machen. Herr Ministerpräsident, wenn Sie dem Steuervergünstigungsabbaugesetz – man kann sich darüber streiten, ob der Titel glücklich war, aber man muss sich mit den Inhalten auseinander setzen – zugestimmt hätten, dann hätte Hessen im Jahre 2003 120 Millionen € mehr in der Kasse gehabt. Wenn Sie ihm zugestimmt hätten, dann hätte man im Folgejahr, also 2004, schon 340 Millionen € mehr in der Kasse gehabt. Das ist ungefähr das, was Sie jetzt im Plan über der Verfassungsgrenze liegen, Herr Ministerpräsident.

Ich möchte es an einem weiteren Punkt deutlich machen, weil man sagen kann, das Steuervergünstigungsabbaugesetz ist Schnee von gestern. Sie werden übermorgen, am Freitag, dem 26. November, im Bundesrat sitzen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Und wir sitzen hier im Landtag? Das ist unerhört!)

Sie haben dort unter Tagesordnungspunkt 2 über einen Vorschlag der Bundesregierung abzustimmen. Der Vor-

schlag der Bundesregierung lautet: Auslaufen der Eigenheimzulage. Wenn Sie dem zustimmen würden, was der Bundestag schon beschlossen hat, dann hätten wir am Ende dieses Prozesses in Deutschland 6 Milliarden € mehr Staatseinnahmen.

In Hessen hätten wir schon im nächsten Jahr, 2005, 10 Millionen € mehr in der Kasse; im Jahre 2012, am Ende des Prozesses – weil die Eigenheimzulage über acht Jahre auslaufen würde – 250 Millionen € bis 300 Millionen € mehr. Was macht dieser Ministerpräsident? – Er kündigt an: Hessen wird diesen Vorschlag ablehnen.

(Ministerpräsident Roland Koch: Richtig! – Beifall des Abg. Rudi Haselbach (CDU))

– Da sagt er „richtig“, und Herr Haselbach klatscht. – Nachher stellen Sie sich wieder hierher und sagen: Wir haben ein Einnahmeproblem. – Herr Ministerpräsident, genau das ertragen die Leute nicht mehr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Dann gibt es immer zwei Argumente: Erstens, man müsse weiter Wohnraum schaffen, und zweitens, man müsse Eigentum vor allem als Altersvorsorge schaffen.

Ich gebe die Hoffnung nicht auf. Ich habe gehört, dass zumindest im Saarland darüber nachgedacht wird, ob die Blockadehaltung richtig ist. Das hat vielleicht etwas damit zu tun, dass das Saarland ein Viertel seines Etats über Nettoneuverschuldung finanziert.

Ich habe Ihnen etwas mitgebracht, nämlich die Karte über die Fälle der Eigenheimzulage.

(Der Redner hält die Karte hoch.)

Diese Karte ist schön bunt. Herr Kollege Gotthardt, wissen Sie, was dabei auffällt? – Es gibt viele Förderfälle. Da, wo es hell ist, gibt es ganz wenige Förderfälle. Da, wo wir überhaupt kein Wohnraumproblem haben, nämlich dort, wo der Staat zurzeit Geld ausgibt, um Plattenbauten abzureißen – rund um Berlin, in Brandenburg –, gibt es die meisten Zuschüsse für neue Eigenheime.

Da, wo wir noch großen Wohnraumbedarf haben werden – wir reden doch die ganze Zeit über den demographischen Wandel und seine Auswirkungen –, gibt es kaum Fälle, weil dort das Bauland nämlich viel zu teuer ist.

(Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Wir geben staatliches Geld noch und noch aus, um dort Wohnraum zu schaffen, wo ihn keiner braucht und wo er auch als Altersversorgung nicht taugen wird, weil das die Gebiete sind, in denen aufgrund des demographischen Wandels die Immobilienpreise zusammenkrachen werden.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Wenn wir die Leute dann aus den Kernen herausgetrieben haben, geben wir ihnen viel Pendlerpauschale, damit sie zurückfahren können, und müssen dazwischen auch noch die Autobahnen bauen.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Das ist ein solcher Irrsinn, den wir da betreiben. Ich bin fest davon überzeugt, dass es im Interesse dieses Landes wäre, wenn man diesen Irrsinn schnellstmöglich beendet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Meine Damen und Herren, wir müssen die Einnahmesituation aus mehreren Gründen verbessern. Wir müssen weniger Schulden machen, und wir müssen irgendwann auch einmal wieder darangehen, die Schulden zurückzahlen. Wir brauchen in vielen Bereichen auch Zukunftsinvestitionen, die wir uns aufgrund Ihrer Politik bald nicht mehr leisten können.

Dabei spielt auch die Frage eine sehr gewichtige Rolle, wie wir eigentlich mit unserer Bildungspolitik umgehen. Ich komme nachher noch zu unseren Schwerpunkten, die wir Ihnen vorgeschlagen haben. Aber ich bleibe noch einen kleinen Moment bei der Eigenheimzulage.

Wir wollen, dass in Hessen jede Grund- und Förderschule bis zum Ende dieser Legislaturperiode, also bis 2008, Ganztagschule werden kann, wenn sie es wünscht. Wir wollen weiter, dass in Hessen bis zum Jahr 2012 jede Schule bis zum mittleren Abschluss Ganztagschule werden kann.

Wir könnten dies locker aus den Mitteln finanzieren, die wir über die Streichung der Eigenheimzulage gewinnen könnten. Vor diese Alternative gestellt, bin ich fest davon überzeugt, dass wir außerhalb dieses Plenarsaals bei den Bürgerinnen und Bürgern eine Mehrheit für die Parole haben werden: Wir wollen Bildung statt Beton.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die CDU behauptet weiterhin – dies ist in der Presseerklärung des CDU-Fraktionsvorsitzenden nachzulesen und auch vom Finanzminister und vom Ministerpräsident immer zu hören – sie hätte tüchtig gespart. Als ich das gelesen habe, wusste ich nicht, ob ich lachen oder weinen sollte.

(Frank Gotthardt (CDU): Lernen, nicht lachen oder weinen!)

Ich fasse einmal zusammen, wo Sie sparen: Sie sparen dort, wo es Ihnen ideologisch in den Kram passt. Landesverband pro familia: Unterstützung zu 100 % weg. Acht Frauenhäuser: geschlossen. Beratung für ausländische Arbeitnehmer: zu 100 % weg. Da sparen Sie.

(Zurufe der Abg. Frank Gotthardt und Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

– Herr Kollege Gotthardt, acht Frauenhäusern wurden die Mittel zu 100 % gestrichen. Das erste ist schon geschlossen, und die anderen feiern Rettungsfeste und wissen nicht, wie lange sie die Situation noch aushalten. – Nur, dass ich Ihnen einmal sagen kann, wie die Situation aussieht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Die Vertriebenenverbände bekommen dafür mehr, weil die Finanzlage so schlimm ist. Der Galopprennklub in Frankfurt, sicher eine soziale Randgruppe, bekommt weiterhin seinen Zuschuss von 125.000 €. Sie geben das Geld für einen Flughafen in Kassel-Calden aus, den der Chef von Air Berlin letzte Woche als Nonsensflughafen bezeichnet hat. Insgesamt betragen die Kosten dafür 150 Millionen €, davon sind 108 Millionen € Landesmittel.

Weil es so schön passt und weil man sich in einer so schwierigen Finanzlage befindet, kaufen Sie auch noch ein schönes Schloss im Odenwald für 13 Millionen € mit weltweit bedeutenden Hirschgeweihen.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Weil wir eine so schwierige Situation haben, wollen Sie einen neuen Weinkeller bauen. Sie denken nicht darüber nach, ob man den anderen vielleicht ein wenig sanieren könnte. Nein, es muss gleich die De-Luxe-Version sein. Immerhin ist der Ministerpräsident gleich der Aufsichtsratsvorsitzende der Staatsweingüter, weil er sonst nichts zu tun hat. Auch das kostet noch einmal 15 Millionen €.

Dann machen Sie ein Sonderprogramm „Landesstraßenbau“. Vier Haushalte hintereinander sind schon im Ansatz verfassungswidrig, was kommt dabei heraus? – Ein Sonderprogramm „Landesstraßenbau“. Die Kosten betragen 50 Millionen €.

Unter dem Stichwort „Tüchtig sparen“ machen Sie eine Politik, indem Sie das kaputtschlagen, was Ihnen schon immer aus ideologischen Gründen nicht gepasst hat. Ansonsten werfen Sie das Geld zum Fenster hinaus, als hätten wir kein Finanzproblem.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das ist Politik nach dem Motto: Jetzt ist es eh schon egal. – Das können Sie auf Dauer so nicht weiter machen. Das trägt noch nicht einmal bis 2008. Ich habe, ehrlich gesagt, auch keine Lust, im Jahre 2008 einen so desolaten Landeshaushalt zu übernehmen.

(Lachen bei der CDU – Frank Gotthardt (CDU): Das brauchen Sie nicht! – Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Hören Sie mit dieser Politik in Ihrem und in unserem Interesse auf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es kommt dazu, dass Sie das, was Landespolitik unserer Meinung nach auch in schwierigen Zeiten leisten muss, nicht leisten. Sowohl was gesunde Lebensbedingungen als auch den Klimaschutz angeht, gibt es nichts mehr. Hessen war in diesem Bereich einmal führend. Inzwischen sind wir unter Kettensägen-Wilhelm in diesem Bereich auf einen der letzten Plätze in der Bundesrepublik abgerutscht.

Auf die Fragen, wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in diesem Land verbessert werden kann und wie wir Kinder in den Mittelpunkt stellen, geben Sie keine Antwort. Ich komme noch darauf.

Die Bildungspolitik bezeichnen Sie immer als einen weiteren Schwerpunkt. Die Unterrichtsgarantie, die Sie als Monstranz vor sich hertragen, taugt nichts. Gehen Sie einmal in einer Schule in eine Diskussion, sagen Sie das Wort „Unterrichtsgarantie“ und warten Sie ab, was passiert.

Frau Kollegin Wolff, selbst wenn die Unterrichtsgarantie erfüllt wäre, stellt sich doch die Frage, ob wir in der Bildungspolitik das leisten, was wir leisten müssen. – Wir sagen dazu Nein und werden Ihnen Alternativen vortragen.

Ein weiterer Punkt ist die Sozialpolitik. Hier stellt sich die Frage, ob wir das tun, was wir für den Zusammenhalt dieser Gesellschaft tun müssen. Ich sage Ihnen: Nein, das tun wir nicht.

Am Anfang habe ich darauf hingewiesen, keiner soll mehr sagen, ohne gleichzeitig eine Lösung zu haben, wie man bestimmte Sachen in der Politik anders machen sollte. Wir haben Ihnen in einem Paket von über 100 Anträgen ge-

sagt, wie wir es uns vorstellen, einen anderen Landeshaushalt auf die Beine zu stellen. Wir haben Ihnen Finanzierungsvorschläge gemacht, die ich schon genannt habe: Subventionsabbau, Streichung von Vergünstigungen, Eigenheimzulage, die vom Herrn Finanzminister immer genannten Maßnahmen gegen den Umsatzsteuerbetrug – alles Maßnahmen, die schon im Bundesrat beraten wurden. Sie würden im Jahre 2005 Mehreinnahmen von knapp 190 Millionen € bedeuten. Auch haben wir Ihnen Vorschläge dazu gemacht, wie man im Landeshaushalt 2005 zu einem noch viel größeren Teil Mehreinnahmen erzielen und weniger ausgeben kann. Ich möchte Ihnen auch sagen, wo.

Je schlechter die Regierungspolitik, umso größer der Etat für Öffentlichkeitsarbeit. Das ist einer der Punkte in diesem Haushalt. Wir sagen: Aus diesem Etat können wir durchaus etwas herausnehmen, ohne dass der Ministerpräsident in seinen Faltblättern sein Konterfei auch nur fünfmal weniger sehen kann.

Wir sind der Meinung, dass man sowohl beim E-Government als auch bei der SAP-Einführung, ohne das Ziel der Einführung der kaufmännischen Buchführung aufzugeben, deutlich Geld sparen kann.

Wir haben Ihnen vorgerechnet, dass man, statt ein Millionengrab und einen dauerhaften Subventionsempfänger in Kassel-Calden zu schaffen, mit weniger Geld mehr erreichen kann, und zwar mit einem ordentlichen Strukturprogramm für Nordhessen, das preiswerter, aber dafür wirksam ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben Ihnen gesagt, dass wir – nachdem Sie im letzten Jahr beschlossen haben, dass eine bestimmte Summe für den Landesstraßenbau reicht – der Meinung sind, wir sollten beim Ist von 2004 bleiben und in der gegenwärtigen Lage auf ein Sonderprogramm verzichten.

Wir haben Ihnen gesagt, dass man unserer Meinung nach nicht nur auf einen Schlosskauf in Erbach und auf einen neuen Weinkeller für die Staatsweingüter verzichten kann, sondern dass man z. B. auch die Internationale Süd-deutsche Reaktorsicherheitskommission nicht braucht. Ich finde, nach sechs Jahren hat sich dies in der Realität auch bestätigt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen gesagt – dazu stehen wir –, dass es ein schwerer Fehler der Koalition von CDU und FDP war, die Gewässerschutzabgabe abzuschaffen, und dass wir sie wieder einführen wollen, weil wir in der gegenwärtigen Situation für die Umweltpolitik, die in diesem Land nötig ist, einerseits Geld brauchen und weil sich andererseits die Grundwasserabgabe beim Wassersparen und bei innovativer Technologie sehr bewährt hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Roland von Hunnius (FDP) – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist ein Standortvorteil! Da haben Sie Recht! Es ist ein Standortvorteil für Baden-Württemberg!)

Wir haben Ihnen gesagt – das ist der einzige Einmaleffekt in unseren Vorschlägen –, dass wir der Meinung sind, dass man 2,5 % des Grundkapitals der Fraport AG verkaufen kann, ohne den Konsortialvertrag zu gefährden, weil wir dann immer noch bei 50,1 % der Anteile für Frankfurt und für das Land Hessen sind.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Hä?)

– Sie müssen das wissen. Sie sitzen doch im Aufsichtsrat, Herr Hahn. Was machen Sie dort den ganzen Tag?

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Deshalb weiß ich ja, dass Sie hier Unsinn erzählen! Aber ich kann es Ihnen gerne vorrechnen!)

Sie müssen wissen, dass sich aus diesen Mehreinnahmen und Minderausgaben ein Volumen von 470 Millionen € ergibt. Den größten Teil dieser Summe wollen wir in die Verringerung der Nettoneuverschuldung stecken, weil wir mit der Schuldenmacherei nicht ewig so weitermachen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber 160 Millionen € davon wollen wir für das verwenden, was unserer Meinung nach dringend nötig ist in diesem Land. Denn es ist dringend nötig, in diesem Land inhaltlich eine andere Politik zu machen.

Erster Punkt. Wir müssen in Hessen wieder ernsthaft Umweltpolitik betreiben, und zwar in unserem eigenen Interesse. Diese Regierung hat in diesem Bereich eine katastrophale Bilanz vorgelegt. Der Verbraucherschutz ist geschwächt, die Lebensmittelkontrolle ist kaum noch arbeitsfähig. Dieser Minister ver stolpert den Nationalpark Kellerwald. Er ver stolpert ihn. Anders kann man es nicht ausdrücken.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Also ver stolpert er ihn!)

In Biblis kommen wir zu einem Störfall nach dem anderen. Wir haben festgestellt, dass diese Landesregierung inzwischen noch nicht einmal mehr einen Überblick über den Energiebedarf ihrer eigenen Gebäude hat. Blockadepolitik ist nicht nur bei Finanzfragen, sondern auch beim Dosenpfand festzustellen. Roland Koch und Wilhelm Dietzel blockieren selbst dann noch, wenn Edi Stoiber schon bereit ist zum Kompromiss. Alles in allem: Wir waren einmal führend, jetzt sind wir ganz hinten.

Meine Damen und Herren, wir sind der Meinung, dass man mit Umschichtungen im Landeshaushalt nicht nur das machen kann, was im Klimaschutz auch als Beitrag des Landes Hessen dringend nötig ist, sondern dass wir auch über Energieeffizienz und Wärmedämmung einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit dieses Landes leisten können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Spätestens als der Preis für ein Barrel Rohöl bei 55 Dollar lag, hätten Sie, meine Damen und Herren, eigentlich merken müssen, dass das, was wir seit unserer Gründung erzählen, dass dies nämlich eine endliche Ressource ist, stimmt.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Deshalb betreiben wir die friedliche Nutzung der Kernenergie!)

– Im Übrigen, Herr Kollege Dr. Jung: Uran ist auch endlich. Ich weiß nicht, ob das in Ihren Kopf hineingeht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Frank Gotthardt (CDU): Solarenergie ist im Übrigen auch endlich! Nur der Zeitraum ist ein anderer! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Leider ist Ihre Rede auch endlich!)

Aber das nur nebenbei. Ich glaube, dass wir in diesem Bereich eine bessere Politik machen könnten, die – das ist in der gegenwärtigen Situation auch unglaublich wichtig –

gerade im ländlichen Bereich, wenn man sich anschaut, was für ein Potenzial Biomasse und erneuerbare Energien sind, für Arbeitsplätze sorgen kann, die wir dort dringend brauchen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte Ihnen an einem Beispiel deutlich machen, wie verrückt die Diskussion in Deutschland ist.

(Frank Gotthardt (CDU): Das beweist du mit deiner Rede!)

Die Firma Thyssen-Henschel, Herr Kollege Gotthardt. Der Transrapid schafft momentan unter 200 Arbeitsplätze.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Warum schafft er nur 200 Arbeitsplätze? – Nicola Beer (FDP): Weil er in China gebaut wird!)

Aber alle Welt redet darüber, dass man unbedingt eine Referenzstrecke in München braucht. Wir haben einmal nachgefragt, was denn passierte, würde die Strecke in München gebaut. Uns wurde gesagt, dann könnte es vielleicht um die 400 Arbeitsplätze geben.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): 200 Menschen bauen dieses Ding?)

Wissen Sie: Direkt neben Kassel, dort wo das Thyssen-Henschel-Werk ist, gibt es eine Firma, die kennt kein Mensch. Sie heißt SMA.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber ich kenne sie!)

Der Herr Ministerpräsident kennt sie vielleicht. Herr Posch hat sie einmal als „Hidden Champion“ ausgezeichnet.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das Wort ist Scheiße; da sind wir uns einig!)

– Sehen Sie. Es wollte ja keiner Anglizismen benutzen. – Diese Firma SMA macht Teile für Solaranlagen, die Gleichrichter. Sie hat 700 Beschäftigte; ein Großteil von ihnen ist hoch qualifiziert. Ich sage Ihnen: Wir schaffen es mit geringen Umschichtungen, mit dem, was wir vorschlagen, nicht nur die Zukunftsfragen zu lösen, sondern auch noch zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist unser Vorschlag, wie man in bestimmten Bereichen antworten sollte.

Wir sind der Meinung, dass man den Verbraucherschutz und die Lebensmittelkontrolle in Hessen zumindest wieder arbeitsfähig machen muss, Herr Kollege Gotthardt, damit Sie auch weiterhin unbesorgt zubeißen können.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind der Meinung, dass wir eine andere Verkehrspolitik in Hessen machen müssen.

(Frank Gotthardt (CDU): Mit Rikschafahren kann man viele Arbeitsplätze schaffen! Das ist euer Zukunftskonzept!)

– Da sagt der Mensch: Rikscha fahren. Mein lieber Mann.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Da hat er doch Recht!)

Wir haben 1995, nach vielen Jahren, einen Meilenstein in Hessen geschaffen, nämlich die Gründung der Verkehrsverbünde RMV und NVV. Sie haben nächstes Jahr zum

zehnten Mal Geburtstag. Die spannende Frage ist: Was hat die Landesregierung diesen Verkehrsverbünden zum zehnten Geburtstag zu schenken? Wissen Sie, was sie ihnen zu schenken hat? Ein schlechtes ÖPNV-Gesetz, Herr Verkehrsminister, und ein Sonderprogramm „Landesstraßenbau“.

(Minister Dr. Alois Rhiel: Kennen Sie es?)

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Ich denke, dass wir so nicht weitermachen können, wie es im letzten Jahr war, dass es nämlich Zugabbestellungen gibt, sondern dass wir gerade im Ballungsraum eine andere Verkehrspolitik machen müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank Gotthardt (CDU): Das ist die Linie der Bundesbahn!)

Sie sollten sich nur einmal den ersten unserer zehn Vorschläge zum zehnten Geburtstag der Verkehrsverbünde anschauen. Nachdem wir das Semesterticket geschaffen haben, sollten wir nun auch über ein Schülerticket nachdenken, das 365 Tage im Jahr gültig ist. Wir sollten überlegen, ob das nicht eine bessere Antwort wäre als das, was Sie jetzt vorgeschlagen haben, nämlich die Eltern an den Schülerbeförderungskosten zu beteiligen und damit das Problem noch zu verstärken. Ich finde, darüber sollten wir einmal ernsthaft reden, und ich hoffe darauf, dass Sie zumindest im stillen Kämmerlein guten Argumenten auch zugänglich sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweiter Punkt. Ich glaube, dass wir in dem Bereich, in dem sich die „Operation düstere Zukunft“ am schlimmsten ausgewirkt hat, wo sie bewirkt hat, dass aus ideologischen Gründen Dinge kaputtgeschlagen wurden, nämlich bei vielen sozialen Initiativen, dafür sorgen müssen, dass der soziale Ausgleich in diesem Lande weiterhin funktioniert und dass für die Schuldnerberatung, für die Frauenhäuser, für die Brennpunktarbeit und für all das, was Ihnen ideologisch nie gepasst hat, wieder Geld ausgegeben wird. Ich habe Ihnen schon gesagt, dass wir das alles seriös finanziert haben.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Grundwasserabgabe!)

Ich habe Ihnen vorhin schon gesagt, dass wir von 1996 bis 1998 die Ausgaben real vermindert haben. Meine Damen und Herren, selbst in dieser Zeit ist es uns gelungen, ein Sozialbudget aufzustellen, das genau diesen Bereich unter Schutz gestellt hat. Es geht nämlich, wenn man es will.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Gotthardt, ich würde nicht so angestrengt an die Decke gucken, denn ich glaube, dass das auch für die CDU irgendwann ein Problem wird.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Er nimmt Abschied von dem Saal!)

Sie haben in Ihrer Fraktion niemanden mehr vom Schlage Georg Badeck, Gerald Weiß oder Aloys Zumbrägel. Dass Herr Seehofer zurückgetreten ist, ist doch nur ein Beweis dafür, in welche Richtung Sie sich entwickeln. Genau so, wie Sie es bei der Kinderbetreuung gemerkt haben – ich komme zu dem Thema noch –, werden Sie merken, dass Sie auf Dauer so nicht weitermachen können. Sie werden merken, dass sozialer Ausgleich ein Wort ist, ohne den eine Volkspartei nicht existieren kann, auch eine konservative Volkspartei nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dritter Punkt: die Bildung. Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihren so genannten Visionen zu Beginn der Legislaturperiode vor eineinhalb Jahren gesagt, Sie wollen am Ende der Periode 500 Lehrerstellen mehr haben. Ein paar Monate später haben Sie dann erst einmal 1.000 Lehrerstellen gestrichen. Meine Damen und Herren, wir wollen diese Lehrerstellen wieder bereitstellen, damit die Lehrerinnen und Lehrer wieder Unterricht geben können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir glauben aber, dass Sie auch jenseits der Frage der Lehrerstellen mit dem, was Sie in der Bildungspolitik machen, auf dem absoluten Holzweg sind. Meine Damen und Herren, Sie haben einen völlig verkorksten, einen nur ideologisch zu erklärenden Schulgesetzentwurf vorgelegt, der ungefähr da wieder anfängt, wo Alfred Dregger in den Siebzigerjahren aufgehört hat.

Frau Kultusministerin, laut PISA-Studie – und wohl auch laut der nächsten PISA-Studie – ist Tatsache, dass über 20 % der 15-Jährigen kein ausreichendes Textverständnis haben. Ich habe langsam das Gefühl, das dies nicht nur für die 15-Jährigen, sondern zumindest auch für relevante Teile der CDU-Fraktion gilt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen Sie sich doch einmal die Ergebnisse dieser PISA-Studie an. Meine Damen und Herren, es gibt kein Land in der gesamten OECD, wo der Bildungserfolg so sehr von der sozialen Herkunft der Schülerinnen und Schüler abhängt. Es gibt kein Land, das so viele Bildungsverlierer produziert. Von den entwickelten Industriestaaten liegen Brasilien und Mexiko noch etwas unter uns. Das war aber nicht der Vergleich, den wir bisher in der Bildungspolitik gezogen haben. Wie Sie darauf reagieren, ist das genaue Gegenteil dessen, was eigentlich nötig wäre. Deswegen sagen wir: Wir haben Ihnen ein Programm vorgelegt,

(Zuruf der Abg. Brigitte Kölsch (CDU))

– genau Ihnen, Frau Kölsch –, das es ermöglichen würde, mehr Zeit zum Lernen zu haben, durch das wir jede Schule, die das wünscht, sukzessive zur Ganztagschule machen können. Das ist seriös finanziert. Das ist das Gegenmodell zu Ihrem Modell, dass man Nachmittagsunterricht, ohne die Voraussetzungen dafür zu schaffen, durch die Hintertür durch eine völlig verkorkste Schulzeitverkürzung an der falschen Stelle einführt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Wir glauben, dass man den Schulen mehr Selbstständigkeit geben muss, dass man den Schulen mehr Freiheit geben muss, die Lernziele zu erreichen, und sie dann bei der Evaluation ihrer eigenen Stärken und Schwächen unterstützen muss. Das ist das Gegenmodell zu Ihrer ideologischen Verbohrtheit – anders kann man es nicht nennen –, den Unterrichtsstoff aus dem Amtszimmer Luisenplatz auf dem Dienstweg über die Staatlichen Schulämter bis in jedes einzelne Klassenzimmer steuern zu wollen. Meine Damen und Herren, so funktioniert eine moderne Schule nicht. Es wäre den Schulen zu wünschen, wenn Sie sich einen Ruck gäben und feststellen würden, dass Sie auf dem ideologisch völlig falschen Weg sind, weil man so moderne Bildungspolitik nicht machen kann, wie Sie das hier betreiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind auch der Meinung, dass die Langzeitstudiengebühren an den Universitäten, die Sie eingeführt haben, spätestens nach einem Jahr den Beweis erbracht haben, dass auch das keine vernünftige Politik sein kann. Wir haben eine riesengroße Zahl von Exmatrikulationen. Der Wissenschaftsminister und Frau Kühne-Hörmann sagen dann: Das ist ein Riesenerfolg. Die Langzeitstudierenden sind weg. – Dazu kann ich Ihnen sagen: Wenn es wirklich, wie Frau Kühne-Hörmann immer sagt, Scheinstudenten waren, dann waren sie sowieso nicht mehr an der Uni. Das heißt, sie haben auch niemandem den Platz in der Bibliothek oder im Hörsaal weggenommen. Im Gegenteil, jetzt fehlen deren Beiträge den Studentenwerken, weil sie auch in der Mensa nicht gegessen haben. Wenn sie allerdings aus bestimmten Gründen wirklich nicht so schnell studieren konnten, wie sie wollten, und ihre Gründe bei Ihrem völlig verkorksten Studienguthabengesetz nicht anerkannt werden, dann heißt das, dass Sie faktisch Menschen vor ihrem Abschluss von der Uni vertrieben haben. Das kann keine vernünftige Politik sein,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

vor allem wenn man sich dann noch vergegenwärtigt, dass Sie den Universitäten in der Verwaltung einen Riesenaufwand beschert haben.

Ich komme zum vierten Punkt. Da wird es ganz besonders spannend. Ich komme zu dem nach unserer Meinung dringend notwendigen Aufbruch in der Kinderbetreuung. Frau Sozialministerin, die CDU hat einen sehr spannenden Positionswechsel vollzogen, indem sie am vorletzten Samstag in Hanau beschlossen hat, dass Kinderbetreuung vielleicht doch kein Fehler ist. Nun muss ich sagen: Für uns hat es sich erst völlig unglaublich angehört, als wir mitbekommen haben, was vor Änderung Ihres Programms in Ihrem Programm eigentlich stand. Aber immerhin: Sie sind der Meinung, dass Sie da ein Problem haben. – Das haben Sie. Sie verlieren eine ganze Generation. Das haben Sie richtig erkannt. Es ist kein Zufall, dass die CDU in den Großstädten bei der letzten Europawahl im Durchschnitt fast zweistellig verloren hat. Sie haben erkannt, dass Sie dort etwas tun müssen.

Nun müssen Sie uns GRÜNEN nicht erzählen, wie man da etwas tut. Unter grünen Familienministerinnen haben wir von 1991 bis 1999 unter Einsatz von 1,3 Milliarden DM – damals noch DM – über 60.000 Betreuungsplätze bei den Drei- bis Sechsjährigen geschaffen.

(Frank Gotthardt (CDU): Die Geburtenzahlen sind in der Zeit hochgegangen!)

– Herr Gotthardt, sehen Sie, das ist genau das, was die Leute nicht mehr ertragen, wenn dann jemand sagt: „Die Geburtenzahlen sind in dieser Zeit hochgegangen.“ Ich kann Ihnen aber genauso antworten: Ich kann mich daran erinnern, dass im Jahr 1999 hier eine Sozialministerin Mosiek-Urbahn saß, die gesagt hat, Ziel ihrer Politik sei es, die Kinderzahl zu steigern. 1999 gab es 186.000, und dieses Jahr gibt es 166.000 unter Dreijährige. Die sind alle schon in der Regierungszeit von Roland Koch geboren worden. Jetzt frage ich Sie: Hilft es Ihnen weiter, wenn ich Ihnen diese Zahl nenne? – Nein, es hilft Ihnen nicht weiter. Es hilft den Leuten auch nicht weiter.

Die spannende, alles entscheidende Frage ist – denn Papier ist geduldig –: Werden aus Ihren hehren Worten auch Taten?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen – auf Heller und Pfennig – einen Stufenplan vorgeschlagen, der die Kommunen dabei unterstützt, bis zum Ende dieser Legislaturperiode die Betreuungsgarantie für unter Dreijährige zu erreichen. Wir wollen 50 % der nötigen Plätze bei Tageseltern schaffen und 50 % in Einrichtungen bei Krippen und Krabbelstuben. Das bedeutet, dass jedes Jahr 5.800 Plätze nötig sind, um am Ende dieses Stufenplans die 20-%-Quote zu erreichen.

Was haben Sie gemacht? Die Mehrheit der CDU-Fraktion – davon gehe ich aus – hat die Haushaltsanträge nicht gelesen. Das ist das Schicksal einer Opposition, bitte sehr. Die CDU-Mitglieder des Haushaltsausschusses, die diese Anträge hoffentlich gelesen hatten, haben sie abgelehnt. Die Begründung dafür lautete: Wir haben dafür kein Geld. – Ich muss Ihnen dazu sagen: Wir haben Ihnen genau vorgerechnet, wie wir das finanzieren wollen. Im nächsten Jahr 5.800 neue Plätze zu schaffen kostet 23 Millionen €. Das kostet also weniger als Ihr Schloss im Odenwald und Ihr Weinkeller. Kommen Sie mir bitte nicht mit den Worten: „Dafür haben wir kein Geld“. Man braucht sich nur anzuschauen, wofür Sie Geld haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am Samstag hat ein CDU-Parteitag stattgefunden, auf dem gesagt wurde: Wir brauchen mehr Betreuungsplätze und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. – Am Mittwoch darauf lehnt die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag die Anträge, die damit Ernst machen wollen, ab. Das nenne ich Heuchelei.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sage ich Ihnen: Ihre hehren Beschlüsse werden am Ende überhaupt nichts bringen – weder den Bürgerinnen und Bürgern noch den Eltern, noch denen, die es werden wollen, und am allerwenigsten der CDU selbst –, wenn den Worten keine Taten folgen. Ich kann mich gut erinnern, dass der Ministerpräsident im März 2001 eine große Rede gehalten und gesagt hat: Hessen muss zum Land der Tagesmütter werden. – Der Ministerpräsident nickt. – Damals hatten wir 1.020 Tagesmütter. Heute, dreieinhalb Jahre später, haben wir 1.400 Tagesmütter. Das sind weniger als 100 Tagesmütter pro Jahr mehr. Herr Ministerpräsident, wenn wir in dem Tempo weitermachen, lebt keiner mehr, der in diesem Plenarsaal sitzt, wenn wir endlich die 20-%-Quote erreicht haben. So funktioniert seriöse Politik nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe gehört, dass es bei Ihnen innerparteilich immer noch Kritik gibt. Die Frauen-Union und die Schüler-Union haben sich gemeldet und gesagt, das sei alles Blödsinn, Kinderbetreuung sei eine schlechte Sache. Der Umedenkprozess in der CDU scheint also noch nicht tief greifend gewesen zu sein.

Ich bitte Sie aber inständig: Gehen Sie den Weg der Veränderung weiter. Sie sind immerhin aus den Sechzigerjahren des letzten Jahrhunderts in die Neunzigerjahre des letzten Jahrhunderts gekommen. Wir müssen aber irgendwann einmal im Jahre 2004 ankommen und Ernst machen.

Ich bitte Sie darum, Frau Sozialministerin: Kommen Sie uns nicht mit Modellprojekten in zwei Kommunen, die etwas beweisen sollen, was wir sowieso schon wissen, dass nämlich mehr Kinderbetreuung zu mehr Kindern führt. Für diese Erkenntnis brauchen wir keine Modellprojekte in zwei hessischen Kommunen. Dazu braucht man nur in

bestimmte Kommunen in Niedersachsen, nach Dänemark oder nach Frankreich zu schauen. Wenn Sie hier mit Modellprojekten daherkommen, dann hat das nichts anderes auf sich, als dass Sie die Einführung einer flächendeckenden Betreuung zur Verbesserung der Situation verhindern wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wäre möglich, diesen Haushalt, der finanzpolitisch völlig unseriös und desaströs ist, in seiner Solidität deutlich zu verbessern, wenn Sie Ihre Blockadehaltung auf Bundesebene aufgeben würden, wenn Sie unsinnige Ausgaben, die Sie hier vorsehen, nicht tätigen würden und wenn Sie die Einnahmen, die Sie erzielen könnten, auch erzielen würden. Es wäre möglich, die Zukunftsaufgaben in Bezug auf Umwelt und gesunde Lebensbedingungen in diesem Lande besser zu lösen. Es wäre möglich, in diesem Lande einen echten Aufbruch in der Kinderbetreuung hinzubekommen – wenn Sie es denn nur wollten. Es wäre möglich, in der Bildungspolitik nicht die Antworten von vorgestern, sondern die Antworten von morgen zu geben – wenn Sie es denn nur wollten. Es wäre möglich, den sozialen Ausgleich in diesem Bundesland besser zu organisieren, als Sie das tun – wenn Sie es denn nur wollten.

Meine Fraktion hat Ihnen über 100 Änderungsanträge zu diesem Haushaltsentwurf vorgelegt. Sie haben sie alle abgelehnt – bis auf einen, der ein kleines Versäumnis Ihrerseits korrigiert hat. Sie haben aber nicht nur unsere Anträge abgelehnt, sondern Sie haben auch die Anträge der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion abgelehnt. Das zeigt übrigens, dass das brutalstmögliche Kuscheln am Ende erfolglos geblieben ist, Herr Kollege Hahn.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man kann sagen: Okay, es ist das Schicksal von Oppositionsanträgen, dass sie abgelehnt werden. Irgendwann übernimmt die Regierung diese Anträge und setzt sie um, wenn sie sinnvoll sind. – Sie machen aber noch nicht einmal das. Ich habe meine Rede damit begonnen, dass ich Ihnen im Interesse des Landes Hessen Nachdenklichkeit wünschte. Ich denke, es sollte Sie wirklich nachdenklich machen, wenn SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, die mal mehr, mal weniger Gemeinsamkeiten haben, mehr oder weniger seriöse Vorschläge machen – manche setzen nämlich auf Einmaleffekte, indem sie das Landesvermögen komplett verkaufen wollen – und gemeinsam sagen: So, wie diese Landesregierung, dieser Ministerpräsident und dieser Finanzminister hier Politik machen, kann es nicht sein. – Das sollte Sie zumindest nachdenklich machen. Ich glaube, in einer Zeitung die Überschrift gelesen zu haben: So einig war sich die Opposition noch nie. – Das stimmt. Einen so vermurksten und verkorksten Haushalt, der das Geld an den falschen Stellen ausgibt und viel zu viele Schulden macht, können die Oppositionsfractionen nicht akzeptieren. Wenn die Regierungsfraction ihre Kontrollfunktion gegenüber der Regierung ernst nehmen würde, dann könnte auch sie diesen Haushaltsentwurf nicht akzeptieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Die Anträge der Opposition sind mal mehr, mal weniger seriös. Das kommt auf den Standpunkt der Betrachtung an. Sie haben aber eines gemeinsam: Sie sind alle seriöser als die Politik von Roland Koch und Karlheinz Weimar.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Angesichts dieser Situation, angesichts der Probleme, die von Ihnen nicht gelöst werden, angesichts der Schulden, die Sie in den letzten sechs Jahren aufgetürmt haben, und angesichts der Blockadepolitik, die Sie trotzdem immer noch betreiben, sollten Sie den Hochmut, der Sie kennzeichnet, die Arroganz der absoluten Mehrheit, die Arroganz der absoluten Macht, die Sie in jeder der Gesetzesberatungen der letzten Monate an den Tag gelegt haben, endlich einmal ablegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hochmut kommt nämlich vor dem Fall.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Herr Hoff, da jede Oppositionsfraktion gerne an die Regierung kommen würde, müsste ich eigentlich sagen: Machen Sie so weiter. – Ich sage aber: Machen Sie bitte im Interesse des Landes Hessen nicht so weiter. – Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Al-Wazir. – Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Da der Herr Kollege Walter gelegentlich versucht, Minuten in andere Maßeinheiten umzurechnen, dachte ich mir, es sei richtig, die Rednerinnen und Redner von Rot-Grün, die sich gelegentlich als Alternative zu der amtierenden Landesregierung gerieren, hier im Zusammenhang vortragen zu lassen, damit die Öffentlichkeit die Darstellungen kennen lernen und zusammenfügen kann.

(Beifall bei der CDU)

Ich gebe zu, hinsichtlich der Kollegen der FDP habe ich einen differenzierten Eindruck.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Alle sind Opposition. Das führt zu unterschiedlichen Ansichten. Aber mit den einen ist es möglicherweise leichter, zu Konsensen zu kommen, als mit den anderen. Das bestreite ich nicht.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es ist durchaus spannend, im Zusammenhang zu hören, was Sie beide gesagt haben. In einer wesentlichen Frage sind Sie sich einig – nämlich darin, dass Sie dringend mehr Geld brauchen, das Sie den Bürgern abnehmen wollen, indem Sie Abgaben und Steuern erhöhen. Beide haben Sie das vorgetragen.

Das kommt in unterschiedlicher Gestalt daher. Es gibt die Forderung nach einer Mehrwertsteuererhöhung bei Herrn Walter. Es gibt die Forderung nach Wiedereinführung der Hessensteuer, der Grundwasserabgabe, bei Herrn Al-Wazir. Beiden gemeinsam ist die Zustimmung zu Gesetzgebungsverfahren im Bund, die weitere Steuererhöhungen oder Zuwendungen auslösen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aus unserer Sicht ist das nicht die richtige Alternative.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ihre Alternative ist Schulden machen!)

Jeder muss wissen, bei Rot-Grün wird es teurer. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist durchaus eine Botschaft.

(Beifall bei der CDU)

Ganz spannend finde ich die unterschiedlichen Formen der Staatsintervention, die uns die beiden Herren vorge tragen haben.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Der eine möchte eine neue Industriepolitik machen, à la Sarkozy – solche Allianzen gibt es in Europa, schau mal einer an. Verehrter Herr Kollege Walter, nur müssen Sie sich dann einen Satz gefallen lassen. Ich weiß nicht, ob Sie mit Herrn Clement telefonieren, aber wenn Sie ihn am Telefon haben, dann tun Sie mir den Gefallen und sagen Sie ihm, aus der Sicht der Hessischen Landesregierung hätte man beim Thema Sanofi manches tun können.

(Beifall bei der CDU)

Es hilft mir nichts, dass der deutsche Wirtschaftsminister dem französischen anschließend sechs Wochen lang das gemeinsame Joggen verweigert, indem er immer wieder die Termine verschiebt – nachdem der Deal abgeschlossen ist. Möglicherweise wäre dabei eine Wahrnehmung deutscher Interessen möglich gewesen. Aber das hätte anders ausgesehen. Seien Sie also so freundlich, und hören Sie auf, hier Krokodilstränen zu weinen.

(Beifall bei der CDU)

Aber um die Industriepolitik schlüssig zu machen, ist die Fraktion der GRÜNEN nach wie vor dabei – darauf wird noch zurückzukommen sein –, die Infrastruktureinrichtungen infrage zu stellen. Der eine will das Geld für Kassel-Calden wegnehmen, an einer anderen Stelle ist es die Verkehrsinfrastruktur beim Straßenbau. Der Frankfurter Flughafen war es Ihnen beiden nicht wert, in Ihrer Rede erwähnt zu werden, aber auch dort haben die GRÜNEN eine schöne Blockadeposition, mit der man noch 40.000 Jobs vernichten kann.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Jürgen Walter (SPD) und Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist die Ausgangsposition. Wenn das Wort, das ich aufnehme, richtig ist – „Generalabrechnung“ –, dann muss eine Regierung in der Tat damit leben, dass eine Opposition eher mit einer Regierung abrechnet, als dass wir einen Anlass haben, das umgekehrt zu tun. Ich glaube aber, dass die Unterschiede in den politischen Fragestellungen an dieser Stelle sichtbar werden.

Ich verstehe, dass die Oppositionskollegen sehr konzentriert darauf bedacht sind, Hessen zu einer Insel zu machen. Jede Erwägung, das habe etwas mit dem zu tun, was um uns herum geschieht, lehnen Sie ab. Deshalb hat es keiner für nötig gehalten, irgendeine der Zahlen zu nennen, die unser Bundesland mit den Finanzentwicklungen um uns herum vergleicht. Sie haben auch die Zahlen nicht in Zweifel gestellt, die zeigen, an welcher Stelle wir uns im Konzert der ökonomischen Entwicklung der Bundesländer befinden. Das ist dankenswert, denn darüber besteht

dann wohl kein Streit. Wenn man Ihnen zuhört, stehen wir unmittelbar vor dem Verfall.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch im ersten Halbjahr 2004 ist das Wirtschaftswachstum dieses Bundeslandes Hessen, nach Bayern, wieder das zweit-höchste in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wer sich das über den Verlauf der letzten fünf Jahre anschaut, sieht: Wir sind die Zweitbesten in Deutschland – während der gesamten Regierungszeit, die unter meiner Ministerpräsidentenschaft zu verantworten ist. Ich habe nicht die Absicht, mich dafür zu entschuldigen, sondern wir sind stolz darauf.

(Beifall bei der CDU)

Entgegen dem, was der Kollege Walter gesagt hat, haben wir eine sehr präzise Vorstellung davon, wo unsere ökonomischen Quertreiber sind: in der Logistik, in der Automobilindustrie, am Finanzplatz, in der Chemie, in der pharmazeutischen Industrie, in der Telekommunikations- und Informationstechnologie. Ich bedauere es sehr, dass wir im Augenblick bei dieser Vielfalt in einigen Bereichen Branchen haben, die uns Probleme bereiten. Ja, bei den Banken und Versicherungen und dem, was dahinter hängt, haben wir massiv Arbeitsplätze verloren – richtig. Im Augenblick kämpfen wir bei der Automobilindustrie mit einem unternehmensbezogenen Problem – dafür kann die Hessische Landesregierung wirklich nichts –, das ein hessisches Unternehmen stärker betrifft als ein baye-risches oder ein baden-württembergisches. Das zeigt sich in der Zahl. Deshalb ist diese Zahl richtig. Wir haben im Augenblick Sorge um die Arbeitsplätze.

Aber bei aller Freundschaft: Nach wie vor sind wir – unterschiedlich je nach Monat – der Dritt- oder Viertbeste bei der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze und der geringsten Arbeitslosenrate in Deutschland. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist nicht so, dass wir hinten sind, sondern wir sind bei den Vordenen dabei. Das ist gut für dieses Land, und Sie sollten wenigstens erlauben, dass wir das sagen.

(Beifall bei der CDU)

Aber all dieses Lob und dieser Stolz darauf, in welcher Verfassung wir sind, ändern nichts an den gigantischen Problemen, die wir haben. Das wollen wir gar nicht bestreiten. Wir haben eine extreme Verschuldenssituation, und wir schlagen vor, im nächsten Jahr Vermögen zu veräußern – im vergangenen Jahr haben wir das im geringeren Umfang schon getan. Das sind doch keine Äußerungen der Freude und der Zufriedenheit. Worüber wir reden – und das lohnt sich auch –, sind doch die Alternativen: Was wird vorgetragen? Ich werde etwas zu Ihren Anträgen sagen. Welche Folgen hätte das? Welchen konzeptionellen Ansatz haben wir?

Aber auch dort gilt: Bevor man das macht, muss man sich die Frage stellen: Welches Problem managen wir eigentlich gerade? Ist das ein Problem – das war Ihr Ansatz –, dass wir sagen, wir nehmen den Leuten zu wenig ab, und deshalb geht es dem Staat zu schlecht?

(Reinhard Kahl (SPD): Ach, Unsinn!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist grundfalsch. Die richtige Analyse ist: Das Wirtschaftswachstum in Deutschland ist viele Jahre lang in einer Art und Weise zusammengebrochen, dass bei einer Fortsetzung dieser Entwicklung – die Erfahrung der letzten zwei Jahre hat

das bereits gezeigt – der Wohlstand dieses Landes, auch sein öffentlicher Wohlstand, nicht erhalten werden kann.

Manche Wirtschaftsweisen sagen es, und man kann es auch in mancher Nachrichtensendung am Abend hören: Deutschland kann optimistisch vorausschauen – auch im nächsten Jahr gibt es ein Wirtschaftswachstum von 1,4 %.

1,4% Wirtschaftswachstum ist für dieses Land eine Katastrophe, eine schlichte Katastrophe.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Das wird zu dramatischen weiteren Einschnitten in die öffentliche Leistungsfähigkeit führen. Ich sage Ihnen gleich, wie diese Katastrophe in Geld aussieht. Aber als Erstes muss man fragen: Muss das sein?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie hoch muss es denn sein? – Zuruf des Abg. Jürgen Walter (SPD))

– Das erkläre ich Ihnen.

(Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

– Geben Sie mir eine Sekunde Zeit, ich sage es Ihnen in Zahlen.

Damit wir darauf nicht mehr zurückkommen müssen, will ich vorher die Frage stellen: Ist es denn zwingend, dass wir uns auf einmal mit einem Wirtschaftswachstum von 1,4 % beschränken?

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nein!)

Betrachten wir die Industrieländer auf der Basis der Herbstprognose des Internationalen Währungsfonds – also Daten, die wir wahrscheinlich gemeinsam akzeptieren können. Dann stellen wir fest, dass wir hinter Irland, Luxemburg, Polen, der Slowakei, Ungarn – die lasse ich aus –, Frankreich, Dänemark, Belgien, Österreich, Italien und Japan liegen. Jedenfalls in der Liste des IWF sind wir das letzte Land. Die nächsten sind Japan – das in den letzten Jahren bekanntlich erhebliche Probleme hatte – mit 1,6 %, Italien mit 1,6 %, dann kommt Österreich mit 2,0 %, Belgien mit 2,1 %, Dänemark mit 2,1 %. Dann sind wir schon bei Frankreich mit 2,2 %, dann kommen die Niederlande mit 2,4 %, Schweden mit 2,8 %, Großbritannien mit 2,9 %, Norwegen mit 3,0 %, Spanien mit 3,2 %, die USA mit 3,3 %, Kanada mit 3,4 %. Dann kommen die schnell wachsenden Länder, mit denen wir uns gar nicht vergleichen – das sind Ungarn, die Slowakei und andere, die höhere Wachstumsraten haben als wir. Die nehme ich außerhalb des Rennens, denn wir wissen, die können wir nicht erreichen.

Aber die Regierung der Bundesrepublik Deutschland war doch im Jahr 2001 noch selbst der Meinung, man könne den Korridor von 2, 2,5 bis 3 % erreichen. Jetzt kann man sagen: Gott, wenn alle anderen Länder das nicht erreicht haben, wie soll ich das schaffen?

Diese Argumentation kann ich nicht ganz wegwischen. Aber die anderen haben es geschafft – und wir Deutsche haben es nicht geschafft. Wir haben einen Sonderschaden Bundesrepublik Deutschland, den – mit Verlaub – Sie in Berlin zu verantworten haben, nicht eine Landesregierung in Hessen. Das muss man nüchtern sehen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn es denn eine Landesverantwortung gäbe, dann könnte man auch nur freundlich darauf hinweisen: Statistisch gesehen liegt diese Wachstumsschwäche an uns

cherlich weniger als an den anderen. Deshalb sind wir ja auf dem zweiten Platz.

Jetzt fragen wir: Wie hoch müsste das Wirtschaftswachstum denn sein? – Legen wir der Antwort das zugrunde, was die Bundesregierung im Jahr 2001 dem Arbeitskreis Steuerschätzungen und dem Finanzplanungsrat als ihre Annahme einer wirtschaftlichen Entwicklung vorgelegt hat.

Wie Sie wissen, wurden für das Jahr 2002 2,0 % Wirtschaftswachstum angenommen. Auf der Grundlage einer verlängerten Basis wurden dann bis zu 2,5 % Wachstum zugrunde gelegt. Für die Jahre 2002, 2003, 2004 und 2005 wurden Zahlen auf der Basis von 2,5 % Wachstum berechnet. Über 2,5 % ging das nie hinaus.

Ich sage Ihnen: Es gibt weltweit keine Entschuldigung dafür, dass wir die Zahl nicht erreicht haben. Das ist unser hausgemachtes Problem. Jetzt können wir uns einmal anschauen – wir sind gerade in der Periode bis 2005 –, welche Steuereinnahmen des Staates Bundesrepublik Deutschland und seiner Gliederungen die Steuerschätzer in der Mai-Steuerschätzung 2001 angenommen haben und was wir nach den Zahlen, die der Bundesfinanzminister vorlegt, an Steuereinnahmen im Jahr 2005 tatsächlich zu erwarten haben. Da wir zwischendurch keine großen Steuerreformen gemacht haben, kann es daran nicht liegen. Die Steuerreformen waren im Jahre 2001 bereits alle beschlossen. Das Einzige, was sich verändert hat, sind die Wachstumsrate und die wirtschaftliche Entwicklung.

Zwischen der Zahl, die damals prognostiziert worden ist, und der Zahl, die wir heute als Steuereinnahme des Staates zugrunde legen, liegen, bundesweit gerechnet, 70 Milliarden € im Jahr. Herr Kollege Al-Wazir, konkret bedeutet das für den Haushalt des Landes Hessen, dass die Einnahmen aus Steuern im Jahr 2005 um 2.186 Millionen € höher wären, als sie es jetzt sind. Man kann sich nicht die ganze Summe gutschreiben. Einen Teil bekommen die Kommunen, ein anderer Teil geht in den Länderfinanzausgleich. Den letzten Teil kann ich nicht berechnen, weil ich nicht weiß, wie gut es den anderen in dieser Zeit gegangen wäre. Aber man kann vielleicht davon ausgehen, dass die Hälfte der Steuereinnahmen übrig geblieben wäre.

Deswegen sage ich Ihnen schlicht und einfach: Die Tatsache, dass die Bundesregierung ihre eigenen, seit 2001 vorgegebenen Benchmarks unterschreitet, obwohl die anderen Länder der Europäischen Union sie erreichen, kostet diesen Landeshaushalt mehr als 1 Milliarde € netto und mehr als 2 Milliarden € brutto. Dafür gibt es eine politische Verantwortung. Die politische Verantwortung liegt leider nicht bei mir, sondern wir müssen sie hinnehmen und damit umgehen.

(Beifall bei der CDU)

Damit hängt zusammen, wie man die Entwicklung in der Zukunft berechnet. Bei der zukünftigen Entwicklung ist allerdings ein gewaltiges Problem inzwischen nicht mehr wegzudiskutieren. Jedes Jahr strukturelle Krise verlängert den Wiederaufstieg in die Normalität. Bei der Strukturkrise, in der wir uns befinden – wir stecken nicht nur in einer Konjunkturkrise –, ist es leider Gottes das Schlimme, dass ein Jahr Abstieg mehr als ein Jahr Aufstieg erforderlich macht. Das heißt, wir können uns heute schon sicher sein, dass wir auf mittlere Sicht eine komplizierte Durststrecke vor uns haben.

(Zuruf von der SPD: Sie wissen doch selbst, dass das Unfug ist!)

Es ist die Frage, wie wir damit umgehen und wie wir das Problem lösen. Das muss man politisch streitig diskutieren. Dazu muss man sich die Deltas ansehen, die Sie selbst beschreiben. Sie haben die Vermögensveräußerungen kritisiert. Ich nenne hier nur den Betrag von 800 Millionen €. Sie sagen, das sei unwirtschaftlich, nach dem Motto: Wenn er schon etwas macht, macht er Schulden.

Sie haben gleichzeitig gesagt, die Schulden seien zu hoch. Auch wir finden das nicht gut. Wir brauchen in keinen Wettbewerb darüber einzutreten, wer das am schlechtesten findet. Sie haben – im Wesentlichen durch Einnahmesteigerungen: zwei Drittel Einnahmesteigerungen, ein Drittel Kürzungen – jeweils Vorschläge in der Größenordnung von 400 Millionen € vorgelegt. Bei der FDP war es am Ende aufgrund von Veräußerungen etwas mehr. Aber es ging jeweils um etwa 400 Millionen €.

Aber, meine Damen und Herren, das ist doch keine Antwort auf das Problem. Sie haben dankenswerterweise noch ein paar Anträge gestellt, in denen Sie erläutern, wofür Sie diese 400 Millionen € ausgeben wollen. Was wäre, wenn Ihre Rechnung richtig wäre? Verschulden wir uns in der Höhe, wie es jetzt geplant ist, und veräußern nur Vermögenswerte in Höhe von 400 Millionen €, oder veräußern wir weiterhin Vermögenswerte in Höhe von 800 Millionen €, sodass 400 Millionen € weniger in die Netto-neuverschuldung gehen?

In der Abwägung zwischen diesen Gesichtspunkten kann ich auf die Idee kommen, bei der Bildung und bei der inneren Sicherheit zu kürzen. Im Sozialbereich – den schließen Sie sowieso aus – ist nicht mehr viel zu kürzen. Er ist auch zu klein, um durch die Kürzungen dort den Landeshaushalt sanieren zu können. Er muss seinen Beitrag leisten, aber nicht mehr.

Wir geben heute für die innere Sicherheit in Form von Polizei und Justiz, für die Bildung in Form von Schule und Hochschule, für das Bezahlen alter Schulden, für den Länderfinanzausgleich und für die Kommunen mehr als 80 % unseres Haushalts aus. Deshalb stellt sich die Frage: Taugen Ihre Vorschläge, um das Problem zu lösen? – Meine Antwort ist Nein. Wir befinden uns in diesem Bundesland auf einige Jahre in einer extrem krisenhaften Situation. Jetzt kann man sich fragen, ob das ein Problem unseres Bundeslandes ist, wodurch es sich von den anderen unterscheidet.

(Zuruf von der SPD: Ja, sicher!)

Ich sage, es ist ein Problem unseres Bundeslandes. Aber bedauerlicherweise unterscheidet es sich darin nicht von anderen Bundesländern. Im Gegenteil, ich stelle fest, dass wir es, wenn sich unser Bundesland schon von den anderen unterscheidet, offensichtlich nicht so schlecht gemacht haben.

Dazu möchte ich Ihnen ein paar Zahlen nennen. Diese Zahlen lassen Sie ja immer weg. Wenn wir in der Föderalismuskommission darüber reden, wer im Falle eines Stabilitätspaktausgleichs beim Überschreiten der Verschuldungsgrenze etwas dazu beitragen müsste, werden die Hessen diese Veranstaltung sehr entspannt betrachten können. Wir berechnen das nämlich nach Verschuldungskriterien: Wer trägt zu dem Defizit bei?

Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt hat kein Land eine niedrigere Verschuldung als wir. Bei der Pro-Kopf-Verschuldung wird es im nächsten Jahr nur ein Land ge-

ben, das besser ist als wir. Das muss man anerkennen. Das ist Bayern. Aber die Bayern können auch auf 20 Jahre einer anderen Politik zurückschauen. Die Nettoneuverschuldung in Bayern wird im nächsten Jahr mit 88 € pro Kopf unter der aller anderen Länder liegen. An zweiter Stelle kommen die Hessen mit 183 € pro Kopf.

Dann kann man einmal schauen: Mecklenburg-Vorpommern liegt schon bei 337 € pro Kopf. Die Kollegen in Nordrhein-Westfalen liegen bei 208 € Nettoneuverschuldung pro Kopf. Rheinland-Pfalz ist bei 252 €, Sachsen-Anhalt bei 364 €, Thüringen bei 415 €. Ich lasse die Stadtstaaten weg, denn dort liegt die Pro-Kopf-Verschuldung viel höher. In Berlin liegt sie bei über 2.000 €. Wenn wir daran gemessen werden, ob wir uns stabilitätsgerecht verhalten und ob wir im Verhältnis zu unserer Einwohnerzahl und zu unseren Einnahmen wirtschaftlich mit dem Geld umgehen, müssen wir feststellen, dass wir trotz aller Probleme, die wir haben, immer zu den Besten in der Bundesrepublik Deutschland gehören.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das kann bei Ihnen doch nicht zu einem völligen Wahrnehmungsverlust führen. Das rot-grün regierte Nordrhein-Westfalen, unmittelbar vor einer Wahl stehend und sicherlich nicht daran interessiert, schlechte Haushaltszahlen zu produzieren, ist dabei, mit dem zweiten Nachtragshaushalt für das Jahr 2004 die veranschlagte Nettoneuverschuldung auf jetzt insgesamt 6,91 Milliarden € zu steigern. Der Haushalt ist zweieinhalbmal so groß wie unserer. Selbst wenn unser Haushalt dreimal so groß wäre, lägen wir noch unter 5 Milliarden €. Deren Nettoneuverschuldung ist 2 Milliarden € höher.

(Zuruf von der SPD)

Ich möchte nicht in einen Wettbewerb mit Nordrhein-Westfalen eintreten. Aber wollen Sie von Frau Höhn, Herrn Vesper und Herrn Steinbrück behaupten, sie seien blöde Verschwender, die nicht wüssten, wie man einen Haushalt führt?

(Zuruf von der CDU: Wahrscheinlich!)

Ist das Ihr Vorschlag, oder können wir wenigstens eine Sekunde lang darüber nachdenken, dass es offensichtlich ein Problem in der gesamten Bundesrepublik Deutschland gibt und dass daher Ihre Argumentation, die sich nur auf den Landeshaushalt beruft, ein wenig zu – Entschuldigung – provinziell ist, um in der Debatte ernst genommen zu werden?

(Beifall bei der CDU)

Übrigens übersteigt die Nettoneuverschuldung in den beiden Nachtragshaushalten in Nordrhein-Westfalen die Anfang des Jahres eingeplante Nettoneuverschuldung um 100 %. So viel zu Ihrem Argument, wie das eingeschätzt wird.

Die Länder der Bundesrepublik Deutschland – auch Hessen – haben ein Problem. Hessens wirtschaftliche Entwicklung ist besser als die anderer Länder. Vielleicht fällt seine Verschuldensrate deshalb auch günstiger aus. Für sich gesehen können wir uns dafür aber nicht sehr viel kaufen. Wir müssen trotzdem darüber reden, wie wir in Zukunft mit den Veränderungen umgehen.

Eines geht nicht, nämlich zu glauben, allein durch das hessische Verhalten könne das Problem so weit gelöst werden, dass man in Zukunft sagt: Die Hessen haben kein Verschuldungsproblem wie die Nordrhein-Westfalen oder die Thüringen. Wir von SPD und GRÜNEN haben

mit unseren grandiosen Anträgen das Problem gelöst. Jetzt ist alles beseitigt.

Wir haben mit der „Operation sichere Zukunft“, die wir letztes Jahr in Angriff genommen haben, eine wichtige Voraussetzung für die Zukunft geschaffen. Es ist gut, zu erfahren, worüber Sie nicht reden. In der Hinsicht war es auch interessant, sich gestern den Redebeitrag des Kollegen Wagner von den GRÜNEN anzuhören. Sie verschweigen, welche Entwicklungen in der Einschätzung des Haushalts dazu geführt haben.

Der Hauptteil der „Operation sichere Zukunft“ bestand in der Frage, ob wir die Personalkosten reduzieren können. Das war der größte Brocken. Der zweitgrößte Brocken waren die allgemeinen Verwaltungskosten.

(Zurufe der Abg. Norbert Schmitt und Reinhard Kahl (SPD))

Das zusammen sind 600 Millionen €. Dann gab es noch 400 Millionen €, die aus Einmaleffekten oder Veräußerungen erwirtschaftet werden. Deshalb ist für die konsequente Entwicklung in der Zukunft auch nur relevant, dass wir darüber reden, ob diese 500 oder 600 Millionen € eingehalten werden oder nicht.

Sie können sehr einfach sehen: Diese 600 Millionen € sind eingehalten. – Sie sehen im ganzen Nachtragshaushalt Zahlen. Wir haben damals zehn Zwölftel, jetzt elf Zwölftel der Abrechnungen inklusive der noch vorzunehmenden Weihnachtszahlungen, die wir kennen. Wir werden diese sehr ehrgeizigen Einsparzahlen im Personalhaushalt mit einer ziemlichen Punktlandung erreichen. Es ist eine unglaubliche Leistung jedes einzelnen Kollegen in den Ressorts, aber insbesondere auch des Finanzministeriums. Die haben nämlich in den entscheidenden Punkten von Einsparungen und Koordination eine prima Haushaltsaufstellung gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb rechnen wir im nächsten Haushalt mit einer strukturellen Einsparung von 600 Millionen € weiter. Die wird im nächsten Jahr wieder eintreten. Jetzt muss man einmal einen Augenblick weiterrechnen, was das mittelfristig bedeutet. Die 600 Millionen € entwickeln sich durch die Berücksichtigung von Zinsen. Sie entwickeln sich dadurch, dass die Zahlen weiter wachsen, weil jetzt erst das, was an Personaleinsparungen im nächsten Jahr geplant ist, hinzukommt. Deshalb sage ich Ihnen: Allein mit der Maßnahme, die wir letztes Jahr mit der „Operation sichere Zukunft“ durchgeführt haben, werden wir im Jahre 2009, dem ersten Jahr nach der nächsten Landtagswahl, in dem ein vollständiger Haushalt aufgestellt werden kann, eine Entlastung haben, die, wenn man von den 500 Millionen € als unterer Grenze ausgeht, bei rund 4,047 Milliarden € liegt, wenn man von der oberen Grenze von 600 Millionen € ausgeht – weil ich darüber mit Ihnen nicht streiten will –, bei 4,6 Milliarden € liegt.

Wir haben zurzeit 21 Milliarden € Haushaltsbruttovolumen. Wir können durch die Strukturveränderungen beim Personal in diesem wachsenden Haushalt aber einen Anteil von etwa 4 Milliarden € konsolidieren und werden ihn nicht mehr haben, weil wir im letzten Jahr eine mutige und richtige Entscheidung getroffen haben, eingespart und nicht Leuten an anderer Stelle mehr Steuern abgenommen haben, weil das der richtige Weg ist, mit dem wir dorthin kommen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich werde nicht behaupten, dass wir mit diesem Weg ohne zusätzliches wirtschaftliches Wachstum eine Konsolidierung des Haushaltes hinbekommen, genauso wenig wie der Bundesfinanzminister, der, wie auch immer geschönt, jedes Jahr in der gleichen Situation ist, nämlich bei sehr hohen bis höchsten Nettoneuverschuldungen zu liegen. Er geht immer wieder mit Hoffnungszahlen nach Brüssel, die anschließend nicht erreicht werden. Auch nächstes Jahr wird das nicht gelingen. Er muss deshalb erklären, was ist. Er steht vor der gleichen Frage.

Die Kernfrage ist: Wie wächst die Wirtschaft in Deutschland wieder um 2,5 %? – Wenn diese Frage nicht beantwortet wird, dann – so muss man sagen – sollte sich das deutsche Volk am Ende eine neue Regierung suchen, bevor es aufgibt, auf dieses Ziel zu setzen, dass wir wieder normal in der wirtschaftlichen Entwicklung sein können, wie alle Länder in Europa um uns herum.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe Ihnen die Zahlen der mittelfristigen Finanzplanung genannt. Wir können das mit den Entwicklungen erreichen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– Das ist nicht meine mittelfristige Finanzplanung, sondern das, was der Bund vorgelegt hat. – Wir haben eine Perspektive, die aus den Maßnahmen der einschneidenden Veränderungen der „Operation sichere Zukunft“ einerseits und andererseits dem, was eine vernünftige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland für die Zukunft ermöglicht, und einer konsolidierten Entwicklung in diesem Lande besteht. Wir haben jetzt zwei oder drei Jahre, in denen nichts dafür spricht, dass diese Impulse unter den jetzigen Bedingungen mit dem faktischen Stillstand von Regierungspolitik in Berlin wirklich vorhanden sind. Jetzt müssen wir uns die Frage stellen – das hat etwas mit den Immobilienverkäufen zu tun –, ob wir unter dem Gesichtspunkt, dass wir die Verschuldensraten nicht weiter erhöhen können und dürfen, an dieser Stelle entweder im Wert von 800 Millionen € oder nach Ihrer Version im Wert von 400 Millionen € weitere Leistungen herausnehmen.

Dazu gibt es keine Alternative. Sie haben keinen einzigen Vorschlag zu der Frage gemacht: Was ist eigentlich mit diesem Delta, das aus Ihrer Sicht mindestens 1 Milliarde € betragen soll? Soll ich das kurzfristig ganz herausfahren? – Das bedeutet, weiter keine Lehrer einzustellen. Ich komme nachher einmal auf Erbach und SAP, aber hören Sie mit den Albernheiten auf. Das hat doch nichts mit der Frage in dieser Größenordnung zu tun.

(Zuruf von der SPD: Ach, so sehen Sie das!)

In der Größenordnung, was unser Problem ist, sind das Punkte, an denen Sie sich abarbeiten können, um eine politische Überschrift zu bekommen. Aber zur Beurteilung, wie Sie verantwortlich mit dem Lande umgehen, müssen Sie die Frage beantworten: Sind Sie bereit, in der Bildung Personal herauszunehmen? Sind Sie bereit, in der inneren Sicherheit weiter Personal herauszunehmen? Sind Sie bereit, im Straßenbau und in der Infrastruktur – wie bei den GRÜNEN und der SPD – Weiteres herauszunehmen?

Nur dann kommen Sie auf die Hunderte von Millionen Euro. Sind Sie bereit, mit uns darüber zu streiten, dass wir Investitionen an der Uni Frankfurt, Investitionen an der Uni Gießen, Investitionen an den Forschungseinrichtungen nicht machen sollen? – Wenn Sie zu all dem sagen, das

könne man im Augenblick nicht verantworten, dann wären wir in dieser Frage wenigstens einer Meinung.

(Wortmeldung bei der SPD)

– Sie können nachher reden. Sie haben noch eine Stunde.
– Wenn es an sich keine Möglichkeit gibt, dort Nein zu sagen, dann müssen Sie mit uns darüber reden, wie wir über die Durststrecke kommen. Ich sage ganz klar, und ich glaube, die Mehrheit im Landtag hat sich schweren Herzens entschieden, diesen Weg zu gehen: Wenn wir jetzt in Bildung, Sicherheit und Forschungseinrichtungen eingreifen, würden wir uns die Chance zum Wiedereinstieg unter vernünftigen Bedingungen kaputtmachen und damit die Chancen des Landes in einer Weise schädigen, wie wir sie nicht schädigen wollen.

(Beifall bei der CDU – Nicola Beer (FDP): Das machen Sie doch!)

Meine Damen und Herren, das sei nur noch hinzugefügt: Über die Zahlen, mit denen Sie als Opposition arbeiten, kann man teilweise nur noch staunen. Ich war auch lange Oppositionsführer. Ich weiß, dass man die Anträge möglicherweise etwas gelassener betrachtet, als wenn man sie in der Regierung verantworten muss. Aber so ein bisschen muss das doch alles gehen. Sie sind im Augenblick dabei, uns z. B. zu sagen, dass die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer – wenn ich die SPD-Anträge sehe – um 250 Millionen € steigen.

Wissen Sie, da muss man davon ausgehen, dass wir – das wissen Sie auch – etwa 6,8 %, vielleicht 7 % am Erbschaftsteueraufkommen in der Bundesrepublik Deutschland haben. Um Ihre Zahl zu erreichen, müsste man im nächsten Jahr ein Mehraufkommen an Erbschaftsteuer in Deutschland von 3,7 Milliarden € haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das bedeutet, dass Sie davon ausgehen, dass die Erbschaftsteuereinnahmen im nächsten Jahr durch Ihre Maßnahmen um 85 % erhöht werden. Wollen Sie allen Ernstes irgendjemandem hier seriös erklären, dass auch nur irgendeiner Ihrer Kollegen auf der nationalen Ebene eine Idee haben könnte, wie er im nächsten Jahr unter halbwegs verantwortlicher Politik oder durch irgendeinen Antrag, den Sie gemacht hätten, auf 85 % Erbschaftsteuererhöhung im nächsten Jahr kommt? – Entschuldigung, der Antrag ist bequem und dafür ausreichend, eine schöne Rede als Oppositionsführer zu halten.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Aber mit der realen Lage der Bundesrepublik Deutschland und den Möglichkeiten hat er leider nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP) – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Dann kommen Sie zu einem herrlichen Antrag im Bereich der Verwaltungskosten bei uns. Sie müssen es doch einmal etwas herunterbrechen und lesen, meine Damen und Herren. Gut, Sie mögen keine moderne Datenverarbeitung.

(Norbert Schmitt (SPD): Ach!)

Das nehmen wir hin, und – das gebe ich zu – das ignorieren wir auch.

(Heiterkeit bei der CDU)

Sie werden im Jahre 2008 nicht in der Schwierigkeit sein, die Regierung zu übernehmen. Davon bin ich überzeugt. Aber wer auch immer es tun würde, der würde eine mo-

derne Landesverwaltung, die an der ersten Stelle der Bundesrepublik Deutschland steht, vorfinden und nicht eine, die am Ende noch mit dem Rechenschieber arbeitet, nur weil die Sozialdemokraten aus Propagandagründen dort die Gelder gestrichen haben.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Dann machen Sie da nur weiter und gehen in die Titelgruppen für Feinschmecker, wo immer alle hineinbuchen, wenn sie glauben, sie könnten schnell etwas kürzen. Es versteht kein Mensch, wenn in der Titelgruppe 51 gekürzt wird. Wenn Sie einmal genauer gucken – ich habe mir ausrechnen lassen, was das bei uns bedeuten würde, wenn man es machte –: Am Ende würden Sie nicht umhin kommen, etwa die Unterhaltungskosten für Kraftfahrzeuge um 30 bis 50 % zu kürzen. Dann würde ich Sie gerne sehen. Es gäbe dann die Presseerklärungen der Landräte, z. B. aus Darmstadt-Dieburg: „Ich habe nicht mehr genug Benzin für meine Veterinäre“, oder sonst was.

(Norbert Schmitt (SPD): So ein Quatsch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in den letzten Jahren Jahr für Jahr alle Betriebskosten und Derartiges gekürzt.

(Reinhard Kahl (SPD): Das stimmt doch gar nicht!)

Sie wissen, dass jeder in der Verwaltung ächzt. Das ist auch in Ordnung so, weil wir zu wenig Geld haben. Aber herzukommen, einen Propagandaantrag zu machen und zu sagen, wir brauchen weniger Benzin in unserem Lande, ist für die intellektuellen Ansprüche, die Sie heute Morgen geäußert haben, zu wenig, wenn man in diesem Lande Gestaltung vornehmen will.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Wir haben eine schwierige Situation, in der wir über die Randbedingungen nicht glücklich sind und die Zahlen so verantworten, wie wir sie Ihnen dargelegt haben. Wir wissen, was Vermögensveräußerungen angeht – das ist meine Antwort auch ein wenig an die Kollegen der FDP –, dass es nicht verantwortlich ist, diese Frage auf ein Jahr zu reduzieren, sondern dass wir davon ausgehen müssen, dass die Krise, in der wir uns befinden, im Jahre 2006 nicht gelöst ist.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das sieht der Karlheinz schon anders!)

Sie wird durch eine Verringerung von Steuerausfällen ein bisschen kompensiert, weil niemand auf die Idee kommt, noch einmal die Steuern zu senken.

Übrigens verhehle ich nicht, dass ich froh gewesen wäre, wenn ich mich im Herbst letzten Jahres ganz hätte durchsetzen können. Ich sage Ihnen nach wie vor sehr offen: Die Steuersenkung, die der Bundeskanzler damals als einen weiteren Propagandatrick vorgenommen hat, hat, ökonomisch gesehen, absolut nichts gebracht. Das ist erwiesen. Aber unsere Haushalte wurden dadurch in weitere Schwierigkeiten gebracht. Aber dann wären die Senkungen halt im nächsten Jahr gekommen. Sei es also darum. Dort hätte man sie auf jeden Fall buchen müssen.

Im übernächsten Jahr wird es keine Steuersenkung mehr geben. Das wird die Einnahmen ein Stück weit stabilisieren. Aber das wird das Problem nicht lösen. Deswegen werden wir während dieser Durststrecke, die noch mindestens zwei oder drei Jahre dauern wird, nämlich so lange, bis wir wieder zu einem vernünftigen Wachstum kommen, die Finanzierung teilweise auch durch Vermö-

gensveräußerungen vornehmen müssen. Deshalb wird manches von dem, was auch die Kollegen der FDP im Augenblick sagen, wahr werden. Das betrifft etwa die Frankfurter Messe. In einer Zeitung konnte ich heute lesen, dass es jetzt in Frankfurter Magistrat Chancen gibt, das mit dem Verkauf von Messeanteilen entspannter zu sehen, als es in der Vergangenheit der Fall war. Das wäre sehr schön.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das soll auf Kosten des Landes gehen!)

– Wir werden dann schon sehen, wie das von wem gemacht wird. – Aber wenn es eine Chance in diese Richtung gibt, dann bleibt hinsichtlich dieser Position sicherlich nichts zu diskutieren. Wir werden auch zu Vermögensveräußerungen von Dingen kommen, die wir nutzen. In Klammern möchte ich hinzufügen: Wenn das alles so unwirtschaftlich ist, wie zum Teil behauptet wird, dann erhebt sich die Frage, warum keine Frankfurter Bank mehr im eigenen Haus sitzt. Die stehen doch nicht alle kurz vor dem Konkurs. Vielmehr haben sie das aus wirtschaftlichen Gründen gemacht.

(Reinhard Kahl (SPD): Sie haben das aus steuerlichen Gründen gemacht!)

Man sollte da jedenfalls einmal nachfragen. Das gilt auch für die Mietverträge. Herr Kollege Walter, die Deutsche Bank hat ihre beiden Hochhäusern auch nicht auf drei Jahre zurückgemietet. Vielmehr hat sie sichergestellt, dass sie in diesen auf absehbare Zeit bleiben kann. Sie hat diesen Weg gewählt, weil sie sich von Investitionen, die in Zukunft fällig gewesen wären, vom Unterhalt des Gebäudes und anderem entlasten wollte. Das kann also durchaus sinnvoll sein. Das Land steht mit so einem Vorgehen also nicht alleine.

Wir werden mit diesem Konflikt eine Reihe von Jahren leben müssen. Deshalb sage ich ganz ausdrücklich zu den Änderungsanträgen der FDP-Fraktion: Ich glaube, dass das, was wir in diesem Jahr gemacht haben, richtig und ausreichend ist. Aber es wird die Diskussion, welche Vermögensveräußerungen zur Disposition stehen könnten, in den nächsten zwei oder drei Jahren weiterhin geben. Unter den Randbedingungen, die wir zurzeit haben, kann niemand die Hoffnung hegen, dass wir uns dem völlig entziehen könnten.

Die Frage ist: Was können wir in unserem Land tun, um die wirtschaftlichen Potenziale so zu gestalten, dass wir bei dem Aufschwung, den es in Zukunft geben wird, weit vorne sind? Ich bin davon überzeugt, dass es am Ende nationale Rahmenbedingungen geben wird, die dazu führen können, dass es zum Aufschwung kommt. Wir müssen wieder so weit vorne dabei sein, wie wir es in der Vergangenheit waren. Das kann mit all den Dingen gelingen, die in diesem Land gestaltet wurden. Außerdem ist es eine Tatsache, dass wir dort noch Potenziale haben.

Unsere Antwort wird genauso lauten, wie sie am ersten Tag unserer Regierung im Jahre 1999 hieß. Das Allerwichtigste hinsichtlich dieser Frage ist die Bildung.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Deshalb sind wir auf das stolz, was wir hinsichtlich der Bildung bisher geleistet haben. Wir wissen sehr wohl, dass es bei der PISA-Studie und anderen Studien keine Analyse geben kann, bei der man in dem einen Jahr gut und im anderen Jahr schlecht abschneidet. Denn Kinder befinden sich eine ganze Reihe von Jahren in der Schule. Sie entwickeln sich im Rahmen eines schulischen Konzepts. Dieses Konzept haben wir 1999 geändert. Das wurde inzwi-

schen umgesetzt. Ich sage Ihnen: Wir werden uns im Jahre 2008 durchaus daran messen lassen, wie Hessen in den Studien im Vergleich zu den anderen Bundesländern abschneidet. Denn wir befinden uns auf einem Weg, von dessen Richtigkeit wir überzeugt sind.

Sie schieben dort immer einen einzelnen Herrn sehr in den Vordergrund. Dazu will ich Ihnen eines sagen: Herr Schleicher ist sehr eng mit der GEW verbunden. Er zieht aus den Zahlen, deren Richtigkeit wir durchaus teilen, eine einseitige Schlussfolgerung. Er sagt nämlich: Ich als Protagonist integrierter Schulsysteme lese aus dieser Statistik, dass nur die integrierten Schulsysteme eine Zukunft haben. – Wir sagen Ihnen: Nein, das lesen wir nicht aus dieser Statistik. Wir glauben, ein gut organisiertes, gegliedertes Schulsystem wird den Menschen besser gerecht. Am Ende werden wir mehr leistungsfähigere Menschen haben als andere.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Ich will das jetzt nur sagen, um die Aussage dieser Experten in Grenzen zu halten. Der deutsche Koordinator der Lehrerstudie der OECD, Herr Krüger, hat gestern dazu gesagt, dass er den aufgrund der neuen Ergebnisse des PISA-Tests ausgelösten Streit um das dreigliedrige Schulsystem für nebensächlich hält. Krüger sagte in Hannover, wichtig für gute Bildung seien das didaktische Können der Lehrer und das, was in den Schulen an Erziehung gemacht werde. Da etwas Gutes hinzubekommen, sei die Aufgabe der Bundesländer. Das sehen wir so. Dafür steht Karin Wolff.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden uns da ganz sicher nicht beirren lassen und an diesem Kurs festhalten. Wir werden mit der Architektur weitermachen, die wir für die drei Schulformen gefunden haben, nämlich mit den eigenständigen Profilen. Wir gehen eben nicht davon aus, dass alle das Gleiche können und können müssen. Vielmehr gibt es, Gott sei Dank, in dieser Gesellschaft sehr unterschiedliche Anforderungsprofile, für die man in der Schule auch entsprechend unterschiedlich ausgebildet werden sollte. Wir wollen Menschen eine sehr viel größere Stärke geben, sich zu entwickeln und ihre Chancen zu nutzen, als man das in einem einheitlichen Schulsystem haben könnte. Ich rate Ihnen gerne: Kommen Sie mit Ihrer Forderung doch auf ein integriertes Schulsystem vom ersten bis zum zehnten Schuljahr zurück. Wissen Sie, wir haben in Hessen relativ gute Erfahrungen gemacht, mit Ihnen darüber zu streiten, ob die Zerstörung der Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien und deren Ersatz durch integrierte Gesamtschulen richtig oder falsch sind. Falls Sie diese Auseinandersetzung im Jahre 2008 noch einmal haben wollen, dann lade ich Sie dazu gerne ein. Wir haben da eine klare Position. Wir glauben, dass die Kinder in diesem System besser gefördert werden als in einem anderen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Walter, ganz wohl ist Ihnen bei dieser Sache nicht. Das kann man sehen, wenn man sich das Interview anschaut, das Sie dem „Weilburger Tageblatt“ gegeben haben. Dort sagt Herr Walter, während die Konservativen an dem dreigliedrigen Schulsystem festhalten wollten, stehe seine Partei für etwas anderes. Der Reporter des „Weilburger Tageblatts“ fragt dann, ob es sich da um ein integriertes System, sprich: Gesamtschule, handele. Dazu sagt Herr Walter: Wir wollen uns jetzt nicht auf einen Namen festlegen, aber in den Schulen muss es mehr Zeit für Zusammenarbeit geben.

(Heiterkeit bei der CDU)

Herr Walter, wir werden Sie auf einen Namen festlegen.

(Beifall bei der CDU)

Sie befinden sich auf dem Rückweg zu der Ideologie des Herrn Holzapfel. Dessen Ideologie war falsch, ist falsch und wird falsch bleiben. Wenn Sie wollen, machen Sie mit Assistenz des Herrn Bökel und allen anderen, die sich mit dieser Frage noch beschäftigen werden, Werbung. Das ist Ihre Sache. Wir sind davon überzeugt, dass wir auf dem besseren Weg für unser Schulsystem im Bundesland Hessen sind.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Jürgen Walter, Reinhard Kahl und Michael Siebel (SPD))

Herr Walter sagt: Wir wollen, dass alle einen hohen Bildungsabschluss erzielen.

(Michael Boddenberg (CDU): Alle in die Einheitschule!)

Das ist Ihre altbekannte Ideologie, die sich auf der Idee von Hoch und Tief gründet. Sie hätten sich darum kümmern sollen, dass sich die Hauptschulen in einem Zustand befinden, dass man dort einen verlässlichen Bildungsabschluss erzielen kann. Dann hätten wir nicht im Jahre 1999 ein Schulsystem übernehmen müssen, in dem diejenigen, die die Hauptschule durchlaufen haben, in der Wirtschaft keine Aufnahme mehr fanden, weil während Ihrer Regierungszeit mehr sozialpädagogische Zeugnisse als Leistungsnachweise ausgestellt wurden. Ich sage Ihnen dazu: Nein, das war falsch. – Wir wollen, dass jeder Schüler entsprechend seinen Fähigkeiten und Fertigkeiten ein gutes Zeugnis erhält, mit dem er nachweisen kann, dass er etwas gelernt und getan hat. Dann wird er nämlich erfolgreich sein.

(Beifall bei der CDU)

Lösen Sie sich von dem Gedanken, dass ein Handwerksmeister weniger wert sei als ein promovierter Arzt.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Ich sage Ihnen sogar: Lösen Sie sich von dem Gedanken, dass ein Handwerksmeister weniger verdient als ein promovierter Arzt. Denn auch das entspricht nicht mehr der Realität.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie sollten sehen, dass diese Gesellschaft von ihrer Vielfalt lebt. Sie lebt zwar auch von den wissenschaftlichen Assistenten, die es an der Universität gibt, sie lebt aber genauso auch von den hoch qualifizierten Facharbeitern. Sie lebt von den Handwerkern dieses Landes. Die Schule hat aber nur theoretische Fähigkeiten abverlangt. Wir haben das in der Hauptschule dann anders gemacht. Mit Werkstücken kann man jetzt einen Teil seiner Schulausbildung bestreiten. Die Leute erhalten dadurch eine Ausbildung, mit der sie eine erfolgreichere berufliche Karriere erzielen können, als es manche akademische ist. Das bedeutet das Ziel, gerecht zu sein. Wir wollen, dass jeder Einzelne im schulischen Leben das für ihn Richtige macht.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir schon über die Ergebnisse der PISA-Studie reden, dann müssen wir uns auch um die Probleme kümmern, die es da gibt. Das betrifft z. B. die Frage, warum diese Abschlüsse schlechter sind. Ja, vielleicht auch wir, aber zumindest Sie haben einen großen Fehler gemacht. Das betrifft die Frage der Integration nicht deutscher

Kinder in der Schule. Ich sage da: Zumindest haben auch Sie diesen Fehler gemacht. Denn das, was wir 1999 vorgefunden haben, war völlig unzureichend.

Vieles, was in dem Bericht der PISA-Studie steht – das betrifft auch die verhärteten Fronten hinsichtlich der Diskussion über das Thema, welche Aufstiegschancen es gibt oder nicht –, zeigt, dass es in Deutschland eine besondere Situation aufgrund der hohen Migrationsrate gibt. Ich möchte nicht, dass das über die Migration geändert wird. Vielmehr möchte ich, dass wir mit Migranten anders umgehen. Dazu möchte ich sagen: Das ist doch eine spannende Frage in der Bildungspolitik. Sie lautet: Wie erreichen wir es denn, dass in der Schule alle, und zwar unabhängig davon, wo sie oder ihre Eltern herkommen, die gleichen Möglichkeiten haben, entsprechend ihrer Intelligenz und ihren Fähigkeiten in die richtige Schulform zu gehen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn denn alle in der 1. Klasse Deutsch können, dann werden auch alle die gleichen Chancen haben, eine Schulentwicklung zu nehmen, die sich nur an ihrer Leistung ausrichtet und nicht daran, wie gut ihre Sprachkenntnisse sind. Wir haben da eine ziemliche Diaspora vorgefunden. Hier wird immer groß darüber geredet, wie das ist. Das betraf Hessen vor 1999. Aber ich möchte Ihnen auch ein Ergebnis der PISA-Studie vortragen. Das ist ein Stück aus dem offiziellen Text, den ich Ihnen jetzt vorlesen möchte:

Tendenziell zeigt sich, dass Jugendliche mit Migrantengeschichte insbesondere in Bremen, im Saarland und in Schleswig-Holstein ein deutlich niedrigeres Leistungsniveau erreichen als in Bayern oder Baden-Württemberg.

Wir wollen uns in Zukunft eher mit Bayern und Baden-Württemberg vergleichen. Wir wollen, dass wir bei der Integration von Migranten ins schulische Leben gut sind.

(Beifall bei der CDU)

Meine Prognose heute ist, dass Sie im Jahre 2008 und danach, wenn die Untersuchungen stattfinden, feststellen werden, dass die Sprünge, die wir in Hessen nach oben machen, zu einem ganz beachtlichen Teil daran liegen, dass wir das Land sind, das sich am konsequentesten mit Integration auch in Bezug auf die Schule beschäftigt hat. Es ist vielleicht nicht ganz ein Wunder, dass das System von Vorlaufkursen, das wir erfunden haben, inzwischen flächendeckend über die anderen Bundesländer hinaus entwickelt wird, dass es in Nordrhein-Westfalen genauso nachgemacht wird, wie wir auch die Vereinbarung mit Baden-Württemberg haben, das auszutauschen. Ich sage in diesem Zusammenhang, dass es vielleicht auch nicht ganz verwunderlich ist, dass die Art, wie wir Integrationsarbeit mit den Integrationsbeiräten machen – bei uns gegen Ihren erbitterten Widerstand erfunden worden –, jetzt Land für Land übernommen wird. Gerade übernimmt der rot-rote Senat in der Bundeshauptstadt Berlin das hessische Modell der Integrationsarbeit, weil sich erwiesen hat, dass es das vernünftigste ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Schule und Integrationsarbeit, das gehört für uns, auch wenn wir über PISA reden, sehr zusammen. Wir werden beides mit aller Konsequenz verfolgen, weil wir davon überzeugt sind, dass es richtig und notwendig ist.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Lassen Sie mich noch einen Satz dazu sagen, weil es gestern eine Rolle gespielt hat und es mir wirklich wichtig ist. Es ist behauptet worden, dass das achtjährige Abitur die Abiturientenquote verringert, dass wir sie damit absenken. Man muss die Statistiken lesen. Wir haben in Hessen bei dem neunjährigen Verfahren einen Anteil von 30,5 % Abiturienten, bezogen auf die Schulabgänger. Die Thüringer, unsere Nachbarn, haben seit vielen Jahren das achtjährige Abitur und einen Anteil von 30 %. Das ist ein „beachtlicher“ Unterschied. Die Nordrhein-Westfalen arbeiten noch mit neun Jahren – das müsste ein Land Ihres Vertrauens sein – und haben einen Anteil von 29,5 %. Die Sachsen haben einen von 28,3 %.

Meine verehrten Damen und Herren, hören Sie einfach auf, permanent Leuten Angst zu machen. An der Stelle sagen Sie, es gibt weniger Abiturienten mit dem achtjährigen Abitur. Ich sage Ihnen, wir sind eines der letzten Länder in der Bundesrepublik Deutschland, die diese Umstellung vornehmen. Es wäre unverantwortlich, unsere Kinder zu nötigen, ein Jahr länger in die Schule zu gehen als die anderen, denen sie später an der Universität und im Beruf begegnen werden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage ist, wie man es macht, Herr Ministerpräsident!)

Wir machen es jetzt und werden dafür sorgen, dass es auch in Hessen einen fairen Übergang in das Abitur gibt wie für alle anderen auch.

(Beifall bei der CDU)

Schule und Bildung sind der erste und wichtigste Punkt, an dem die Veränderungen und die Chancen des Aufstiegs für ein Bundesland wie Hessen liegen. Der zweite ist, unbestreitbar, die Frage der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Herr Kollege Walter, wir werden dabei bleiben, dass wir Rahmenbedingungen schaffen. Selbst wenn Herr Clement sich an der einen oder anderen Stelle etwas engagiert; wenn Länder damit anfangen, wird es schwierig. Ich bleibe auch bei der festen Überzeugung, dass Staaten als Unternehmer nicht taugen. Aber sie finden Unternehmer, die klug genug sind, an den Platz zu gehen, an dem es für sie am besten ist.

Wir müssen allerdings bei den Rahmenbedingungen moderne internationale Entwicklungen berücksichtigen. Herr Kollege Al-Wazir, der Transrapid ist insofern ein gutes Beispiel, weil es erklärt, wo unser Unterschied liegt. Ich kämpfe für den Transrapid nicht in erster Linie, weil es um 400, 600 oder 800 Arbeitsplätze in Kassel geht. Ich glaube, es bleibt nicht bei einer Strecke. Wenn er gebaut wird, dann ist er eine Chance für einen industriellen Kern in Kassel, wie groß er auch immer wird. Schließlich werden viele der Dinge irgendwo auf der Welt gefertigt und nicht alle bei uns. Die großen Konglomerate gibt es nicht mehr.

Aber was passiert im Augenblick bei Transrapid? Das ist unsere Krankheit in Deutschland: Es gibt keine Ideen für Innovationen mehr. Wenn ein Transrapid entwickelt wird – genauso, wenn man gerne bemannt zum Mars fliegt, was die Amerikaner jetzt entwickeln; mir ist vergleichsweise egal, wohin man fliegt –, dann entsteht, wie wir aus der Historie der letzten Jahrzehnte wissen, aus solchen Entwicklungen ein Mehrfaches an Ideen, aus denen man Geld verdienen kann, mit denen man wirtschaftliche Entwicklung betreiben kann. Das geschieht beim Suchen nach Lösungen für das alte Problem.

Ich hätte gerne, dass in Kassel das Entwicklungsdenken, das Produktionsdenken, die Art, wie man eine solche Maschine in Zukunft baut, auf Dauer verhaftet sind, dass die Ersten gebaut werden, dass sie fortentwickelt werden müssen, dass sie im Wettbewerb mit Japanern und Chinesen sind, dass es wieder neue elektrotechnische Antriebsmethoden geben muss, dass es neue Materialentwicklungen geben muss, um damit fertig zu werden, dass es neue elektronische Steuerungseinheiten und Kommunikationseinheiten geben muss, dass Materialfragen bei den Schienen eine Rolle spielen – eine endlose Sache.

Die werden alle irgendwann beim Transrapid landen. Aber davor wird es viele geben, die bei der Firma kündigen und sagen: Meine Firma kann mit der Idee nichts anfangen, aber ich gründe meine eigene Firma. – Die fangen an, die Idee an die nächste Firma zu verkaufen.

Unser Problem in Deutschland ist, dass wir zu wenig zielgerichtetes Suchen nach neuen Ideen haben, mit denen wir auf der Welt Geld verdienen können. Das gilt übrigens auch für Kernenergie. Sie hat nicht nur etwas mit dem Bau des Reaktors zu tun, sondern alles, was mit physikalischen Dingen und Steuerung zusammenhängt, wandert aus unserem Land ab, mit vielen Effekten in anderen industriellen Branchen, die nicht mehr bei uns sind. Wir haben in den letzten Jahren bei modernen Techniken immer zu früh Nein gesagt und verlieren nicht nur die Technik, sondern wir verlieren die Menschen, die das Wissen haben, aus dieser Technik Zukunftsentwicklungen zu machen. Deshalb will ich den Transrapid nach wie vor als eine technologische Chance für die Zukunft haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Diese Art von Wirtschafts- und Industriepolitik brauchen wir auch in Zukunft. Aber was wir im Wesentlichen machen müssen, ist die Infrastruktur drum herum. Das ist z. B. der Straßenbau, aber auch der Bau von Universitäten. Wissensinfrastruktur auf der einen Seite und Verkehrsinfrastruktur auf der anderen Seite, das sind die beiden Elemente, aus denen die wirtschaftlichen Entwicklungschancen eines Bundeslandes kommen. Wenn wir in diesen beiden Dingen gut sind, werden sich Unternehmer finden, die – vorausgesetzt, dass die Bildungseinrichtungen vernünftig sind, die zur Wissenschaftsstruktur gehören – an dieser Stelle sagen, dass das Menschen und Umgebungen sind, bei denen man das macht.

Der erste Punkt ist, dass man hinkommen muss. An einem Platz, zu dem man nicht hinkommt, können noch so kluge Menschen leben – sie sind in einer globalisierten Welt nicht so schrecklich gut aufgestellt.

Diese Frage Ort für Ort zu lösen ist immer noch ein Teil Nachholarbeit in Hessen. Es ist immer noch ein Teil, der mit Schwierigkeiten verbunden ist. Deshalb sage ich Ihnen ganz klar: Ja, wir wollen im Straßenbau noch Weiteres tun. Wir haben auch nicht die Illusion, dass wir die Ballungsraumfernen Gebiete dauerhaft mit öffentlichen Nahverkehrssystemen verbinden können. Das heißt, es wird auch in Zukunft eine Menge Autos geben.

Wir wollen mit diesen Autos übrigens auch Geld verdienen. Das Projekt „Staufreies Hessen 2015“ ist im Wesentlichen kein Straßenbauprogramm, sondern ein Programm, wie wir Automobilunternehmen, IT-Unternehmen und Telekommunikationsunternehmen dazu bringen, in dieser Region Dinge zu erfinden und erstmals auszuprobieren, die man in die ganze Welt verkaufen kann, um Verkehrsmanagement zu organisieren. Wir wollen, dass das in diesem Land funktioniert, und wir glauben,

dass es ein Wettbewerbsvorteil ist, eine Region zu haben, die als Ballungsraum besonders verkehrsattraktiv ist, auch für Autos. Wir sind nicht wie die GRÜNEN gegen Autos, sondern wir glauben, dass nahezu jeder Bürger eines hat und dass er nicht jeden Tag ein schlechtes Gewissen dafür haben muss.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Aber von dieser Frage wird die Region Rhein-Main nicht zentral leben können, sondern die Frage, von der wir zentral leben werden, ist die Entwicklung des Frankfurter Flughafens. An dieser Stelle sage ich als Erstes: Wir haben im Raumordnungsverfahren eine schwierige Beschlussfassung gehabt, die in dieser Form ohne die Mitwirkung der Sozialdemokraten in der Planungsversammlung nicht möglich gewesen wäre. Da ich den Kollegen Walter an anderer Stelle und auch schon an dieser Stelle härter attackiert habe, sage ich ihm, dass ich das ausdrücklich anerkenne. Im Sinne dessen, was Sie im Landtag gesagt haben, ist das aus meiner Sicht erstmals in dieser Klarheit ein Zeichen, dass es eine Möglichkeit gibt, in einer schwierigen Phase zusammenzuarbeiten. Wir hoffen, dass wir im rechtsstaatlich geordneten Verfahren so schnell wie möglich die Genehmigung für die A-380-Halle bekommen. Wir hoffen, dass wir im geordneten Verfahren weiterhin im Zeitplan die Ziele erreichen, die sich mit der Weiterentwicklung des Flughafens insgesamt befassen.

In diesen Tagen trage ich einen Haushalt vor, zu dem ich sage, dass wir die Konsolidierungsmaßnahmen, die wir schon angefangen haben, weiterführen müssen und auf der anderen Seite wirtschaftliches Wachstum brauchen. In dieser Situation gibt es in der Bundesrepublik Deutschland im Augenblick kein anderes Bundesland, das die Chance hat, mit einer zentralen Infrastrukturentscheidung 40.000 Arbeitsplätze – es können auch mehr sein – in einer überschaubaren Zahl von Jahren in einem wirklich wichtigen Raum unseres Landes zu schaffen. Wer sich dem verweigert, wer am Ende sagt, es gibt möglicherweise eine kurze Zukunft für einen Teil von Bannwald, aber nicht darüber redet, dass es eine Zukunft für Tausende von Arbeitsplätzen gibt, während sie bei Opel und der Deutschen Bank gerade wegfallen, der hat die Krise dieser Zeit nicht begriffen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich lese in der Analyse der Wählerschaft der GRÜNEN, dass es sich um die Partei mit dem weitaus höchsten Anteil von Menschen, die sich in unkündbaren Stellen befinden, handelt. Das mag sein. Es gibt aber genug in dieser Region, die im Augenblick verdammt viel Angst darum haben, ob ihr Arbeitsplatz bleiben kann.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Geschichte mit dem Caltex-Gelände, das die Flughafengesellschaft jetzt kauft, war ein guter, wichtiger und richtiger Schritt. Die Gemeinden verfolgten das Ziel, mit dem Kauf und dem Bebauungsplan eines Grundstücks die Weiterentwicklung des Flughafens zu verhindern. Die Flughafen AG wird jetzt mehr Arbeitsplätze schaffen, als zur gleichen Zeit bei Opel in Rüsselsheim in Gefahr sind. Da können Sie hautnah sehen, worum es an dieser Stelle geht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb brauchen wir das. Wir brauchen ebenso die zentralen Straßenverbindungen. Gestern Mittag ist es schon

diskutiert worden. Die Debatte über manches in Mittelhessen können wir entspannter führen, wenn wir die A 49 haben. Der Sontraer Bürgermeister hat sehr richtig gesagt, es sei schlimm mit der Bundeswehr, aber wenn die A 44 gebaut werde, sehe er eine Perspektive für seine Gemeinde.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Er hat Recht. Er muss nur nach Bad Hersfeld heruntersehen und sieht, dass es dort geht. Diese Straßenprojekte sind von Rot-Grün immer behindert und torpediert worden. Wir haben eineinhalb Jahrzehnte rot-grüne Blockade erst im Land und dann im Bund hinter uns. Diese Straßen hätten in Zeiten, in denen wir auch noch mehr Geld zur Verfügung hatten, längst in Priorität durchgesetzt werden können, wenn nicht Sozialdemokraten und GRÜNE dabei geholfen hätten, diese Straßen zu verhindern. Das muss jeder in dieser Region wissen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Kollege Walter, ich nehme Ihre Anregung ausdrücklich auf – der Bundeskanzler hat sich dazu ja beim internationalen Flugforum in Berlin auch geäußert –: Die Bundesrepublik Deutschland und die Länder können sich Planungsverfahren dieser Art auf Dauer nicht leisten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Am Beispiel der A 49 sage ich dies nun auch klar: Die Abwägungskriterien stimmen nicht mehr.

(Beifall der Abg. Frank Gotthardt (CDU) und Dieter Posch (FDP))

Alle, auch die sozialdemokratischen Kollegen nehme ich in Anspruch, sind sich darüber einig, dass nach einer jahrelangen Abwägung die Herrenwaldtrasse die geeignetste ist. Sie ist auch die einzige Trasse, die zu vertretbaren wirtschaftlichen Bedingungen zu bauen ist.

Wenn ich dann sehe, dass wir gesetzlich dazu verpflichtet sind, dort die Kammmolche zu zählen, und mir dann gesagt wird, das sei eine Population, die es verhindere, diese Trasse zu wählen, kann ich nur sagen: Seht einmal beim NABU nach, wo es überall Kammmolche gibt. Ich empfehle es, es gibt eine Internetseite, auf der man die einzelnen Tiere ansehen und näher kennen lernen kann.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): www.derkammmolchund-ich.de!)

Dort gibt es ein herrliches Bild vom Kammmolch, unter dem steht: Kammmolche kommen praktisch überall in Deutschland vor.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ist das wahr? – Heiterkeit bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn wir im Artenschutz nicht abwägen können, weil es sich beispielsweise um die einzigen fünf Brutpaare handelt, die wir im Bundesland haben, dann kann es auch sein, dass es 200 Millionen € und zwei Jahre mehr wert sein muss, ein bestimmtes Gebiet zu umfahren, zu untunneln oder sonst etwas. So wie wir es aber im Augenblick machen, machen wir uns vor den Bürgerinnen und Bürgern im Land lächerlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Manfred Schaub (SPD): Dann sagen Sie es doch Minister Rhiel!)

– Herr Kollege Schaub, ich unterstütze Herrn Kollegen Rhiel. Wir werden auch gegen die vorliegenden Bedenken

einschreiten und sagen: Es muss an dieser Stelle trotzdem geschehen. – Das wird nicht einfach sein.

Wir müssen zweitens ein nationales Recht haben, in dem der Deutsche Bundestag bei nationalen Projekten – ein Flughafen ist ein nationales Projekt – entscheiden kann, dieses Projekt ist jetzt prioritär. Dann muss das in einem Planungsverfahren durchgeführt werden, in dem am Ende auch respektiert wird, dass aus ökonomischen Gründen, der Frage der Qualität von Wohngebieten, der Frage und der Zukunft von Arbeitsplätzen entschieden wird. Wir werden alles tun, um in anderen Bereich zu renaturieren, wir werden auch Arten umsiedeln. Zum Schluss hat jedoch die ökonomische Entwicklung eine Priorität, die nicht durch jedes Vorkommen, z. B. durch Kammmolche oder Hirschkäfer, verhindert werden kann. – Auch das heißt: die Zeichen der Zeit nicht verkennen.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden dies in eine Landesentwicklungsplanung einfügen. Die Landesentwicklungsplanung wird im Sinne demographischer Entwicklung der Zukunft, im Sinne der Standorte in den einzelnen Bereichen, eine zunehmende Bedeutung erhalten. Wir glauben, dass wir die Tradition einfachen Fortschreibens von Daten, wie wir es über viele Jahre gemacht haben, nicht weiter aufrechterhalten können.

(Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Ich bin nicht bereit, einem Landkreis wie dem Werra-Meißner-Kreis am Ende zu sagen, dass wir in unseren Planungsvoraussetzungen davon ausgehen, dass im Jahre 2050 dort nur noch halb so viele Menschen leben wie heute. Das berücksichtigt z. B. nicht, dass wir glauben, dass die A 44 in diesem Raum eine neue ökonomische Situation bietet.

Das berücksichtigt nicht die Chance, die wir haben, wenn wir uns regional mit Initiativen in der Infrastruktur beschäftigen. Das müssen wir in jeder Gemeinde und in jedem Landkreis tun. In den nächsten Jahren werden wir uns damit beschäftigen müssen, was zu tun ist, um auf die demographische Entwicklung Einfluss zu nehmen. Familienpolitik und Schulen mit Ganztagsbetreuung und Betreuungseinrichtungen insgesamt sind ein Teil, aber keineswegs alles, was dazu gehört.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach!)

Das muss in einer vernünftigen Planung zusammengeführt werden. Die Landesentwicklungsplanung ist dafür ein bedeutender Ansatz. Ich möchte den Hessischen Landtag darüber unterrichten, dass sich die Hessische Landesregierung dazu entschieden hat, Ihnen vorzuschlagen, dass wir bei der Beschlussfassung über die Landesentwicklungsplanung eine Demokratisierung der parlamentarischen Ebene dadurch einführen, indem Entscheidungen über die Landesentwicklungsplanung mit in die Hand des Hessischen Landtags gegeben werden sollen.

(Dieter Posch (FDP): Na prima!)

Wir werden das so genannte bayerische Modell – es gibt zwei unterschiedliche Versionen in Niedersachsen und Bayern – anstuern und Ihnen zu gegebener Zeit, d. h. sehr schnell, eine Änderung des Landesplanungsrechts vorlegen, nach der die Rechtsverordnungen zur Landesentwicklungsplanung der jeweiligen Beratung und Beschlussfassung des Hessischen Landtags bedürfen.

(Jürgen Walter (SPD): Wir begrüßen das!)

Ich verhehle nicht, dass dies schon in Kraft treten wird, wenn der Landesentwicklungsplan für den Frankfurter Flughafen geändert wird. Wir werden das nicht erst nach dem Flughafen machen, sondern vorher, damit der Hessische Landtag an dieser Stelle eine Chance hat, mit zu beraten und zu beschließen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir werden in der Diskussion der nächsten Jahre immer mehr zu der Fragestellung kommen, wie es gelingen kann, die verschiedenen Aspekte, die zu wirtschaftlicher, sozialer und demographischer Entwicklung gehören, zusammenzuführen. Ich will nicht die dicken Pläne wieder haben, die noch zu Albert Osswalds Zeiten die Hessenpläne waren. Mir erscheint das zu viel Papier.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das war auch Lyrik!)

Dieser Ansatz, dass wir etwas koordinierter und mehr mit Menschen aus den Regionen über Entwicklungstrends sprechen, erscheint mir richtig. Die Einbeziehung des Hessischen Landtags zu Entscheidungen über Landesentwicklungspläne ist der formale Ansatzpunkt dafür, sie auch auf eine breitere Basis zu stellen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Erlauben Sie mir dabei bitte eine vorletzte Bemerkung: Die Entwicklung im Lande darf und wird man in diesen Fragen nicht ganz von der Frage der kulturellen Investition lösen können. Die Hessische Landesregierung hat Ihnen mit diesem Haushalt vorgeschlagen, in der mittelfristigen Entwicklung eine wesentliche Investition in Kassel vorzunehmen. Dies ist zum einen mit dem Gedanken verbunden, öffentlich zu dokumentieren, wie ernsthaft wir an der Bewerbung der Stadt Kassel als Kulturhauptstadt für das Jahr 2010 interessiert sind.

Die Stadt Kassel ist für diese Bewerbung gut aufgestellt. Aber in keiner anderen Stadt Hessens hat das Land mehr kulturelle Verantwortung aufgrund der Einrichtungen als dort. Wir wollen als Land Hessen zeigen: Wir wollen, dass Kassel gewinnt und einen Platz als Kulturhauptstadt einnehmen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, dies hat ökonomische Effekte. Es macht nicht nur die Museen schöner, und wir können unser kulturelles Erbe wieder zeigen – Ruth Wagner würde zuerst darauf hinweisen; das ist auch richtig –, sondern es erhöht auch Übernachtungszahlen, es unterstützt uns auf unserem Weg, die Region Nordhessen immer mehr in den Mittelpunkt des Interesses auch jenseits der deutschen Grenzen zu rücken, sie als eine europäische Zentralregion bekannt zu machen, die sich für viele Aufgaben, von Tagungen über Logistik bis hin zum Tourismus, eignet. Für uns ist dieser Teil kultureller Arbeit ein Teil von Wirtschaftsförderung und von Kulturarbeit. Wir sind fest davon überzeugt, dass wir damit neben den Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen und neben den Wissensinfrastrukturmaßnahmen einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, dass sich die nordhessische Region auf Dauer in der gleichen Weise entwickeln kann, wie dies die südhessische in der Vergangenheit schon konnte.

Eines sollten wir nicht unterschätzen: Der Wirtschaftsminister hat vor einiger Zeit herausgefunden – der Kollege Posch hatte das noch angeregt –, dass im Bereich der Kulturwirtschaft 120.000 Menschen beschäftigt sind. Sie weist

einen Umsatz auf, der größer ist als das, was die hessische chemische Industrie oder die Kfz-Industrie an Umsatz generieren. Wir haben mit der Literatur, mit den Buchmärkten, mit der Kommunikationsindustrie eine Menge an Voraussetzungen für die Zukunft.

Meine Damen und Herren von Rot-Grün, ich sage Ihnen: Es gibt eine interessante Statistik, die das Statistische Landesamt gerade veröffentlicht hat. Darin können Sie sehen, dass der Anstieg der Kulturfinanzierungen in Hessen in den Jahren von 1991 bis 1998 einen rüden Bruch erlitten hatte. Vorher war es nicht unvernünftig, und nachher ist es gut geworden. Wir befinden uns dort im Vergleich zu anderen auf einer Aufholjagd. Wenn man allerdings – auch bei der Kulturhauptstadtbewerbung – so manches sieht, dann weiß man, dass es durchaus einiges gibt, bei dem wir in absehbarer Zeit beim besten Willen nicht mithalten können.

In diesem Zusammenhang sage ich jetzt zwei Sätze zu Erbach. Denn so unterschiedlich ist das nicht. Es geht nicht um 200 Millionen € wie am Ende in Kassel, sondern es geht um 13 Millionen €. Das ist richtig.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Komma?)

Es geht auch nicht um eine ganze nordhessische Region, sondern es geht um einen engeren Raum des Landkreises Odenwald, aber es geht um die gleiche Frage. Denn wenn man ein bisschen genauer hinschaut und sieht, was in den letzten Jahren dort passiert ist und welche Entwicklungsperspektive diese Region hat, so muss man fragen: Was sollen wir eigentlich machen? Sollen wir dort große Industrieunternehmen ansiedeln, wo wir doch gemeinschaftlich nicht einmal in der Lage sind, einigermaßen angemessene Straßenverbindungen zu schaffen? Wir werden dort Autobahnverbindungen zu bestimmten Stellen nie haben können. Das heißt: Dort wird es für bestimmte Unternehmungen nicht besonders attraktiv sein. Kleinräumiges mittelständisches Gewerbe, ja. Aber wovon sollen die Leute leben, die dieses kleinräumige mittelständische Gewerbe ernähren soll?

(Zurufe von der SPD)

Eine der wirklich wichtigen Antworten – das weiß der Landrat dort, das wissen andere – ist der Tourismus. Dieser Tourismus ist aber in Schwierigkeiten. Zwischen 1994 und 2003 war im Odenwaldkreis bei den Einkünften ein Minus von 10,4 % zu verzeichnen. Die Entwicklung der Übernachtungen im Odenwaldkreis zwischen 1994 und 2003: minus 39 %. Die Entwicklung des Bettenangebotes, also damit die Chance, in Zukunft noch etwas zu machen: minus 18 % bzw. minus 20 %.

Alle sind sich darüber einig, dass wir in dieser Region einen nähräumlichen Tourismus haben, der von den entfernteren Ballungsräumen Mannheims und Heidelbergs bis hin zu Frankfurt und weiter profitieren kann. Wir ziehen die Menschen aber – genauso wie wir es für Kassel sagen – auf Dauer nur dann dorthin, wenn wir dauerhaft Attraktivität sicherstellen. Im Augenblick ist diese gefährdet.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Schloss steht! Es fällt nicht um!)

– Es fällt nicht um, aber es geht weg. Das Schloss ist nur etwas wert mit seinem Inhalt,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erbgraf Erbach!)

denn das Wesentliche an diesem Schloss sind die Sammlungen, die über Jahrhunderte hinweg entstanden sind. Ich sage Ihnen: So wie wir etwas in der Sozialpolitik, in der Bildungspolitik, in der Sicherheitspolitik machen, so wie wir Nordhessen verpflichtet sind, sind wir auch verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Chancen, die in dieser Region entstehen, nicht mutwillig für Jahrzehnte kaputtgemacht werden, weil wir uns aktuell in einer Krise befinden.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Deshalb habe ich mich entschieden, den Vorschlag zu machen, eine solche Regelung zu treffen. Man kann nicht über Regionalentwicklung reden, und Herr Walter macht dann noch die große Industriepolitik daraus, und wir kaufen in Zukunft sozusagen Industriekonglomerate. Hier geht es um eine kleine Stelle, wo die Gefahr besteht, dass etwas Vorhandenes kaputtgeht, wo übrigens etwas entwickelt werden muss. Denn was mit der gegenwärtigen Anzahl der Besucher dort gemacht werden kann, funktioniert so nicht. Deshalb haben wir auch mit dem Odenwaldkreis und mit der Stadt geredet. Wenn wir etwas machen, so muss dies in einer anderen Dimension geschehen. Das muss dort in der Region gemeinsam mit dem Elfenbeinmuseum tatsächlich ein Magnet werden. Das, was ein Landkreis alleine nicht leisten kann – dies zu retten kann er beim besten Willen nicht leisten – und was die Stadt Erbach schon gar nicht leisten kann, ist die Pflicht des Landes: Unterstützung zu geben und dafür zu sorgen, dass hier am Ende ein Tourismusschwerpunkt entstehen kann.

Das ist Wirtschaftsförderung. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren: Im Vergleich zu dem, was wir in dieser Gegend machen müssen, wenn es kaputt ist, ist das billig. Im Vergleich zu dem, was wir in anderen Regionen investieren müssen, um diese Effekte zu haben, ist das eher preiswert. Es ist eine insgesamt verantwortliche Investition, wenn man die Zukunft des Odenwaldes im Auge hat. Ich bin dankbar, dass die Region das auch so sieht.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie haben in den letzten Wochen das Geld so oft ausgegeben. In den abschließenden Beratungen des Nachtrags haben Sie es das erste Mal gestrichen, obwohl dieser ja nur eine Verpflichtungsermächtigung erhält. Die GRÜNEN haben das Geld für den Klimaschutz benutzt.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein!)

– Sicher. – Die SPD hat es das erste Mal für die Ganztagserschulfinanzierung benutzt. Am 18. November hat es die SPD dann das zweite Mal, und zwar für Wissenschaft und Forschung, benutzt.

(Heiterkeit bei der CDU)

Die FDP hat es – was ja nicht unschlüssig ist – zur Schuldendeckung benutzt. Aber dann ist sie mit Frau Beer in Konflikt geraten. Frau Beer hat es anschließend noch für die Finanzierung der Hochschulen eingesetzt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir so viel Geld aus Erbach machen könnten, würde ich darüber nachdenken, alle Ihre Wünsche mit diesem einen Projekt zu finanzieren.

(Heiterkeit bei der CDU)

Aber in Wahrheit ist es nichts anderes als eine intellektuelle Flucht.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du lieber Gott!)

Sie wollen nicht, dass die Diskussion genauso geführt wird, wie wir sie in Nordhessen für Kassel führen. Sie sagen, das sei nicht so wichtig, obwohl man fairerweise sagen muss: Die Idee zum Kauf von Erbach ist zu einer Zeit geboren worden, in der es keine CDU-Alleinregierung gab,

(Zurufe von der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha!)

sondern in der die Beteiligten gemeinsam darüber gesprochen haben. Was die SPD angeht, so war die Meinung am Anfang auch eine andere. Am Ende haben Sie gesehen: Das ist ein emotionaler Spielball. Wo ist schon Schlösserkaufen populär? Damit kann ich Zeitungsartikel füllen und jede beliebige andere Ausgabe jeweils damit rechtfertigen, in der Hoffnung, dass die Leute sagen: Recht haben sie.

Ich sage Ihnen: Eine Landesregierung – jedenfalls eine, wie ich sie mir vorstelle und wie ich sie führe – hat eine Verantwortung dafür, dass die Dinge mittelfristig zusammenpassen. „Mittelfristig zusammenpassen“ heißt, keine Region allein zu lassen, wenn sie in Schwierigkeiten ist. Das bedeutet im Augenblick, im Odenwald diese Maßnahme zu treffen, es bedeutet, Forschungs- und Investitionszentren zu schaffen, es bedeutet, Unikliniken in der Mitte Hessens zusammenzuführen. Das bedeutet, in Nordhessen die Kultur für eine Kulturhauptstadt zu fördern. Das sind alles Elemente eines Mosaiks. Ohne selbst Unternehmer spielen zu wollen, soll dafür gesorgt werden, eine Landschaft zu prägen, die auch die wirtschaftlichen Chancen der Zukunft wahrnehmen kann, mit Straßen, mit Verkehrserschließung, mit Universitäten, aber auch mit einer kulturellen Identität, sodass die Menschen stolz sind, hier zu leben, und dass sie gerne in dieses Land kommen und auch eine Menge Geld hier lassen, das wir bei der Gelegenheit gebrauchen können.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind – wer wollte das bestreiten? – in einem schwierigen Jahr, und jedermann muss klar sein: Wir befinden uns in einer Kette von schwierigen Jahren, die angesichts der Erwartungen, die wir an die Bundesentwicklung richten müssen, mit dem Jahr 2005 nicht aufhören wird. Wir müssen den Atem haben, über einige Jahre hinweg eine extrem schwierige finanzielle Entwicklung zu überstehen, und wir wollen diesen Atem haben, ohne dabei die Zukunftsvoraussetzungen zu zerstören, die zu einem schnellen Wiederaufstieg führen können.

Die Schwierigkeit unserer heutigen Krisenbewältigung besteht darin, dass wir, wenn wir alles machen, um auf das jetzige Niveau der Einnahmen zu kommen, die wesentlichen Zukunftschancen des Landes in Gefahr bringen. Ihre eigenen Haushaltsanträge beweisen das – ganz gleich, in welcher Höhe, ganz gleich, ob es sich um 300 Millionen € oder um 500 Millionen € handelt –, weil sie an den prinzipiellen Fragestellungen nichts ändern.

Wir haben im Augenblick einen Vermögensverzehr, um eine Chance zu haben, wieder an die zukünftige Entwicklung anzuschließen. Wer sagt, dass wir diesen Vermögensverzehr heute nicht vornehmen sollen, kapituliert nach meiner Überzeugung vor der Entwicklung der Zukunft. Wenn wir in sechs oder sieben Jahren immer noch keine wirtschaftliche Verbesserung haben, dann haben wir extreme Schwierigkeiten. Die Schwierigkeiten sind aber

dann nur noch marginal in einem Landeshaushalt abzubilden, denn dann wird dieses Land Deutschland anders sein.

Mit 1,4 % Wachstum ist das Deutschland, das wir heute haben und auf das wir stolz sind, nicht zu finanzieren. Das weiß inzwischen hoffentlich nahezu jeder. Es ist eine Erkenntnis, die wir leider einige Jahre nicht mehr gehabt haben. Wir haben uns in Deutschland zu lange eine Diskussion geleistet, in der es um die Frage ging, ob es nicht vielleicht ohne Wachstum geht. Der Feldversuch ist beendet. Wir wissen, welche Schäden er angerichtet hat. Wir müssen uns darauf vorbereiten, wieder den Angriff auf mehr ökonomische Entwicklung zu nehmen.

Hessen hat in dieser Frage eine besondere Chance, weil wir günstig liegen, weil wir bei der wirtschaftlichen Entwicklung besser sind und weil wir bei all den Schwierigkeiten, die wir haben, unsere Haushaltsprobleme besser lösen als andere. Wir müssen diese Verpflichtung aber auch wahrnehmen. Wir müssen dafür sorgen, dass wir jetzt durch besonnenes Handeln diese Chancen für die Zukunft nicht zerstören, dass wir unser Vermögen dort einsetzen, wo es zum Überwintern in dieser schwierigen Zeit notwendig ist, dass wir die Investitionen erhöhen und nicht senken.

Wir investieren in den nächsten Jahren in die Universitäten mehr als in den letzten Jahren. Wir ignorieren auch keine Universität in der Bauentwicklung, wie es bei der Universität Gießen zu früheren Zeiten geschehen ist. Wir bauen modernste Schulen quer über das Land. Wir investieren in die Fachhochschulen. Wir investieren in Forschung, Entwicklung, Transfer und Zusammenarbeit. Wir investieren mehr in Wirtschaftswerbung, Wirtschaftsförderung und Vernetzung. Wir sorgen dafür, dass die Infrastruktur in Ordnung kommt, die dafür notwendig ist.

Wir geben den Menschen eine Chance für Bildung und Ausbildung in der Universität, die wir in ihrer Entwicklung frei lassen. In der Schule schaffen wir eine Organisationsform, in der jeder nach seinen Fähigkeiten und Fertigkeiten zur Spitze seiner Gruppe gehören kann, um damit auch in der beruflichen Zukunft eine Chance zu haben und dem Land etwas zu geben, was zu dem Wachstum führt, das wir am Ende brauchen.

Das ist der Rahmen, in dem wir in diesem Land Politik gestalten. Dafür haben wir einen Auftrag. Ich glaube, der wird am Ende länger sein als bis 2008. Eines können wir der Opposition aber nicht abnehmen: das Recht, auf andere Zeiten zu hoffen.

Wir hoffen, dass wir Erfolg haben werden. Wir sind davon überzeugt, dass wir einen Weg haben, der Anlass zu dieser Hoffnung gibt. Wir haben sehr viel Unterstützung im Land. Ich kann mich nun wahrlich nicht über die Anzahl der Menschen und Gruppen beklagen, die uns auf diesem Weg unterstützen. Deshalb bin ich auch – ohne zu ignorieren, wie schwer diese Zeit ist – davon überzeugt, dass wir die Ersten sind, die aus den Schwierigkeiten herauskommen. Es ist kein Tag für Jubelreden, denn wir sind in einer komplizierten Lage. Aber wir haben die Lage nicht nur im Griff, sondern wir haben auch eine Zukunft. Wir wissen, dass wir erfolgreich sein werden. – Vielen herzlichen Dank.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Je schlechter der Haushalt, umso länger der Applaus! – Frank Gotthardt (CDU): Kein Neid, Tarek!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Das Wort hat der Kollege Hahn, Fraktionsvorsitzender der FDP.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! In der Haushaltspolitik hat Hessen keine Zeit mehr zu verlieren. Mit Recht kommentierte Bernd Loskant in der „Fuldaer Zeitung“ am 20. Oktober 2004, „dass die Ausgabenpolitik rigide geändert werden muss, um den heute Jungen nicht noch größere Lasten aufzubürden, als ohnehin schon durch die Schuldenpolitik entstanden sind“. Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, werden Sie diesen öffentlich geäußerten Anforderungen gerecht?

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie dem Inhalt der Rede, die Sie eben gehalten haben, gerecht werden wollen, dann ziehen Sie diesen Haushaltsentwurf für 2005 heute hier zurück.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Gernot Grumbach (SPD) und Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Ministerpräsident, legen Sie einen neuen Haushaltsentwurf für das kommende Jahr vor. Dieser Haushaltsentwurf muss die finanziellen Belastungen der künftigen Generationen im Auge haben und darf keine strukturelle Neuverschuldung von über 1 Milliarde € zum Inhalt haben. Herr Ministerpräsident, wenn das ernst war, was Sie eben gesagt haben – wir Liberale haben sehr gut zugehört –, dann kann es nicht sein, dass diese von Ihnen geführte Regierung weiter so brüllt, sondern dann heißt es: Stopp, neu aufstellen und einen seriösen Haushaltsplan vorlegen. Dann wird die FDP diesem auch gern ihre Zustimmung geben.

(Beifall bei der FDP)

Das alles, was der Ministerpräsident hier eben gesagt hat, ist nicht neu. Auf Seite 27 Ihres Antrages zur Finanzplanung des Landes Hessen steht Folgendes:

Angesichts der anhaltenden Krisensituation der Staatsfinanzen und dem unter den gegebenen Bedingungen derzeit nicht erkennbaren Weg aus dem Steuertal bleibt die Haushaltskonsolidierung auch weiterhin die zentrale Aufgabe der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Ziel muss es – wenn auch aufgrund der Einnahmeerrosion mit erweitertem Zeithorizont – bleiben, durch den stetigen Abbau des Finanzierungsdefizits ausgeglichene Haushalte zu erreichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Recht hat der Finanzminister, wenn er dies in die Vorlage hineinschreibt. Warum hält er sich dann aber nicht daran?

(Beifall bei der FDP)

Warum legen Sie einen Haushaltsentwurf vor, der den vernünftigen Kriterien, nachhaltige Finanzpolitik in unserem Bundesland zu machen, nicht gerecht wird? Warum halten Sie hier eine Rede, Herr Ministerpräsident, die zu 98 % von uns Liberalen unterstützt wird, warum legen Sie dann aber einen Haushaltsentwurf vor, der Murks ist, weil er genau das Gegenteil von dem ist, wovon Sie hier inhaltlich sprechen?

(Beifall bei der FDP)

Wir sind immerhin zufrieden, dass im Gegensatz zum letzten Jahr die absolute CDU-Regierung in diesem Haus verstanden hat, dass es theoretisch ein Problem gibt. Ich darf daran erinnern, dass wir noch vor einem Jahr darüber diskutiert haben. Von der Fraktion, die die Mehrheit in diesem Haus hat, ist gesagt worden: Wir haben ausschließlich ein Einnahmenproblem. – Immerhin haben Sie mit Ihrer Rede, mit dem vorgelegten Haushalt und mit dem Handeln der letzten sechs Monate deutlich gemacht, dass wir auch ein Ausgabenproblem haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, man muss es dann aber auch angehen.

(Beifall des Abg. Michael Denzin (FDP))

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dafür haben Sie die Verantwortung in diesem Land erhalten. Sie müssen die notwendigen Voraussetzungen hierfür schaffen und dürfen keinen derartigen Murks-Haushalt vorlegen.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, werter Kollege Roland Koch, Sie sind Ministerpräsident des Landes Hessen. Ich bin stolz darauf, einer derjenigen gewesen zu sein, der das gemeinsam mit der CDU im Jahr 1999 das erste Mal durch persönliche Wahl in diesem Hause mitgestalten konnte.

(Petra Fuhrmann (SPD): Kuschel! – Zuruf des Abg. Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Koch, die Aufgabe des Ministerpräsidenten des Landes Hessen ist zuallererst, sich um das Land zu kümmern, in dem er regiert. Das Land ist für Sie, Herr Koch, nun einmal Hessen und nicht die Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der FDP)

Aus diesem Grund ist es schon sehr verräterisch, wenn Sie der Opposition von SPD und GRÜNEN vorwerfen, dass sie sich provinziell verhalten haben. Herr Ministerpräsident, wir sind hier in der Provinz. Wir alle werden von den Menschen in dieser Provinz dafür bezahlt, dass wir unsere Arbeit für die Provinz machen. Herr Ministerpräsident, das ist nicht provinziell, das ist unser Job. Das ist auch Ihr Job, und das ist der Job der CDU-Fraktion in diesem Haus.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Ministers Dr. Alois Rhiel)

Beim Thema Bundespolitik diskutieren wir gemeinsam, dass die Rahmenbedingungen in Berlin nicht stimmen. Ich glaube, da können wir die Reden wechselseitig halten. Da kann Jörg-Uwe Hahn die Rede von Roland Koch und Roland Koch die Rede von Jörg-Uwe Hahn halten. Wir sind beide der gleichen Auffassung wie unsere Parteien in Berlin, dass von Rot-Grün in Berlin eine grotten-schlechte, verantwortungslose Politik gemacht wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können sie hier aber leider nicht beeinflussen. Beeinflussen kann sie nur der Wähler. Der Wähler ist im September 2006 gefordert, diese rot-grüne Regierung in Berlin abzuschießen. So lange haben wir sie aber noch.

Ich komme auf das Interview zu sprechen, das am 23. November in der „Frankfurter Rundschau“ erschienen ist. In diesem Interview wird Karlheinz Weimar wie folgt zitiert: „Ich habe immer noch die Hoffnung, dass im Bund irgendwann doch noch Beschlüsse gefasst werden, die uns

helfen, in das richtige Fahrwasser zu kommen.“ Meine Damen und Herren, ich habe diese Hoffnung nicht. Auch die FDP-Fraktion hat diese Hoffnung nicht – jedenfalls nicht vor September 2006. Wir reden aber jetzt über den hessischen Haushalt für das Jahr 2005.

Herr Koch, wir kämpfen Seit’ an Seit’, und unsere Kollegen in Berlin kämpfen Seit’ an Seit’, dass die unsinnige, die für unser Volk, für unser Land, für unsere Republik schädliche und schändliche Politik in Berlin endlich beendet wird. Diesen Kampf muss man aber in Berlin ausfechten, nicht bei der Verabschiedung des Haushalts 2005 für das Land Hessen.

(Beifall bei der FDP)

Die Union und die FDP müssen als verantwortungsvolle Opposition in Berlin darum kämpfen, die Regierung von Rot-Grün auf den Pfad der Tugend zurückzuführen – und sei es mithilfe des Bundesverfassungsgerichts und mithilfe des Bundespräsidenten. Das ist der Job der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP. Den machen die in Berlin ja auch, manchmal mehr und manchmal weniger erfolgreich.

Herr Ministerpräsident, losgelöst von dieser Frage beschäftigen wir uns heute mit dem Haushalt 2005 für das Land Hessen. Es entlastet Sie nicht, darauf hinzuweisen, dass in Berlin alles schlecht läuft. Sie müssen vielmehr zur Kenntnis nehmen, dass sich Hessen dann, wenn es in Berlin schlecht läuft, besser aufstellen muss. Es hilft uns nicht weiter, wenn Karlheinz Weimar in der „FR“ sagt, er hoffe darauf, dass es in Berlin möglicherweise besser werde. Hier gibt es nichts zu hoffen. Man muss die Realität erkennen, und die ist, dass wir noch mindestens zwei Jahre lang damit zu kämpfen haben werden, dass die Rahmenbedingungen in dieser Republik schlecht sind. Deshalb muss Hessen einen vernünftigen eigenen Weg gehen. Herr Ministerpräsident, das ist Ihre Aufgabe. Diese Aufgabe haben Sie mit Kreativität zu erfüllen.

(Beifall bei der FDP)

Warum werden Sie dieser Verantwortung nicht gerecht? Warum schnappt die Schuldenfalle in Hessen immer kräftiger zu? Andersherum formuliert: Warum häufen wir jedes Jahr auf den bestehenden Schuldenberg weitere Schulden auf?

Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, warum erzählen Sie uns, dass die „Operation sichere Zukunft“ ein Erfolg gewesen sei? Sie haben diese Operation mit der Behauptung begründet, dass die Ausgabe-seite um 1 Milliarde € reduziert werde. Ich bin wirklich kein Haushaltsfachmann und kenne nicht jede einzelne Haushaltsposition – dafür hat die FDP-Fraktion Roland von Hunnius, der ein hervorragender Haushaltspolitiker ist –, aber selbst die Generalisten unter uns wissen, dass die Ausgabe-seite in den letzten drei Jahren nettobereinigt überhaupt nicht gesunken ist. Sie lag und liegt zwischen 18,3 und 18,6 Milliarden € – vor der „Operation sichere Zukunft“ und nach der „Operation sichere Zukunft“. Es stimmt also nicht, wenn Sie hier sagen, dass Sie mit der „Operation sichere Zukunft“ 1 Milliarde € eingespart hätten. Das passt nicht zusammen. Herr Ministerpräsident, mit diesen Gegebenheiten müssen Sie sich abfinden.

Wir haben manchmal das Gefühl, dass einiges von dem, was Sie im Zusammenhang mit der „Operation sichere Zukunft“ – ich übernehme einfach einmal kritiklos Ihre Vokabel – getan haben, die Menschen provozieren sollte, eine öffentliche Diskussion provozieren sollte, damit Sie

sich an anderer Stelle als großer Haushaltssanierer profilieren konnten. Wir Liberale sagen Ihnen: Schon in der gemeinsamen Regierungszeit, spätestens nach dem gemeinsam begangenen Fehler, den wir mit der Vorlage des Nachtragshaushalts 2002 zu verantworten haben, haben Roland von Hunnius und Jörg-Uwe Hahn in den Debatten von diesem Pult aus laut und deutlich gesagt, dass eine Trendwende im Haushalt des Landes Hessen vorgenommen werden muss. Es geht um eine Trendwende, nicht um ein Herumhantieren mit dem Radiergummi oder mit Tipp-Ex. Es müssen vielmehr grundlegende Änderungen vorgenommen werden.

Das Gegenteil ist geschehen. Sie haben im Jahre 2003 – inklusive des Nachtragshaushalts – zusätzliche Schulden in Höhe von 1,5 Milliarden € angehäuft. Sie haben den Hessen im Jahre 2004, wenn der viel zu spät eingebrachte Nachtragshaushalt verabschiedet werden sollte, zusätzliche Schulden in Höhe von 1,65 Milliarden € aufgebürdet. Sie werden im Jahre 2005, wenn die Abgeordneten der CDU-Fraktion den Haushaltsentwurf der Landesregierung so kritiklos verabschieden, wie Sie es nach Ihrer Klausurtagung schon angedeutet haben, weitere 1,33 Milliarden € an Schulden aufhäufen.

(Widerspruch bei der CDU)

Das sind 4,263 Milliarden € zusätzliche Schulden. Das müssen die Menschen in diesem Lande wissen. Das ist Geld, das Sie nicht haben, das aufgenommen werden muss und für das letztlich Zinsen zu zahlen sind. Diese Zinsen zahlt keiner von uns zurück, sondern es sind unsere Kinder und Enkel, die diese Zinsen zahlen müssen. So kann es trotz der schlechten Haushaltssituation und der falschen Politik, die in Berlin gemacht wird, in unserem Bundesland nicht weitergehen.

(Beifall bei der FDP)

Roland von Hunnius hat es in der ersten Lesung gesagt, und ich wiederhole es gerne: Nehmen Sie endlich die strukturellen Probleme des Haushaltes in Angriff. Reden Sie sich nicht beschwingt heraus. Wenn Sie behaupten, ein Wachstum von 1,3 bis 1,4 % sei zu wenig, wir brauchten ein höheres Wachstum, dann sei alles wieder gut, dann sage ich Ihnen: Herr Ministerpräsident, ich weiß, weil ich Sie gut kenne, dass Sie wissen, und Sie wissen, dass ich weiß, dass Sie wissen, dass das nicht stimmt. Wir brauchen ein jährliches Wachstum von über 10 %, um einen Wachstumsimpuls zu erzeugen, der so stark wäre, dass wir keine zusätzlichen Schulden aufnehmen müssten und sogar Schulden abbauen könnten. Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, selbst eine erfolgreiche bürgerliche Bundesregierung, die ab September 2006 im Amt wäre, könnte ein solches Wachstum nicht kurzfristig erreichen, sodass das, was Sie behaupten, schlicht falsch ist.

Wir müssen doch auch gegenüber den Menschen in unserem Land ehrlich sein. Es ist falsch, zu behaupten, es müsse nur die Stellschraube Wirtschaftswachstum gedreht werden, dann werde alles wieder gut. Nein, wir alle haben über Jahrzehnte hinweg über unsere Verhältnisse gelebt – unterstützt von der Bevölkerung, die für dieses und jenes besondere Zahlungen haben wollte – in dem Glauben, dass vieles vom Staat besser gemacht werde. Deshalb hat Hessen 150.000 Mitarbeiter angestellt. Das sind die Probleme, um die Sie sich als Landesregierung zu kümmern haben. Sie sollten sich nicht so sehr um die Probleme kümmern, die wir in Berlin haben, denn da gibt es, wie gesagt, eine Arbeitsteilung.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen keine Binsenweisheiten zu wiederholen, aber vielleicht ist es doch notwendig, an das zu erinnern, was in gemeinsamer Regierungsverantwortung von 1999 bis 2003 angegangen wurde, z. B. bei den Verwaltungsstrukturen und bei den Anfängen einer Aufgabenkritik. Es waren die Liberalen, die in der Koalition, die offensichtlich erfolgreich gewesen ist – das haben die Wahlen bewiesen – gesagt haben, dass man an den Verkauf von Beteiligungen und Immobilien herangehen muss, jedenfalls von Beteiligungen und Immobilien, die werthaltig sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist schön, und wir sind zufrieden, dass diese Idee der Liberalen nunmehr vom Ministerpräsidenten in seiner eben gehaltenen Haushaltsrede geadelt wurde und Herr Koch erklärt hat, dass diese Überlegung künftig verstärkt Einfluss auf das Handeln der Landesregierung haben wird.

Wir sind in der gemeinsamen Regierungszeit von 1999 bis 2003 mutig gewesen. Wir waren ideenreich. Wir haben unser Handwerk beherrscht. Die anderen Länder, auch Baden-Württemberg und Bayern, haben uns bewundert, mit welcher Schnelligkeit, mit welcher Präzision wir die Aufgaben aufgenommen, Lösungen erarbeitet und deren Umsetzung erfolgreich durchgeführt haben. Die damalige Opposition von Rot-Grün ist uns hinterhergelaufen. Sie konnten gar nicht schnell genug gucken, wo wir waren und was wir gemacht haben, um Ihre Reden umzuschreiben. Und jetzt? Inzwischen ist in der Politik Stillstand eingetreten. Sie merken es doch selbst. In der Politik herrscht Stillstand, und wenn Sie etwas tun, dann nehmen Sie die Menschen nicht mehr mit. Das kritisieren wir ganz besonders.

(Beifall bei der FDP)

Wir bieten Ihnen an, dass Sie kostenlos, ohne Entrichtung von Urheberrechtsgebühren, unser 45-Punkte-Programm zur Sanierung des Haushaltes weiter abschreiben dürfen. Ich bin stolz darauf, dass diese neun Personen ohne den Stab von Ministerialbeamten, den eine Regierung notwendigerweise haben muss, es geschafft haben, ein Konzept zu erarbeiten und vorzulegen, das in sich schlüssig ist und die Strukturprobleme unseres Haushaltes lösen will und lösen kann. Herr Finanzminister, Herr Ministerpräsident, schreiben Sie davon ab. Nehmen Sie diese Ideen auf, zu denen zählen – ich nenne nur drei Oberbegriffe –: intelligent sparen statt kurzfristig kürzen; Strukturveränderungen erst nach Aufgabenkritik durchführen; gravierend die Schulden abbauen.

(Beifall bei der FDP)

Es geht. Sie müssen nur den Mut haben, die Alternativen zu Ihrer Politik zu sehen und zu nutzen. Wir haben das Gefühl, dass Sie in vielen Fällen ideenlos sind, in der Handlungsweise manchmal sogar stillos sind. Aber alternativlos sind Sie von der Union wahrlich nicht.

(Beifall bei der FDP)

Wir, die neun Liberalen in diesem Hause, haben auch zum aktuellen Haushaltsplan 2005 Änderungsanträge erarbeitet, die zwei Dinge erreichen. Erstens ist der Haushaltsentwurf verfassungsgemäß. Zweitens wird der Schwerpunkt Bildung ausgebaut.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, dafür müssen 632 Millionen € umgeschichtet werden – ohne Luftbuchungen, ohne die Einführung neuer Steuern oder die Erhöhung bestehender. Meine sehr verehrten Damen und Herren, warum haben Sie im Haushaltsausschuss all diese Anträge abgelehnt? Hätten Sie das gewünscht, was Ro-

land Koch heute sagt, hätten Sie eigentlich fast allen Anträgen Ihre Zustimmung geben müssen.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Union, Ihr Handeln ist anders als Ihr Reden. Das fällt – aus meiner Sicht sage ich: Gott sei Dank; aus Ihrer Sicht sage ich: leider – den Menschen in diesem Lande immer mehr auf.

Aber kommen wir wieder zurück zur Finanzpolitik. Warum eigentlich fällt den anderen drei Mitbewerbern – ich meine die Roten, die Grünen und die Schwarzen – beim Thema Haushaltssanierung, Haushaltsfinanzierung immer nur das Portemonnaie der Bürger ein?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, den Sozialdemokraten fällt nur die Erhöhung der Erbschaft- und Vermögensteuer ein. Schöne Grüße.

Den Bündnisgrünen fallen die einseitige Senkung der Pendlerpauschale und der Eigenheimzulage ein – all das geht ans Portemonnaie der Bürger –, die Erhöhung oder Neueinführung der Grundwasserabgabe, also Schaden des Wirtschaftsstandorts Hessen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich denke, ihr seid die Partei des Subventionsabbaus!)

– Ihnen fällt das doch ein, oder habe ich das vergessen? Sie als GRÜNE fordern die einseitige Senkung der Pendlerpauschale, und Sie fordern die einseitige Absenkung der Eigenheimzulage. Herr Kollege Al-Wazir, ist das richtig oder nicht?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Natürlich, stimmt!)

– Dann brauchen Sie auch nicht dazwischenzurufen. Stehen Sie doch zu Ihrer Politik. Ich halte sie für falsch.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Der CDU fällt nichts anderes ein, als zusätzliche Schulden zu machen. Meine sehr verehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen von der CDU, das ist nicht nur das Portemonnaie der jetzt lebenden Bürger, sondern Sie gehen auch an das Portemonnaie der Bürger heran, die heute noch nicht leben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das akzeptieren wir nicht.

(Beifall bei der FDP)

Sie geben in diesem Jahr – alle 56 Kollegen der Union müssen das wissen – mehr Geld aus, als Sie haben, und Sie geben mehr Geld aus, als Sie dürfen. Und das nun bereits zum zweiten Mal.

Es ist das zweite Mal, dass Sie hier einen Haushaltsentwurf verabschieden wollen und werden, in dem von Anfang an die Verfassungsgrenze überschritten wurde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann es leider nicht mehr akzeptieren, wenn der Finanzminister – Karlheinz Weimar ist wieder hier; er kann bestimmt bestätigen, ob die „FR“ das richtig geschrieben hat –

(Michael Denzin (FDP): Er hat zwischenzeitlich ein Interview gegeben!)

in dem Interview in der „Frankfurter Rundschau“ vom Dienstag sagt:

Die Verfassungsgrenze ist in Hessen niedriger definiert als in fast allen anderen Bundesländern.

Er sagt das nicht euphorisch: „Klasse, hier wird das Geld der Enkelkinder gerettet“, sondern er sagt es traurig: Schade, ich darf nicht mehr Schulden machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist evident das Gegenteil von dem, was der Ministerpräsident gerade vorgetragen hat.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Herr Milde, ich kann Ihnen das nicht ersparen. Sie müssen das zur Kenntnis nehmen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Lesen Sie doch meine Rede nach! Da steht es drin!)

Ich hoffe, dass Sie es verstanden haben, dass Sie bewusst, vorsätzlich gegen die Hessische Verfassung verstoßen, und das bereits zum zweiten Mal.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Lesen Sie meine Rede nach!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen, dass diese Hessische Verfassung so restriktiv bleibt, wie sie ist. Wir können es nicht akzeptieren, wenn larmoyant darüber geredet wird, in anderen Bundesländern dürfe man mehr Schulden machen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das haben wir ausdrücklich gesagt!)

Wir wollen, dass auch in unserem Bundesland weniger Schulden gemacht werden, und deshalb bleibt das auch so in der Hessischen Verfassung, wie es unsere Väter hineingeschrieben haben.

(Beifall bei der FDP)

Besonders überrascht bin ich – nein, sind wir Liberale, und nicht überrascht, sondern enttäuscht – über die Leichtigkeit, mit der eine CDU-Regierung die Verfassung missachtet. Mein Weltbild ist von jahrzehntelanger politischer Arbeit geprägt. In meinem Weltbild sind Konservative gerade diejenigen, die sich an Recht und Gesetz halten. Ja, es sind diejenigen, die immer wieder propagieren, wenn jemand sich nicht an Recht und Gesetz hält, muss es Sanktionen geben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Außer bei Manfred Kanther!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ein Autofahrer mehrfach die Straßenverkehrsordnung missachtet, verliert er die Erlaubnis, zu fahren. Wenn eine Regierung mehrfach die Verfassung missachtet, verliert sie die Erlaubnis, zu regieren. Das ist die logische Folge aus der permanenten Missachtung der Hessischen Verfassung.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Deshalb werden wir Sie immer wieder daran erinnern, dass Sie Verfassungsbruch begehen. Wir werden Sie auch daran erinnern, dass es unsere Kollegen in Berlin sind, die gerade das verhindern wollen, was in derselben Art und Weise Herr Eichel und das Bundeskabinett in Berlin machen. Es kann nicht angehen, dass man sich in Berlin beschwert, das Bundesverfassungsgericht einschaltet und sagt: „Dieser Mensch hat gegen das Grundgesetz verstoßen“, denselben Fehler, dasselbe Vergehen – nein, ich sage bewusst: denselben Rechtsbruch – aber auch in seinem eigenen Lande begeht. Das ist nicht zu akzeptieren.

(Beifall bei der FDP – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Da liegen Sie leider falsch, Herr Kollege!)

Lassen Sie mich zu den Vorschlägen kommen, die die FDP-Fraktion zur Sanierung dieses Haushaltes und zur strukturellen Organisation vorgelegt hat.

Wir können es nicht verstehen, warum man nicht nachdrücklich an die Veräußerung von Landeseigentum geht. Ich beginne mit der Messe Frankfurt.

Warum eigentlich hat das Land Hessen bisher seinen Anteil nicht verkauft? Die Antwort ist einfach: Weil es bisher der Oberbürgermeisterin und dem Stadtkämmerer von Frankfurt – Frau Roth und Herrn Hemzal – gelungen ist, das Land Hessen am vernünftigen Verkauf zu hindern. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wiederhole den Satz: Sie haben uns daran gehindert, einen vernünftigen Verkauf vorzunehmen.

(Beifall bei der FDP)

Hier sitzen nicht die Blockierer, dort sitzen die Blockierer im Frankfurter Römer. Herr Ministerpräsident, ich freute mich mit Ihnen, als ich gestern oder vorgestern hörte, es sei Bewegung in die Materie gekommen. Ich hoffe, Sie haben dieselben Informationen wie ich über die Ereignisse der vergangenen Nacht im Römer. Ich jedenfalls habe erfahren, dass der Messeverkauf wieder zur Seite geschoben worden ist, weil das Viererbündnis sich darüber nicht einigen konnte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Frankfurter sollen doch bitte mit ihrem Anteil an der Messe tun, was sie politisch für richtig halten. Die Frankfurter sollen uns aber doch auch das mit unserem Anteil machen lassen, was wir meinen, was für das Land Hessen richtig ist.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Herr Milde, hier sind wir hoffentlich einer Auffassung. – Deshalb sollen uns die Frankfurter endlich in Ruhe und aus dem Konsortialvertrag herauslassen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): So ein Blödsinn aber auch!)

Dann kann das Land Hessen seinen Anteil gewinnbringend verkaufen. Die notwendigen Vorarbeiten sind in der letzten Legislaturperiode gelegt worden, und daran hat Karlheinz Weimar heftig im Aufsichtsrat der Messe GmbH mitgearbeitet.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir können neben den Einnahmen in Höhe von ungefähr 200 Millionen € aus dem Verkauf der Messeanteile weitere Einnahmen in Höhe von 350 Millionen € aus dem Landesanteil der Nassauischen Heimstätte herausholen.

Trotz Ihres Bäumchen-wechsel-dich-Spiels im vergangenen Jahr – Wohnstadt rein, Nassauische Heimstätte raus, oder war es umgekehrt?, ist mir auch egal – ist der Landesanteil immer noch 350 Millionen € wert. Die Eingeweihten in diesem Raum wissen, dass es auch Angebote zu diesem Preis gibt. Man muss es nur wollen.

(Beifall bei der FDP)

Man muss die strukturellen Probleme angehen, statt Angst davor zu haben, dass irgendwelche Mieterverbände daran herumzerren. Ich möchte noch die HIM nennen. Wir sind gesprächsbereit und geben auch gerne Auskunft über viele Beteiligungen an Unternehmen, die das Land

Hessen nicht mehr benötigt und die wir deshalb zum Verkauf – zu einem für die hessische Staatskasse guten Preis – freigeben müssen.

Lassen Sie mich nun etwas zum Thema Fraport AG sagen. Herr Kollege Al-Wazir hat das mit seinem Beitrag von vorhin provoziert. Ich halte es für keine Schande – das sage ich auch im Namen von Lothar Klemm –, Mitglied im Aufsichtsrat der Fraport AG zu sein. Wenn Sie sagen: „Sie sind ja Mitglied im Aufsichtsrat der Fraport AG“, hört es sich immer so an, als ob das eine Schande wäre. Herr Kollege, ich bin sehr selbstbewusst. Ich glaube, dass gerade Lothar Klemm und Jörg-Uwe Hahn ihren Job als Mitglieder des Aufsichtsrats der Fraport AG sehr gut machen. Deshalb ist es weder für Lothar Klemm noch für mich eine Beleidigung, wenn gesagt wird: Sie sind im Aufsichtsrat der Fraport AG.

(Beifall bei der FDP – Volker Hoff (CDU): Kein Eigenlob!)

Wir haben vor drei Jahren sehr bewusst einen Konsortialvertrag abgeschlossen. Mit „wir“ meine ich, das geschah zu der Zeit, als Dieter Posch als Verkehrsminister die Verantwortung hatte und als wir in der Koalition insgesamt die Verantwortung dafür übernommen haben.

Wir haben den Konsortialvertrag sehr bewusst abgeschlossen und gesagt: In den ersten zehn Jahren nach dem Börsengang – passen Sie jetzt auf, das war Ihr Denkfehler eben – werden die Stadt Frankfurt und das Bundesland Hessen ihre Anteile nicht verkaufen. Sollte der Bund seine Anteile verkaufen wollen, werden sie immer noch einen Anteil von über 50 % halten.

Nun wissen alle Beteiligten – Herr Kollege Al-Wazir, das wird sich auch bis zu Ihnen herumgesprochen haben –, dass sich der Bund gerade darauf vorbereitet, alle seine Anteile zu verkaufen. Deshalb kann das Land Hessen keine weiteren Anteile verkaufen; denn dann würden wir uns an die in dem Konsortialvertrag enthaltene Vorgabe nicht halten. Das darf das Land Hessen nicht tun. Der Ministerpräsident hatte völlig Recht mit dem, was er eben gesagt hat.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie würden doch die Mehrheit halten! So ein Quatsch!)

Nur, Herr Ministerpräsident, eines gilt hier genauso: Wenn die Frankfurter meinen – siehe Thema Messe –, dass sie das Land gebrauchen oder missbrauchen könnten, um nach Ablauf der Zehnjahresfrist eine Sperrminorität von 25 % in der Fraport AG zu haben, kann ich nur die herzliche Bitte der FDP-Fraktion übermitteln: Lassen Sie das sein. Binden Sie das Land Hessen nicht über den Ablauf des Konsortialvertrags hinaus.

(Beifall bei der FDP)

Es muss das freie Recht derjenigen sein, die dieses Land ab 2008 regieren, darüber zu entscheiden, ob der Anteil an der Fraport AG ganz oder nur zum Teil – wie auch immer – verkauft wird. Aber sie dürfen dabei nicht zusätzlich behindert werden. Das können wir uns angesichts unserer schlechten Haushaltslage nicht leisten.

Erster Punkt. Das Schloss Erbach ist schon angesprochen worden. Bei einem Gesamtbudget von über 21 Milliarden € handelt es sich sicherlich um Beträge, die den Haushalt nur marginal berühren. Trotzdem sagen wir, dass es unverantwortlich ist, 13,5 Millionen € für das lebenslange

Wohnen der Grafenfamilie im Schloss Erbach auszugehen.

Zweiter Punkt. Richten Sie endlich eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft ein. Es gibt sie in anderen Bundesländern. Wir haben es Ihnen vorgerechnet. Wenn Fachleute auf diesem Gebiet qualifiziert und spezialisiert zusammenarbeiten können, kann man – nicht ich als Abgeordneter, sondern die Behörden der zweiten und dritten Gewalt, nämlich der Staatsanwaltschaft und letztlich der Gerichte – den Wirtschaftskriminellen erhebliche Schwierigkeiten bereiten, und darüber hinaus können 11 Millionen € in die Haushaltskasse des Landes Hessen fließen.

(Beifall bei der FDP)

Gehen Sie endlich an die Arbeit. Kleine Lösungen, wie sie Volker Bouffier und Dr. Christean Wagner im Sommer verkündet haben, werden uns nicht weiterhelfen; am besten ist eine zentrale Schwerpunktstaatsanwaltschaft in Frankfurt am Main.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich ist das auch nur ein kleiner Betrag. Wenn Sie aber schon auf Kosten unserer Enkelkinder Schulden machen, warum erhöhen Sie dann gleichzeitig auch die Kosten für Ihre Selbstdarstellung, d. h. für die Öffentlichkeitsarbeit? Wir sind uns sicher, die Kürzung in Höhe von 1,4 Millionen €, die wir bei der Öffentlichkeitsarbeit vornehmen wollten, hätte keinen Einfluss darauf gehabt, wie gut die Menschen in unserem Land über Ihre Arbeit informiert sind. Hören Sie also auf, Ihre Selbstdarstellung auf Kosten unserer Enkelkinder zu finanzieren. Das muss nicht sein.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe zu Beginn Bernd Loskant von der „Fuldaer Zeitung“ zitiert. Ich möchte ein weiteres Zitat anbringen: „Keine Zeit zu verlieren“. Das Land Hessen lebt auf Pump. Die 30-Milliarden-€-Schuldengrenze ist erreicht. Die CDU-Landesregierung steuert nicht dagegen, sondern verfährt nach dem Motto „Weiter so“.

Der Kollege Kahl hat gestern in der Debatte zum Nachtragshaushalt erklärt, die letzten vier Nachträge hätten zu insgesamt 2,7 Milliarden € neuen Schulden geführt. Wenn ich Ihnen Glauben schenken darf und diesen Betrag mit Hilfe meiner juristischen Fähigkeit durch vier teile, ergibt das ungefähr 650 Millionen € neue Schulden pro Jahr, und Sie erreichen mit diesem Haushalt wiederum knapp die 2-Milliarden-€-Grenze.

Die Daten lassen sich im Finanzministerium nicht so genau vorausplanen, wie es der Ministerpräsident an anderer Stelle eben behauptet hat. In der mittelfristigen Finanzplanung geht man immer davon aus, dass die Schuldengrenze einzuhalten ist. Dann aber kommen, wie Herr Kahl eben bestätigt hat, in vier Jahren insgesamt 2,7 Milliarden € zusätzliche Schulden hinzu.

Es gibt Alternativen: raus aus der Verschuldensfalle. Wir Liberale haben Ihnen die Alternativen aufgezeigt. Wir sind wie in den vergangenen Jahren bereit, Sie bei jedem Schritt, der in diese Richtung führt, zu unterstützen, und sei es auch ein unangenehmer Schritt, wie z. B. die Schließung einer Behörde.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ein weiterer Vorwurf, den wir Ihnen in diesem Zusammenhang nicht ersparen können, bezieht sich auf die

Glaubhaftigkeit. *Pacta sunt servanda*. Das war eines der Zaubersprüche im Zusammenhang mit den Ostverträgen. Der damalige Bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat dieses Zauberspruch geprägt und seine Partei, die Union, letztlich dazu gebracht, die Ostverträge einzuhalten. Meine Damen und Herren von der Union, warum gilt dieser relativ banale Satz für Sie nicht auch bei der Hochschulpolitik?

(Beifall bei der FDP)

Faktum ist, dass es mit jeder einzelnen Hochschule eine Vereinbarung gegeben hat: verhandelt, abgeschlossen und unterschrieben von Ruth Wagner und Roland Koch persönlich, nicht von irgendeinem Mitarbeiter. Fakt ist, dass es so genannte Nachverhandlungen gegeben hat. Herr Minister Corts, Sie merken, ich übernehme schon die Diktion Ihres Hauses. Fakt ist aber, dass diese Nachverhandlungen zum Ergebnis hatten, dass nun jede einzelne Hochschule schlechter steht als früher.

Meine Damen und Herren von der Union, dann hat es einen weiteren Bruch des Hochschulpakts gegeben. Zunächst kamen die Nachverhandlungen. Dann ging es um die Nichtumsetzung der Vereinbarungen. Das meine ich mit der mangelnden Glaubwürdigkeit. Es gibt nun einmal Parameter für das Erfolgsbudget – ich will mich hier nicht in Spiegelstrichen verlieren –: z. B. die Höhe der eingeworbenen Drittmittel, Graduiertenkollegs, die Zahl der Promotionen und Habilitationen. Diese und viele andere Parameter haben darüber entschieden, ob es mehr oder weniger Geld gibt. Es gibt nun einmal die Vereinbarung, dass neu zu verhandeln ist, wenn die Zahl der Studierenden um mehr als 5 % abweicht. Beide Arten von Parametern haben Sie nicht bedacht, als Sie den Haushalt aufgestellt haben. Sie haben beide Parameter verletzt.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte mich jetzt nicht mit dem Kollegen Walter streiten, der die Horrorzahl von 190 Millionen € – knapp 200 Millionen € – in den Raum gestellt hat. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der SPD, das ist unseriös. Auch Herr Siebel hat das schon ein paarmal versucht. Sie müssen das mit den Leistungen gegenrechnen, die den Hochschulen z. B. in Form einer Verlängerung der Arbeitszeit zugute gekommen sind. Sie müssen z. B. auch die Studiengebühren berücksichtigen – wenn sie denn bei den Hochschulen bleiben – und sie in der richtigen, nicht in der geschätzten Höhe abziehen.

Wir haben uns darangesetzt und uns glaubhaft versichern lassen – Nicola Beer und Ruth Wagner sind Fachfrauen –, dass der Betrag von 50,9 Millionen € tatsächlich das Delta zwischen dem ist, was vertraglich vereinbart wurde und was das Land Hessen auch gegengezeichnet hat, und dem, was Sie, meine Damen und Herren von der Union, den Universitäten jetzt zur Verfügung stellen.

Herr Ministerpräsident, da hilft es uns nicht weiter, wenn Sie sagen, dass die Zahlen in den letzten Jahren gestiegen seien. Das war beabsichtigt. Das kommt so ein bisschen bedauernd herüber, dass die gestiegen sind. Das war aber beabsichtigt. Das haben wir in unserer gemeinsamen Regierungsverantwortung so angelegt. Sie sollten weiter steigen, weil wir Liberale damals und heute noch der Auffassung sind, dass Bildung ein ganz besonders zentraler Punkt ist. Ich sage das, obwohl ich von einer anderen Fakultät komme. Wie Sie wissen, bin ich von Hause aus Innen- und Rechtspolitiker. Die Bildungspolitik ist der zentrale Punkt. Deshalb hat die FDP in ihren Anträgen diesem Punkt besondere Bedeutung gewidmet.

(Beifall bei der FDP)

Ist Ihnen das Thema Bildung nicht mehr so wichtig, oder warum zahlen Sie die 50,9 Millionen € nicht, die den Hochschulen zustehen? Die werden sie nicht einklagen. Wir alle sind von dieser Welt. Wir wissen, wie das gestrickt ist. Das Gespräch mit dem einen oder anderen Hochschulpräsidenten zeigt uns, dass die eine oder andere Aktion aus der Landesregierung dort jedenfalls auf einen Boden gefallen ist. Ob das immer ein fruchtbarer Boden gewesen ist, darüber will ich mich jetzt nicht auslassen.

(Nicola Beer (FDP): Stichwort: Disziplinarverfahren!)

Warum sagen Sie nicht: „Jawohl, dort ist eine verbindliche Zusage der Regierung im Bildungsbereich nicht eingehalten worden; das müssen wir ausbessern“? Meine Damen und Herren von der CDU, das ist doch Ihr Job. Die Regierung kann das anders sehen. Aber Sie müssen sie darauf aufmerksam machen, dass sie dort einen Fehler gemacht hat. Wir haben es Hochschule für Hochschule aufgeschlüsselt. Ich glaube, 11 Millionen € in Marburg sind der höchste Betrag, 0,7 Millionen € für eine Fachhochschule der niedrigste. Man muss sich nur einmal ein paar Stunden hinsetzen und rechnen. Dann kommt man darauf, dass Bildung zu bezahlen ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können es.

(Beifall bei der FDP)

Pacta sunt servanda – Herr Ministerpräsident, ich sage es deshalb noch einmal: Es hat einer Ihrer ehemaligen Kollegen ein besonderes Wort in die Welt gesetzt. Wir Liberale erwarten von einer Landesregierung, dass auch sie die Verträge einhält, damit sie in dieser Frage glaubwürdig bleibt.

Wir freuen uns über Ihren Einsatz zum Landesstraßenbau. Ich sage das ohne irgendeine Irritation. Wir haben Sie im letzten Jahr gescholten. Ich habe es als volkswirtschaftlichen Blödsinn bezeichnet. An diesem Pult haben das einige übernommen. Auch da haben wir keine Gebühren für das Urheberrecht verlangt. Es war falsch gewesen, im Landesstraßenbau die Mittel zu reduzieren. Sie haben sie wieder angehoben. Sie sind wieder bei der Posch-Latte angekommen. Sie haben sie nicht, wie im letzten Jahr, unterlaufen. Sie haben sie nicht gerissen, sondern Sie sind sauber über sie gesprungen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist wichtig für unser Land. Das ist gut für die Mobilität in unserem Land. Das ist auch gut für die Umwelt in unserem Land.

Lassen Sie mich an dieser Stelle sagen, weil Ministerpräsident Koch in dieser Hinsicht Recht hat: Man muss in dieser Generaldebatte etwas zum Ausbau des Flughafens sagen. Das haben die Roten und die Grünen nicht getan. Wir Liberale sind weiterhin der Auffassung, dass es für die wirtschaftliche Entwicklung, aber auch für viel mehr noch als die wirtschaftliche Entwicklung im Rhein-Main-Gebiet und in unserem Lande wichtig ist, dass der Rhein-Main-Flughafen ausgebaut wird.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind der festen Überzeugung, dass dies auch gelingen kann. Wir sind der festen Überzeugung, dass unter Beachtung von Recht und Gesetz Ausbau möglich ist. Ich sage es hier aber noch einmal – obwohl es keinen Wiederholer gegeben hat –: Das gilt natürlich auch für den amtierenden hessischen Wirtschaftsminister. – Wir dürfen, jeder an

seinem Platz, nur das tun, was uns der Platz rechtlich zulässt. Ein Genehmigungsminister darf keine Prioritäten haben, sonst ist er nämlich befangen. Ein Ministerpräsident darf sie haben, darf aber nicht den Genehmigungsminister anweisen. Eine Partei wie die FDP darf stolz sagen, dass wir die Ersten in diesem Lande waren, die einen Ausbau des Rhein-Main-Flughafens haben wollten, und dass wir mit Dieter Posch auch eine Persönlichkeit in unserer Spitze haben, der bewiesen hat, dass er den Job handlungsmäßig richtig und handwerklich korrekt abarbeiten kann.

(Beifall bei der FDP)

Wir hoffen, dass das auch künftig so geschehen wird.

(Petra Fuhrmann (SPD): Er hört doch gar nicht zu!)

Jetzt sage ich einmal: Wenn ich störe, Herr Ministerpräsident, dann störe ich ungern.

(Vizepräsidentin Ruth Wagner übernimmt die Sitzungsleitung.)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Abgeordneter, ich störe. Das ist der Wechsel.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Vielleicht habe ich auch mehr den Ministerpräsidenten gemeint, weil ich den Landtagspräsidenten von hier aus gar nicht ansprechen darf.

(Frank Lortz (CDU): Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, wir beglückwünschen die Fraport AG dazu, dass sie in einem sehr geschickten und überzeugenden Weg das Caltex-Gelände erworben hat. Ich muss Ihnen gestehen und sage das mit allem Bewusstsein, das ich habe: Eine klammheimliche Freude konnte ich mir nicht unterdrücken, als der Tag der Veräußerung kam und die Damen und Herren Bürgermeister mit dem Problem konfrontiert worden sind. Sie wollten dort keine Gewerbeentwicklung machen, sondern nur den Ausbau des Flughafens verhindern. Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt passiert auf dem Caltex-Gelände zweierlei. Zum einen wird der Flughafenausbau nicht mehr verhindert. Zum Zweiten wird dort Gewerbe angesiedelt. Das ist gut für diese Region.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Herr Ministerpräsident, großes Lob für Ihre Äußerung zum Thema Umstellung und Demokratisierung der Landesentwicklung – ich sage ganz bewusst: großes Lob. Vorhin habe ich mit Dieter Posch darüber gesprochen, als Sie den Teil Ihrer Rede vorgetragen haben. Wir können uns sehr gut daran erinnern, dass diese Diskussion bereits zum Ende unserer Koalition aufgekommen ist. Wir können uns sehr gut daran erinnern – das gebe ich zu –, dass vielleicht die Frechheit des Abgeordneten etwas mehr erlaubt als die Rolle des Genehmigungsministers. Ich habe im Zusammenhang mit dem Flughafenausbau gesagt: Machen wir doch Teile über den LEP, und zwar im Rahmen des gesetzlichen Verfahrens hier im Hessischen Landtag.

Herr Ministerpräsident, ich freue mich, weil ich noch weiß, dass wir uns z. B. im Reichstag in Berlin am 24. Mai

über diese Frage sehr intensiv unterhalten haben, dass diese Auffassung nunmehr auch Auffassung der Landesregierung ist. Es ist richtig, dieses Haus ist vom Volke dieses Landes politisch legitimiert. Deshalb muss dieses Haus auch das Recht haben, im Planungsverfahren zu sagen: Das hat für uns besondere Priorität. – Meine Damen und Herren, das ist demokratisch korrekt.

(Beifall bei der FDP)

Das kann man im LEP machen. Jeder von uns ist außerstande, ein Genehmigungsverfahren durchzuführen. Im Prinzip sind Teilabwägungen nicht unsere Aufgabe. Aber wir, legitimiert vom Volk dieses Landes, können sagen, dass wir meinen, dass der Ausbau des Rhein-Main-Flughafens eine besondere Priorität hat und dass dies bei allen Planungsvorhaben zu beachten ist. Das wird die FDP in diesem Hause auf alle Fälle unterstützen, wenn es die Regierung vorlegt.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident und liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, wenn wir schon bei Mut sind, dann seien Sie bei zwei andern Dingen auch mutig, und übernehmen Sie die Ideen, die die FDP lautstark gesagt hat – in diesem Punkt lautstark, bei anderen Punkten ganz bewusst nicht lautstark. Ändern Sie endlich das Sparkassengesetz.

(Beifall bei der FDP)

Wieso muss eigentlich ein Staat, ein Bundesland, irgendjemandem vorschreiben, wie er sich gesellschaftsrechtlich auf einem Gebiet zu verhalten hat? – Man kann zum ausgedienten Präsidenten des Bundesverbandes der Banken stehen, wie man will. Aber er hat in seiner Abschiedsrede am vergangenen Donnerstag oder Freitag vollkommen Recht gehabt, als er gesagt hat: Wir als Privatbanken erwarten vom Staat eigentlich nur noch – da ist er schon weit hinter das zurückgegangen, was er früher gefordert hat –, dass er uns nicht noch mit Rahmengesetzgebung bei der Entfaltung des Banken- und Sparkassenmarktes in unserem Land belastet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als FDP haben wir einen entsprechenden Gesetzentwurf für eine derartige Deregulierung des Sparkassengesetzes in Hessen vorgelegt. Sie haben es mit der Begründung abgelehnt, die Kommunen dürften das nicht tun. Wir Liberale sind Manns und Frau genug, zu sagen: Wir möchten den Kommunen, den Haltern der Anteile an den Sparkassen, die Möglichkeit geben, dass sie frei entscheiden können, was für sie richtig oder falsch ist, aber nicht, dass der Hessische Landtag vorgibt, was für sie klug ist.

(Beifall bei der FDP)

Seien Sie in einem weiteren Punkt mutig. Das ist die Frage der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Union, so schwach sind Sie auch wieder nicht, dass Sie auf jede etwas gemeinere Äußerung eines Ihrer hauptamtlichen CDU-Wahlbeamten derart Rücksicht nehmen müssten, wie Sie das beim kommunalen Wirtschaftsrecht getan haben. Wir haben – ich will keine Namen nennen, aber einige sitzen sogar in der ersten Reihe – viele gemeinsame Podien durchgeführt. Wir waren bei der IHK und bei den Handwerkskammern. Wir haben uns gemeinsam angehört, was die Präsidenten im Sommer dieses Jahres im Hause des Handwerks in Wiesbaden gesagt haben. Hören Sie doch auf, den Kommunen Gärtchen zu lassen, damit sie in der wirtschaftlichen Konkurrenz gegenüber den Pri-

vaten machen dürfen, was sie wollen. Hier gilt Deregulierung ebenfalls als das Motto der Zeit.

(Beifall bei der FDP)

Hier kann es nicht angehen, dass Sie allein dem Wunsch einiger Hauptamtlicher in Ihren Reihen – wir können die Landräte und Oberbürgermeister benennen –, ordnungspolitischen Unsinn zu verzapfen, folgen, wie Sie es in Ihrer HGO-Novelle in diesem Bereich verzapft haben.

Ich komme auf einen weiteren Punkt zu sprechen. Er gehört mit dem zusammen, der sich mit der Erhöhung der Kosten für die Selbstdarstellung der Landesregierung beschäftigt.

Wir haben manchmal das Gefühl, dass Sie wirklich all das glauben, was der Sprecher der Landesregierung propagandistisch aufgearbeitet hat. Ich habe manchmal wirklich das Gefühl, dass der Finanzminister wirklich glaubt, dass er eine seriöse Haushaltspolitik macht. Ich habe manchmal das Gefühl, dass die Kultusministerin wirklich glaubt, dass sie alles erdenklich Gute für die Schülerinnen und Schüler unseres Landes unternimmt. Ich nehme jetzt einmal drei aus der Ministerriege, die hier sitzen. Wir befürchten, dass der Minister für Wissenschaft und Kunst wirklich glaubt, dass er die Hochschulen in die Freiheit entlässt. Sie verkünden das immer wieder, oder, um es anders zu formulieren: Sie lassen das immer wieder verkünden. – Aber das ist von der Wahrheit nicht immer gedeckt. Deshalb möchte ich Ihnen für meine Fraktion und als Person den freundschaftlichen Rat geben: Glauben Sie nicht all das, was in Ihren Presseerklärungen steht. Denn es stimmt nicht alles, was dort steht.

(Beifall bei der FDP)

Mittlerweile wird hilflos nach Rankings gesucht, in denen das Land Hessen etwas besser dasteht. Darüber kann man wirklich nur noch grinsen. Es gibt eine Erklärung der Hessischen Staatskanzlei vom 25. Oktober 2004. Sie ist also fast auf den Tag genau einen Monat alt. Dort wurde verkündet:

Hessen bundesweit bei Zuwachs der Pro-Kopf-Verschuldung auf Platz 3

Wer sich tatsächlich getraut hat, diese Pressemitteilung zu lesen, bekam mitgeteilt, dass das auf die erfolgreiche „Operation sichere Zukunft“ zurückzuführen sei. Wenn man die Verschuldensdaten vom 31. Dezember 2003 mit denen vom 30. Juni 2004 krampfhaft vergleicht und daraus eine Presseerklärung macht, dann hat man ein Problem.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann Ihnen auch sagen, worin das Problem besteht. Als wir in der Zeit von 1999 bis 2003 dieses Land gemeinsam regiert haben, haben wir eine Aufholjagd begonnen. Es gab fast kein Ranking, in dem das Land Hessen nicht von einem niedrigen Platz auf einen höheren gekommen ist. Das betraf die Bildung, die Wirtschaft und die Arbeitsplätze. Ich kann mich sehr gut daran erinnern, dass der gerade ausgeschiedene Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg, Walter Döring, in einer internen Sitzung einmal sehr heftig gesagt hat, langsam werde es ihm lästig, dass Baden-Württemberg von Hessen überall überholt wird. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wie kann man sich denn dann mit einem derartigen Pille-Palle-Ranking zufrieden geben? Sie müssen weiter für die Aufholjagd kämpfen und dürfen nicht versuchen, beim Abstiegskampf mitzuspielen.

(Beifall bei der FDP)

Dass Letzteres der Fall ist, hat der Ministerpräsident leider auch in seinem Redebeitrag wieder deutlich gemacht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben Ihnen für das Haushaltsjahr 2005 umfassende, aber nicht ausufernde und zerfaserte Vorschläge unterbreitet, wie man einen verfassungsgemäßen Haushalt aufstellen könnte, der auf die Bildung fokussiert ist. Sie haben ohne große Diskussion während der Sitzung im Haushaltsausschuss diese liberale Alternative für eine vernünftige Zukunft in Hessen mit Ihrer Mehrheit beiseite geschoben. Ich kann das nur bedauern. Ich kann Ihnen trotzdem immer wieder sagen: Auch wenn unsere Änderungsanträge fünfmal abgelehnt worden sind, sind wir immer noch bereit, sie zum sechsten Mal einzubringen.

Der Herr Ministerpräsident hat eben beim Thema Immobilien und Verkauf von Beteiligungen gezeigt, dass bei dem einen oder anderen Punkt doch wieder Bereitschaft vorhanden ist, solches in der Art aufzugreifen, wie es das Verhältnis von Union und FDP während der Jahre der gemeinsamen Regierungszeit ausgezeichnet hat. Seien Sie sich nicht zu schade, Vorschläge der FDP aus der Opposition anzunehmen. Liebe Kollegen der Union, wir sind uns nicht zu schade, auch aus der Opposition heraus vernünftige Vorschläge für ein besseres Hessen vorzulegen.

(Beifall bei der FDP)

Der letzte Punkt betrifft das Thema „handwerkliches Können“. Manchmal ist es nicht nur das fehlende handwerkliche Können, manchmal ist es sogar fehlender Stil. Handwerklich haben Sie vieles zu verantworten. Sie legen laufend Änderungsanträge zu den Gesetzentwürfen der Landesregierung vor. Ich sage das jetzt einmal für die Menschen dieses Landes etwas flapsig. Sie erzählen uns dann immer: Die müsst ihr gar nicht lesen, das sind nur redaktionelle Änderungen. – Hinter diesem „Zauberwort“ verbirgt sich die Schlampigkeit in der Arbeit, die zuvor gemacht wurde. Es geht dabei um nichts anderes als Schlampigkeit in der Arbeit, die zuvor gemacht wurde.

(Beifall bei der FDP)

Frau Kollegin Henzler hat das gestern anhand der Schulgesetznovelle dokumentiert. Da wurden verschiedene Schularten durcheinander geworfen. Da wurden verschiedene Zahlen durcheinander geworfen. Das hat etwas damit zu tun, dass das Handwerk nicht beherrscht wurde. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das müssen Sie wieder lernen. Das ist uns in den Zeiten der gemeinsam getragenen Regierung nicht passiert.

Zum Thema „fehlendes handwerkliches Können“ gehört natürlich auch, wie planlos Sie bei der „Operation sichere Zukunft“ vorgegangen sind. Ich will jetzt Christean Wagner, der gerade nicht hier ist, nicht zu sehr belasten. Aber allein das Thema „Schließung von Amtsgerichten oder Umorganisation der Amtsgerichte in Hessen“ ist ein Paradebeispiel dafür, wie man es nicht machen sollte.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wer dazu von mir noch ein Beispiel haben möchte, kann sich schon einmal mit der Geschichte des Amtsgerichts Butzbach beschäftigen. Während der Diskussionsphase gab es drei verschiedene Lösungsvorschläge für dieses Amtsgericht. Das ist nicht gut. Das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit. Das ist aber auch eine Frage, wie effizient Ihre Arbeit ist. Sie meinen, mit derartigen Änderungen uns und sich belasten zu müssen. Machen Sie Ihre Arbeit doch bitte gleich richtig. Legen Sie uns dann zeitnah entsprechende Initiativen vor. Machen Sie nicht noch ein-

mal das, was in der letzten Woche während der Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses geschehen ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht einmal 24 Stunden vor der Sitzung haben Sie einen 25-seitigen Änderungsantrag vorgelegt. Das haben Sie dann im Hoppla-Hopp-Verfahren durchgezogen.

In der Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst waren Sie dann noch nicht einmal in der Lage, vorzutragen, welches die elementaren Änderungen sind, die sich mit diesem Änderungsantrag ergeben, und diese zu begründen. Das ist, handwerklich gesehen, nicht so, wie wir Liberale es erwarten. Das ist auch handwerklich nicht so, wie wir es vier Jahre lang gemeinsam gemacht haben. Wenigstens in diesem Bereich brauchen Sie doch nicht von dem Guten abzulassen, was wir gemeinsam zwischen 1999 und 2003 gemacht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, etwas Allerletztes möchte ich noch sagen. Dabei geht es um das Thema „Mitnehmen“. Sie sehen das auch im Verhalten der Mitglieder der FDP-Fraktion dieses Hauses. Eine ganze Reihe der Vorschläge ist sehr vernünftig. Ich habe bewusst nichts zur Innenpolitik gesagt. Ich kann Ihnen auch sagen, warum ich das nicht getan habe. Volker Bouffier führt die zwischen uns vereinbarte vernünftige Innenpolitik im Großen und Ganzen auch so fort. Wir Liberale brauchen uns da nicht an irgendwelchen Spiegelstrichen abzuarbeiten. Wir sagen lediglich zu ein paar Punkten: So wäre das mit uns zusammen nicht geschehen. – Das betrifft z. B. die Kommunalisierung der Polizei. Aber ansonsten macht er vernünftige Arbeit. Er macht weiter das, was wir gemeinsam verabredet haben.

Ich brauche nicht viel zur Justiz und zum Justizvollzug zu sagen. Christean Wagner wurde z. B. in den letzten Wochen zu Recht im deutschen Blätterwald dafür gefeiert, dass in Hessen das erste privat finanzierte Gefängnis gebaut wird. Ich sage in diesem Zusammenhang nur: Schöne Grüße an Christean Wagner, er hätte wenigstens einmal sagen können, dass der Bau gemeinsam von FDP und CDU verabschiedet wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wir haben das gemeinsam auf die Reihe gebracht. Herr Kollege Frömmrich, ich weiß aber: Undank ist der Welten Lohn. – In der Politik enthält man dann den doppelten Undank oder den doppelten Lohn, wie immer man das auch nehmen mag.

Es gibt eine ganze Reihe von Dingen, die gut weitergemacht werden. Darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Ich kann Frau Kollegin Wolff, der Kultusministerin, nur empfehlen, genau denselben Arbeitsstil fortzuführen, den sie in der Zeit von 1999 bis 2003 eingeübt hat. Sie sollte immer auf das hören, was ihr Doris Henzler vor denkt, und das umsetzen. Sie werden sehen, dass die hessischen Schüler und Lehrer dann zufriedener sind. Man kann da viel Kritik üben. Man kann das aber auch sehr persönlich tun und vernünftig gestalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Union, wenn Sie das so machen würden, würden Sie die Menschen auch mitnehmen. Wissen Sie eigentlich, was Sie mit Ihrer „Operation sichere Zukunft“ allein bei den Kirchen kaputtgemacht haben? Ich sage das jetzt einmal etwas flapsig. Vom Kardinal bis hin zum Dorfpfarrer vergeht kein einziges Gespräch, in dem nicht spätestens im dritten oder vierten Satz die Art und Weise und der Stil angesprochen werden

– es geht dabei noch nicht einmal um den Inhalt, darüber wird später gesprochen bzw. mit dem Kardinal gar nicht, weil der aufgrund seines eigenen Ladens weiß, wie schwierig das Ganze zu handhaben ist –, wie Sie mit den Kirchen umgegangen sind, als Sie die „Operation sichere Zukunft“ auf die Schiene gesetzt haben.

(Beifall der Abg. Dorothea Henzler (FDP))

Am Montagabend haben Sie das gegen 21 Uhr auf das Fax gelegt. Für Dienstagmorgen haben Sie Herrn Dulige und Herrn Prof. Kaspar – er war es damals noch – einbestellt. Das macht man nicht. Genau dasselbe macht man im Schulbereich nicht.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben viele Gespräche – auch ich, Doris Henzler und andere – mit den Vertretern der Gewerkschaften in diesem Lande geführt. Bitte haben Sie nicht das Bild, das Sie gestern zu stellen versucht haben, dass da draußen Menschen sind, die mit aller Macht etwas gegen die Schulpolitik dieser Regierung haben. Die haben zu einem großen Teil etwas gegen den Stil, wie Sie Ihre Bildungspolitik in diesem Lande zu exekutieren versuchen.

(Beifall bei der FDP)

Wieso entscheiden Sie nur noch im stillen Kämmerlein? Wieso beziehen Sie die Menschen nicht ein? Ich kann nur sagen: Guckt nach hinten. – Das haben wir vier Jahre lang erfolgreich gemacht. Herr Kollege Dr. Jung, wir hätten nie und nimmer all das durchsetzen können, was wir in der letzten Legislaturperiode durchsetzen mussten, hätten wir die Menschen nicht mitgenommen. Wir hatten, um das abzuarbeiten, gar keine Zeit dazu gehabt, die Menschen gegen uns aufzubringen. Wir haben es geschafft, weil wir frühzeitig mit den Menschen geredet haben, weil wir die Verbände einbezogen haben, weil wir die Kirchen einbezogen haben.

All das ist offensichtlich bei Ihnen abhanden gekommen. Meine Kollegen aus der Oppositionsfront haben das auf die Arroganz der Macht zurückgeführt.

(Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

Ich weiß nicht, woran es liegt. Vielleicht ist es die absolute Mehrheit, die Ihnen schadet. Das können die Menschen in diesem Lande im Frühjahr des Jahres 2008 wieder ändern.

Lassen Sie mich abschließend für die FDP-Fraktion sagen: Unser Land muss verantwortungsbewusst regiert werden. Sie haben im Februar 2003 die alleinige Verantwortung vom Wähler übertragen bekommen, dieses Land verantwortungsbewusst zu führen. Machen Sie es.

Verantwortungsbewusst führen heißt Ideenreichtum, heißt stilvoll. Verantwortungsbewusst regieren heißt, die Kreativität und den Stil auch anderer aufzunehmen und Alternativen zu dem jetzigen Tun zu erkennen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die FDP hat Ihnen Alternativen aufgezeigt. Übernehmen Sie diese Alternativen für ein gutes Hessen. – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Meine Damen und Herren, bevor ich Herrn Jung für die CDU das Wort erteile, möchte ich Ihnen mitteilen, dass Herr Justizminister Dr. Christean Wagner mitgeteilt hat,

dass er ab jetzt an der Sitzung nicht mehr teilnehmen kann wegen des Vermittlungsausschusses in Berlin. Morgen ist er in der Justizministerkonferenz in Berlin und am 26. November in der Sitzung des Bundesrates. Sein Haus wird vertreten durch Herrn Staatssekretär Landau.

Verehrter Herr Jung, für die Union haben Sie das Wort.

(Beifall des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst eine Vorbemerkung zu dieser Haushaltsdebatte machen. Herr Kollege Walter, Sie haben vorgerechnet, dass wir pro Stunde etwa 180.000 € für Zinsen zahlen müssten. Ich habe die Reden von Ihnen, Herr Kollege Al-Wazir, und von Ihnen, Herr Kollege Walter, gehört und habe es mir durch den Kopf gehen lassen: Das sind insgesamt 360.000 €. Ich muss Ihnen sagen, das zeigt, wie unverantwortlich Sie mit dem Geld der hessischen Steuerzahlerinnen und -zahler umgehen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir reden zentral über den Haushalt 2005. Deshalb möchte ich mich im Wesentlichen nicht mit Bilanzen beschäftigen, sondern mit dem, was wir mit diesem Haushalt konkret vorhaben und was wir in diesem Land konkret nach vorne bringen. Aus unserer Sicht ist dies ein Haushalt mit einem klaren Kurs, mit einem klaren Profil, ein Haushalt der gehaltenen Versprechen und ein Haushalt, der zeigt, dass es in Hessen besser und aufwärts geht.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb möchte ich mich zunächst auf die Schwerpunkte konzentrieren, die wir auch vor der Wahl gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern vertreten haben. Wir haben vor der Wahl Schwerpunkte in den Bereichen Bildungspolitik, innere Sicherheit sowie Wirtschaft und Arbeitsplätze gesetzt. Das setzen wir mit diesem Haushalt um. Denn für uns gilt: versprochen und gehalten. Das können Sie an diesem Haushalt messen.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist etwas ganz Neues! – Nicola Beer (FDP): Das glauben noch nicht einmal die eigenen Leute!)

Ich werde es Ihnen im Einzelnen darlegen. Wir sind mit diesem Haushalt auf dem Weg, Hessen zum Bildungsland Nummer eins zu machen. Herr Kollege Walter hat es wieder verdeutlicht, es ist offensichtlich nicht mehr in Ihrem Bewusstsein. Als wir gemeinsam mit CDU und FDP im Jahre 1999 angefangen haben, hatten wir in einer Woche einen Unterrichtsausfall von 100.000 Stunden. Das ist die Situation, in der wir das Land übernommen haben.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich das heute anschauen, auch die Fortentwicklung in diesem Haushalt, dann stellen Sie fest, dass wir die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer um 7 % erhöht haben, bei einem Ansteigen der Schülerzahlen um 2 %. Wir haben in diesem Jahr für 10 Millionen € Sondermaßnahmen vorgenommen. Wir haben für Vertretungskräfte weitere 18 Millionen € bereitgestellt. Das sind insgesamt 44 Millionen €.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben auch mit diesem Haushalt gewährleistet, dass die Unterrichtsstunden, die in der Stundentafel stehen, erteilt werden.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glaubt doch kein Mensch mehr!)

Wenn ich zu den Angeboten Stellung nehme, will ich gleich zu Beginn zu dem Stellung nehmen, was Sie im Zusammenhang mit den Ganztagsangeboten kritisiert haben. Wir haben im laufenden Schuljahr 61 weitere Ganztagsangebote. Wir haben insgesamt 290 Schulen mit Ganztagsangeboten in diesem Lande. Wir haben ihre Zahl verdoppelt. Mit diesem Haushalt gibt es weitere 40 Angebote. Wir liegen an zweiter Stelle in Westdeutschland.

Wer dann wie Herr Müntefering sagt, wir hätten unsere Aufgabe nicht gemacht, der kennt die Situation nicht. Im letzten Jahr Ihrer Regierungszeit haben Sie kein einziges Ganztagsangebot genehmigt. Diese sind aber ein Schritt in die richtige Richtung. 290 gibt es insgesamt, weitere 40 mit diesem Haushalt. Es ist ein richtiger Weg, die Ganztagsangebote in unserem Lande zu erweitern und damit ein Angebot für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf setzt sich auch in diesem Bereich fort, beispielsweise bei den Betreuungsangeboten in den Grundschulen. Wir haben sie mittlerweile auf 1.016 betreuende Grundschulen von insgesamt 1.173 Grundschulen in diesem Land gesteigert, die wir überhaupt haben. Das ist das Fünffache von Ihrem Angebot.

Das macht deutlich, dass wir mit Angeboten von der Tagesmutter über den Kindergarten, über betreuende Grundschulen und Ganztagsangebote mit dem Ernst machen, was wir auf dem Landesparteitag beschlossen haben, eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf in unserem Land herzustellen. Dies wird auch mit diesem Haushalt auf den richtigen Weg gebracht.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist ein Phänomen! Sie glauben mittlerweile selbst, was Sie sagen! – Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für Märchenstunde ist Riebel zuständig!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das eine sind die entsprechenden Angebote, das andere ist die Frage, die wir ebenfalls in der Wahlkampfauseinandersetzung deutlich gemacht haben: dass wir die Qualität an unseren Schulen steigern wollen. Der Herr Ministerpräsident hat schon darauf hingewiesen, ich will es noch einmal schlagwortartig sagen. Ein entscheidendes Kriterium dafür, dass wir die Qualität an unseren Schulen steigern, ist die Tatsache, dass nur Schülerinnen und Schüler in die Grundschulen kommen, die Deutsch sprechen und verstehen können.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Deshalb ist es richtig, diese Vorlaufkurse einzuführen und jetzt fortzuführen. Herr Kollege Al-Wazir, das ist im Übrigen ein Beitrag für bessere Bildung und zur Integration. Auch das ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung.

Ein zweiter Punkt. Er ist erstaunlicherweise auch von Ihnen bisher noch nicht angesprochen worden, aber Ihre Anträge weisen es aus. Wir haben in diesem Bereich einen Akzent für die Förderung von hoch begabten Schülerinnen und Schülern gesetzt. Wir haben die Internatsschule Hansenberg bei uns im Rheingau gegründet. Sie reden zwar im Bund von der Notwendigkeit von Eliten. Aber im Land tun Sie offensichtlich alles, um das zu verhindern. Das zeigen Ihre Haushaltsanträge.

(Beifall bei der CDU)

Sie wollen diese Schule streichen, d. h. abschaffen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wollen die Förderung für alle Hochbegabten, nicht nur für 200!)

Meine Damen und Herren, wer diese Schülerinnen und Schüler erlebt, der merkt, dass sie ein bewundernswertes Engagement haben. Ich kann nur sagen, wir können stolz sein auf solche jungen Menschen, die auf diese Schule gehen. Sie haben unsere Förderung verdient. Das werden wir auch in Zukunft mit diesem Haushalt tun.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind immer noch nicht aus Ihren ideologischen bildungspolitischen Grabenkämpfen des 19. Jahrhundert herausgekommen; das gilt insbesondere für die SPD.

(Jürgen Walter (SPD): Wir haben durchaus gelernt!)

Herr Kollege Walter, es ist die Wahrheit. Sie wollen wieder zurück zu einer Einheitsschule bis zur Klasse 10.

(Zurufe der Abg. Christel Hoffmann und Jürgen Walter (SPD))

Das ist das, was die Lehrerinnen und Lehrer, die Schülerinnen und Schüler und die Eltern in diesem Land nicht wollen. Eine Zwangseinheitsschule ist der falsche Weg, deshalb ist unsere Alternative der richtige Weg für die Bildung in unserem Land.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr habt nichts dazugelernt, das ist alles von vorgestern!)

In den Grundschulen setzen sich die Fördermaßnahmen fort. Wir haben mittlerweile 30 hessische Grundschulen mit Förderangeboten. Wir geben beispielsweise eine zusätzliche Stunde Deutsch in der Grundschule eingeführt. Jetzt führen wir die Orientierungsarbeiten und landesweite Abschlussarbeiten ein. Zusammengefasst kann man sagen: Wir sind mit diesem Haushalt auch weiterhin auf dem Weg, Hessen zum Bildungsland Nummer eins zu machen. Noch nie zuvor wurde mehr in Bildung investiert als mit diesem Haushalt. Das ist gut so, und darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, noch eine Nebenbemerkung zum Thema PISA. Wer sich schon die erste Studie angeschaut hat, hat beim innerdeutschen Vergleich ein Nord-Süd-Gefälle festgestellt. Die Länder wie Bayern und Baden-Württemberg, die ein klares dreigliedriges Schulsystem haben, wie wir es eingeführt haben, hatten die eindeutig besseren Ergebnisse gegenüber Ländern, die eine andere Schulpolitik verfolgen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und im OECD-Vergleich, wo landen diese Länder?)

Auch damit machen wir deutlich, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Ich bin sehr optimistisch, dass wir im internen Vergleich, den wir mit Sicherheit in einem halben Jahr zur Kenntnis nehmen können, weiterhin auf dem Weg nach oben sind, weil die Schul- und Bildungspolitik hier richtig angelegt ist.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Hahn, trotz Ihrer Kritik gilt das Gleiche auch für die Hochschulpolitik. Wir beraten das ja jetzt auch noch im Rahmen dieser Plenarrunde. Wir sind mit dem Gesetz für die Technische Universität Darmstadt einen Weg gegangen, der in Deutschland beispielhaft ist. Wir nehmen die Autonomie und die Stärkung der Hochschulen ernst.

(Nicola Beer (FDP): Das war einstimmig!)

Ich bin sicher, dass wir diesen qualifizierten Weg für diese Hochschule auch und gerade mit diesem Gesetz fortsetzen.

(Beifall bei der CDU – Jörg-Uwe Hahn (FDP) und Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war einstimmig!)

Meine Damen und Herren, das gilt auch für die Änderungen, die wir im Hochschulgesetz selbst vornehmen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist nicht einstimmig! – Nicola Beer (FDP): Das findet keiner von denen, die betroffen sind!)

Das hat auch Kritik in Ihren Reden gefunden. Bei den Studentenzahlen zeigt sich, dass unsere Entscheidung im Zusammenhang mit der „Operation sichere Zukunft“, für Langzeitstudenten Studiengebühren zu erheben, der richtige und sozial gerechte Weg ist. Wir haben eine Regelstudienzeit von acht Semestern und gewähren noch einmal vier Semester dazu. Ab dem 13. Semester muss aber dann ein entsprechender Obolus gezahlt werden. Das ist sozial gerecht, auch gegenüber denjenigen, die als Arbeitnehmer dafür sorgen, dass die Finanzierung erfolgen kann.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Hahn, wir investieren in den nächsten Jahren insgesamt 761 Millionen € in unsere Wissenschaftsstandorte in Frankfurt, Gießen und Kassel – über Darmstadt habe ich bereits gesprochen.

(Frank Gotthardt (CDU): Und in Marburg!)

Das zeigt, dass wir hier die Investition in die Zukunft richtig angehen und gerade auch in der Hochschulpolitik mit diesem Haushalt einen Akzent für die Zukunft und den Ausbau unserer Wissenschaftsstandorte setzen.

(Beifall bei der CDU)

Es war für mich bezeichnend, dass unser zweiter Schwerpunkt, die innere Sicherheit, von Ihnen im Wesentlichen gar nicht angesprochen worden ist.

(Jürgen Walter (SPD): Ich habe doch davon gesprochen, dass wir immer weniger Polizisten und eine immer höhere Kriminalitätsrate haben!)

– Herr Kollege Walter, ich komme auf Sie zurück. – Ich kann mir das auch gut erklären. Wir haben meines Erachtens eine mehr als erfreuliche Entwicklung in der Aufklärungsquote. Wir haben nahezu 50 % Aufklärungsquote in

Hessen; das ist die höchste, die es je in der Geschichte dieses Landes gegeben hat.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit Schwarzfahrern sind es über 50 %, das löst das Problem nicht!)

Das gilt auch für die Kriminalitätsbelastung. Wenn Sie sich einmal die Kriminalitätsbelastung anschauen, stellen Sie fest, dass wir zu den sichersten Bundesländern gehören.

(Frank Gotthardt (CDU): Trotz dieser Opposition!)

Herr Kollege Walter, wenn Sie die neue Entwicklung einbeziehen – d. h. neue Straftaten entstehen durch die Einführung neuer Gesetze –, gibt es höhere Zahlen. Trotz dieser Tatsache haben wir erheblich weniger Straftaten als in der rot-grünen Regierungszeit von 1993 bis 1998. Auch das gehört zur Bilanz, wenn man über die innere Sicherheit redet.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Zahl der Polizeivollzugsbeamten ist, im Gegensatz zu dem, was Sie immer sagen, weiter gestiegen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?)

In den Jahren 2004, 2005 und 2006 werden wir netto unterm Strich 530 zusätzliche Polizeibeamte haben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie vorher die Stellen umgesetzt haben!)

Im Jahr 2004 sind die Wochenarbeitsstunden im Polizeivollzugsdienst um über 8 % auf 550.000 Stunden angewachsen. Wir haben in Hessen die bestausgebildete, die bestausgerüstete und die bestbezahlte Polizei. Damit leisten wir einen entscheidenden Beitrag für die innere Sicherheit in unserem Land.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Jürgen Frömmrich und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Kollege Al-Wazir, ich kann mich noch erinnern, als Sie die Polizeibeamten zu entsprechenden Demonstrationen geschickt haben und ihnen untersagt haben, Helme aufzuziehen. Wir haben deshalb auch einen Beitrag zur Eigensicherheit unserer Polizeibeamten geleistet.

(Beifall bei der CDU – Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Kollege Al-Wazir, Sie lachen, aber das ist ein sehr ernster Tatbestand.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht Ihr Ernst!)

Wir haben dafür gesorgt, dass die Polizeibeamten Unterziehwesten haben, dass sie für den Ernstfall mit Pfefferspray ausgerüstet sind, dass sie nicht mit Pistolenholstern ausgerüstet sind, aus denen man im Ernstfall die Waffe nicht mehr herausziehen kann. Wer täglich Leib und Leben für die Bürgerinnen und Bürger einsetzt, hat ein Recht darauf, eine entsprechende Eigensicherung zu erhalten. Auch dies haben wir getan.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und zur Belohnung das Weihnachtsgeld gekürzt!)

Wir haben auch die Befugnisse für die Polizei erweitert und verbessert. Von der Videoüberwachung über die Rasterfahndung bis zum Einsatz von Kennzeichenlesegeräten und des IMSI-Catchers.

Das HSOG ist das modernste Polizeigesetz in Deutschland. Auch hier sind wir auf dem richtigen Weg, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Polizei dafür sorgen kann, die innere Sicherheit in unserem Land zu gewährleisten. Damit wird die innere Sicherheit auch für die Bürgerinnen und Bürger garantiert.

Meine Damen und Herren, wir haben gegen Ihren Widerstand den freiwilligen Polizeidienst eingeführt. Mittlerweile sind 60 hessische Kommunen beteiligt und über 400 Personen im Einsatz zur Unterstützung unserer Polizei. Es ist bezeichnend, dass Sie hier im Landtag dagegen stimmen, aber die SPD-Magistrate den Innenminister herzlich bitten, doch dringend dafür zu sorgen, dass die freiwillige Polizei in Hessen eingerichtet wird.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich könnte diesen Katalog fortsetzen. Ich will nur noch auf einen Bereich hinweisen, weil er zur inneren Sicherheit gehört. In der Justiz haben wir natürlich auch weitere Akzente gesetzt. Der erste und wichtigste Akzent war, dass wir die Sicherheitsphilosophie verändert haben. Im Vordergrund steht nun der Schutz des Opfers und nicht mehr der Schutz der Täter, wie das bei Ihnen gewesen war.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben jahrelang davon geredet, wir brauchten zusätzliche Kapazitäten beim Justizvollzug. Sie haben überhaupt nichts hinbekommen.

Wir werden im nächsten Jahr die erste teilprivatisierte Justizvollzugsanstalt in Hünfeld in Testbetrieb gehen lassen. Das ist auch ein Punkt, in dem wir in Deutschland führend sind.

Ich bin sicher, dass viele Länder erstens danach schauen werden, wie wir das ordentlich hinbekommen – das werden wir –, und zweitens es auch nachahmen werden, weil es ein richtiger Weg ist. Hier werden Mittel vernünftig eingesetzt, um ein allgemeines öffentliches Ziel zu erreichen.

Meine Damen und Herren, dies gilt auch für andere Punkte, in denen wir die technische Fortentwicklung, beispielsweise durch die Einführung von Videokonferenzen in der Justiz, nutzen. Dabei handelt es sich um eine Vereinfachung. Es ist eine kostenmäßig vernünftige Regelung und führt zu schnelleren Verfahren. Auch dieser Punkt ist in der Justiz von Bedeutung.

Wir sind mit unseren Schritten auch im Zusammenhang mit diesem Haushalt für Polizei und Justiz auf dem richtigen Weg, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Hessen zu gewährleisten.

(Beifall bei der CDU)

Der dritte Schwerpunkt ist der gesamte Bereich von Wirtschaft und Arbeitsplätzen. Ein paar Zahlen sind schon angesprochen worden. Ich will nur noch einen Vergleich nennen.

Dass wir in Deutschland mit 1,4 % kein Wirtschaftswachstum mehr haben, ist eindeutig. Wenn wir in Hessen noch bei 2,2 % liegen, zeigt das, dass wir wenigstens noch das, was wir tun können, gewährleistet haben.

Herr Kollege Walter, Sie haben die Arbeitslosenquote angesprochen. Wir haben in Deutschland die traurige Entwicklung zu verzeichnen – ich komme darauf zurück –, dass wir noch 10,1 % Arbeitslose haben. Das heißt, wir haben leider Gottes nicht, wie versprochen, eine Veränderung nach unten. Aber bei gleicher Zahl im Bund haben Sie im Jahre 1998 noch eine Arbeitslosenquote von 8,3 % gehabt, und wir haben jetzt eine Arbeitslosenquote von 7,9 %.

Aus den Wirtschaftsprognosen – Sie müssen schon das Prognos-Institut oder Ernst & Young nehmen – ergibt sich eindeutig, dass Hessen als Wirtschaftsstandort Nummer eins in Betracht kommt und dass wir, wenn die Rahmenbedingungen im Bund verändert werden, auch endlich wieder die Chance haben, zusätzliche Arbeit in unserem Land zu schaffen. Wenn wir dafür sorgen, dass nicht alle politischen Rahmenbedingungen gesetzt werden, um das zu verhindern, so wie das Rot-Grün macht, bin ich sicher, dass wir auf diesem Weg auch weiterhin einen positiven Akzent setzen werden.

Meine Damen und Herren, wir nehmen den Spitzenplatz bei den Unternehmensgründungen ein. Wir unterstützen mit diesem Haushalt Mittelstand und Existenzgründer, beispielsweise mit unserem Programm „Bürgerschaft ohne Bank“. Die Gründung der Hessen-Agentur ist ein weiterer Akzent zum Thema Wirtschaftsförderung. Wir unterstützen Handwerk und Mittelstand. Im Zusammenhang mit dem BAföG haben wir länger darüber diskutiert. Um 45 % sind die Anteile für die Förderung im Bereich des Handwerks und des Mittelstandes erhöht worden, und zwar durch die Gewährleistung des Meisterbriefes und den geschaffenen Hochschulzugang.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist gerade der Mittelstand, der seinen entscheidenden Beitrag leistet, wenn es um die Ausbildungsplätze in unserem Land geht. Deshalb sind wir dankbar, dass wir in diesem Jahr trotz der schwierigen Situation wieder im Wesentlichen gewährleisten konnten, dass viele Ausbildungsplätze im Bereich des Mittelstandes geschaffen worden sind, und dass wir einen Weg gefunden haben, der dafür sorgt, dass diejenigen, die Ausbildung wollen, auch möglichst einen Ausbildungsplatz erhalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt setzt von den Flughäfen bis zum Straßenbau wichtige Akzente in der Infrastruktur. Ich komme im Einzelnen darauf zurück. Für den Straßenbau haben wir jetzt den Ansatz von 38,5 Millionen € auf 65 Millionen € erhöht. Das ist eine Investition, die für die Entwicklung in unserem Land notwendig ist. Ich füge auch hinzu: Trotz des Roten Raubwürgers und des Kammolchs halten wir am Ausbau der A 44 und am Ausbau der A 49 fest, weil dies für die Entwicklung unseres Landes notwendig ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat schon etwas zur planungsrechtlichen Situation ausgeführt. Ich will noch ergänzend sagen: Bei vernünftiger Abwägung kann es nicht sein, dass es einen einseitigen Vorrang des Kammolchs gegenüber den Menschen und dem Interesse einer vernünftigen, positiven Entwicklung in unserem Land gibt. Dies muss geändert werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will einen weiteren Punkt aufnehmen. Herr Kollege Walter, mich wundert ebenfalls,

dass die Sozialdemokraten heute nicht mehr darüber reden. Die Entwicklung in Nordhessen ist durchaus von Bedeutung für dieses Land. Dass Sie das nicht mehr aufnehmen, ist bezeichnend. Es zeigt, dass das, was wir in diesem Zusammenhang vorgetragen haben, mittlerweile eingetreten ist.

Nehmen Sie auch hier einmal die Arbeitslosenquote. In Ihrer Zeit waren in Kassel 13,1 % arbeitslos. Bei uns sind es 10,1 %. In Hersfeld waren es 12,5 %. Bei uns sind es 8,6 %.

(Frank Gotthardt und Frank Lortz (CDU): Hört, hört!)

Wir bauen die Infrastruktur in Nordhessen aus. Ich habe die Straßen angesprochen. Dazu gehört natürlich auch das Symbol des Flughafens Kassel-Calden. Wir investieren diese 108 Millionen €, weil dies eine Investition in die Zukunft auch dieser Region ist und weil es wichtig ist, auch den Flugverkehr in diesem Bereich zu entwickeln.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit!)

Herr Al-Wazir, es gehören andere Maßnahmen dazu: das Biokompetenzzentrum in Witzenhausen, die Situation, die die touristische Region unmittelbar betrifft. Thema Nationalpark Kellerwald. Ganz im Gegensatz zu Ihrer Andeutung ist eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Wenn ich die Besucherzahlen und das sehe, was sich dort tut, so ist es eine richtige und positive Entscheidung für die Region gewesen, den Nationalpark Kellerwald zu entwickeln.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (FDP) – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber trotz des Ministers, nicht wegen ihm! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Trotz Ihrer Politik!)

Das gilt auch für den Museumspark Kassel. Der Ministerpräsident hat bereits darauf hingewiesen.

In der Logistik gehören der Norden und die Mitte Hessens zu einem der führenden Standorte in Europa. Diese Chance müssen wir nutzen. Aber die Chance für unser Land, für die meisten Arbeitsplätze in der Zukunft, liegt im Ausbau des Frankfurter Flughafens und in der Werft für den A 380.

(Beifall bei der CDU)

Mit dem Bau der Werft für den A 380, also für die Großraumflugzeuge, hängt unmittelbar die Frage zusammen, ob die Lufthansa Frankfurt weiterhin als ihren Heimatflughafen anerkennt oder nicht. Die Lufthansa stellt in Frankfurt 28.000 Arbeitsplätze.

(Frank Lortz (CDU): Richtig!)

Für die Lufthansa – das ist die Wahrheit – bestünde natürlich die Möglichkeit, wenn es in Frankfurt nicht möglich ist, diese Halle in München zu bauen. Dann würden die Arbeitsplätze dorthin verlagert. Deshalb muss jeder wissen: Wer gegen die Werft für den A 380 ist, vernichtet Arbeitsplätze in unserem Land.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Quatsch! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir sind doch nicht gegen die Werft, sondern gegen den Standort!)

Deshalb ist es auch richtig, dass hier vom Regierungspräsidenten Sofortvollzug angeordnet wurde.

Herr Kaufmann, ich komme gleich zu Ihnen. Die GRÜNEN in diesem Land sind diejenigen, die die meisten Arbeitsplätze vernichtet haben und in der Zukunft weiterhin vernichten werden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie kann man so simpel sein? – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Helau! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein simples Weltbild! Mein lieber Mann! Am Ende glauben Sie das auch noch, was Sie erzählen! So ein Unsinn!)

Ich mache es an einzelnen Beispielen deutlich.

Nehmen Sie den Frankfurter Flughafen. Wir reden jetzt von unmittelbar 40.000 Arbeitsplätzen. In der Mediation ist von 100.000 Arbeitsplätzen gesprochen worden. Welche Regierung, welcher Konzern hat die Chance, eine unmittelbare Entscheidung über 40.000, in der Perspektive über 100.000 Arbeitsplätze zu treffen? Das haben nur diese Landesregierung und letztlich dieses Parlament. Wir sagen Ja zu diesem Ausbau. Wir wollen diesen Ausbau. In der Abwägung der Interessen der Menschen, der Interessen der Umwelt und der Interessen des Flughafens ist dies das Richtige. Dies ist übrigens auch eine Frage des finanziellen Aufwandes. Wir tragen natürlich die Kosten für die Planfeststellung, aber alle anderen Kosten werden von der Fraport AG getragen. Das ist auch ein Stück weit beispielhaft für die Entwicklung in Europa. Deshalb sagen wir Ja zu dem Ausbau und zu Arbeitsplätzen in der Zukunft.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Herr Kaufmann, wir schaffen Arbeitsplätze, während Sie mit dem Hirschkäfer vor Ort auf die Pirsch gehen. Das ist die falsche Alternative.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie kann man so einen Blödsinn erzählen? Mein lieber Mann!)

Soll ich Sie an die Entwicklung hinsichtlich der Arbeitsplätze in Hessen erinnern? Kernenergie in Hanau: 5.000 Arbeitsplätze. Biotechnologie, Einführung Insulin: die nächsten 1.000 Arbeitsplätze. Hoechst ist mittlerweile überhaupt nicht mehr da.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Daran sind wohl die GRÜNEN schuld? So ein Blödsinn! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Blödsinn!)

Das war eine klare Entscheidung der GRÜNEN in diesem Hause, die politisch motiviert war. Die SPD hat leider mitgemacht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Kollege Jung, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Al-Wazir zu?

Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU):

Nein. – Jetzt machen Sie mit dem Flughafen weiter.

Als Sie in Hessen die Verantwortung abgegeben haben, haben Sie die falsche Politik in Berlin fortgesetzt. Herr Al-Wazir, Sie stellen sich heute hierhin und beklagen den hohen Ölpreis. Aber was haben Sie gemacht? Sie haben zunächst einmal alles getan, um die friedliche Nutzung der Kernenergie abzubauen und damit die Sicherheitstechnik zurückzuführen.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es nur Schwachsinn!)

Sie kaufen teuren Strom aus dem Ausland, der eben nicht mit dieser Sicherheitstechnik erzeugt wurde, und Sie erhöhen unnötigerweise die Strompreise. Das ist Ihre falsche Politik, die dazu führt, dass höhere Kosten entstehen und dass weitere Arbeitsplätze vernichtet werden. Deshalb sind Sie der größte Arbeitsplatzvernichter in Deutschland.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus welcher schwarzen Gruft sind Sie denn heute Morgen gekommen? – Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, die Belastung für die Bürger und die Industrie durch die Strompreise ist seit Ihrer Regierungszeit in Berlin um das Fünffache gestiegen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?)

Wir haben die höchsten Strompreise der gesamten Eurozone.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Statt vernünftiger Energiepolitik haben Sie eine Politik eingeleitet, die dazu geführt hat, dass unsere Landschaften mit Windrädern überzogen werden.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fragen Sie einmal den Herrn Dr. Lübcke!)

Sehr geehrter Herr Al-Wazir, sehen Sie sich einmal die Zahlen an. Wir haben in Hessen – mit Unterstützung des Kollegen Lübcke –

(Beifall der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

673 Megawattstunden. Das bedeutet, dass 0,032 % des Nettostromverbrauchs durch Windräder erzeugt werden.

(Zuruf des Abg. Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, das zeigt doch, dass das keine Alternative sein kann, wenn es um vernünftige Energieerzeugung geht.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 10 % der Stromversorgung in Deutschland!)

Deshalb ist Ihr Weg falsch. Wir brauchen auch in Zukunft einen Energiemix. Ich füge hinzu: Wir brauchen auch die sichere friedliche Entwicklung der Kernenergie in Deutschland, wenn wir über Zukunftssicherung reden.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heide (FDP) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er glaubt es selber nicht! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die schlechteste Rede heute Morgen!)

Lassen Sie uns über Arbeitsplatzvernichtung reden. Sie haben nun das Gentechnikgesetz auf den Weg gebracht.

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hervorragend!)

Wir hatten hier gerade eine Anhörung. Da hat der Bundesverband der deutschen Pflanzenzüchter von dem größten Jobkiller gesprochen, den es gibt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Quatsch! Sie fallen auch auf jede Lobbygruppe herein!)

Ich will damit nur deutlich machen, wo Sie Ihren Beitrag leisten, Arbeitsplätze in unserem Land zu vernichten. Deshalb sage ich Ihnen: Sie als die innovationsfeindlichste Partei in diesem Lande sind diejenigen, die die meisten Arbeitsplätze vernichten und entscheidend zum Abstieg der Bundesrepublik Deutschland beigetragen haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, durch diese falsche Politik wird der größte Einnahmeausfall in unserem Land mit verursacht.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mein lieber Mann, Karneval ist noch nicht! Noch keine Zeit für Büttreden! – Zuruf der Abg. Cordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Nächster Punkt. Das Schlimmste an dieser Entwicklung ist, wie ich finde, dass die Sozialdemokraten das teilweise mitmachen und dass sie nicht den Weg gehen, dem Kampf der GRÜNEN gegen Arbeitsplätze zu widersprechen.

(Widerspruch bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Walter (SPD): Flughafen!)

– Sie haben das in sehr konkreten Punkten gemacht.

Herr Walter, reden wir über die Einnahmeausfälle, über das Wachstum. Der Herr Ministerpräsident hat es Ihnen vorgetragen: Irland hat 7,9 % Wachstum. Die anderen Länder liegen bei 3 %. Nur wir liegen als Schlusslicht bei 1,4 %. Ich kann mich gut daran erinnern, als der heutige Bundespräsident noch Chef des IWF in Washington war und sagte: Deutschland muss die Kraft für vernünftige Arbeitsmarkt- und Strukturreformen haben, um wieder zu Wachstum und damit zu mehr Arbeitsplätzen und damit letztlich auch wieder zu Einnahmen für die Haushalte zu kommen.

Sie gehen in Berlin den falschen Weg, wenn Sie, wie Helmut Schmidt sagt, nach dem ersten Schritt stehen bleiben und die weiteren notwendigen Schritte nicht vollziehen, um wieder Wachstum in Deutschland zu gerieren, unser Land wieder nach vorne zu bringen und in Zukunft Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt müsst ihr klatschen! – Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat den Tag der Deutschen Einheit gerettet?)

Meine Damen und Herren, Herr Kaufmann, Sie haben Deutschland durch Ihre Politik in die bisher tiefste Wirtschafts- und Finanzkrise geführt.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Wir haben die größte Vertrauenskrise. Damit haben wir auch die unmittelbar größten Einnahmeausfälle für diesen Landeshaushalt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat die größte Vertrauenskrise? Wer so viel Unsinn erzählt!)

Deswegen sage ich Ihnen: Rot-Grün löst kein Problem, Rot-Grün ist das Problem. Das muss beendet werden, auch und gerade in Deutschland im Interesse des Landes Hessen.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wen beschwört er jetzt? Jetzt freut er sich! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Selbstbefruchtung heißt es in der Tierwelt, was Sie da machen!)

Nächster Punkt. Meine Damen und Herren, Sie sind noch nicht einmal in der Lage, die Grundvoraussetzungen zu gewährleisten. Sie beklagen hier teilweise die Entwicklung von Schulden und Zinsen. Ich komme darauf im Einzelnen noch zurück. Sie sind aber noch nicht einmal in der Lage, das einzuhalten, wozu sich die Bundesrepublik Deutschland in Europa verpflichtet hat, als es damals darum ging, die sichere D-Mark in den sicheren Euro zu überführen, nämlich die Stabilitätskriterien in Europa.

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Euro ist doch sicher geworden! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Am Euro sind die GRÜNEN schuld!)

Ihr Finanzminister in Berlin hat mittlerweile mehr europäische Rechte gebrochen, als er eingehalten hat. Ich denke hierbei an die Stabilitätskriterien. Das ist unverantwortlich.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es hätte auch etwas gefehlt, wenn Sie den Herrn Eichel nicht noch eingeführt hätten!)

Unser Programm – auch das Programm „Operation sichere Zukunft“ –

(Günter Rudolph (SPD): Düstere Zukunft!)

ist deshalb von Erfolg gekennzeichnet. Ich glaube, wir stünden in einer viel schwierigeren Situation, auch hinsichtlich dieses Haushaltes, wenn wir nicht den Mut und die Kraft gehabt hätten, dieses Programm umzusetzen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben Sie?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Problem besteht doch darin, dass die Einnahmen weggebrochen sind. Ich füge hinzu, weil das hier verschiedentlich falsch vorgetragen worden ist: Selbstverständlich ist dieser Haushalt verfassungsgemäß.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist verboten, wie Sie, Herr Kollege Walter, gesagt haben, mehr Schulden aufzunehmen, als zu investieren. Dazu muss ich Ihnen sagen: Sie wissen auch, dass zu diesem Haushalt der Kommunale Finanzausgleich gehört. Sie wissen, dass er über 2 Milliarden € ausmacht. Sie wissen, dass dort ein Investitionsteil enthalten ist. Deshalb muss das Ganze gesehen werden.

(Jürgen Walter (SPD): Sie als Person haben das immer bestritten!)

Deshalb sage ich Ihnen: Die Schulden sind geringer als die Investitionen. Deshalb ist dieser Haushalt verfassungsgemäß.

(Beifall bei der CDU – Günter Rudolph (SPD): CDU-Logik!)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, wo die Probleme liegen. Herr Kollege Walter, wenn die öffentlichen Haushalte heute mit über 75 Milliarden € weniger Steuern auskommen müssen, als von Ihnen noch 2001 geschätzt,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von uns allen im Arbeitskreis!)

dann zeigt das, wo die Gründe für die falsche Entwicklung zu suchen sind. Trotzdem – ich glaube, auch das ist in dem Zusammenhang zu sagen –: Wenn wir die Leistung, die wir für den Länderfinanzausgleich erbringen, in Hessen behalten könnten, hätten wir überhaupt kein Problem. Dann würden wir auch nicht über Schulden reden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt kommt das Thema wieder!)

Im Gegensatz zu Ihrer Regierungszeit, als Sie sozusagen den Länderfinanzausgleich für Schulden aufgebraucht haben, sieht es bei uns so aus, dass wir seit 1999 11,7 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich gezahlt haben, aber 5,9 Milliarden € Schulden aufgebaut haben. Das heißt, die Zahlungen sind fast doppelt so hoch wie der Betrag, den wir an Schulden aufgenommen haben. Deshalb denke ich, dass das die Leistungsfähigkeit dieses Landes zeigt.

Viele wissen nicht: Wir zahlen pro Kopf in etwa 108 €. Bayern zahlt 48 €. Baden-Württemberg zahlt 24 €. Das zeigt also auch die Leistungskraft dieses Landes. Das Bedauerliche ist, dass wir nach den Ausgleichszahlungen nicht weiterhin an der Spitze sind, sondern dass wir dann zurückfallen, dass Leistung eben nicht so belohnt wird, wie wir es für richtig erachten. Deshalb sage ich Ihnen: Der Länderfinanzausgleich macht deutlich, dass wir auch finanziell weiterhin ein starkes Land sind. Wir unternehmen alle Anstrengungen, um dies auch in Zukunft positiv zu entwickeln.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, trotz dieser rot-grünen Rahmenbedingungen sind wir das Land mit der höchsten Wirtschaftskraft,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie bitte?)

mit den wenigsten Unternehmenskonkursen, mit den meisten Gewerbeanmeldungen, mit der stärksten Finanzkraft – das habe ich gerade dargelegt –, mit dem niedrigsten Anteil an Arbeitslosen und mit dem stärksten Wirtschaftswachstum.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit der dümmsten Regierungsfraktion! – Gegenruf des Abg. Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

Meine Damen und Herren, man kann in aller Ruhe und Gelassenheit feststellen: Hessen ist in der Spitzenposition. Das haben wir ebenfalls dem Einsatz unserer Regierung, an der Spitze unserem Ministerpräsidenten, zu verdan-

ken. Dafür möchte ich ihm namens der CDU-Fraktion herzlichen Dank aussprechen.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weihrauch!)

Herr Kaufmann, Ihre Alternative ist eindeutig.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die bessere, sehr richtig!)

Sie zeigt sich an Ihren Haushaltsanträgen. Ich habe das schon zum Thema Hansenberg gesagt: Die SPD hat nichts anderes vor, als die Steuern und Abgaben zu erhöhen, insbesondere die Steuern, für die wir noch nicht einmal die unmittelbare Zuständigkeit haben. Die GRÜNEN machen weiterhin in Arbeitsplatzvernichtung, denn sie streichen die Infrastrukturmaßnahmen, vom Straßenbau über den Flughafen.

(Frank Lortz (CDU): Richtig! – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich habe Ihnen gerade dargelegt, was das bedeutet und wie viele Arbeitsplätze damit auf dem Spiel stehen.

(Frank Gotthardt (CDU): So ist es!)

Damit ist die Alternative sehr eindeutig. Sie stehen für den Abwärtstrend in diesem Land, und wir führen dieses Land in den verschiedensten Bereichen der Politik nach vorne.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist die Alternative, die Sie auch in diesen Haushaltsberatungen deutlich machen.

(Beifall bei der CDU)

Lieber Herr Kollege Kaufmann, Hessen hat leider keine starke Opposition, aber dafür eine umso stärkere Regierung.

Deshalb werden wir unseren Weg zu einer wertorientierten Bildungspolitik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes fortsetzen. Wir haben entschieden, dass es nicht nur um die Inhalte von Bildung, sondern auch darum geht, welche Werte in der Schule unmittelbar vermittelt werden. Deshalb war unsere Entscheidung richtig, Lehrerinnen das Tragen des islamischen Kopftuches zu verbieten. Wer nämlich unsere Verfassung nicht bejaht, kann unsere Kinder nicht im Sinne unserer Verfassung erziehen.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das schafft Arbeitsplätze! – Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir setzen uns mit diesem Haushalt für mehr Sicherheit in unserem Land ein, für den Ausbau der Infrastrukturen, für den Flugverkehr und den Straßenbau, für die wissenschaftliche Fortentwicklung der Biotechnologie, der Nanotechnologie und der Weltraumtechnologie. Frankfurt ist mittlerweile die Internet-Hauptstadt Deutschlands. Wir setzen uns für ein familienfreundliches Land in Verantwortung für die Schöpfung ein, für eine sparsame, effektive und moderne Verwaltung, für eine soziale und gerechte Entwicklung in unserer Gesellschaft, für eine positive Entwicklung des Föderalismus in der Gesamtverantwortung für Deutschland und Europa. Dieser Haushalt ist die Grundlage für diesen positiven Weg.

Alle sind herzlich eingeladen, diesen Weg mit uns zu gehen – für die Entwicklung unseres schönen Hessenlandes. Ich denke, wir sind auf einem guten Weg, unser Land in den verschiedensten Bereichen der Politik weiter nach vorne zu bringen. Wir werden diesen Weg auch weiterhin gehen – im Interesse dieses Landes und im Interesse der Menschen, die unsere Unterstützung verdient haben.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Günter Rudolph (SPD): Das war eine Drohung!)

Präsident Norbert Kartmann:

Da mir keine weitere Wortmeldung vorliegt, ist der Einzelplan 02 behandelt worden.

Ich rufe vereinbarungsgemäß

Einzelplan 03 – Hessisches Ministerium des Innern und für Sport –

auf und erteile Herrn Abg. Rudolph für die SPD-Fraktion das Wort.

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! 2004 war ein schlechtes Jahr für die hessischen Bürgerinnen und Bürger. Es war aber insbesondere ein schlechtes Jahr für die hessische Polizei. Die Landesregierung hat nicht die verantwortungsvolle Politik betrieben, die sie nach der Verfassung hätte betreiben müssen. Sie hat genau das Gegenteil getan. Sie hat nämlich die innere Sicherheit in Hessen weiterhin massiv gefährdet. Darunter hat insbesondere die Bevölkerung zu leiden.

Herr Dr. Jung, Ihre Rede war ein beredtes Beispiel dafür, in welcher Welt Sie leben. Sie leben nicht in der Realität. Sie haben sich offensichtlich eine Traumwelt geschaffen, in der Sie leben. Wir können Ihnen nur zurufen: Gehen Sie einmal zu den Bürgerinnen und Bürgern Hessens. Stellen Sie sich der realen Welt. Gehen Sie nicht nur auf CDU-Kreisparteiage. In Hessen sieht die Welt leider sehr viel schlechter aus.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Herr Innenminister trägt für die Polizei die Verantwortung. Im Laufe dieses Frühjahrs verkündete er, dass 360 Stellen bei der Vollzugspolizei und 608 Stellen im Tarifbereich gestrichen werden. Die Polizeipräsenz im ländlichen Raum soll teilweise drastisch eingeschränkt werden. All das sind Maßnahmen, die zukünftig in Hessen zu weniger Polizeipräsenz führen. Im Ergebnis bedeutet das, es gibt künftig weniger Polizeibeamte vor Ort. Es gibt weniger Streifen und damit eine weniger effektive Kriminalitätsbekämpfung. Das ist in der inneren Sicherheit genau der falsche Weg. Angesichts der Tatsache, dass die Kriminalität in den letzten zwei Jahren um 11 % gestiegen ist, ist das die falsche Antwort zur Lösung dieses wichtigen Problems.

Wer zahlt die Zeche? Die Zeche zahlt zunächst einmal die hessische Polizei. Die Polizeibeamten müssen nämlich die Fehler in der Politik der Hessischen Landesregierung ausbaden. Sie werden im wahrsten Sinne des Wortes auf ihrem Rücken abgeladen: Mehrbelastungen, Kürzungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld, längere Wochenarbeitszeiten. Hessische Beamte „dürfen“ mehr arbeiten. Um es einmal sehr deutlich zu sagen, nicht in der lockeren Art und Weise, wie es der Ministerpräsident oder der In-

nenminister tun: Es geht nicht darum, eine halbe Stunde oder eine Stunde mehr zu arbeiten. Eine 42-Stunden-Woche bedeutet für einen Polizeibeamten im Schichtdienst eine Mehrbelastung von bis zu 15 Tagen im Jahr. Das ist ein unglaublicher Skandal. Diese Politik wird auf dem Rücken der Polizeibeamten ausgetragen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Herr Boddenberg, Sie gehen damit immer locker-flockig und arrogant um. Sie sollten einfach einmal mit normalen Polizeibeamten reden.

(Michael Boddenberg (CDU): Das tue ich!)

Sie sollten nicht immer nur das nachplappern, was Sie von anderen aufgeschrieben bekommen. Machen Sie sich sachkundig. Wenn Leute im Drei-Schicht-Dienst arbeiten müssen, dann bedeutet eine solche Arbeitszeiterhöhung eine enorme Mehrbelastung. Das ist der falsche Ansatz, das Problem zu lösen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Ihre Alternativen, die Bereitstellung von Wachpolizisten oder der freiwilliger Polizeidienst, sind nicht die richtige Antwort. Wir brauchen in Hessen auch weiterhin gut ausgebildete, gut qualifizierte Polizeibeamte. Wir brauchen Profis, keine Amateure. Wo „Polizei“ draufsteht, muss endlich wieder Polizei drin sein.

(Beifall bei der SPD)

Durch die Kürzungen im Rahmen der „Aktion düstere Zukunft“ kürzen Sie die Mittel für Präventionsmaßnahmen. Was wird das Ergebnis sein? Auf die Polizei kommt Mehrarbeit zu, wenn Beratungsprojekte nicht mehr bezuschusst werden. Wenn es weniger Präventionsmaßnahmen gibt, bedeutet das möglicherweise einen Anstieg der Kriminalität. Die gesellschaftlichen Folgekosten werden in den nächsten Jahren um ein Vielfaches höher sein, als die Streichungen, die Sie jetzt vornehmen, Einsparungen erbringen. Deshalb ist das der falsche Weg.

Im Übrigen gefährden Sie mit diesen Maßnahmen den sozialen Frieden in Hessen. Innere Sicherheit und sozialer Friede sind die zwei Seiten derselben Medaille. Sie gehören zueinander. Auch deshalb betreiben Sie an der Stelle eine falsche Politik.

(Beifall bei der SPD)

Wie wenig souverän der Innenminister im Bereich der Polizei agiert, sieht man an folgendem Vorgang. Da wurden Polizeibeamte befragt, was sie von der Idee halten, mehr Polizisten in die Fläche zu schicken, mehr Präsenz zu zeigen. Die Beamten haben gesagt, das sei zum Lachen. – Das ist wirklich kein schlimmer Vorgang. Was macht die Landesregierung in „souveräner“ Manier? Der Innenminister lässt Vorermittlungen gegen drei kritische Polizeibeamte einleiten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wo leben wir eigentlich? Wir brauchen keine Maulkörbe für Polizeibeamte, sondern wir brauchen eine kritische Auseinandersetzung. Machen Sie eine anständige Politik für die Polizei. Dann brauchen Sie auch keine Maulkörbe zu verhängen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

– Nein, ein souveräner und guter Innenminister geht mit diesen Dingen anders um und hat derartige Methoden nicht nötig.

Ihre angeblich neue Sicherheitsarchitektur entpuppt sich einmal mehr als eine Bauruine, die grandios einstürzt.

Auch die von Ihnen vorgesehenen Änderungen im HSOG – wir werden am Freitag die zweite Lesung des Gesetzentwurfs zur Änderung des HSOG durchführen – werden nicht zu einer wirklichen Verbesserung der inneren Sicherheit führen. Sie meinen, die Kriminalität allein mit mehr Technik bekämpfen zu können. Dabei stellt sich nicht nur die Frage der Zweckmäßigkeit, der Effektivität, der Verhältnismäßigkeit, sondern auch der Abwägung zwischen den Freiheitsrechten der Bürger auf der einen Seite und den Eingriffsmöglichkeiten des Staates auf der anderen Seite. Auch hier vermissen wir eine vernünftige und gute Güterabwägung. Deshalb werden die Änderungen im HSOG nicht zu einer wirklichen Verbesserung der inneren Sicherheit und der Qualität der Sicherheit in Hessen führen. Wir werden das am Freitag noch einmal sehr deutlich machen.

Auch in einem weiteren Bereich, den Sie, Herr Innenminister, zu verantworten haben, sind Sie grandios gescheitert. Das von Ihnen eingebrachte und mittlerweile verabschiedete Gesetz zur – angeblichen – Sicherung der staatlichen Neutralität ist eindeutig verfassungswidrig. Dies haben nahezu alle namhaften Verfassungsrechtler in der Anhörung eindrucksvoll bestätigt. Sie haben gerade einmal einen Sachverständigen gefunden, der Ihre absurde Rechtsauffassung bestätigt hat.

Meine Damen und Herren, das von Ihnen verabschiedete Gesetz sieht ein generelles Kopftuchverbot für den öffentlichen Dienst ohne Einzelfallprüfung vor. Dieser Gesetzentwurf – das ist das Ergebnis, zu dem fast alle Sachverständigen kommen – ist eindeutig verfassungswidrig und steht nicht im Einklang mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. September 2003.

Dabei hat die CDU-Landesregierung mit ihrer absoluten Mehrheit und der Arroganz der Macht dem ursprünglichen Ziel – nämlich einem durchaus berechtigten Anliegen, das Kopftuch als Symbol politischer und religiöser Einflussnahme aus den Schulen zu verbannen – einen Bärendienst erwiesen. Die Absicht des Gesetzes ist es nicht, ein Problem zu lösen, sondern gesellschaftliche Spaltung zu betreiben. Meine Damen und Herren, es gibt bis heute in Hessen keinen einzigen Fall, der dieses Gesetz notwendig macht. Es auf den gesamten öffentlichen Dienst auszuweiten ist falsch. Hier hätte man eine Lösung finden können, wenn man es gewollt hätte. Aber Ihre Masche an dieser Stelle ist: Augen zu und durch – absolute Mehrheit ist Wahrheit. Das ist die Diktion Ihrer Politik, und deswegen ist sie auch nachhaltig falsch.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, aus rein ideologischen Gründen versuchen Sie mit Ihrer absoluten Mehrheit, auch in anderen Feldern etwas angeblich zum Besseren zu verändern. Mit dem Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung wollen Sie insbesondere die wirtschaftliche Tätigkeit der kommunalen Ebene einschränken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Gesetzentwurf, den wir in den nächsten Wochen abschließend beraten werden, mit seiner Verschärfung des Gemeindefinanzrechts geht eindeutig zulasten der hessischen Städte, Gemeinden und Landkreise und wird zu einer weiteren Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung führen.

Die Einführung einer Subsidiaritätsklausel in das Gemeindewirtschaftsrecht, die sich vorrangig an den wirtschaftlichen Interessen privater Dritter ausrichtet, beeinträchtigt die Absicherung der Daseinsvorsorge und damit die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen. Meine Damen und Herren, bis heute gibt es noch keine Belege dafür, dass etwa Städte und Gemeinden mittelständischen Unternehmen Aufträge wegnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Fälle, die etwa der Bund der Steuerzahler genannt hat, beziehen sich überhaupt nicht auf Hessen. Im Rahmen der Anhörung haben wir vom Kollegen Möller aus Gießen gehört, dass das in Gießen ganz schlimm sei;

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schon zum zweiten Mal!)

die Wohnbau-Tochter Mietservice GmbH mit fast 100 Mitarbeitern sei ein Skandal und ein Beispiel für überbordende wirtschaftliche Betätigung. Der Innenminister greift das auf, und dann sagt der Aufsichtsratsvorsitzende in Gießen – das ist Oberbürgermeister Heinz-Peter Haumann, CDU –, das sei überhaupt nicht richtig. Er weist die Kritik zurück, sie sei nur für die Bestandserhaltung notwendig, und sagt, sie sei ein Kernbereich des Wohnungsbaus. Meine Damen und Herren, wenn Sie schon unsere Kritik nicht akzeptieren, dann nehmen Sie doch wenigstens die Kritik Ihrer Parteifreunde ernst.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist dieser Gesetzentwurf völlig falsch. Er geht an der Sache vorbei. Das hat der jetzt ausscheidende, letzte Oberbürgermeister von Marburg, Möller – ja, Herr Gotthardt, so ist das Leben –, ganz klar gesagt: Dieses Gesetz geht völlig an den Interessen der Kommunen vorbei.

Nehmen Sie deswegen einfach einmal den Sachverstand auch Ihrer Kommunalpolitiker ernst: Hände weg vom Gemeindewirtschaftsrecht.

(Frank Gotthardt (CDU): Ich glaube, da hätte Herr Möller etwas dagegen!)

Lassen Sie den Kommunen den Spielraum, damit sie ihre Aufgaben im Rahmen der Daseinsvorsorge wahrnehmen können. Das nämlich ist eine Aufgabe der Kommunen und gehört zum Bestandteil der Hessischen Verfassung.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle versuchen Sie immer wieder, zu sagen, Sie wollten den Kommunen helfen. Herr Innenminister, auch Sie sind dafür verantwortlich, dass die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen immer geringer werden. Es werden Zuschüsse zu den Betriebskosten gekürzt, die Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich gehen zurück. All das sind Belege für kommunalfeindliches Verhalten. Hier ist Änderungsbedarf angesagt, weil Ihre Politik falsch ist und nachhaltig die Interessen der Kommunen beeinträchtigt.

Ein letztes Beispiel. Herr Innenminister, auch das haben Sie zu vertreten: Änderungen des Personalvertretungsgesetzes in Hessen.

Sie machen genau das Falsche. Sie machen eine Verwaltungsreform gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dazu missbrauchen Sie das Personalvertretungsrecht und engen es ein. Sie wollen die Mitarbeiter nicht auf die Reise mitnehmen – die bereit sind, in schwierigen Zeiten Opfer zu bringen. Sie ändern das Personalvertretungs-

recht so, dass Sie erst alle Rechte abschaffen. Es fehlt nur noch die letzte Konsequenz: Sie schaffen Personalräte ab. Sie sind kurz davor. Auch das ist ein Beleg dafür, dass Sie die Interessen der Beschäftigten in der hessischen Verwaltung nicht wirklich vertreten wollen.

Meine Damen und Herren, daher ist die Bilanz dieses Innenministers wie bei dieser Landesregierung konsequent. Sie schaden den Interessen des Landes Hessen, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der hessischen Bevölkerung. Daher lehnen wir konsequenterweise diesen Einzelplan ab. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Abg. Zeimetz-Lorz für die Fraktion der CDU. Auch Ihnen wurden von Ihrer Fraktion zehn Minuten Redezeit zugestanden.

Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):

Das ist sehr freundlich von meiner Fraktion.

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Rudolph, Sie schaffen es jedes Mal, mich in Erstaunen zu versetzen. Heute haben Sie es geschafft, zehn Minuten zu reden, aber nichts zum Einzelplan 03 zu sagen. Denn es stellt sich schon die Frage, was das Kopftuchgesetz mit dem Einzelplan 03 zu tun hat.

Lieber Herr Rudolph, wir werden sicherlich noch hinreichend Gelegenheit haben, die Änderung der Hessischen Gemeindeordnung zu diskutieren. Das hat nicht wirklich etwas mit dem Haushalt zu tun.

(Günter Rudolph (SPD): Nein?)

Über das Thema hessische Sicherheit und Ordnung können wir in aller Seelenruhe am Freitag reden. Und das Hessische Personalvertretungsgesetz haben Sie offensichtlich bis heute nicht verkräftet.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben zum Haushalt keine einzige Zahl genannt – dann können wir das auch machen!)

Woran mag das liegen? Ich schätze einmal – auch wenn Sie die Zustimmung dazu verweigern –, dass der Einzelplan 03 hervorragend gelungen ist, angesichts der schwierigen und katastrophalen finanziellen Verhältnisse der öffentlichen Haushalte. Ich denke, das ist in den letzten Tagen und Wochen hinreichend dargestellt worden. Deshalb will ich das an dieser Stelle nicht wiederholen. Das ist so gut, dass Sie bei Ihrer Rede auf Gesetzentwürfe und auf bereits verabschiedete Gesetze zurückgreifen mussten.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gehört doch alles zum Bereich der inneren Sicherheit!)

Zu einem modernen, weltoffenen und sozial starken Bundesland gehört eine innovative, gut ausgebaute Sicherheitsarchitektur, die schnell, unkompliziert und effizient auf ganz unterschiedliche Szenarien reagieren kann.

Auch im Innenbereich werden wir Einsparungen vornehmen müssen, aber nicht um jeden Preis. Die Innenpolitik ist vielschichtig. Sie fordert differenzierte Entscheidungen in ganz unterschiedlichen Bereichen. Das meiste haben wir gegenüber dem Haushalt 2004 unverändert belassen.

Deshalb möchte ich aus der Vielzahl der Haushaltsansätze nur einige wenige, ganz wichtige Veränderungen kurz ansprechen.

Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Schutz der Bürger. Deshalb legen wir einen besonderen Schwerpunkt auf die Verhinderung von Straftaten. – Liebe Frau Kollegin Fuhrmann, ich freue mich, dass Sie da sind und aufmerksam lauschen. Wir legen hier ein geplantes Gesamtvolumen von etwa 850 Millionen € vor.

Lieber Herr Kollege Rudolph, der Polizeietat erhöht sich um etwa 1,3 % gegenüber dem Haushaltsansatz 2004. Den größten Teil davon – etwa 666 Millionen € – bilden dabei die Personalkosten.

Jedoch sind für das Haushaltsjahr 2005 Einsparungen in Höhe von etwa 1,7 Millionen € veranschlagt. Dabei sind wir schon ein Stück weit stolz und dankbar. Rund 31,6 Millionen € sind für Investitionen geplant. Einige der wichtigsten Maßnahmen möchte ich herausstellen.

Beispielsweise sollen zwei neue moderne Polizeihubschrauber des Typs EC 145 angeschafft werden, welche die älteren Modelle des Typs BO 105 ablösen sollen. Mit dem bereits vorhandenen modernen nachflugtauglichen Hubschrauber wird die hessische Polizei dann über drei leistungsfähige und nachflugtaugliche Hubschrauber verfügen. Die Überwachung aus der Luft wird dann rund um die Uhr gewährleistet sein.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die werden dann 20-mal überreicht!)

Dafür sind im Jahr 2005 3,5 Millionen € vorgesehen.

Mit der Bereitstellung der zweiten Rate für die Beschaffung eines Streifenbootes in Höhe von 0,5 Millionen € stärken wir auch die Wasserschutzpolizei und damit die Sicherheit auf den hessischen Wasserstraßen. Die Kapazitäten für die Bereitschaftspolizei werden erhöht und verbessert. Bereits angelaufene Maßnahmen – unter anderem zum besseren Eigenschutz unserer Polizeikräfte – werden fortgesetzt. Ich erinnere an die Beschaffung weiterer 2.000 schwer entflammbarer Einsatzanzüge mit neuem Pistolengolster; die sind heute bereits erwähnt worden. Hierfür sollen 1 Million € bereitgestellt werden. Wenn das Programm beendet ist, werden insgesamt 10.000 solcher Einsatzanzüge zur Verfügung stehen.

Auch das Sonderprogramm zur Verbesserung der Arbeitsplatz- und Büroausstattung in den Polizeidienststellen wird mit 0,7 Millionen € fortgesetzt, ebenso die technische Anpassung der Ausstattung von Sondereinheiten.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Für geplante Baumaßnahmen werden im Jahr 2005 Mittel von insgesamt 22,35 Millionen € bereitstehen. Davon fließen voraussichtlich rund 19,73 Millionen € in den Um- und Ausbau des Polizeipräsidiums Mittelhessen, Sanierungs- und Umbaumaßnahmen der Bereitschaftspolizei in Mühlheim und Lich sowie Neu- und Umbaumaßnahmen der Polizeistationen in Büdingen, Seligenstadt und Dieburg. Weitere Baumaßnahmen in anderen Bereichen sind vorgemerkt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ausrufezeichen!)

Für die Fortsetzung des bereits im Jahr 2001 begonnenen Sonderprogramms zur Modernisierung und Ergänzung

der Ausstattung mit technischen Geräten im hessischen LKA sind ebenfalls 0,97 Millionen € vorgesehen.

Ich komme zum Brand- und Katastrophenschutz. Unsere Feuerwehren garantieren einen hervorragenden Brandschutz. Diesen hohen Qualitätsstandard wollen und müssen wir halten. Wir rechnen mit etwa 27 Millionen € Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer. Dieser Betrag soll nahezu vollständig in den Brandschutz fließen. Daher sind beim Brand- und Katastrophenschutz auch nur sehr geringe Änderungen vorgesehen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir machen ein gemeinsames Brandmelder-gesetz!)

– Herr Frömmrich, das machen wir, aber erst nach der Haushaltsberatung. – Das Innenministerium muss die Entscheidungen im Notfall schnell und sicher treffen. Für die technische Ausstattung des Krisenzentrums sind im Haushalt daher 0,5 Millionen € vorgesehen.

Das hohe Engagement der freiwilligen Feuerwehren und auch der Berufsfeuerwehren ist uns Auftrag und Ansporn zugleich. Nicht nur die Polizei soll mit neuen Fahrzeugen ausgestattet werden. Auch für die hessischen Feuerwehren sollen neue Fahrzeuge angeschafft werden. Deshalb sind für die Fahrzeugbeschaffung zusätzliche Mittel in Höhe von etwa 2 Millionen € vorgesehen. Damit stehen für die Fahrzeugbeschaffung bei der Polizei etwa 3 Millionen € zur Verfügung.

Ein wichtiger Hinweis darauf, wie mit der Brandsicherheit und mit einer besseren Fortbildung der Mitglieder der Feuerwehren umgegangen wird, ist die Anmietung der Brandsimulationsanlage, die jetzt ihren Betrieb aufgenommen hat. Hierfür stehen 350.000 € bereit.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hoffentlich verbrennen Sie die nicht!)

Zum Schluss möchte ich auf die Sportförderung eingehen. Hierzu haben die GRÜNEN einige Änderungsanträge gestellt. Aber ich glaube, mit den Mitteln, die im Jahr 2005 für die Sportförderung bereitstehen, können wir uns trotz der angespannten Haushaltslage absolut sehen lassen. Sport ist und bleibt ein wichtiger Faktor für unser Land. Wenn Deutschland im Jahr 2006 die Fußballweltmeisterschaft ausrichtet, sind wir Hessen mit dabei.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann gewinnt Rot-Grün die Bundestagswahl!)

Dieses sportliche und gesellschaftliche Spitzenereignis, bei dem wir hoffentlich hervorragend abschneiden werden, werden wir im Haushaltsjahr 2005 mit einem einmaligen Betrag von 5,1 Millionen € für den Bau des neuen Frankfurter Waldstadions unterstützen. Parallel dazu wollen wir das Netzwerk gegen Gewalt ausbauen. Hierfür stehen zusätzliche Mittel in der Größenordnung von 50.000 € bereit. Wir konzentrieren uns aber nicht nur auf dieses Highlight, sondern wir werden die hessischen Sportstätten in den kommenden Jahren durch Verpflichtungsermächtigungen mit einem Gesamtvolumen von 15 Millionen € unterstützen.

Ich möchte auf den einen oder anderen Änderungsantrag der Oppositionsfaktionen eingehen, da uns immer vorgeworfen wird, wir würden die Anträge der Opposition sozusagen ungelesen ablehnen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie sie gelesen hätten, würden Sie sie nicht ablehnen!)

Dabei ist mir ein besonders schöner Antrag aufgefallen. Herr Rudolph, selbstverständlich brauchen Polizeibeamte eine gute Ausstattung. In der CDU jedenfalls sind wir uns darüber einig. Die GRÜNEN wollen aber den Geschäftsbedarf für die IT-Projekte massiv herunterfahren. Dabei haben sie gestern noch den Gesetzentwurf – den Eindruck hatte ich jedenfalls –, in dem das E-Government gesetzlich geregelt werden sollte, bejubelt. Heute hören wir, wir sollten die dafür vorgesehenen Mittel strecken.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wissen doch, wie viel Geld drinsteckt! Das können wir strecken! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehen Sie einmal beim Rechnungshof nach!)

– Herr Kollege Frömmrich, ich weise Sie gerne auf das hin, was passieren würde, wenn wir Ihrem Antrag Folge leisteten. Es geht nicht nur um die Streckung der Mittel für die IT-Projekte. Vielmehr haben wir dann auch ein ganz konkretes Problem bei der hessischen Polizei. Die hervorragenden, viel gelobten Systeme POLAS und COMVOR, mit denen wir die hessische Polizei weitgehend ausgestattet haben, könnten wir beenden. Ich hatte vor wenigen Tagen die Gelegenheit, den Keller eines Polizeireviere zu besichtigen. Dort standen noch ein paar schicke – immerhin elektrische – Schreibmaschinen herum.

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kollegin, die Redezeit der Fraktionen ist vorbei. Das belastet jetzt den nächsten Redner.

Birgit Zeimet-Lorz (CDU):

Ich bemühe mich, zum Schluss zu kommen, Herr Präsident. Diesen Gedanken möchte ich aber noch zu Ende führen.

Wir wollen nicht, dass die hessische Polizei wieder auf elektrische Schreibmaschinen zurückgreifen muss. Wir wollen, dass sie weiterhin, auch in informationstechnischer Sicht, gut ausgestattet bleibt, und wir wollen diese Projekte – POLAS und COMVOR – zu Ende bringen. Wir legen gerade ein Programm auf, in dem es um die digitale erkennungsdienstliche Behandlung geht. Das kostet sehr viel Geld. Aber es bringt auch etwas mehr innere Sicherheit.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist im wahrsten Sinne des Wortes Schwarzmalerei, wenn Sie das machen!)

Dafür stehen wir von der CDU. Haben Sie deshalb Verständnis dafür, dass wir Ihren Änderungsanträgen bedauerlicherweise nicht folgen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Ich erteile Herrn Abg. Frömmrich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Auch Sie haben zehn Minuten Redezeit. Ich habe noch eine Kulanzzeit im Kopf. Die sage ich Ihnen aber nicht.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Zeimet-Lorz, Sie tragen das alles immer sehr charmant vor; aber deswegen haben Sie mit Ihrer Schwarzmalerei nicht recht. Die negativen Folgen für die innere Sicherheit, die Sie von einer rot-grünen Regierung in Hessen befürchten, müssen deshalb noch lange nicht eintreten. Von daher hoffe ich, dass Sie wieder auf den Boden der Realität zurückkommen. In den Ausschussberatungen kann man sich in der Sache des Öfteren mit Ihnen streiten. Aber diese Art von Polemik ist nicht angebracht, sehr geehrte Frau Kollegin.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Haushaltsdebatte zu dem Einzelplan 03 – auch das habe ich heute bei Ihnen vermisst – gibt uns allen die Gelegenheit, uns bei den Polizeibeamtinnen und -beamten für den schwierigen Dienst, den sie leisten, zu bedanken und darauf hinzuweisen, welchen Gefahren sie sich immer aussetzen müssen. Man muss den hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten auch deswegen danken, weil sie immer noch motiviert sind, obwohl sie in den letzten Wochen und Monaten von Ihnen dermaßen rasiert worden sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was Sie gemacht haben, stellt nicht gerade ein Programm zur Steigerung der Motivation der hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten dar. Das Thema innere Sicherheit sollte eigentlich – um bei der Galoppbahn zu bleiben – eines Ihrer Paradeponys sein. Wenn man sich an Ihren Jargon hält, müsste es vielleicht „Leuchtturm der Landesregierung“ heißen.

Ich bitte darum, dass wir uns diesen Leuchtturm etwas näher angucken. Frau Kollegin Zeimet-Lorz, darauf hätten Sie eingehen sollen. Wenn wir die innere Sicherheit in Hessen betrachten, ist ein Blick in die Kriminalstatistik angebracht. In den letzten beiden Jahren ist die Zahl der Delikte um 11 % gestiegen. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Birgit Zeimet-Lorz (CDU): Das haben wir so oft diskutiert, Herr Kollege!)

Die Motivation der hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten ist auf dem Nullpunkt angelangt. Sie weichen die zweigeteilte Laufbahn durch die Hintertür auf, indem Sie in Hessen Wachpolizisten und einen freiwilligen Polizeidienst – also eine „Polizei light“ – einführen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank Gotthardt (CDU): Ihre Fraktion in Marburg hat zugestimmt!)

Der Innenminister hat einmal gesagt, das Ziel der Landesregierung bei der inneren Sicherheit sei, dass die Bürgerinnen und Bürger in Hessen sagen können, das Leben sei sicherer geworden. Herr Innenminister, wenn wir uns die polizeiliche Kriminalstatistik ansehen, müssen wir feststellen, dass Sie von diesem Ziel weit entfernt sind. Sie müssten eigentlich Ihr Scheitern eingestehen. Hessen ist unter Ihnen in der Tat nicht sicherer geworden. Das Motto „Raus aus der Wache, ran an den Täter“, das uns in den Ausschusssitzungen immer vorgebetet wird, bekommt unter Ihrer Verantwortung einen ganz anderen Klang.

Wie, bitte, soll denn die Polizei auf den Straßen präsent sein, wenn Sie die Zahl der Polizeibeamtinnen und -beamten immer mehr verringern? Wie, bitte, sollen die Polizisten auf die Straße kommen, wenn Sie die Angestellten-

stellen an die PVS melden und die Polizeibeamtinnen und -beamten wieder die Dienstpost ausfahren müssen?

Schon in der letzten Legislaturperiode waren Hunderte von Stellen nicht besetzt. Die „Operation düstere Zukunft“ war kein Beitrag zu mehr Sicherheit in Hessen. 608 Stellen in der Verwaltung wurden gestrichen und an die PVS gemeldet.

Dies, obwohl die Präsenz der Polizei auf der Straße doch erhöht werden sollte. Im Zweifel, wenn sich Kolleginnen und Kollegen dazu äußern, wie das mit der Präsenz auf der Straße aussieht, bekommen sie vom Innenminister und seinen nachgeordneten Behörden einen Maulkorb verpasst. So sehen die innere Sicherheit und die Sicherheitspolitik in Hessen aus.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen Sie sich doch einmal die Motivation der Beamtinnen und Beamten in Hessen an. Sie haben ihnen das Urlaubsgeld gestrichen. Sie haben das Weihnachtsgeld gekürzt. Sie haben die Arbeitszeit auf 42 Stunden in der Woche erhöht. Das entspricht im Übrigen einem Einkommensverlust für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in der Größenordnung von 12 %. Das ist natürlich kein Beitrag, der die Leistungsbereitschaft der hessischen Polizistinnen und Polizisten erhöht. Genau das Gegenteil ist der Fall.

Meine Damen und Herren, da helfen auch nicht die Projekte wie Wachpolizei oder freiwilliger Polizeidienst. Es ist schon bezeichnend, das ist sozusagen der PR-Trick dieser Landesregierung, dass verschiedenste Sachen immer mehrfach verkauft werden. Sie haben nichts anderes zu tun, als über die Lande zu ziehen und Pressekonferenzen mit Bürgermeistern zu veranstalten, wo Sie die freiwillige Polizei einführen.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Das spricht aber dafür, dass das Projekt ankommt!)

Vielleicht sollten Sie einmal eher Zeit darauf verwenden, in Wiesbaden am Schreibtisch zu sitzen. Dann könnten Sie vielleicht dem Innenausschuss des Hessischen Landtags darüber Auskunft geben, wie z. B. der Beschluss des Landtags in Bezug auf die Härtefallkommission umgesetzt wird. Ich würde vielleicht eher die Zeit für so etwas verwenden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Wachpolizei blockiert Polizeivollzugsstellen. Der freiwillige Polizeidienst nutzt das ehrenamtliche Engagement hessischer Bürgerinnen und Bürger und spiegelt eine Sicherheit vor, die letztlich nur von professionellen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sichergestellt werden kann.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Im Übrigen weichen Sie die zweigeteilte Laufbahn auf. Wir wissen, dass Sie dem ganzen Projekt der Einführung der zweigeteilten Laufbahn – Manfred Kanther vorweg – sehr skeptisch gegenüberstanden. Mittlerweile loben Sie das Projekt und tun so, als hätten Sie das selber erfunden. Aber mit dem, was Sie im Bereich Wachpolizei und freiwilliger Polizeidienst machen, weichen Sie genau die Intention dessen auf, was wir gemacht haben, nämlich die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gut auszubilden und gut zu bezahlen. Sie tun genau das Gegenteil.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch auf zwei Punkte eingehen, die auch den Bereich des Innern betreffen – der Kollege Rudolph hat das schon getan –, z. B. die Hessische Gemeindeordnung, die Sie ändern wollen. Ich finde es einen unmöglichen Umgang, den diese Landesregierung mit den hessischen Kommunen pflegt. Sie wollen den Kommunen die wirtschaftliche Betätigung in Zukunft untersagen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was wollen die, Herr Frömmrich?)

Ich frage mich schon – das ist das Argument derer, die in der Anhörung gewesen sind –, warum den Kommunen etwas untersagt werden soll, was Sie selber permanent praktizieren.

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Das haben Ihnen die Bürgermeister in der Anhörung gesagt: Warum wollen Sie in § 121 HGO die wirtschaftliche Betätigung für die Kommunen untersagen, wenn Sie selber aber z. B. ein Staatsweingut betreiben? Wenn Sie die gleichen Kriterien für die Kommunen bei sich selber anlegen würden, dann müssten Sie sich die Frage stellen, warum Sie in Hessen ein Staatsweingut betreiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Auch zum Umgang mit den hessischen Kommunen: Sie schließen über das Land 130 Behörden. Da haben Sie vorher nicht einmal durchtelefoniert und sich mit den Menschen, die davon betroffen sind, auseinander gesetzt. Ich will nur aus der Stellungnahme des Richterbundes zitieren. Da wird gesagt:

Betroffene haben zum Teil aus der Presse erfahren, dass ihr Gericht aufgelöst wird. Das gilt selbst für Behördenleiter. Struktur: Befehl und Gehorsam.

So ist der Umgang Ihrer Landesregierung mit den hessischen Kommunen und mit denen, die betroffen sind. Hier waren es die Gerichte.

Ein weiterer Punkt, der mich sehr interessieren würde. Die Landesregierung, in diesem Fall die Staatssekretärin, war nicht in der Lage, im Innenausschuss Auskunft zu geben. Mich würde interessieren, wie Sie den Beschluss des Hessischen Landtags bezüglich der Härtefallkommission umsetzen wollen. Die Staatssekretärin war im Ausschuss nicht in der Lage, dazu etwas zu erklären.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Was hat das mit dem Thema zu tun?)

– Frau Kollegin Zeimetz-Lorz, ich kann Ihnen genau sagen, was das heißt. Am 01.01.2005 haben wir eine neue gesetzliche Grundlage in der Bundesrepublik, das Zuwanderungsgesetz, und Sie sind nicht in der Lage, zu sagen, wie Sie das in Hessen organisieren wollen. Deswegen sprechen wir das im Rahmen der inneren Sicherheit an.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Zunahme der Kriminalität in Hessen, die Motivation der Polizei ist auf dem Nullpunkt, Einführung der Polizei light durch die Wachpolizei und durch den freiwilligen Polizeidienst, von mehr Sicherheit kann nicht die Rede sein –

Herr Innenminister, Sie sind in Ihrem Bereich des Inneren gescheitert. Meine Damen und Herren, Hessen hat eine bessere Regierung verdient.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege Hahn, Sie haben sich auch zehn Minuten genehmigt.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Da ich heute Morgen schon die Ehre hatte, im Rahmen der Generaldebatte zu sprechen, möchte ich die zehn Minuten nicht ausnutzen. Ich hatte für die FDP-Fraktion schon einiges zum Thema der Innenpolitik gesagt. Lassen Sie mich in vier Strichen zusammenfassen, was Auffassung der Liberalen zum Haushalt und damit auch zur Person des Innenministers ist. Herr Frömmrich, man soll rhetorisch immer bei dem anfangen, der geendet hat. Sie haben Recht, das Land Hessen hat eine bessere Regierung verdient.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Hoffnung, dass das Rot-Grün wird, ist sehr überschaubar.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir machen es notfalls auch allein!)

Dass Hessen eine neue Regierung verdient hat, liegt aber nach unserer Auffassung nicht an Volker Bouffier. Die FDP-Fraktion in diesem Hause wird dem Einzelplan 03 zustimmen.

(Beifall des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Die FDP-Fraktion begründet ihre Entscheidung damit, dass eine Vielzahl von dem –

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Brutalmögliche Kuschelopposition!)

– Baldrian gibt es vorne um die Ecke rechts, Herr Kollege Frömmrich. – Wir begründen diese Auffassung damit, damit komme ich zum ernsthaften Teil, dass Volker Bouffier und Innenpolitiker in der CDU das fortgesetzt haben, was wir im Jahre 1999 gemeinsam begonnen haben. Ich will nicht anfangen, darüber zu räsonieren, dass es eine Vielzahl von Defekten bei Rot-Grün gegeben hat – von der Polizeiausstattung über die technische Ausstattung bis zur Ausgestaltung der gesetzlichen Normen. Das haben wir in den Jahren der gemeinsamen Verantwortung begonnen aufzuarbeiten. Das wird nunmehr zu einem Großteil von der jetzigen absoluten Mehrheit weitergeführt.

Deswegen glauben wir, mit gutem Gewissen sagen zu können, dass die Innenpolitik weiterhin bei Volker Bouffier in guten Händen ist, obwohl man bemerken muss – das zeigt z. B. die Debatte um das Polizeigesetz, das wir morgen behandeln –, dass der liberale Teil in der Regierungsverantwortung fehlt. Immer mehr wird, wenn es um Gesetzgebungsverfahren geht, ausschließlich den Interessen der Polizei Gehör geschenkt und nicht mehr gleichgewichtig den Interessen der Bürgerinnen und Bürger, die vom Datenschutzbeauftragten und anderen vertreten sind. In vielen Punkten wird vom Personal bis zur Aus-

stattung eine weiterhin vernünftige und die innere Sicherheit in unserem Lande steigende Arbeit geleistet.

Wir haben Bedenken – das sage ich ganz deutlich – gegen die Einschränkung, die Sie sich selbst im Bereich der Polizeistruktur gegeben haben. Warum eigentlich diskutieren wir im Innenausschuss sowie im Plenum Anträge, dass Polizeireviere und Polizeistationen heilig gesprochen werden? Wir Liberale sind der festen Überzeugung, dass man ohne jegliche Emotion hingehen und schauen muss, ob die örtliche Lage der Polizei in Hessen noch effektiv und effizient ist,

(Beifall bei der FDP)

ob es nicht Orte und Landkreise gibt, wo man z. B. aus drei Polizeistationen zwei machen könnte. Ich sage immer wieder, weil ein Blick auf die Karte das Wissen sehr verschärft: Schauen wir uns gemeinsam den Landkreis Offenbach einerseits und den Lahn-Dill-Kreis andererseits an. Da wird man sehen, ohne dass man hundertprozentig Fachmann für Polizeiorganisation sein muss, dass da irgendetwas überflüssig ist.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was? Im Kreis Offenbach ist überhaupt nichts überflüssig, außer der FDP! – Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Herr Kollege Kaufmann, Sie haben mich fast kalt erwischt. Ich will schon einiges sagen. Das, was ich vorhin zum Thema mangelnder Stil der Politik der CDU in Hessen beschrieben habe, gilt auf alle Fälle für die CDU in Offenbach.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die CDU ist der gleichen Meinung!)

Wenn man eine Koalition hat und die beenden will, dann macht man das nicht per SMS, wie das die CDU in Offenbach gemacht hat. Da haben Sie Recht. Das ist noch ein bisschen nachzuüben. Ansonsten ist das heute nicht unser Thema.

Wir meinen, dass erkennbar ist, dass Einrichtungen der Polizei z. B. im Landkreis Offenbach, aber auch im Lahn-Dill-Kreis ganz entspannt überprüft werden müssen. Möglicherweise sollte man aus drei Polizeieinrichtungen zwei machen oder aus vier Einrichtungen drei.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hände weg vom Kreis Offenbach!)

Wir verstehen nicht, warum Sie sich da selbst binden, nachdem Sie einen derartigen Beschluss jetzt auch durch den Innenausschuss gepeitscht haben.

Wir halten es weiterhin für halbherzig, wie Sie mit dem Polizeiorchester umgehen. Aber das steht in der Kontinuität der Entscheidungen des vergangenen Jahres, die zeigten, wie Sie mit den Polizeipferden umgegangen sind.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wollten doch die Polizeipferde zum Metzger schicken!)

Eigentlich sagen alle: Es ist vernünftig, das alles aufzugeben. – Aber dann gibt es doch bestimmte Interessenlagen, wie etwa die vermeintliche Staatsräson, die besagt, es sei doch schöner, einen Ehrengast in der Art und Weise begrüßen zu können, dass Pferde vorneweg dackeln.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist mit den Polizeipferden?)

Jetzt verhält sich das beim Polizeiorchester genauso. Wir meinen zu beidem, dass es eigentlich wenig Sinn macht, das zu erhalten.

Lassen Sie mich zu den Punkten drei und vier kommen. Der dritte Punkt betrifft die Ausstattung der Polizei. Wir sind während der Zeit unserer gemeinsamen Regierungsverantwortung vollkommen zu Recht das Thema Kraftfahrzeuge und das Thema Hubschrauber bei der Polizei angegangen. Wir haben da sehr hoch qualifizierte Angebote gemacht und der Polizei die notwendige Unterstützung gegeben.

Herr Innenminister, in einer Zeit, in der gespart werden muss, kann es sich aber lohnen, einmal zu schauen, wie es in anderen Großstädten gemacht wird. Ich habe jetzt bewusst „Großstädte“ gesagt. Da Sie genauso wie ich die Ehre haben, häufig in Berlin sein zu müssen, können Sie sehen, dass die dortige Polizei zum Großteil mit Corsas ausgestattet ist. Es müssen nicht mehr die großen Wagen sein, wie wir sie hier in Hessen haben und wie sie sicherlich für den ländlichen Raum sinnvoll sind. Aber ich glaube, auch hier müssen wir ein Umdenken vornehmen. Es ist richtig, dass das Auto zu einem großen Teil der Arbeitsplatz eines Vollzugsbeamten ist. Aber es muss nicht immer ein BMW der 5er-Reihe sein, oder was für Autos wir auch immer haben.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht sollte man hessische Firmen unterstützen! Vielleicht sollte man einen Opel fahren!)

– Hören Sie doch damit auf. Herr Frömmrich, ich habe das Gefühl, Sie meinen, wir wären in einer Karnevalsveranstaltung. Ich glaube nicht, dass das der Fall ist.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das liegt am Redner!)

– Das meinen Sie so. Ich glaube, das liegt an der Interessenlage, die gerade bei Ihnen besteht und die Sie meinen, jetzt herüberbringen zu müssen.

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (FDP) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist überhaupt nicht der Fall!)

Ich meine das relativ ernst. Ich glaube schon, dass wir auch in diesem Bereich Einsparungen vornehmen könnten. Herr Frömmrich, ich mache das anders als Sie. Ich habe das letzte Woche in Groß-Gerau erlebt. Er hat den Vertretern des Beamtenbundes erzählt, was er alles Gutes unternehmen würde. Gleichzeitig steht seine Partei aber in der Regierungsverantwortung in Berlin, wo genau das andere gemacht wird, nämlich die Arbeitszeit auf mehr als 38,5 Stunden heraufgesetzt und das Weihnachtsgeld gestrichen wird.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist ein Unterschied, ob man die Arbeitszeit auf 40 oder auf 42 Stunden hochsetzt!)

Ich glaube schon, Sie sollten Ihre Glaubwürdigkeit zurückgewinnen und sollten nicht mit irgendwelchen scherzhaften Bemerkungen darüber hinweggehen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, Herr Hahn!)

Wir müssen bei der Ausstattung nicht immer die mit I a haben. Vielmehr reicht es aus, wenn man z. B. bei Autos die Mittelklasse wie den Corsa oder vergleichbare Fahrzeuge wählt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sagt ein BMW-Fahrer!)

Ich möchte noch eine letzte Bemerkung machen. Sie betrifft die wirtschaftliche Betätigung. Herr Frömmrich ist da im vollkommen falschen Film. Er hat hier eben gesagt, die Landesregierung wolle den Kommunen verbieten, sich wirtschaftlich zu betätigen. Genau das hat er gesagt. Er ist also im vollkommen falschen Film.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das würden Sie begrüßen!)

Er war nicht in der Anhörung. Er hat die Akten nicht gelesen. Er hat sich nie mit den Repräsentanten des hessischen Handwerks und der hessischen Industrie- und Handelskammern auseinander gesetzt. Eigentlich müsste er wissen, dass viel zu wenig Öffnung –

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben sich nicht mit den Kommunalen Spitzenverbänden auseinander gesetzt! Lesen Sie doch einmal die Stellungnahme der Kommunalen Spitzenverbände!)

– Herr Frömmrich, lesen Sie das erst einmal nach. Danach dürfen Sie wieder Zwischenrufe machen.

Mit dem Gesetz soll den Kommunen in keiner Weise verboten werden, sich wirtschaftlich zu betätigen. Das Gegenteil ist sogar der Fall. Es gibt eine Vielzahl Ordnungspolitiker – das sind diejenigen, die für die Deregulierung sind –, die der Meinung sind, die Öffnung müsste viel weiter gehen. Meine sehr verehrten Kollegen der GRÜNEN, da erzählen Sie offensichtlich etwas, was in Ihrer Fraktion auch falsch diskutiert wird, und zwar deswegen, weil Herr Kollege Frömmrich nicht genau weiß, was dazu diskutiert wird.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von Ihnen brauchen wir keine Nachhilfe!)

Wir wollen die Öffnung haben. Wir wollen, dass sich die Kommunen nur noch dann wirtschaftlich betätigen, wenn sie besser als die Privaten sind. Denn wir wissen, dass dadurch geringere Kosten verursacht werden. Wir wissen, dass dann auch weniger Versorgungsposten entstehen, die leider immer wieder von allen möglichen Parteipolitikern genutzt werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Das Wort hat der Herr Innenminister.

Herr Innenminister, bevor Sie zu reden beginnen, möchte ich zunächst die Gelegenheit nutzen und auf unserer Bühne Gäste besuchen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Begrüßen, die uns besuchen!)

– Ich meinte natürlich: Gäste begrüßen, die uns besuchen. Jetzt stimmt es wieder. – Ich begrüße ganz herzlich eine Delegation der US-Armee. Es handelt sich um eine Versorgungseinheit, die hier in Wiesbaden stationiert ist.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Noch!)

An der Spitze dieser Delegation steht Frau Generalin Rebecca Halstead. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Aufenthalt im Hessischen Landtag. Ich hoffe, dass wir uns auch in Zukunft noch öfter sehen werden.

Herr Minister, bitte schön, Sie haben jetzt das Wort.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Vielen Dank. – Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Die Debatte hat einen gewissen ritualisierten Charakter.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Ich habe nicht allzu viele neue Argumente gehört. Ich will es aber nicht unterlassen, ein paar Bemerkungen hinzuzufügen. Ich möchte zunächst einmal festhalten: Aus meiner Sicht befindet sich die Innenpolitik dieses Land in einer herausragend guten Verfassung. Wir können gemeinsam auf das stolz sein, was bisher erreicht wurde.

Ich bedanke mich ausdrücklich für die Anerkennung der Arbeit, die für die CDU-Fraktion von Frau Kollegin Zeimetz-Lorz und für die FDP-Fraktion von deren Fraktionsvorsitzendem zum Ausdruck gebracht wurde.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er kriegt die Oppositionszulage jetzt gestrichen!)

Ich weiß das zu würdigen. Auch bei unterschiedlichen Positionen zu einzelnen Punkten tut es gut, zu wissen, dass eine breite Mehrheit dieses Hauses diese Politik unterstützt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf einige Gesichtspunkte eingehen, auch auf einige, die Sie nicht erwähnt haben. Es war für mich interessant, festzustellen, dass in der Generalaussprache, die heute Morgen zum Etat des Ministerpräsidenten geführt wurde, die Innenpolitik bei der Opposition eigentlich kaum eine Rolle gespielt hat. Das nehme ich als großes Kompliment und als Zeichen Ihrer Zufriedenheit mit dieser Politik. Denn ansonsten hätten Sie das sicherlich angesprochen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Natürlich ist bei der Innenpolitik zunächst einmal der Blick auf die Sicherheitspolitik von Bedeutung. Dort spielt die Polizei eine herausragende Rolle. Das ist unbestritten.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Polizei light!)

Wir haben hier im Hause sehr oft über Fragen der Polizei diskutiert. Ich kann das deswegen vergleichsweise kurz abhandeln.

Unser Konzept stimmt. Wenn man von der Sicherheitsarchitektur spricht, dann können wir dazu sagen, dass das, was noch vor Jahren zum Teil heftig umstritten war, heute in der Bundesrepublik Deutschland in der Regel von fast allen Ländern übernommen wurde.

(Beifall des Abg. Rudi Haselbach (CDU))

Das gilt für die Videoüberwachung, den Unterbindungsgewahrsam, die Schleierfahndung und den freiwilligen Polizeidienst. In nahezu allen Bundesländern hat sich die Überzeugung durchgesetzt, dass das richtig ist. Die Einzigen, die diese Überzeugung noch nicht teilen, sind die Mitglieder der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN. Meine Damen und Herren, ich bin nicht ohne Hoffnung,

dass auch Sie irgendwann noch zu dieser Überzeugung kommen.

Mir ist wichtig, dass die Konzeption stimmt. Über Einzelheiten kann man immer diskutieren. Die Konzeption heißt Prävention und Repression. Beides gehört zusammen. Sie wissen, dass wir uns in der Bundesrepublik Deutschland mit unseren Überlegungen zur Prävention sicherlich in der Spitzengruppe befinden.

Herr Kollege Rudolph, ich hoffe, Sie können mir Ihre Aufmerksamkeit jetzt wieder ungeteilt zuwenden. Im Laufe der Zeit haben Sie das wahrscheinlich vergessen. Es ist doch unbestritten, dass Prävention wichtig ist. Es gibt da Aktionen – ich greife jetzt das Stichwort von Herrn Frömmrich auf –, die Leuchttürme sind. Das betrifft z. B. das „Netzwerk gegen Gewalt“. Das ist etwas, bei dem ich mir erhoffe, dass Sie alle dahinter stehen. Das ist eine wichtige Aufgabe. Sie können sehen, dass die Mittel für dieses Programm erhöht werden sollen. Das ist genau das, was wir tun müssen, um nach Möglichkeit zu verhindern, dass wir nachher einschreiten müssen. Das gehört beides zusammen. Ich frage Sie: Wo finden Sie ein Land, dass eine solche Vielzahl intensiver Präventionsprojekte betreibt, wie wir es hier in Hessen tun? Meines Erachtens können wir darauf stolz sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kritisiert auch keiner!)

Es gibt also das „Netzwerk gegen Gewalt“, Projekte wie „Balance“ und vieles andere mehr. Aus zeitlichen Gründen kann ich das nicht alles darstellen. Ich halte das für eine großartige Bilanz. – Herr Kollege Frömmrich, ich möchte ausdrücklich sagen, dass ich mich darüber freue, dass Sie dem jetzt durch Nicken zustimmen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zur Präventionspolitik sagen wir Ja!)

Wir müssen also trennen und herausarbeiten, wo es unterschiedliche Meinungen gibt und wo wir einheitliche Positionen vertreten.

Das, was Sie zur Polizei ausgeführt haben, war nicht neu. Herr Kollege Dr. Jung, der Fraktionsvorsitzende der CDU, hat es in einem entscheidenden Satz zusammengefasst. Diesen muss man immer wieder wiederholen, damit er auch immer präsent ist.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Immer wieder!)

Am besten ausgebildet, am besten ausgerüstet, am besten bezahlt, das ist die hessische Polizei.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das geschah gegen den erbitterten Widerstand von Manfred Kanther!)

Ich finde, auch darauf können wir gemeinsam stolz sein. Wir führen die Modernisierung der technischen Ausrüstung und der Autos fort. Wir sind eines der ganz wenigen Länder, die überhaupt wieder Anwärter einstellen, und zwar in einer Menge, wie es kein anderes Land tut. Dazu möchte ich einmal fragen: Wie gehen Sie eigentlich in den Ländern damit um, in denen Sie Verantwortung tragen? In Berlin z. B. trägt Rot-Rot die Regierungsverantwortung.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ei, ei, ei!)

Herr Kollege von der sozialdemokratischen Fraktion,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Rudolph!)

Herr Rudolph,

(Günter Rudolph (SPD): Ja, hier bin ich, bei der Arbeit!)

ich sehe die Problematik des Landes Berlin. Es wäre vermessen, das mit leichter Hand beiseite zu schieben.

(Günter Rudolph (SPD): Wir sind hier aber in Hessen!)

Aber ich finde, es ist eine außerordentliche Anstrengung und der Anerkennung wert, wenn wir hier Jahr für Jahr, auch jetzt wieder, 250 Anwärter neu einstellen und sie alle übernehmen, während in anderen Bundesländern die Leute überhaupt nicht übernommen werden, in die Arbeitslosigkeit entlassen werden oder, wie in Berlin, Teilzeitstellen nach BAT VII angeboten bekommen. Das zeigt den Unterschied zwischen Reden und Tun. Wir tun hier etwas, und wir tun mehr als alle anderen.

(Beifall bei der CDU)

Genau darum geht es. Ich kann nur sagen, dass wir natürlich nicht frei von Sorgen sind. Auch wir müssen uns immer wieder fragen, ob wir das, was wir machen, auch intelligent machen. Herr Kollege Hahn, ich kann Ihnen versichern, bei den beiden Beispielen Lahn-Dill-Kreis und Landkreis Offenbach, die Sie angesprochen haben, sind wir gerade dabei, in einem, wie ich glaube, sehr klugen Prozess zu optimieren. Wir werden das miteinander berechnen. Ich weiß die örtliche Betroffenheit schon richtig einzuschätzen, Herr Kollege Kaufmann.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Kollege Lortz wird mir helfen, also Vorsicht!)

Aber die Konzeption stimmt, und das ist mir das Entscheidende.

Ich darf darauf hinweisen – Sie haben es mit keinem Satz erwähnt –: Wir haben die höchste Aufklärungsquote, die es je in diesem Land gab.

(Günter Rudolph (SPD): Die Redezeit war so kurz!)

Wir sind hier noch nicht am Ende. Wir müssen noch besser werden. Wir haben heute – auch das gehört in die Generaldebatte – eine ganze Reihe von Kriminalitätsformen, die wir von Amts wegen verfolgen, die aber zu früheren Zeiten nicht verfolgt wurden und von denen ich glaube, dass es richtig ist, dass wir sie verfolgen, angefangen bei Graffiti bis zur häuslichen Gewalt. Ich sage Ihnen heute voraus, dass wir wahrscheinlich wie im Bundesgebiet weiter steigende Zahlen haben werden und dass wir diese Form der Kriminalität erst in einem längeren Prozess zurückführen können werden.

Kurzum, man kann nur sagen, im Sicherheitsbereich – das ist nicht nur Polizei; Sie haben über den Verfassungsschutz nicht gesprochen, ich will ihn aber der Vollständigkeit halber erwähnen – konzidiere ich jedem gerne noch mehr. Aber wir sind in herausragender, guter Verfassung.

Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Zeimetz-Lorz hat es angesprochen. Sie, Herr Kollege Frömmrich, haben leider nicht die Gelegenheit genutzt, dazu ein Wort zu sagen. Ich will von Ihren Anträgen zwei herausgreifen. Sie wollen 7,5 Millionen € bei der IT der Polizei streichen. Hätten Sie vorher einmal gefragt, was wir mit dem Geld machen, dann hätten wir Ihnen gesagt, dass der komplette

Betrag gebunden ist für das Betriebssystem POLAS und COMVOR. Sie wissen als Fachmann, was das ist. Ohne das Betriebssystem kann die hessische Polizei nicht arbeiten, kann überhaupt keine Polizei arbeiten. Der zweite Titel betrifft komplett die Mittel, die wir z. B. für die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung brauchen, für unsere Kooperationspartner, nicht zuletzt die Telekom und andere Leitungsposten mehr – komplett. Wollen Sie allen Ernstes behaupten, wir sollten sie abschalten?

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wollen das strecken!)

Wollen wir dank Ihrer genialen Überlegungen zum Einsparen die hessische Polizei sozusagen ohne Strom und ohne IT lassen? Das kann nicht ernsthaft sein.

Deshalb kann ich es Ihnen jetzt nicht ersparen, lieber Herr Frömmrich: Wer sich hierhin stellt und ernst genommen werden will mit seinen Anträgen, der muss sich zumindest dafür wappnen, dass wir nachlesen, was Sie zur Streichung vorgeschlagen haben. Eine solche Blamage hätte ich mir an Ihrer Stelle erspart, weil Sie diese Anträge nicht ernsthaft aufrechterhalten können.

(Beifall bei der CDU)

Ich will im Rahmen der zugegebenermaßen nur stichwortartig zu bearbeitenden Sachverhalte und der Zeit zwei weitere Bereiche ansprechen. Ich behaupte, die Innenpolitik in diesem Lande ist vorbildhaft in weiten Teilen für die Bundesrepublik Deutschland. Nehmen wir einmal das Thema Brand- und Katastrophenschutz. Es ist bezeichnend, dass in dieser Debatte darüber nicht mehr gesprochen wurde. Über Jahre war das ein Dauerbrenner.

(Günter Rudolph (SPD): Die Zeit heilt alles! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was sollen wir alles in zehn Minuten sagen?)

Als ich mein Amt übernahm, gab es Kommunen und Feuerwehren, die bis zu 22 Jahre auf die Bescheidung ihrer Anträge warten mussten. Wir sind heute so weit, dass wir das in einem Jahr erledigen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bis 2013 haben Sie die Bewilligungsbescheide! – Weitere Zurufe von der SPD)

Zu keiner Zeit wurde für den Brandschutz, für die Feuerwehr so viel Geld ausgegeben – zu Recht.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bis 2013!)

Zu keiner Zeit waren die Verfahren so schnell wie derzeit – zu Recht. Zu keiner Zeit wurde das ehrenamtliche Engagement von alleine rund 80.000 Feuerwehrleuten, für das ich ausdrücklich vor diesem Hause danke, in dieser Weise gewürdigt.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist unstreitig!)

Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten anerkannt, dass die Jugendfeuerwehren zum ersten Mal – das sind die Allerwichtigsten, damit wir auch in Zukunft noch Feuerwehrleute haben – mit 1 Million € gesondert gefördert wurden. Jede Jugendfeuerwehr in diesem Lande bekommt eine besondere Förderung – weniger materiell, als vor allen Dingen ideell.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen wir! Wir lesen dauernd die Presseartikel dazu!)

Lieber Herr Frömmrich, das ist praktische Politik. Das eine ist Reden, das andere ist Handeln. Wir handeln.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich schon auf dem Feuerwehrverbandstag gepriesen!)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Minister, zu Ihrer Orientierung: Die Fraktionsredezeit von zehn Minuten ist um.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, ich komme mit zwei Bemerkungen zum Abschluss. – Der Katastrophenschutz ist in Deutschland vorbildlich. Darauf können wir stolz sein. Danke an die Hilfsorganisationen, danke an all diejenigen, die dort mitarbeiten.

Sport – das haben wir erst gestern Abend mitgemacht. Wir sind in Deutschland absolut führend, was die Konzeption und die Ausführung des Sports angeht. Ich freue mich, dass wir hier alle in einem Boot sitzen. Ich höre dort immer Zustimmung. Aber Sie werden verstehen, dass ich es auch einmal sagen darf. Ich möchte mich ausdrücklich bedanken bei den 2,1 Millionen Menschen, die im Landessportbund sind, und den vielen, die in ihrer Freizeit Kinder und Jugendliche für ihr Leben begleiten. Das ist die beste Prävention, die es überhaupt geben kann. Deshalb bedanke ich mich, und deshalb ist das Geld auch gut angelegt.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin selbst Vorsitzender eines Vereins! Ich brauche keine Nachhilfe!)

Zum Abschluss. Ich denke, die ausgezeichnete Verfassung verdanken wir in erster Linie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich bedanke mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der hessischen Polizei, der Feuerwehr, der Hilfsorganisationen und der Vereine, gerade im Sport. Aber sie hat sicherlich auch etwas mit jenen zu tun, die die Arbeit politisch verantworten, die den Rahmen setzen, mit dieser Regierung und der sie tragenden Fraktion.

Wenn wir heute eine Zwischenbilanz ziehen – mehr kann es nicht sein –, dann sage ich in vollem Selbstbewusstsein: Wir sind nicht frei von Sorgen, gerade bei der inneren Sicherheit. Die Herausforderungen des Terrorismus, die Herausforderungen der organisierten Kriminalität und vieles andere werden uns immer fordern. Deshalb kann man sich nie entspannt zurücklehnen, gerade nicht in der Innenpolitik. Aber wenn man eine gute Bilanz hat, dann darf man an einem solchen Tage auch sagen, dass wir stolz auf das sind, was wir geleistet haben. Wir empfinden das als Genugtuung und Verpflichtung für die Zukunft. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Ees liegen zum Einzelplan 03 keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich rufe den

Einzelplan 05 – Hessisches Ministerium der Justiz –

auf. Der Herr Justizminister hat sich entschuldigt. Er ist im Vermittlungsausschuss in Berlin. Ihn vertritt Herr Staatssekretär Landau.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Bei einer guten Föderalismusreform ist das nicht mehr notwendig!)

Das Wort zur Aussprache hat als Erster Herr Dr. Reuter für die Fraktion der SPD. Die Redezeit beträgt zehn Minuten.

Dr. Michael Reuter (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In meiner Fraktion haben wir den vorliegenden Entwurf analysiert und bewertet. Wir kommen zu folgender Feststellung: Der Einzelplan 05 wird dem Stellenwert der Justiz, ihrer Bedeutung innerhalb der Gewaltenteilung und für unseren demokratischen Rechtsstaat nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich diese Feststellung begründen. Auch im nächsten Haushaltsjahr wird die Justiz von der CDU-geführten Landesregierung weiter massiv personell ausgedünnt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Justiz sind durch die Verlängerung der Arbeitszeit erheblich belastet worden und müssen sich nahezu tagtäglich durch die Einführung von SAP R/3 und der NVS und die damit zusammenhängenden neuen technischen Bedingungen neuen Herausforderungen stellen, die den normalen Arbeitsablauf erheblich belasten. Zum Glück sind in der Justiz gänzlich hoch motivierte Mitarbeiter beschäftigt, die diese Aufgaben engagiert bewältigen.

Bis zum Jahre 2008 sollen jetzt auch noch in der Justiz über 800 Stellen abgebaut werden, wie bei der kursorischen Lesung zu erfahren war. So werden im Entwurf des Einzelplans 05 186,5 Planstellen als Einsparbetrag für das Haushaltsjahr 2004 in Abgang gebracht. Die Stellenpläne und -übersichten des Einzelplans 05 enthalten darüber hinaus für die Haushaltsjahre 2005 bis 2007 478 PVS-Vermerke. Über dies werden 122,5 Planstellen bei der Richterschaft und der Staatsanwaltschaft abgebaut.

Der Einzelplan 05 zeigt damit ein düsteres Bild für die Zukunft der Justiz. Zudem sieht der Haushaltsentwurf wie im Vorjahr in einzelnen Titeln keinerlei Mittel für Vertretungs- und Aushilfskräfte vor. Das sind die Stellen, die für die Rechtsprechung, z. B. für die Urteilsausfertigung, unverzichtbar sind und zumeist von Frauen in den Serviceeinheiten besetzt waren. Auch in schlechten Einstellungszeiten konnten auf diesen Stellen in der Vergangenheit junge Menschen in der Justiz beschäftigt werden, bis reguläre Planstellen frei wurden.

Jetzt werden sie trotz hohen Bedarfs und hoher Qualifikation in die Arbeitslosigkeit entlassen. Herr Staatssekretär, mit Ihrem personellen Kahlschlag treffen Sie die Justiz im Mark und gefährden eine effektive und hochwertige Rechtspflege in Hessen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dem personellen Einschlag auf der einen Seite, auch konjunkturell bestimmt, stehen auf der anderen Seite hohe Eingangszahlen in Strafsachen in allgemeinen, insolvenz-, familien- und arbeitsgerichtlichen Angelegenheiten gegenüber. Durch diese Diskrepanz zwischen personellem

Kahlschlag auf der einen und steigenden Eingangszahlen auf der anderen Seite werden in Hessen die Verfahrensdauern zulasten der Bürgerinnen und Bürger steigen.

Für die Akzeptanz unseres Rechtsstaats und für die Wirtschaft ist es allerdings wichtig, dass die Rechtsuchenden schnell zu ihrem Recht kommen. Die SPD-Landtagsfraktion wird deshalb im Zuge der Haushaltsberatungen beantragen, entsprechende Mittel einzustellen, damit die Justiz nicht weiter ausgedünnt wird.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Für die stetige Erhöhung der Verfügungsmittel des Ministers und einzelne Stellenhebungen bei der Staatsanwaltschaft, so genannte Gruppenleiterstellen, ohne realen Entlastungseffekt für die hoch belasteten Staatsanwaltschaften, ist hingegen genügend Geld vorhanden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Staatssekretär, anstatt die Justiz kaputtzusparen, vermissen wir die Vorlage tauglicher Konzepte, um in Zeiten knapper Kassen eine effektive und gute Rechtspflege zu gewähren und andererseits die Justiz behutsam den veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen.

Wir als SPD-Landtagsfraktion stehen einer Diskussion – wie z. B. bei der Justizministerkonferenz geführt – um einen dreistufigen Gerichtsaufbau oder eine Angleichung der Verfahrensordnung ergebnisoffen gegenüber und bringen uns konstruktiv in diese Beratungen ein.

Herr Landau, Sie basteln sachwidrig an dem System Justiz herum, wie die Personaleinschnitte, die unausgegorenen sachwidrigen Amtsgerichtsschließungen

(Boris Rhein (CDU): Ei, ei, ei!)

oder Ihre realitätsfernen Überlegungen, das Grundbuch auf so genannte Bodenmanagementbehörden zu übertragen, zeigen.

Im Bereich der freiwilligen Leistungen werden die Kürzungen des letzten Haushaltsjahres im Wesentlichen fortgeführt. Weggekürzt wird, was nicht in die Ideologie und das Weltbild der CDU-geführten Landesregierung passt.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Mark Weinmeister (CDU): Na, na, na!)

In diesem Haushaltsjahr werden erneut wichtige Projekte zur Haftvermeidung bzw. Entlassungsvorbereitung, wie etwa das Projekt zur Vermeidung von Untersuchungshaft oder das Förderprogramm zur Bestellung von Wohnraum, Betreuung und Wiedereingliederung von Menschen ohne festen Wohnsitz, drastisch gekürzt. Diese präventiven Projekte und Initiativen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Wiedereingliederung Straffälliger in unsere Gesellschaft und damit für unsere Sicherheit. Hier zu kürzen ist blauäugig und kurzsichtig.

Die Folgekosten für die Gesellschaft, etwa durch erhöhte Kriminalität der nicht resozialisierten Täter, oder die Haftplatzkosten in Höhe von 85 € täglich sind um ein Vielfaches höher als die für die präventive Arbeit eingesetzten Mittel. Deswegen haben wir beantragt, entsprechende Mittel für die Kriminalprävention in den Haushalt einzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, nachdem die Pläne der Landesregierung für den Bau einer neuen Justizvollzugsanstalt bereits in die 15. Wahlperiode zurückreichen, sind für die Inbetriebnahme der JVA in Hünfeld nun 130 Planstellen in den Haushalt eingestellt. Woher diese Stellen allerdings stammen, ist hochinteressant. Die Stellen für Hünfeld werden nämlich bei anderen Justizvollzugsanstalten abgezogen und gehen durch gleichzeitigen Abbau von Anwärterstellen voll zulasten junger Ausbildungsplatzsuchender bzw. Anwärter im Vollzug.

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Die Bereitstellung dieser Stellen erfolgt nämlich durch Umwandlung von 39 Anwärter- bzw. 20 Ausbildungsstellen, die in Abgang gebracht werden. Hinzu kommen, so ist es jedenfalls in der kursorischen Lesung zu hören gewesen, 71 Stellen durch Umwandlung aus dem freien Stellenaufkommen.

Wichtige investive Maßnahmen in der Substanz der Amtsgerichte, wie etwa beim Amtsgericht Fritzlar oder beim Amtsgericht Frankenberg, werden auf die lange Bank und damit auf den Sankt-Nimmerleins-Tag geschoben. In diesem Haushalt sind nämlich so gut wie keine Mittel für den Hochbau vorgesehen.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, zusammenfassend ist festzustellen: Dieser Justizhaushalt ist ein Trauerspiel, unter dem die Rechtspflege und die Rechtssicherheit in Hessen zu leiden haben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Jetzt hat Herr Kollege Wintermeyer für die CDU-Fraktion das Wort.

Auch hier gilt: zehn Minuten Redezeit. Ich will nur darauf hinweisen, wenn mehr als eine Minute weniger Zeit in Anspruch genommen wird, addiere ich die Zeit für die anderen Redner hinzu. Ich habe einen Zwischenstand dessen, was für andere Redner noch da wäre. Herr Kollege Reuter hat zwei Minuten eingespart, sodass die anderen zwei Minuten gewonnen haben. – Herr Wintermeyer, bitte sehr.

Axel Wintermeyer (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, dass die Zeitrechnung jetzt beginnt.

Herr Dr. Reuter hat ein sehr düsteres Bild gezeichnet. Ich sage Ihnen: Sie haben ein irreales Bild von der hessischen Justiz und der hessischen Sicherheitspolitik gezeichnet. Das Gegenteil dessen, was Sie gesagt haben, ist der Fall.

(Beifall der Abg. Boris Rhein und Holger Bellino (CDU))

Wenn auch der Jurist nicht so gerne rechnet, so tut dies doch der Justizminister. Was noch besser ist: Mit ihm ist auch in Zeiten knapper Kassen zu rechnen. Trotz der angespannten Haushaltslage ist es uns mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf gelungen, die Modernisierung der hessischen Justiz weiter voranzutreiben. Auch in Zeiten knapper Kassen setzen wir Akzente. Hier wird nichts aufgehöhlt. Die hessische Justiz steht besser da als je zuvor. Da müssen Sie vor Ort nur einmal fragen.

Die CDU gestaltet die hessische Justiz im Übrigen zur modernsten Justiz in ganz Deutschland um. Sie hat unter anderem mit der Teilprivatisierung der JVA in Hünfeld, der Umstellung auf zeitgemäße EDV-Ausstattung, der hervorragenden Weiterbildung und dem Vorantreiben modernster Technik wie der Videokonferenz moderne neue Wege aufgezeigt. Lassen Sie mich nun kurz auf die Marksteine dieser hessischen Justizpolitik eingehen.

Mit dem Neubau der Justizvollzugsanstalt Hünfeld betritt das Land Hessen rechtlich, juristisch wie politisch Neuland. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist bei Planung und Betrieb einer Justizvollzugsanstalt, soweit rechtlich möglich, auf private Investoren zurückgegriffen worden.

(Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die konsequente Nutzung privaten Sachverständs bei der Umsetzung hat bereits zu beachtlichen Ergebnissen geführt. – Herr Dr. Jürgens, Ihren Zwischenruf habe ich auch verstanden: Die Bautätigkeit eines Bauunternehmens hat nichts mit dem privaten Betrieb einer entsprechenden JVA zu tun. Das ist eben einmal so. Von mir aus können die Bauarbeiter, die dort möglicherweise mit gefälschten Pässen gearbeitet haben, die Justizanstalt gerne von innen mauern, dann geht es vielleicht sogar noch etwas schneller.

Im Vergleich zu der JVA Weiterstadt – das muss man einfach einmal zur Kenntnis nehmen –,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vorsicht! – Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

einem Projekt der damals rot-grünen Landesregierung, konnte die CDU-geführte Landesregierung durch die Beauftragung eines Generalunternehmens 150.000 € reine Baukosten pro Haftplatz sparen. 150.000 € pro Haftplatz, das ist eine wirklich beachtliche Summe.

Auch hinsichtlich der Umsetzungszeit setzt das Projekt Maßstäbe. Von der Planung bis zur fertigen Baufeststellung vergehen lediglich drei Jahre und zehn Monate. Dies ist durchaus rekordverdächtig.

Das von der Hessischen Landesregierung ausgeschöpfte Einsparpotenzial zeigt deutlich, dass verantwortungsvoller Umgang mit den Steuergeldern der Bürger möglich ist und dass die Qualität staatlicher Angebote unter intelligenter Sparpolitik nicht leiden muss. Mit dem Modellprojekt JVA Hünfeld gehen wir einen entscheidenden und zugleich mutigen Schritt auf diesem Weg.

Meine Damen und Herren, die JVA Hünfeld wird im Übrigen mit über 15 % weniger Kosten arbeiten können. Auch das ist für die Zukunft eine gute Information.

Hessen nimmt mit diesem erfolgreichen Innovationsprojekt eine bundesweite Vorreiterrolle ein. Das bereits bestehende Interesse anderer Bundesländer belegt den Vorbildcharakter dieses Modells. Zudem haben wir im Justizvollzug mit zusätzlichen 800.000 € für die Modernisierung von Haftarbeitsplätzen Gutes geleistet. Beschäftigung ist die wichtigste Maßnahme der Resozialisierung.

Eine Justiz, die modern, leistungsfähig, bürgernah und dabei noch effizient ist, ist keine Vision; das ist die Politik der Hessischen Landesregierung, unseres Justizministers Dr. Christean Wagner, unserer Fraktion und natürlich des Staatssekretärs.

Meine Damen und Herren, Hessen hat die modernste Justiz in Deutschland. Ich sagte es bereits. Nach dem jahrelangen rot-grünen Dornröschenschlaf ist auch die hessische Justiz nun endlich im Informationszeitalter angekommen. Seit dem Jahre 2000 haben wir die Modernisierungsoffensive eingeleitet. Nach vier Jahren können wir feststellen: Seitdem sind über 5.000 Arbeitsplätze bei Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten in das EDV-Netz der hessischen Justiz eingebunden worden. Ende dieses Jahres werden es 7.500 sein.

Über 50 Gerichte, alle Staatsanwaltschaften sowie alle Justizvollzugsanstalten sind mit EDV vollständig ausgerüstet. Die hessische Justiz verfügt nun über ein eigenes Intranet mit umfangreichen Informations- und Recherchemöglichkeiten und zeigt sich mit einem einheitlich gestalteten Internetauftritt.

Die moderne hessische Justiz genießt bundesweit hohes Ansehen, und – das ist auch sehr wichtig – sie hält attraktive und zukunftsfähige Arbeitsplätze für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor.

Bis zum Jahresende werden wir für die Modernisierungsoffensive in der hessischen Justiz 50 Millionen € investiert haben. Meine Damen und Herren, das gab es noch nie.

(Nicola Beer (FDP): „40 Millionen €“ steht im Vermerk des Ministeriums!)

Wenn Rot-Grün noch an der Regierung hier in Hessen wäre, hätten die Richter keinen PC mit Flachbildschirm, sondern Schreibmaschine, Tipp-Ex und Farbband.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiteres Projekt der hessischen Justizverwaltung ist seit Oktober dieses Jahres ebenfalls abgeschlossen: das elektronische Grundbuch. Alle Grundbuchämter sind umgestellt, und das elektronische Abrufverfahren erfreut sich einer regen Nachfrage. Außerdem ist es bürgerfreundlich. Einsicht kann nun bei jedem Notar um die Ecke genommen werden. Für den Landeshaushalt ergeben sich darüber hinaus Einsparungen in Höhe von 5 Millionen €. Das zeigt: Wir schaffen eine moderne und effiziente Justiz.

Dies, meine Damen und Herren, könnten wir alles nicht, würden nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des nicht richterlichen und des richterlichen Dienstes so begeistert und offen mitarbeiten. Wir wissen: Mit der Vielzahl der durchgeführten Maßnahmen haben wir ein hohes Maß an zusätzlicher Arbeitsbereitschaft, an Fortbildung und Belastung gefordert. Dass die hessische Justiz so positiv mitgezogen hat, verdient unsere ausdrückliche Anerkennung.

(Zustimmung bei der CDU)

Auf der Tribüne sitzt der hessische Landesvorsitzende des Bundes Deutscher Rechtspfleger. Herr Fischer, ich sage dies auch an Ihre Mitglieder: Es verdient nicht nur unsere Anerkennung, sondern auch unseren Dank.

(Beifall bei der FDP – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was sagt er dazu?)

Meine Damen und Herren, modernste Technik wird nicht nur in den Geschäftsstellen benötigt. Modernste digitale Videokonferenztechnik – ich komme auf unseren Antrag zu sprechen – kann von unmittelbarer Bedeutung im heutigen gerichtlichen Verfahren sein.

Mit der Bereitstellung dieser Technik durch Gerichte wird dem Rechtsuchenden und der Anwaltschaft in geeigneten Fällen die Gelegenheit geboten, an den Landgerichtsstandorten über Videositzungen in Videoräumen der Justiz ortsungebunden am Verfahren teilzunehmen und damit erhebliche Zeit und Kosten zu sparen. Videoschaltungen aus Kanzleien sind übrigens auch möglich. Auch für die Justiz ist eine Verhandlung auf die Ferne mit deutlichen Einsparungen verbunden.

Mit unseren Änderungsanträgen kann nun die Videotechnik in den Praxisbetrieb der Gerichtsverhandlung weiteren Einzug halten. Damit stünde Hessen wieder einmal an der Spitze aller deutschen Bundesländer.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eigenlob!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss sagen: Die Hessische Landesregierung hat die hessische Justiz seit 1999 nach einer langen rot-grünen Durststrecke mit großen Anstrengungen auf einen guten Weg gebracht und zukunftsfähig gemacht. Hessen ist Spitze, auch in der Justiz; denn die Justiz ist hart, aber gerecht, schnell und dennoch fair, Bewährtes erhaltend und trotzdem modern.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Wintermeyer. Ich bitte um Entschuldigung, dass Sie kein Glas Wasser hatten. Ich lade Sie nachher zu einem Bier ein. – Aber jetzt bitte ein Wasserglas hinstellen; sonst wird es ein teurer Nachmittag.

(Heiterkeit – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Darf es auch ein Wein sein?)

– Da wo ich herkomme, lieber Franz Josef, gibt es keine Weinberge. Ich bitte um Verständnis, dass wir unsere Getränke aus Gerste machen.

Als Nächster hat Herr Dr. Jürgens für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. – Bitte ein Glas Wasser.

Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, mit Befremden stelle ich fest, dass es in diesem Hause offenbar Abgeordnete erster und zweiter Klasse gibt: Die einen bekommen Wasser, die anderen Bier. Aber so ist es nun einmal.

(Heiterkeit – Axel Wintermeyer (CDU): Ich habe gar nichts bekommen! Es gibt drei Klassen!)

– Aber es ist zumindest angekündigt.

Herr Wintermeyer, um Ihrer Legendenbildung entgegenzutreten: Ich habe meinen ersten PC in der Amtszeit von Rupert von Plottnitz beim Amtsgericht Kassel bekommen. Den gleichen PC hatte ich immer noch, als ich in den Hessischen Landtag wechselte, und einen Flachbildschirm habe ich in der ganzen Zeit nicht gesehen. – So viel zur Klarstellung.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Da waren Sie aber durch von Plottnitz bevorzugt! – Frank Gotthardt (CDU): Vetternwirtschaft!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Justizhaushalt hat einige Besonderheiten aufzuweisen, auf die ich zu sprechen kommen möchte. Eine Besonderheit ist

die ungewöhnliche Refinanzierungsquote. Die Kosten der Gerichte und Staatsanwaltschaften sind sozusagen zu nahezu zwei Dritteln refinanziert, durch Einnahmen, Gerichtsgebühren, Geldstrafen, Geldbußen, Geldauflagen usw. Natürlich sinken in diesem Jahr die Personalausgaben. Herr Dr. Reuter hat darauf hingewiesen, dass viele Stellen gestrichen werden und dass natürlich auch die Reduzierung der Bezüge zu Buche schlägt. Unter diesen Rahmenbedingungen wäre eigentlich zu erwarten gewesen, dass wir jetzt einen Justizhaushalt zu besprechen haben, der zu einer vernünftigen Gestaltung des Landeshaushalts beiträgt. Aber weit gefehlt. Trotz der vorgesehenen Reduzierung der Personalkosten um 7 Millionen €, trotz veranschlagter Einnahmen in gleich bleibender Höhe wie im letzten Jahr – das ist realistisch –, trotz der Herausnahme der Bauausgaben – das sind noch einmal 10 Millionen € – steigt der Finanzierungsbedarf im Justizhaushalt um sage und schreibe 13 Millionen €. – So viel im Übrigen zum richtigen oder falschen Rechnen, Herr Wintermeyer.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Heike Hofmann (SPD))

Das kommt eben dabei heraus, wenn man in Hessen einen Justizminister hat, der über seine ständigen Auftritte auf der Bundesebene – ich habe dies schon mehrfach moniert – offensichtlich die Lust an der Landespolitik verloren hat.

Wir werden es erleben: In den kommenden Jahren wird sich der Anstieg der Ausgaben für Sachmittel fortsetzen. Das hängt unter anderem damit zusammen, dass die Ausgaben für den privaten Betreiber der Justizvollzugsanstalt Hünfeld als Sachmittel gebucht werden, obwohl natürlich in erheblichem Umfang auch Personalkosten darin enthalten sind. Wir haben für die bisher im Haushalt 2005 vorgesehenen 500.000 € – das ist ein überschaubarer Betrag, weil es nur um einen Probebetrieb ab November nächsten Jahres geht – einen Sperrvermerk vorgesehen, weil wir es durchaus als Skandal empfinden, dass es der Justizminister bisher nicht nötig gefunden hat, im Rechtsausschuss oder im Unterausschuss Justizvollzug die Karten auf den Tisch zu legen und zu erklären, wie der private Teilbetrieb der JVA tatsächlich gestaltet werden kann.

Wir halten diesen Sperrvermerk schon deswegen für wichtig, weil es hierbei immerhin um Verfassungsfragen geht. Im Kernbereich des hoheitlichen Handelns – dazu gehört natürlich der Strafvollzug – ist es nicht möglich, die Aufgaben mit privaten Kräften zu vollziehen. Das steht schon im Grundgesetz. Wir sind uns völlig einig darüber, Herr Wintermeyer, dass sozusagen an der Peripherie des Strafvollzugs private Kräfte eingesetzt werden können, so z. B. bei den drei K: Küche, Kiosk, Kanzlei. Es ist kein Problem, hier private Kräfte einzusetzen. Aber immer da, wo es um den Kernbereich geht, wo es um die Arbeit an den Gefangenen und um das Gefangenhaltens an sich geht, wo der Kernbereich tangiert ist, dürfen keine privaten Kräfte eingesetzt werden, also, wie man verkürzt sagen könnte, bei den drei S: Schließen, Sicherheit, Stationsdienst.

Deswegen habe ich den Zwischenruf gemacht. Sie wissen vielleicht mehr als wir. Aufgrund der Informationen, die wir haben – nicht aus dem Justizministerium, sondern von anderer Stelle –, scheint es so zu sein, dass diese Grenzziehung in vielen Bereichen in der Tat überschritten wird. Nach unseren Informationen ist vonseiten des Justizministers durchaus beabsichtigt, z. B. Ein- und Umschluss, Vorführungen, Sicherheitskontrollen, Bewachungen usw. zumindest in Teilbereichen den privaten Betreibern zu

übertragen. Da ist in der Tat die Grenze erreicht. Das geht von Verfassungen wegen nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Landau vertritt jetzt den Minister. Aber der Herr Minister hat es am vergangenen Freitag beim Vertretertag der Vollzugsbediensteten in Butzbach live erlebt. Dort hat er für seine vollzugsfeindliche Politik die Quittung kassiert. Im letzten Jahr hat er den Vollzugsbeamten eine Dienstzeitverlängerung bei gekürzten Bezügen präsentiert. In diesem Jahr war er zu einer Zeit dort, in der er gerade gesagt hatte: Private Betreiber können das, was ihr macht, billiger und effektiver leisten. – Im Umkehrschluss hat er also den Beamten gesagt: Ihr seid zu teuer und zu ineffektiv – um nicht andere Worte zu gebrauchen. Sie können sich vorstellen, dass das die Laune der Betroffenen nicht gerade gesteigert hat.

Ich habe – Sie erinnern sich vielleicht – in der Debatte anlässlich der Regierungserklärung zum Thema fünf Jahre Strafvollzug im Sommer gesagt: Die Stimmung unter den Vollzugsbeamten war noch nie so schlecht wie im Augenblick. – Das stimmte damals. Sie ist heute noch schlechter geworden. Wer am Freitag in Butzbach war, hat es gemerkt. Sie haben in diesem Bereich, in dem Sie bei einer an sich eher konservativ gestrickten Klientel ein gutes Ansehen hatten, viel, viel an Unterstützung verloren, und zwar aus gutem Grunde. Wer seine Bediensteten so behandelt wie der gegenwärtige Justizminister, muss sich über harsche Kritik in seine Richtung nicht wundern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt erfahren wir durch eine Presseerklärung von gestern, dass es auf der Baustelle der JVA Hünfeld offenbar schon drunter und drüber geht. Die Gewerkschaft musste erst einmal das Arbeitsgericht bemühen, bevor sie überhaupt Zutritt zu den dort Beschäftigten bekommt, was eigentlich eine völlige Selbstverständlichkeit für eine Gewerkschaft ist. Dann werden dort plötzlich fünf illegale Beschäftigte verhaftet, und die Gewerkschaften haben Informationen von den dort Beschäftigten, wie man lesen konnte, dass sie unter den Mindestlöhnen bezahlt werden. Wenn so die Privatisierung à la Wagner aussieht, wie soll es dann werden, wenn tatsächlich ganze Teile des Vollzugs auf Private übertragen werden?

(Axel Wintermeyer (CDU): Das hat mit Privatisierung überhaupt nichts zu tun!)

Herr Wagner und Herr Landau, Sie spielen doch mit der Sicherheit der Bevölkerung, wenn Sie Ihre Privatisierungsträume mit der Brechstange und ohne Augenmaß durchsetzen wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Heike Hofmann (SPD))

Das ist eben das Problem. Es geht Ihnen offenbar nur um eine virtuelle Sicherheit und nicht um die reale. Wenn Sie mir nicht glauben: Bei einer Veranstaltung in Gießen hat eine Richterin am OLG es so bewertet – ich zitiere –:

Der Bevölkerung wird Sicherheit vorgegaukelt, doch wird das Problem nur nach hinten verlagert. Gänzlich ohne Lockerungen steigere sich die Sicherheit zunächst, lasse aber bei mangelhaft auf Freiheit vorbereiteten Gefangenen später wieder nach.

Genau das ist es. Sie reduzieren den Missbrauch durch die Reduzierung der Vollzugslockerungen. Sie lassen Gefan-

gene in die Freiheit, die nie darauf vorbereitet worden sind. Das bringt nicht mehr, sondern weniger an Sicherheit.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das ist doch alles Unsinn!)

Wir haben beantragt, dass wieder in den Haushalt aufgenommen wird, was wir beim letzten Mal schon beantragt hatten, nämlich die Unterstützung der Aidshilfe für HIV-positive Gefangene. Wir haben eine weitere Besonderheit im Justizhaushalt: dass hier erst jetzt umgesetzt wird, was an sich mit der „Operation düstere Zukunft“ in anderen Bereichen schon beschlossen war. Es ist gelungen, von der Fachabteilung noch Resthaushaltsmittel für dieses Jahr zu mobilisieren, um die Aidshilfe zu unterstützen. Das wird ab 2004 ganz gestrichen.

Wir haben also auch hier etwas, was wir bereits im letzten Jahr beklagt haben: Soziale Hilfen werden vollständig platt gemacht. Wir haben hier beantragt, das mit einer entsprechenden geringen Reduzierung gegenzufinanzieren – im Grunde nur eine Abrundung der Ausgaben für Geräte –, weil es uns wichtig ist, dass nicht nur in Maschinen, sondern auch in die Menschen investiert wird. Darum geht es uns. Das ist uns gerade heute besonders wichtig. Erst gestern ist die Statistik der Aidsentwicklung veröffentlicht worden. Danach gibt es immer mehr Aidsbetroffene. Durch die Mittel sollen die Hilfen in den JVA fortgeführt werden können, denn der allgemeine Sozialdienst und der Psychologische Dienst können dies nicht leisten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank, Herr Dr. Jürgens. – Das Wort hat Frau Kollegin Beer für die Fraktion der FDP.

Ich teile ferner mit, dass wir mit dem bereits aufgerufenen Tagesordnungspunkt den **Tagesordnungspunkt 58** mitbehandeln:

Antrag der Fraktion der CDU betreffend Videokonferenztechnik – Drucks. 16/3176 –

Nicola Beer (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Obwohl mir an und für sich – Herr Landau weiß das – die Hausspitze des Justizministeriums sowohl im Hinblick auf den Minister als auch auf den Staatssekretär persönlich recht sympathisch ist,

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (FDP) – Zuerufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Axel Wintermeyer (CDU): Oh!)

stelle ich doch zu meinem Bedauern fest, dass sich die Konzeptionslosigkeit der CDU auch im Einzelplan 05 für das Jahr 2005 fortsetzt.

(Boris Rhein (CDU): Das ist aber nicht wahr!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, letztes Jahr – Sie werden sich vielleicht daran erinnern – habe ich Ihnen von dieser Stelle aus prophezeit, dass Sie sich 2005 wieder an demselben Nullpunkt vorfinden werden, den Sie schon 2004 erreicht hatten, und zwar weil Sie keinerlei Aufgabenkritik in Ihren Einzelplänen vorgenommen haben.

(Clemens Reif (CDU): Sie machen sich einen Namen als Cassandra!)

Genau das bestätigt sich nun sehr eindrücklich, wenn man sich den Einzelplan 05 des Justizministeriums anguckt. Die Projekte, die Sie stolz wie eine Monstranz vor sich hertragen – der Kollege Wintermeyer hat uns das hier wieder demonstriert –,

(Axel Wintermeyer (CDU): Wir haben wenigstens etwas zu zeigen!)

nämlich die Teilprivatisierung der JVA Hünfeld, die Modernisierung der Justiz – normalerweise ist auch die elektronische Fußfessel noch dabei; dazu hat wahrscheinlich bei Ihnen die Zeit nicht gereicht – und das elektronische Grundbuch, lieber Kollege Wintermeyer, sind allesamt Projekte, die wir in der letzten Legislaturperiode gemeinsam als FDP und CDU angestoßen haben. Sie machen hier also nichts Neues. Das sind alles Ideen, die bereits in der alten Regierung unter Ruth Wagner und Roland Koch geboren waren.

(Axel Wintermeyer (CDU): Flächendeckende Videokonferenz ist etwas Neues!)

Sie führen sie nun dankenswerterweise fort. Ansonsten, Herr Kollege Wintermeyer, ist der Einzelplan des Justizministeriums von Einsparungen an der falschen Stelle und vom Mangel an intelligenten strukturellen Veränderungen gekennzeichnet.

Zum Thema Einsparungen an der falschen Stelle. Der Kollege Dr. Reuter hat es schon angesprochen: Der Abbau von Richterstellen und von nicht richterlichem Personal bei gleichzeitig steigenden Eingangszahlen führt zu längeren Prozesslaufzeiten.

(Axel Wintermeyer (CDU): Steigende Arbeitszeiten: 42 Stunden!)

Herr Kollege Wintermeyer, das zahlt der Bürger und nicht Sie, weil der Bürger später zu seinem Recht, d. h. in der Regel später zu seinem Geld kommt. Dass sich das zurzeit noch nicht besonders deutlich in den Prozesslaufzeiten, die wir in der Statistik haben, auswirkt, liegt allein am Einsatz der Mitarbeiter. Ihnen haben wir das zu verdanken. Das liegt aber nicht daran, dass das Prinzip grundsätzlich falsch ist.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Zweiter Punkt: Resozialisierung im Justizvollzug. Auch die Resozialisierung wird bei Ihnen weiterhin – wie schon letztes Jahr – marginalisiert. Früher, in der letzten Legislaturperiode, in Zusammenarbeit mit der FDP, waren Sicherheit und Resozialisierung zwei Seiten derselben Medaille. Bei Ihnen wird nun in der Resozialisierung gekürzt. Sie haben schon im Jahr 2004 gesenkte Ansätze bei den Titeln für Untersuchungshaftvermeidung, Bewährungshilfe, Entlassungsvorbereitung für Gefangene und ehrenamtliche Betreuung gehabt. Alles das sind Bereiche, die dazu führen werden, dass wir höhere Rückfallquoten bekommen werden.

(Axel Wintermeyer (CDU): Schwarzmalerei!)

Dies wird – darauf ist schon hingewiesen worden – anhand der Kosten der Haftplätze, die 85 € pro Tag betragen, wesentlich teurer für die Bevölkerung. Das ist also wieder eine Stelle, wo dumm gekürzt, aber nicht intelligent gespart wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, die FDP stellt an dieser Stelle Änderungsanträge zum Haushalt, um diese unsachgemäßen Kürzungen rückgängig zu machen. Leider sind sie im Haushaltsausschuss abgelehnt worden. Dumm gekürzt ist dies auch, Herr Kollege Wintermeyer, da man diese Kürzungen mit intelligenten strukturellen Veränderungen – so, wie die FDP sie auch dieses Jahr wieder vorschlägt – vermeiden könnte, weil man mehr Geld hätte, und darüber hinaus noch Mehreinnahmen erwirtschaften könnte.

(Axel Wintermeyer (CDU): Schaufensteranträge!)

Welche strukturellen Veränderungen meine ich? Erstens: die Einführung eines zentralen elektronischen Schuldnerverzeichnisses.

(Axel Wintermeyer (CDU): Sonst sind Sie doch immer für den Datenschutz! Sie machen es so, wie Sie es wollen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit über einem Jahr ist dies die Beschlusslage dieses Hauses. Herr Wintermeyer, auch Sie haben dem damals zugestimmt. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern. Doch obwohl die Umsetzung eines elektronischen Schuldnerverzeichnisses anstelle vieler Karteikästen an 58 Gerichtsstandorten sowohl Sach- als auch Personalkosten sparen würde: im Einzelplan 05 Fehlanzeige.

Zweiter Punkt: Privatisierung bei den Gerichtsvollziehern. Hier hätten wir als Vorteile erstens verkürzte Wartezeiten für die Gläubiger zu verzeichnen, die nämlich auch die Chance hätten, nicht nur einen Titel, sondern irgendwann einmal Geld in der Hand zu halten, und zwar möglichst bevor ihr Schuldner Pleite gegangen ist.

Zweiter Vorteil wäre die Stärkung des Berufsbildes des Gerichtsvollziehers, und dritter Vorteil wären erhebliche Entlastungen für den Justizhaushalt in Höhe von ca. 20 Millionen € pro Jahr, wenn erst einmal die Überführung komplett wäre.

(Axel Wintermeyer (CDU): Sie wissen aber auch, dass das nicht im hessischen Alleingang geht!)

Andere Bundesländer – so viel zum Thema Vorreiterstellung in Hessen, Herr Kollege Wintermeyer – machen sich hier schon längst auf den Weg.

(Axel Wintermeyer (CDU): Aber können es nicht umsetzen!)

Dritter Punkt: Wirtschaftskriminalität, Schwerpunktstaatsanwaltschaft. Die Einführung einer solchen Schwerpunktstaatsanwaltschaft würde uns nicht nur eine verbesserte Strafverfolgung bei den Themen Korruption, Börsenstraftaten, organisierte Kriminalität, Geldwäsche und Insiderhandel bringen,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

nein, durch die verstärkte Vermögensabschöpfung

(Axel Wintermeyer (CDU): Das machen wir doch heute schon!)

und erhöhte Geldbußen würden auch Mehreinnahmen von ca. 11 Millionen € netto – 11 Millionen € netto – im Jahr im Justizressort zu verzeichnen sein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Axel Wintermeyer (CDU): Milchmädchenrechnung!)

Herr Kollege Wintermeyer und Herr Staatssekretär Landau, ich frage Sie, warum Sie diese Chance nicht er-

greifen. Haben Sie etwas gegen Mehreinnahmen? Wüssten Sie diese nicht zu verwenden? Oder sind Sie auf dem Auge der Weiße-Kragen-Kriminalität blind?

(Boris Rhein (CDU): Eieiei!)

Dass Ihre Einsatzreserve, auf die der Herr Staatssekretär sicherlich in seiner Erwiderung eingehen wird, die noch zu viel mehr in den Einsatz geht als nur für die Wirtschaftskriminalität, nicht reicht, zeigt doch Ihr eigener Nachtragshaushalt für das Jahr 2004.

Sie müssen die entsprechenden Einnahmepositionen bei der Staatsanwaltschaft um 6 Millionen € reduzieren. Bei den ordentlichen Gerichten müssen Sie den Ansatz sogar um 20 Millionen € nach unten korrigieren. Das heißt, Mehreinnahmen, von denen Sie eben in Ihrem Zwischenruf gesprochen haben – Fehlanzeige. Trotzdem behalten Sie für den Haushaltsentwurf 2005 die hohen und damit geschönten Ansätze bei und rechnen sich so Ihren Haushalt gesund. Dazu kann ich nur sagen: Das sind Taschenspielertricks, Herr Staatssekretär, aber wir haben Sie erlappt.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur an diesem Punkt mangelt es aber ganz offensichtlich am handwerklichen Können. Ein erstes Beispiel dafür ist die Neuordnung der Amtsgerichte. Damit wir uns nicht falsch verstehen: Grundsätzlich ist die Konzentration von Amtsgerichtsstandorten der richtige Ansatz. Nur: Die richtigen Standorte zu finden ging ganz offensichtlich gehörig in die Hose, Herr Staatssekretär, und zwar deswegen, weil man mit den Betroffenen nicht gesprochen hat, sondern sie vor einem Jahr per Fax informierte, als Herr Staatsminister Grüttner hier die große Grundsatzrede dazu hielt, und weil man offensichtlich die Strukturen vor Ort nicht kannte. Deswegen haben wir jetzt über ein Jahr auf das umsetzende Gesetz warten müssen. Sie haben 50 % Ihrer Vorschläge vom 13. September letzten Jahres korrigieren müssen. Sehr viel besser ist die Neuordnung dadurch nicht geworden.

(Beifall bei der FDP)

Zweites Beispiel: die Widerspruchsverfahren. Geplant ist die Abschaffung der Widerspruchsverfahren auf breiter Front, auch in Bereichen, z. B. dem Baurecht, wo die bayerischen Parteifreunde, an die Sie sich doch immer sehr stark anlehnen, die Abschaffung der Widerspruchsverfahren wieder rückgängig gemacht haben, weil diese teuer gekommen ist, als es vorher war. Aber gut, Sie planen nach wie vor die Abschaffung der Widerspruchsverfahren auf breiter Front. Ein entsprechender Referentenentwurf befindet sich im Stimmungsverfahren.

Die Abschaffung der Widerspruchsverfahren wird zu einer Steigerung der Zahl der verwaltungsgerichtlichen Prozesse führen. Diese verwaltungsgerichtlichen Prozesse – das kann jeder nachvollziehen – sind wesentlich teurer als die Widerspruchsverfahren, allein schon deswegen, weil die Arbeitskraft eines Richters wesentlich mehr kostet als die Arbeitskraft eines Sachbearbeiters bei einem Regierungspräsidium oder bei den Kommunen.

Wird im Haushaltsplanentwurf 2005 Vorsorge für erhöhte Kosten der Verwaltungsgerichtsbarkeit getroffen? Fehlanzeige. Da stellt man sich natürlich die Frage, Herr Staatssekretär, ob Ihr Justizressort unterjährig das Geld vom Innenminister bekommt, der dann dankenswerterweise entsprechende Einsparungen bei seinen Sachbearbeitern zu verzeichnen hat, oder ob Sie das Projekt end-

gültig aufgegeben haben. Ich hoffe für uns und die hessischen Bürgerinnen und Bürger, ehrlich gesagt, Letzteres.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Fazit: Der Einzelplan Justiz für das Haushaltsjahr 2005 ist konzeptionslos, aber sicher nicht alternativlos.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Für die Landesregierung hat Herr Staatssekretär Landau das Wort.

Herbert Landau, Staatssekretär im Ministerium der Justiz:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Die Justiz in Hessen ist sehr gut aufgestellt. Sie ist außerordentlich leistungsstark, und sie genießt bundesweit hohes Ansehen. Ihre Erfolge beruhen vor allem darauf, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Aufgaben mit großem Engagement, mit Pflichtbewusstsein und hoher Sachkompetenz erfüllen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Trotz oder wegen der Landesregierung?)

Ich halte es deswegen für meine Pflicht, diese Gelegenheit zu nutzen, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der gesamten hessischen Justiz meinen Dank und meine Anerkennung auszusprechen – insbesondere auch der hessischen Rechtspflegerschaft dafür, dass sie der Hauptleistungsträger der Modernisierungsoffensive seit dem Jahre 1999 war.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Wir tragen damit dem hohen Stellenwert der dritten Gewalt Rechnung, der ihr von der Verfassung her zukommt. Der Rechtsstaat ist auf die Akzeptanz der Menschen angewiesen. Das Vertrauen, das wir brauchen, muss jeden Tag neu erarbeitet werden. Das Wirken der hessischen Justiz in den letzten Jahren, seit 1999, hat zu dem hohen Vertrauen in den Rechtsstaat ganz wesentlich beigetragen.

Lassen Sie mich exemplarisch vier Bereiche hervorheben, die für die Erfolge der hessischen Justiz stehen.

Erstens. Der hessische Vollzug ist so sicher wie nie.

(Beifall bei der CDU)

Im geschlossenen Männervollzug sind die Missbräuche bei Urlaubsmaßnahmen seit 1998 um 96 % gesunken.

Zweites Beispiel: Im Bereich der Strafverfolgung hat die hessische Justiz in den letzten Jahren völlig neue Akzente gesetzt. Die Gewinnabschöpfung ist hierfür ein besonders eindrucksvolles Beispiel. Es ist im Jahre 2003 gelungen, Verbrechensgewinne in Höhe von insgesamt 22,1 Millionen € sicherzustellen. Gegenüber dem Vorjahr, in dem 13,3 Millionen € sichergestellt wurden, bedeutet dies eine Steigerung um 70 %. Allein 9,9 Millionen € kamen den Opfern selbst zugute.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Frau Beer – Ihre Sympathiebekundungen erwidere ich von hier aus gern –, deshalb bedarf es keiner Schwerpunktstaats-

anwaltschaft. Eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft wäre nur ein neues bürokratisches Gebilde mit einem hohen finanziellen Aufwand, das keinen konkreten Nutzen für die Strafverfolgung hätte.

(Widerspruch bei der FDP)

Wir setzen auf flexible Einheiten. Wir setzen auf die Eingreifreserve.

(Nicola Beer (FDP): Acht Leute, ich bitte Sie!)

Die Eingreifreserve hat im letzten Jahr zehnmal so viele Verfahren erfolgreich abgeschlossen, nämlich 252, als im Jahr zuvor. Die Gewinnabschöpfung ist dabei eines der wichtigsten Beispiele. Ihre Parteifreunde in Baden-Württemberg, das einen FDP-Justizminister hat, sehen das so. Die Eingreifreserve ist ein Exportschlager. Die Baden-Württemberger werden das genauso machen wie die Hessen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Die haben auch nicht so viel Kriminalität wie wir! Die sind Provinz!)

Wir haben in Frankfurt einen Schwerpunkt für die Bekämpfung von Kapitalmarktdelikten gesetzt. Alle Verfahren werden in Frankfurt konzentriert. Die dortige Staatsanwaltschaft hat ein Kompetenzzentrum für Kapitalmarktdelikte aufgebaut, auf dessen Wissen und Erfahrung deutschlandweit zurückgegriffen wird. Dadurch leistet die Justiz einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Finanzplatzes Frankfurt am Main.

Auch wenn es schon mehrfach erwähnt worden ist: Ich nenne als drittes Beispiel das elektronische Grundbuch. Ich bin stolz darauf, dass wir in so kurzer Zeit das elektronische Grundbuch bei allen hessischen Amtsgerichten eingeführt haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Teil wird tagfertig gearbeitet: Eingang morgens, Erledigung abends. Das ist bundesweit einmalig. Das ist ein ganz wichtiger Beitrag für den Wirtschaftsstandort Hessen.

Viertes Beispiel: Resozialisierung. Sie können noch so oft die Behauptung wiederholen, dass wir die Resozialisierung vernachlässigen würden. Diese Behauptung ist falsch. Unsere Anstrengungen im Interesse der Sicherheit der Menschen bedeuten kein Zurückdrängen der Resozialisierung. Im Gegenteil, wir werden für die Resozialisierung 2005 600.000 € zusätzlich zur Verfügung stellen, da der Bund sämtliche Förderzuschüsse gestrichen hat. Diese zusätzliche Ausgabe dient der Ausbildung der Gefangenen und der Gefangenenarbeit – einer der wichtigsten Resozialisierungsfaktoren überhaupt.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben, das ist bundesweit einmalig, ein Jugendstrafvollzugskonzept vorgelegt, das in erster Linie auf die Resozialisierung der jungen Menschen abzielt.

Wir befinden uns in schwieriger Zeit. Ich habe es immer als selbstverständlich erachtet, dass sich auch die Justiz trotz des Umstands, dass aufgrund der bundesrechtlichen Rahmenvorgaben der Umfang unserer Aufgaben nicht vermindert werden kann, an den Einsparbemühungen beteiligt. Wir werden bis 2008 787 Stellen erbringen. Wir betrachten das als eine große Herausforderung. Man muss allerdings sehen: Mehr als die Hälfte dieser Stellen sind Produktivitätsgewinne infolge von Mehrarbeit.

Was nicht durch Mehrleistung erwirtschaftet werden kann, das wollen wir durch unsere enormen Anstrengungen im Bereich der Modernisierung leisten. Wir haben für Modernisierungen in den letzten vier Jahren 102 Millionen € zusätzlich ausgegeben. Das sucht bundesweit eine Entsprechung. Das wirkt sich im Übrigen schon ganz konkret aus. Sie haben die Verfahrenslaufzeiten als Beispiel bemüht. Ich kann Ihnen dazu eine Zahl nennen: Die Erledigungsquote bei den Staatsanwaltschaften ist von 2002 auf 2003 um 7 % gestiegen. Der Bestand unerledigter Verfahren ist um 8,8 % abgebaut worden. Das sind Erfolge unserer Binnenmodernisierung.

Wir werden mit dem Haushalt 2005 und in den Jahren danach die hessische Justiz unbeirrt weiter fit für die Zukunft machen. Die Herausforderungen veranlassen uns nicht zum Jammern und zum Wehklagen, sondern nur zur Besinnung auf unseren Auftrag, auf unsere eigene Leistungsfähigkeit und auf unsere Pflichterfüllung. Das erwarten die hessischen Bürgerinnen und Bürger von uns, und das wird die hessische Justiz auch leisten.

Zwei Wege müssen zur Erreichung dieses Ziels ganz konsequent beschritten werden. Der erste Weg ist der der weiteren Modernisierung und der Verbesserung der Strukturen. Der zweite Weg – darüber ist überhaupt nicht gesprochen worden – ist die Verschlinkung des Rechtsstaats durch Veränderungen im Bundesrecht.

Zu dem Punkt „Modernisierung und Strukturverbesserung“ will ich wiederum vier Beispiele nennen. Modernisierung ist kein einmaliger technischer Vorgang. Wir sind finanziell in die Lage versetzt worden – wir danken dem Herrn Finanzminister sehr für sein Verständnis –, die EDV-Systeme alle vier Jahre zu erneuern. Das finden Sie in keinem anderen Bundesland.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollen hervorragende Leistungen anerkennen. Deshalb führen wir Gruppenleiterstellen neu ein, in einem ersten Schritt eine für jede Staatsanwaltschaft. Wir denken, dass die besonderen Verpflichtungen der Staatsanwaltschaften dadurch sichtbar honoriert werden müssen.

Drittens. Wir haben ganz erfolgreich ehrgeizige Um- und Erweiterungs- und Neubauten in die Wege geleitet. Wo hat es das in den letzten 15 Jahren gegeben? Ich nenne nur stichwortartig: Die Staatsanwaltschaft Wiesbaden zieht um, in der nächsten Woche können Sie die Einweihung mitfeiern. Justizzentrum Darmstadt, Justizzentrum Offenbach, Justizzentrum Kassel, und wir sind in der Vorbereitung des Justizzentrums in Wiesbaden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg. Norbert Schmitt (SPD) und Nicola Beer (FDP))

Punkt vier. Man muss neue Ideen haben – Justizvollzugsanstalt Hünfeld. Hier danke ich dem ehemaligen Koalitionspartner ausdrücklich und ganz herzlich für die Kreativität bei der Verfolgung dieses gemeinsamen Zieles.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt kuscheln Sie zurück! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ach, ist das schön!)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatssekretär, gestatten Sie Zwischenfragen?

(Staatssekretär Herbert Landau: Ja, bitte!)

– Herr Dr. Jürgens, bitte.

Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Landau, ist es nicht zutreffend, dass der Grundstein für das Justizzentrum Kassel von dem damaligen Justizminister Rupert von Plottnitz gelegt wurde?

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Staatssekretär.

Herbert Landau, Staatssekretär im Ministerium der Justiz:

Das lässt sich nicht bestreiten. Aber wie viele Grundsteine für Gebäude sind schon in der Regierungszeit Wallmann gelegt worden, die dann ihre Nachfolgerregierungen eingeweiht haben?

(Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Nein, wir setzen diese Dinge nicht nur fort, sondern wir bringen auch neue Ideen mit.

Neue Ideen: Die Justizvollzugsanstalt Hünfeld ist 15 % billiger durch Teilprivatisierung. Herr Dr. Jürgens, Sie wissen ganz genau, dass wir die Streitfragen, die Sie immer wieder neu aufrühren, sorgfältig verfassungsrechtlich durch renommierte Verfassungsrechtler geprüft haben, jede einzelne Tätigkeit. Sie werden an diesem Konzept nichts deuteln können. Das Land spart monatlich 55.000 € an Betriebskosten.

Ich überlege derzeit, da andere Bundesländer – Nordrhein-Westfalen, rot-grün; Baden-Württemberg, FDP-Justizministerium –

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Guter Mann, Professor!)

zu uns kommen und unsere Konzepte nachfragen, ob wir unser Know-how nicht dorthin verkaufen müssen. Wir können das nicht mehr im Amtswege weitergeben. Wir sind im Vergaberecht und all diesen Dingen so weit fortgeschritten, dass wir auch über die Vermarktung unseres Know-hows in diesem Bereich nachdenken müssen.

Hünfeld geht nicht – wie in anderen Bundesländern – im nächsten Jahr ohne Stellen und Geld ans Netz, sondern mit Stellen und mit Geld.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der zweite Punkt ist sehr viel wichtiger. Wir müssen auch die rechtlichen Rahmenbedingungen verändern. Wir müssen uns von der Rechtshypertrophie der letzten Jahrzehnte verabschieden. Wir müssen verschlanken, vereinfachen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Im Bundesrat haben wir das bereits durch viele Initiativen getan, im Strafprozess mit der Verlängerung der Unterbrechungsfrist. Wir wollen auch eine Verschlinkung der Rechtsmittel. Unser Vorschlag ist das Wahlrechtsmittel. Es ist nicht einzusehen, dass ein Diebstahl in drei Instanzen verhandelt werden kann, ein Mord dagegen nur in zwei. Da sind wir der Meinung, es genügen eine Tatsacheninstanz und eine Rechtsmittelinstanz.

(Zurufe von der CDU: Sehr richtig!)

Deshalb sind wir für die funktionale Zweigliedrigkeit und natürlich auch für die Prüfung der Regulierungsmög-

lichkeiten. Sie wissen ganz genau, dass das Thema der Privatisierung der Gerichtsvollzieherdienste, die Übertragung an beliebige Unternehmer, in der Prüfung ist. Sie können das noch so oft anmahnen, das braucht seine Zeit. Das ist eine spannende verfassungsrechtliche Frage.

(Nicola Beer (FDP): Ich frage einmal nach, bevor ich in Rente gehe!)

Wir werden diese Dinge sehr positiv weiter begleiten. Morgen wird der Justizminister bei der Justizministerkonferenz die Vorschläge der Staatssekretärsrunde dazu vertreten.

Ich komme zum Schluss. Im Haushaltsplan 2005 sind die erforderlichen Personal- und Sachmittel für eine effektive Aufgabenerfüllung der hessischen Justiz veranschlagt. Die Investitionen in Rechtssicherheit, Rechtsfrieden und in einen modernen Justizvollzug stellen sicher, dass wir als dritte Gewalt auch im nächsten Jahr unseren verfassungsmäßigen Auftrag erfüllen können.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei der Regierungsfraktion für die Unterstützung und die vielen hilfreichen Anregungen. Aber ich bedanke mich auch bei allen anderen Fraktionen für die Bereitschaft zur sachlichen Auseinandersetzung und – Herr Jürgens – meistens auch zur unpolitischen Auseinandersetzung. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine unnötige Schärfe!)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, damit ist die Aussprache zum Einzelplan 05 abgeschlossen. Denn mir liegt keine weitere Wortmeldung dazu vor.

Wir kommen dann zum

Einzelplan 06 – Hessisches Ministerium der Finanzen –
inklusive

Einzelplan 17 – Allgemeine Finanzverwaltung –
und

Einzelplan 18 – Staatliche Hochbaumaßnahmen –
Gleichzeitig rufe ich **Tagesordnungspunkt 25** auf:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Ausverkauf Hessens durch falsches Immobilienmanagement der Landesregierung – Drucks. 16/2725 –

Als Erstem erteile ich Herrn Abg. Norbert Schmitt für die Fraktion der SPD das Wort.

Norbert Schmitt (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Leider haben wir es bei diesem Haushaltsplan, den wir heute in zweiter Lesung beraten, mit einem Haushaltsplan zu tun, der einen fortgesetzten Verfassungsbruch in Tateinheit mit Verschwendungssucht darstellt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Er stellt auch einen Verfassungsbruch in Tateinheit mit Vermögensentwertung für das Land Hessen dar. Das vierte Mal hintereinander liegt die Nettoneuverschuldung über der Verfassungsgrenze. Das ist auch ein weiterer Weimar-Koch-Negativrekord.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bisher waren die Länder Saarland, Bremen und Berlin für ihre Haushaltsnotlagen bekannt. Ihre Haushalte waren immer auf Kante genäht, und dort lag in vielen Jahren die Nettoneuverschuldung über der Verfassungsgrenze.

Mittlerweile ist ein weiteres Land zu diesen Haushaltsnotlagenländern hinzugekommen: das Land Hessen. Das ist eigentlich ein unglaublicher Vorgang. Ein so reiches, ungeheuer wirtschaftsstarkes Land wie Hessen – trotz der Regierung Koch – ist mittlerweile in die Situation der Haushaltsnotlagenländer Saarland, Bremen und Berlin hineingerutscht. Das ist der Fakt. Zum vierten Mal hintereinander gibt es hier einen verfassungswidrigen Haushalt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister Weimar, bei Ihnen wird der Verfassungsbruch leider zur Systematik und zur Regel. Zum vierten Mal hintereinander wird die Verfassungsgrenze überschritten – und nicht nur um wenige Millionen, sondern volle Pulle, allein in diesem Jahr um über 280 Millionen €. Auch über den Nachtrag 2004 haben wir schon diskutiert. Dort ist die Summe noch viel höher. Mit Ihrer Politik haben Sie tatsächlich ein reiches Land in die Pleite geführt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nun wissen wir alle, die Einnahmesituation ist schwierig. Aber die schlechte hessische Haushaltssituation hat auch in den Ausgaben ihre Ursachen. Ich möchte das wiederholen, es ist mir heute Morgen etwas zu kurz gekommen. Herr Kollege Walter und Herr Kollege Al-Wazir haben es angesprochen: In dem Jahr 2005, also einem Jahr, in dem die Einnahmen sicherlich nicht so steigen werden, wie wir das alle erhofft haben, schaffe es diese Landesregierung, den Haushalt um 1,7 % zu steigern.

(Günter Rudolph (SPD): Beachtliche Leistung!)

Das ist ein klarer Verstoß gegen die Vereinbarung auf Bund-Länder-Ebene zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Es ist richtig, was heute Morgen gesagt wurde: Hätten Sie die Steigerungen von Rot-Grün eingehalten – das waren in den letzten Jahren sogar Minushaushalte –, dann hätten Sie keine „Aktion düstere Zukunft“ gebraucht, sondern Sie hätten sogar einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Natürlich gibt es Einnahmeausfälle. Aber eines ist doch auch klar: Die katastrophale finanzpolitische Lage dieses Landes hat etwas mit Ihrer Ausgabenpolitik zu tun und damit, dass Sie – insbesondere unter Beteiligung der FDP – über Jahre hinweg viel mehr Geld ausgegeben haben, als es den Finanzen dieses Landes zumutbar ist.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt haben wir die Quittung. Der vierte Verfassungsbruch hintereinander geht in diesem Jahr einher mit einer nie da gewesenen Entreichung des Landes Hessen. Herr Weimar, Sie haben in Ihrem „FR“-Interview – dafür bin ich Ihnen wirklich dankbar – gesagt, Sie wollen das Geld aus diversen Verkäufen für Investitionen einsetzen. Schauen wir uns also den Haushaltsplan für nächstes Jahr an.

Sie haben Nettoinvestitionen nach KFA – das können Sie auf Seite 24 der mittelfristigen Finanzplanung des Landes nachlesen, das sind also Ihre eigenen Zahlen – in Höhe von 830 Millionen € vorgesehen. Sie wollen aber Vermö-

gen in Höhe von 850 Millionen € verkaufen. Alleine diese Gegenüberstellung macht deutlich: Ihr Haushaltsplan 2005 ist eine klare Entreichung des Landes. Dass der Erlös aus den Verkäufen eingesetzt wird, um Investitionen zu tätigen, ist schlicht die Unwahrheit, Herr Finanzminister.

(Beifall bei der SPD)

Um sich vorstellen zu können, auf welchem Niveau wir in Hessen angekommen sind und was alles nach Auffassung des Finanzministers getan werden muss, um die Haushaltsnotlage, von der wir hier reden, in den Griff zu bekommen, lohnt sich ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung. In den Jahren 2005 bis 2008 sollen durch den Verkauf von Sachvermögen sage und schreibe 2,6 Milliarden € eingenommen werden. Sachvermögen mit einem Wert von insgesamt 2,6 Milliarden € will Herr Weimar bis zum Jahr 2008 in Hessen verkaufen. Ein klareres Zeichen als diesen tiefen Eingriff in das Vermögen gibt es überhaupt nicht mehr, dass diese Landesregierung am Ende ist und dass das Land Hessen pleite ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne ein Beispiel, über das wir schon diskutiert haben: die Gutleutstraße in Frankfurt. Das ist das erste greifbare Beispiel dafür, wie im Land Hessen mit Vermögen umgegangen wird. Wir sagen, das ist ein schlechtes Geschäft. Sie wenden pro Jahr mindestens 2 Millionen € mehr auf, als Sie hätten aufwenden müssen, wenn Sie stattdessen Geld am Kapitalmarkt aufgenommen und nicht verkauft hätten. Etwa 2 Millionen € jährlich auf 30 Jahre gerechnet – 60 Millionen € kostet dieses Geschäft das Land Hessen.

Was sagt Herr Weimar in dem „FR“-Interview dazu? Er sagt: „Wir werden demnächst eine detaillierte Berechnung vorlegen.“ Meine Damen und Herren, das Geschäft ist bereits getätigt. Es hängt nur noch davon ab, ob der Haushaltsausschuss dem zustimmt. Das ist aber typisch Finanzminister Weimar. Es erinnert stark an die Burg Staufenberg. Nachdem ein Geschäft getätigt worden ist, legt man „demnächst“ eine Berechnung vor.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eigentlich unglaublich. Es zeigt die ganze Unsolidität dieses Geschäftes und auch dieser Landesregierung.

(Beifall bei der SPD – Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

Sie sagen dann, es handele sich um eine strategische Planung. Diese Strategie muss aber kurzfristig erfunden worden sein; denn in der mittelfristigen Finanzplanung vom letzten Jahr haben Sie noch keine Verkäufe in dieser Höhe vorgesehen. Im Haushaltsausschuss haben Sie bis vor einem halben Jahr noch nichts davon berichtet. Das muss also eine kurzfristig angelegte Strategie sein. Ihre strategische Planung – Sie können sagen, was Sie wollen, aber das liegt auf der Hand – hängt damit zusammen, dass es Fehlplanung und Chaos gegeben hat und dass Sie jetzt versuchen, über Panikverkäufe Geld in den Haushalt einzustellen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Herr Weimar, Sie haben gestern viele Pfeile in Richtung Berlin abgeschossen. 80 % Ihrer Rede bestanden in einer Auseinandersetzung mit der Berliner Politik. Dazu muss ich sagen: Ausgerechnet Sie schießen Pfeile in Richtung Berlin ab. Sehen Sie sich einmal die mittelfristige Finanzplanung an. Für das Jahr 2005 waren 585 Millionen € glo-

bale Steuermehreinnahmen vorgesehen. Wir haben im Haushaltsausschuss mehrmals versucht, herauszubekommen, was der Finanzminister damit meint. Wie sollen diese Steuermehreinnahmen erzielt werden? Bis heute wurde uns eine Antwort auf diese Frage verweigert.

Es ist klar: Wer dermaßen wolkig von irgendwelchen Steuermehreinnahmen redet, bekommt bei der Haushaltsaufstellung Probleme und muss auf Luftbuchungen und Luftnummern zurückgreifen. Am Ende wird er einen solch katastrophalen Haushaltsplan vorlegen, wie wir ihn hier vorfinden; denn nichts ist durchgeplant, und im Finanzministerium herrscht mit diesem Finanzminister an der Spitze das typische Chaos.

(Beifall bei der SPD)

Wie gesagt, 585 Millionen € Steuermehreinnahmen waren eingeplant. Gleichzeitig sagt die Landesregierung, dass sie keine Steuererhöhungen vornehmen wolle. Von demselben Pult aus wird aber geklagt – wie es Herr Weimar und Herr Koch heute Morgen taten –, dass es zu hohe Steuerausfälle gebe. Wie das zusammenpasst, weiß ich nicht. Aber eines ist sicher: Durch Ihre Mehrheit im Bundesrat verhindern Sie, dass Steuermehreinnahmen in Höhe 17,5 Milliarden € erzielt werden. Das wären allein für Hessen ca. 600 Millionen €. Diesen Betrag blockieren Sie durch Ihre Mehrheit. Das macht Ihre Doppelstrategie deutlich.

Dabei fordert der Sachverständigenrat die CDU auf, im Bundesrat endlich ihre Blockade bei dem Abbau von Steuersubventionen aufzugeben. Auch wir fordern Sie auf: Geben Sie diese Blockade endlich auf. Sorgen Sie dafür, dass Bund, Länder und Gemeinden endlich wieder über höhere Steuereinnahmen verfügen.

(Beifall bei der SPD)

In der Debatte um die Erbschaftsteuer hat der Ministerpräsident heute lächerliche Zahlen genannt. Wir wollen – dazu bekennen wir uns –, dass eine Vermögensteuer eingeführt wird. Es ist sinnvoll und gerecht, eine Vermögensteuer bei denjenigen zu erheben, die über Vermögen verfügen. Angesichts der Debattenbeiträge, die die CDU heute und in den letzten Wochen geleistet hat, muss ich allerdings eines sagen: Vielleicht könnte man durch das Erheben einer „Unvermögensteuer“ noch mehr Geld einnehmen. Was meinen Sie, wie viel Herr Stoiber, Herr Koch, Frau Merkel und Herr Weimar zahlen müssten? Sie müssten Millionen von € zahlen, wenn man eine „Unvermögensteuer“ einführt. Wir müssten wirklich untersuchen, ob wir das nicht machen sollten.

(Beifall bei der SPD)

Der Haushalt für das Jahr 2005 stellt einen fortgesetzten Verfassungsbruch dar. Er ist unsolid und bedeutet eine Entreichung des Landes. Das geht mit einer Verschwendungssucht einher. Er steigt um 1,7 %, z. B. durch den Kauf des Schlosses Erbach und durch den Anstieg der Verfügungs- und Repräsentationsmittel. Herr Metz ist mit seinen Meinungsäußerungen inzwischen recht vorsichtig geworden. Der Haushalt steigt auch aufgrund der Kosten, die für die Rennbahn, den Weinkeller, durch SAP und durch Zuschüsse an die Vertriebenen anfallen. Das macht deutlich, dass Sie gar keinen Sparwillen haben.

Aber dieser Haushalt ist auch kommunalfeindlich. Er betrügt die Kommunen um 150 Millionen € im Kommunalen Finanzausgleich. Das ist der eigentliche Skandal. Obwohl der Finanzminister zugibt, dass das Land durch die Steuerreform nicht stärker belastet wird als die Kommu-

nen, sind dem Kommunalen Finanzausgleich in drei Haushaltsjahren hintereinander jeweils 50 Millionen € entzogen worden. Der Finanzminister gibt zu, dass das eine Fehlberechnung war. Es war kein böser Wille. Aber diese Gelder müssten jetzt wieder zugeführt werden. An diesem Punkt weigert sich die Landesregierung jedoch. Deshalb sagen wir Ihnen: Diese Landesregierung ist auch noch kommunalfeindlich.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, zu Ihrer Orientierung: Ihre Redezeit ist gleich vorbei.

Norbert Schmitt (SPD):

Die CDU hat dieses Land heruntergewirtschaftet. Hessen ist bei den Finanzen auf der Ebene der Haushaltsnotlagenländer Bremen, Saarland und Berlin gelandet. Der fortgesetzte Verfassungsbruch und die Verschwendungssucht müssen in Hessen endlich ein Ende haben. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der Abg. Kaufmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht müssen wir dafür sorgen, dass die Debatte etwas lebhafter wird, und dem verehrten Herrn Finanzminister anraten, seinen Adrenalinspiegel steigen zu lassen; denn sonst geschieht etwas Schlimmes. Herr Finanzminister, der Stuhl, auf dem Sie sitzen, ist in Gefahr. Heute Morgen hat der Ministerpräsident nämlich einmal wieder von dem „prima Finanzminister“ geredet. Sie erinnern sich: Wenn er einen Kabinettskollegen „prima“ nennt, ist er nicht mehr lange im Amt. Das haben wir schon einmal erlebt. Deshalb müssen Sie aufpassen.

Der Finanzminister kann einem doppelt Leid tun, nicht nur wegen der versteckten Ankündigung, sondern auch wegen dessen, was der Fraktionsvorsitzende der CDU heute hier dargelegt hat. Herr Kollege Dr. Jung, wenn man solche Reden zur Unterstützung der Regierung hält, kann es einem in der Tat angst und bange um diese Regierung werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will nur zwei Beispiele herausgreifen, die mit den Finanzen allerdings wenig zu tun haben. Wenn es für Sie wegen der Arbeitsplätze eine wichtige Frage ist, ob eine Halle im oder neben dem Bannwald steht, sage ich Ihnen: Durch diese Maßnahme der Werft werden exakt gleich viele Arbeitsplätze geschaffen, egal ob man vorher Wald abhackt oder die Halle direkt auf das Flughafengelände stellt. Das ist der Streitpunkt. Um nichts anderes geht es. Das wollte ich sagen, um deutlich zu machen, wie hier zur Verwirrung beigetragen wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Herr Finanzminister, wenn die Unterstützung durch Ihre eigene Fraktion so schwach ist und wenn auch der Ministerpräsident ein wenig wackelt, schauen wir uns einmal an, wie Sie sich durch Ihre eigene Arbeit qualifizieren können.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Herr Kollege Boddenberg, schauen wir einmal auf die Kernkompetenz des Finanzministeriums. Das ist der Einzelplan 06, gemeinsam mit den Einzelplänen 17 und 18. Hier müsste eigentlich die finanzwirtschaftliche Kernkompetenz stecken. Wir schauen und schauen: Wo ist sie denn? Hat jemand in diesen Einzelplänen die finanzwirtschaftliche Kernkompetenz der Regierung gefunden? Wer sie gefunden hat, der melde sich und trete vor.

Wir zumindest haben nichts gefunden, obwohl wir die Einzelpläne von vorne bis hinten und wieder zurück genauestens durchgeprüft haben. Wir wissen nur, unter anderem aus Berichten, die wir im Untersuchungsausschuss zur Kenntnis nehmen mussten, dass die Steuerverwaltung in Hessen sehr miserabel organisiert ist.

Man brauchte Monate, ein Excel-Programm auf die Reihe zu bekommen, um bestimmte Daten miteinander zu vergleichen. Wenn das im Bereich der Kernkompetenz der Zustand ist – der Haushaltsplan zeigt nichts Besseres –, dann sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Steuerverwaltung sehr dafür zu beglückwünschen, dass sie trotz dieser miserablen Arbeitsbedingungen immerhin so viel gute Arbeit leisten.

Gehen wir von der Steuerverwaltung ins eigene Haus, ins Finanzministerium, und zu dem, was sich im Haushalt darstellt. Da haben wir ein nicht unerhebliches Verwirrspiel, von dem ich sage: Es ist auch absichtlich produziert. – Es gibt ein Hessisches Competence Center, ein Kapitel neue Verwaltungssteuerung, es gibt das Immobilienmanagement, das Baumanagement, den Landesbetrieb Staatsbäder, und es gibt auch die Bezügestelle, um einige zu nennen. Dauernd wird Geld neu hin- und hergeschoben, sodass der Abgeordnete – das wäre noch nicht das Allerschlimmste, weil er sich in der kursorischen Lesung schlau machen kann – und insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anscheinend nichts mehr so genau wissen.

Ein Beispiel, aus der Bezügestelle genommen und im Einzelplan 06 zu finden, mag dies verdeutlichen. Wir haben kennen gelernt, dass die Abrechnungsfälle bei der Bezügestelle unterschiedlich viel Geld kosten, nämlich für Angestellte je Fall 13,20 €, für Arbeiter 17,50 €; für Beamte sind sie etwas günstiger, nämlich 11 €.

Meine Damen und Herren, dann denkt man sich, wenn das für die eigenen genauso viel kostet und das mühsam ermittelt wurde, warum denn, wenn die Bezügestelle zugunsten Dritter arbeitet, auf einmal der Abrechnungsfall nur 12,40 € und nicht wie im anderen Fall für Angestellte 13,20 € oder für Arbeiter 17,50 € kostet. Hier stimmt doch etwas nicht. Wenn hier etwas nicht stimmt – das ist auch eingeräumt worden –, dann kann ich nur sagen: Wo ist es denn, und wie weit ist es mit der Kompetenz? Das muss doch in einem Finanzministerium gemerkt werden, ohne sich herauszureden: Na ja, im Laufe der Zeit werden wir das merken und entsprechend korrigieren.

Meine Damen und Herren, das ist schlampige Arbeit. Hier wird deutlich, dass es mit der Kernkompetenz nicht weit her ist.

Ein weiteres Beispiel. Herr Kollege Hermanns, es ist eigentlich das kleine Wunder, was man jetzt schildern muss, denn es ist – soweit ich mich erinnere – seit vielen Jahren, die Sie regieren, das erste Mal, dass ein Antrag von uns zum Haushalt Gnade vor der Mehrheit gefunden hat. Das hatten wir noch nie. Insoweit müsste man das Ereignisglückglöckchen wie an Weihnachten läuten. Letztendlich geht es um 25.000 € Mehreinnahmen.

Wenn der Haushaltsminister feststellt, dass im Einzelplan 02 der Betrag zu streichen ist, weil der Ministerpräsident nicht mehr Vorsitzender des Aufsichtsrates von Fraport ist – korrekterweise –, dann ist die Frage relativ nahe liegend, wer es jetzt ist und wo das Geld hingehört. Diese Frage wurde nicht gestellt, bzw. es wurde vergessen, es einzutragen. Das bedeutet doch nur, dass im Haushaltswesen, einem weiteren Kernkompetenzbereich, Nachlässigkeit – ich würde sagen, weil ich ein unfreundlicher Mensch bin: offensichtlich eher Schlamperei – im Finanzministerium herrscht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben keineswegs Grund – Herr Staatsminister Weimar, Sie werden es bestimmt nachher noch sagen, weil es jeder Minister mindestens dreimal in der Haushaltsdebatte sagen muss –, auf irgendwas stolz zu sein. Sie sollten lieber den Arbeitsauftrag entgegennehmen, einiges, was dringend nötig ist, in Ordnung zu bringen.

Meine Damen und Herren, bleiben wir bei der Kernkompetenz. Wir haben schon in der ersten Lesung darüber gesprochen. Die Einführung der kaufmännischen Buchführung mit den Produktkosten und der neuen Verwaltungssteuerung insgesamt sollte ein Herzstück sein. Doch wie sieht es aus? – Die CDU-Fraktion selber stellt einen Antrag, Drucks. 16/2934. Sie können sich ihn anschauen. Darin steht:

Die Leistungspläne der Kapitel 17 20, 17 36, 17 41 und 17 50 sowie der Erfolgsplan zu Kapitel 17 20 sind inkonsistent und werden ... ersetzt.

Das ist dann im Folgenden Gegenstand des Antrages. Die eigene Fraktion, die Regierungsfraktion, hat es nötig, Korrekturen wegen Inkonsistenz zu beantragen. Inkonsistenz, Inkontinenz, Inkompetenz – irgendwie scheint es im Finanzministerium nicht ganz zu stimmen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, von daher kann man zum Einzelplan 06 und zum Einzelplan 17 keine lobenden Worte finden. Ich bin einmal gespannt, wo Sie den Grund für den anschließenden Stolz finden werden.

Meine Damen und Herren, ich will eine weitere Anmerkung machen. Zum Kernbereich des Finanzministeriums gehören auch das Finanzausgleichsgesetz und damit das Finanzausgleichsänderungsgesetz. Wir haben dazu zwei Anträge gestellt, die ich Ihnen sehr ans Herz legen will und von denen ich Ihnen den ersten, der aus der Anhörung des Haushaltsausschusses heraus generiert worden ist, ganz besonders nahe lege. Mir schien im Haushaltsausschuss allgemeine Zustimmung zu sein, abgesehen davon, dass ihn der Finanzminister zunächst überhaupt nicht verstanden hat und stattdessen den Vertreter der Krankenhausgesellschaft etwas deutlich angeraunt hat.

Es geht um die Frage, ob bei Vergabe der Pauschalzuwendung nach Fallzahlen oder gewichteten Fallzahlen verteilt wird. Im Augenblick sind die Fallzahlen die Grundlage.

Wir haben beantragt, das Wort „gewichtete“ dort einzuführen, was im Übrigen – wie Sie sich erinnern werden, Herr Kollege Milde – Konsens zwischen der Hessischen Krankenhausgesellschaft und den Krankenkassen sowie den Vertretern des zuständigen Sozialministeriums war.

Als Zweites möchte ich Ihnen den Antrag zur Ergänzung des Finanzausgleichsgesetzes ans Herz legen, wo man, wenn man mehr für die Jugend tun will, vor allem auch auf sie hören und Vorschläge von ihrer Seite besonders hineinschreiben sollten, damit es eine Chance gibt, nicht nur die Interessen der Träger, sondern auch die der Jugendlichen selbst zu berücksichtigen. Sie haben in einem Antrag, der jetzt vorgelegt worden ist, auch festgestellt, dass sich im Finanzausgleichsänderungsgesetz eine kleine Schlamperei eingeschlichen hatte, dass nämlich das Kindergartengesetz falsch zitiert war.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

– Herr Kollege Reif, erinnern Sie sich nicht mehr an das, was Sie selber in der Fraktion hoffentlich beschlossen haben, an den Änderungsantrag, der genau das korrigieren soll? – Meine Damen und Herren, wir brauchen uns nicht zu wundern, dass die Finanzlage so ist, wie sie ist, denn der Finanzminister ist so, wie er ist. Wir haben ganz offensichtlich die Feststellung zu treffen, dass vieles von dem, was finanzwirtschaftlich notwendig ist, an ihm vorbeigeht und dass so sorgfältige Arbeit seine persönliche Sache nicht zu sein scheint.

Deswegen müssen seine Mitarbeiter oft Kritik hören oder es so empfinden. Ich kritisiere ausdrücklich nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Finanzministeriums. Ich kritisiere ausdrücklich den Finanzminister. Der müsste bessere Arbeit leisten. Das, was er bisher zu verantworten hat – das haben wir oft genug gehört –, ist eine maximale Verschuldung. Die Stufen eins, zwei und drei einer Verschuldungsleiter hat er alle schon eingenommen. Er sollte deshalb vielmehr sorgfältigere Arbeit machen und sich mehr darum kümmern, wo man einsparen kann, damit man demnächst verfassungsmäßige Haushalte erwarten kann.

(Frank Lortz (CDU): Eine Frechheit!)

– Der Kollege Lortz wird mich bei diesen Bemühungen unterstützen. Dafür bedanke ich mich besonders.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Milde, ich darf Ihnen für die Fraktion der CDU das Wort erteilen. Zehn Minuten sind vereinbart.

Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben teilweise zu diesem Punkt – zum Einzelplan 06 und zum Einzelplan 17 – in der Einzelaussprache gar nicht mehr gesprochen, weil ein wesentlicher Teil dieser Debatte am Vormittag gehalten wurde. Aber es hat mich doch gereizt, zu einigen Punkten noch Stellung zu nehmen. Herr Kaufmann hat mich in der Tat mit seinem Beitrag ein bisschen verwirrt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war die Absicht!)

– Das war die Absicht. Das ist Ihnen gelungen. – Wir sind mit Ihnen in der kursorischen Lesung intensivst den Haushalt durchgegangen. Ich habe großen Respekt davor, wie Sie den Haushalt in allen Einzelheiten durchgegangen sind. Aber dass Sie inzwischen so in diesen Haushalt aufgegangen sind, dass Sie Ihren Generalangriff gegen die Regierung beim Einzelplan 06 mit der Frage starten, wie genau die Produktabteilung zu berechnen ist, das hat mich doch irritiert.

Dazu muss ich Ihnen sagen: Eigentlich haben Sie nichts anderes gemacht, als diese Landesregierung gelobt, nämlich damit, dass Sie festgestellt haben, dass endlich Transparenz herrscht – Transparenz, was die Bearbeitung eines einzelnen Falles kostet. Deswegen war es richtig, dass wir auf die kaufmännische Buchführung umgestiegen sind – Schritt um Schritt –, damit das, was Sie angesprochen haben, für die Abgeordneten möglichst nachvollziehbar ist. Dass wir das geschafft haben, hat überhaupt erst dazu geführt, dass Sie solche Fragen diskutieren können. Seien wir einmal froh, dass wir das jetzt wissen. Dann haben wir ein Stück mehr Transparenz.

(Beifall bei der CDU – Roland Koch (CDU), an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gewandt: Was wollen Sie mehr als eine kaufmännische Buchführung?)

– Herr Kaufmann, Roland Koch nimmt mir es aus dem Mund. Was wollen Sie eigentlich mehr, als eine kaufmännische Buchführung? Nomen est omen. Die wird gut, Herr Kaufmann. Machen Sie sich keine Sorgen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sollte von Anfang an stimmen und man nicht wie mit der Stange im Nebel suchen!)

– Die Zahl ist da. Wir haben Ihr Wissen erhöht, was Beihilfearbeitung beim Beamten, beim Angestellten und beim Externen kostet. Wir können darüber diskutieren, ob das richtig ist, ob das 13 €, mehr oder weniger sein können.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber die Tatsache, dass wir darüber diskutieren können, verdanken Sie dieser Landesregierung und der Tatsache, dass wir, fortschrittlich, wie wir nun einmal sind, diese Art der Haushaltsführung inzwischen eingeführt haben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darauf sind Sie stolz! Das müssen Sie jetzt auch noch sagen!)

Herr Kaufmann, ich hatte mich eigentlich zu Wort gemeldet, weil wir in dieser verbundenen Debatte auch über einen Antrag der SPD-Fraktion diskutieren, bei dem es um die Frage geht, ob es richtig ist, dass das Land Immobilien verkaufen will. In der heute geführten Debatte ist mir eines aufgefallen, was in dieser Diskussion vielleicht ein bisschen zu kurz gekommen ist. Außer von den Vertretern der FDP wurde von der Opposition sehr barsch kritisiert, dass wir Gebäude verkaufen und zurückmieten wollen. Es wurde über die Berechnungsmethoden gesprochen. Herr Kollege Walter hat sich heute Morgen 20 Minuten lang über die Berechnungsmethoden, den Zinssatz und die Vergleichbarkeit mit einer Miete über 30 Jahre ausgelassen.

(Reinhard Kahl (SPD): Das war überzeugend!)

Aber eines ist doch aufgefallen: Keiner von Ihnen hatte einen Deckungsvorschlag für die 800 Millionen €, die wir

als einen wesentlichen Einnahmeposten in diesem Haushaltsentwurf haben. Weder Rot noch Grün haben hierzu Vorschläge gemacht. Die FDP braucht dazu keinen Vorschlag zu machen. Denn ihre Vertreter haben ausdrücklich gesagt, es sei richtig, was wir da machen wollen. Aber von Ihnen beiden kam kein Vorschlag, wie wir das bewerkstelligen sollen, wenn diese 800 Millionen € nicht in den Haushaltsentwurf eingestellt würden. In Ihren Berechnungen, in Ihrem alternativen Haushaltsentwurf sind diese 800 Millionen € Einnahmen genauso verbucht wie in unserem Haushaltsentwurf. Das müssen wir an dieser Stelle doch festhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Trotz allem Geschrei, das Sie hier machen, muss man sagen: Das haben Sie in Ihrem Haushaltsentwurf genauso stehen.

Sie haben über die Verschuldung geredet. Es hat mich schon gewundert, dass Herr Kollege Schmitt heute Morgen offensichtlich vor der Tür einen Kaffee getrunken hat, während der Ministerpräsident die allgemeinen –

(Zuruf)

– Ach so, er hat dazwischengerufen.

(Roland Koch (CDU): Er hat dauernd gebrüllt!)

– Er hat dauernd gebrüllt und nicht zugehört. – Ihm ist dabei offensichtlich entgangen, wie die Situation in Deutschland ist. Wir lassen es nicht gerne zu, dass es zu einer Neuverschuldung oberhalb der nach der Verfassung zulässigen Grenze kommen wird.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich dachte, Sie seien stolz darauf!)

Ich glaube, das haben wir heute Morgen ausgiebig diskutiert. Dem Herrn Kollegen Schmitt scheint aber entgangen zu sein, dass wir hier in Hessen keine Insel sind, auf der es uns entgegen dem Trend aller anderen Länder schlecht geht.

(Zuruf)

– Dazu sage ich gleich noch etwas. – Vielmehr liegt Hessen wahrlich mitten in Deutschland. Wir müssen uns der allgemeinen wirtschaftlichen Situation stellen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, wir haben überhaupt keinen Zugang zum Meer!)

– Herr Kaufmann, bleiben Sie ganz ruhig. – Was die Frage der Neuverschuldung betrifft, muss ich sagen, dass wir in der Tat eines der wenigen Länder sind, in denen ein Haushaltsentwurf eingebracht wird, der formal über der nach der Verfassung zulässigen Grenze der Neuverschuldung liegt. Das ist keine Frage. Aber wir haben heute Morgen schon einmal deutlich gehört, in welchem Ausmaß wir im Vergleich zu anderen Ländern unsere hessischen Bürger effektiv mit einer Nettoneuverschuldung belasten. Das ist die einzige Frage, um die es im Moment geht. Die gesamtwirtschaftliche Situation können wir nur marginal beeinflussen. Aber hinsichtlich der Frage, wie viel wir jedem einzelnen Bürger an Nettoneuverschuldung zumuten, muss man sagen, dass wir uns im Vergleich innerhalb Deutschlands da auf einem sehr niedrigen Niveau bewegen. Das erkennt man, wenn man sich anschaut, was in allen anderen Bundesländern der Fall ist. Die Nettoneuverschuldung wächst in Hessen deutlich niedriger, als es in allen anderen Bundesländern außer Bayern und in bestimmten Teilen in Sachsen und Baden-Württemberg der

Fall ist. Im Moment befinden wir uns auf Platz drei. Das wollen wir doch einmal festhalten: Nach Vorlage dieses Haushaltsentwurfs kann man feststellen, dass wir hinsichtlich der Nettoneuverschuldung eine sehr gute Position im bundesweiten Vergleich einnehmen.

(Beifall des Abg. Frank Lortz (CDU))

Darauf können wir in Hessen durchaus stolz sein.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt ist er wieder stolz!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Kollege Milde, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Gestatten Sie eine Frage des Herrn Kollegen Schmitt?

Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Nein, die lasse ich jetzt nicht zu. Das würde auch gar nichts bringen. Ich weiß, was Herr Kollege Schmitt zwischenfragen will. Das hat er heute Morgen schon zur Genüge getan.

Mir geht es darum, dass die Zuschauer und alle Abgeordneten, also alle Kollegen, wissen, dass wir, wenn wir über die Nettoneuverschuldung reden, berücksichtigen müssen, in welcher gesamtwirtschaftlichen Situation wir uns befinden, die Hessen aber nicht zu verschulden hat. Ich glaube, es ist heute Morgen deutlich geworden, dass das, was Hessen tun kann, in Hessen auch geleistet wird. Wir haben ein Wirtschaftswachstum von über 2 %. Das hat dazu geführt, dass die Nettoneuverschuldung niedriger als in anderen Ländern sein wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, insofern sind wir, was die Ausgabenpolitik angeht, bei diesem Haushaltsplan wirklich vorbildlich.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stolz, stolz und noch einmal stolz!)

Dazu möchte ich Ihnen noch zwei oder drei Zahlen nennen. Das Wachstum bei den Ausgaben konnte nur durch die „Operation sichere Zukunft“ gebremst werden. Darüber sollte Einigkeit bestehen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, „Operation düstere Zukunft“, da sollte es keine Begriffsverwirrung geben!)

Das Ausgabenwachstum ist vor allem geprägt durch interne Leistungsverrechnung, also durch Positionen, bei denen den Ausgaben Einnahmen gegenüberstehen. Das Wachstum bei den Ausgaben ergibt sich also zunächst einmal durch die gestiegene Transparenz. Das ist reine Technik und keine zusätzlichen Ausgaben. Vielmehr handelt es sich um Leistungsverrechnungen innerhalb des Haushalts.

Darüber hinaus muss man auch festhalten, dass der Kommunale Finanzausgleich zugunsten der Kommunen steigt. Die Steigerung wurde eben kritisiert. Am Ende, nachdem spitz abgerechnet worden ist, wird man wahrscheinlich feststellen, dass er nicht so hoch gestiegen sein wird, wie das vorher geplant wurde. Aber entgegen den Einnahmen des Landeshaushalts wird der Kommunale Finanzausgleich steigen. Das ist auch gut so.

(Reinhard Kahl (SPD): Nächste Woche reden wir noch einmal darüber!)

Insgesamt kann ich also sagen: Herr Schmitt, wenn Sie heute Morgen aufgepasst hätten, dann hätten wir uns diese Debatte sparen können.

(Frank Lortz (CDU): Sehr richtig!)

Herr Kaufmann, ich bin froh, dass wir in Zukunft im Einzelnen mit Ihnen über die Produktabgeltung diskutieren können. Zumindest bei Ihnen ist angekommen, dass wir jetzt einen transparenten Haushaltsentwurf vorlegen.

Zusammenfassend kann ich das sagen, was Herr von Hunnius gestern gesagt hat – das alles ist richtig –: Ein bisschen mehr Weimar und ein bisschen mehr Koch würde Deutschland insgesamt gut tun.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, wir sind mit diesem Haushaltsentwurf gut beraten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wird immer schlimmer!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Milde, vielen Dank. – Herr von Hunnius, Sie haben für die FDP-Fraktion das Wort.

Roland von Hunnius (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Milde, zu Beginn meiner Rede möchte ich sagen: Sie haben mich nicht ganz wortgetreu zitiert.

(Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

Ich sage das nur, damit da keine falschen Verdächtigungen auftauchen. Ich will zum Haushalt nichts mehr sagen. Das habe ich bereits gestern getan. Heute Morgen hat unser Fraktionsvorsitzender dazu schon Ausführungen gemacht. Das könnte ich nur wiederholen. Das ist jetzt aber nicht unbedingt erforderlich.

Vielmehr möchte ich etwas zum Antrag der SPD-Fraktion unter Tagesordnungspunkt 25 sagen, der sich mit der Frage des Immobilienverkaufs und deren Rückmietung beschäftigt.

Das Immobilienvermögen ist einer der großen Aktivposten in der Bilanz des Landes Hessen. Das heißt aber nicht, dass man dieses Vermögen gerade so belassen muss, wie es ist, und dass man sich einfach nur darüber freut, dass es da ist. Vielmehr muss es natürlich auch bewirtschaftet werden. Über Jahrzehnte hinweg war das Immobilienvermögen noch nicht einmal erfasst. Man wusste also noch nicht einmal genau, welche Immobilien dem Land Hessen gehören. Das mag unverständlich klingen. Aber in der Tat war es so. Wir wussten das nicht.

(Frank Lortz (CDU): Das haben wir geändert!)

Die Erfassung wurde dann in die Wege geleitet. Herr Kollege Lortz, genau, das trifft zu: Wir haben das dann geändert. – Das war die Grundvoraussetzung dafür, dass dieses Vermögen in drei Kategorien eingeteilt werden konnte.

Erstens gibt es die Kategorie der betriebsnotwendigen Immobilien. Das sind die Immobilien, die wir für die Erfüllung der Aufgaben, die das Land hat, dringend benötigen.

Zweitens gibt es die Kategorie der nicht betriebsnotwendigen Immobilien. Das sind diejenigen, die sozusagen ergänzend im Bestand gehalten werden.

Drittens gibt es die nicht veräußerbaren Immobilien. Das ist eine Kategorie, zu der die damalige Wissenschaftsministerin Wagner ihren Beitrag geleistet hat. Da geht es um die Immobilien, die aufgrund ihres historischen oder künstlerischen Wertes im Besitz des Landes Hessen verbleiben sollen und müssen.

Das sind die drei Kategorien, die gebildet wurden.

Zu der ersten Kategorie, der der betriebsnotwendigen Immobilien, heißt dies, dass sie durch das Hessische Immobilienmanagement bewirtschaftet werden müssen. Die zweite Möglichkeit besteht darin, dass sie veräußert und zurückgemietet werden.

Man kann sich durchaus auch für die zweite Möglichkeit entscheiden. Dazu hat der Herr Ministerpräsident heute Morgen schon ausgeführt, dass das in der Privatwirtschaft durchaus nicht unüblich ist. Unabhängig davon, ob es Autofabriken oder Banken betrifft, kann man feststellen: Sie alle haben sich eigentlich von der unmittelbaren Immobilienbewirtschaftung getrennt. Sie haben ihre eigenen Immobilien verkauft und zum Teil Immobilien von anderen angemietet. Sie beschränken sich jetzt auf ihr Kerngeschäft.

Ich will noch einmal für die FDP-Fraktion sagen: Wenn das gemacht werden sollte, würden wir uns natürlich über den Liquiditätseffekt freuen, der sich daraus ergibt. Aber der Liquiditätseffekt, der im Falle des Haushaltes für das Jahr 2005 mit 800 Millionen € veranschlagt ist, darf nicht der einzige Effekt bleiben.

(Beifall der Abg. Nicola Beer und Dieter Posch (FDP))

Vielmehr muss es so sein, dass sich das für das Land Hessen auch rentiert. Wir brauchen also eine detaillierte Rentabilitätsrechnung. Hierzu will ich noch einmal einen Vorschlag machen. Denn die Debattenbeiträge der Redner der SPD und der GRÜNEN haben deutlich gezeigt, dass die Kriterien für die Berechnung der Rentabilität im Landtag offenbar umstritten sind. Wir schlagen deshalb vor, dass man die Rentabilitätsberechnung einem Schema unterwirft, das vom Hessischen Rechnungshof entwickelt werden soll. Ich glaube, der ist unverdächtig, jemandem etwas Schönes in die Tasche rechnen zu wollen. Das Land könnte dann nach diesem einheitlichen Schema den Immobilienverkauf und die Rückmietung bewerten.

(Beifall der Abg. Nicola Beer und Dieter Posch (FDP))

Man kann dann abwägen, wie hoch der Verkaufspreis sein muss, welche Miete maximal gezahlt werden kann und welche Bindungsfrist maximal eingegangen werden kann. Dabei müssen sowohl die Erfordernisse des Landes als auch ökonomische Bedingungen berücksichtigt werden.

Wenn das alles gemacht wird, dann kann das eine sehr sinnvolle Angelegenheit sein. Denn wir alle wissen, dass das Immobiliengeschäft nicht das Kerngeschäft des Landes Hessen ist. Vielmehr macht das Land Hessen das schlechter als darauf spezialisierte Unternehmen. Obwohl es bei einer Bindung von 30 Jahren im ersten Augenblick nicht so klingen mag, kann das auch einen Zuwachs an Flexibilität bedeuten. Denn die Bindung, die eine eigene Immobilie beinhaltet, ist faktisch sehr viel länger als 30 Jahre.

Die zweite Kategorie, also die Immobilien, die nicht betriebsnotwendig sind, sind am Markt gezielt zu platzieren – natürlich gezielt, d. h. in dem Umfang, wie der Markt aufnahmefähig ist und sich Preise Erlösen lassen, die für das Land verträglich sind.

Die dritte Kategorie, also die Immobilien, die nicht veräußert werden, müssen durch das Land Hessen gepflegt und bewahrt werden. Ich glaube, das ist eine sinnvolle Vorgehensweise. Darum geht es, um nichts anderes. Eine Debatte über ideologische Fragen bietet sich in diesem Zusammenhang überhaupt nicht an.

(Frank Lortz (CDU): Richtig!)

Alle drei Gruppen sind wirtschaftlich zu handhaben. Man kann nicht von vornherein sagen: Hier lasse ich die Wirtschaftlichkeit enden, und da erst beginne ich damit.

Aus diesen Gründen ist der Antrag der SPD-Fraktion von der FDP abzulehnen. Er ist deshalb abzulehnen, weil wir uns einseitig festlegen würden, einen ganz bestimmten Typ der Handhabung unserer Immobilien von vornherein auszuschließen. Das kann nicht sein.

Nun wird gesagt: Wenn wir Immobilien verkaufen, dafür einen bestimmten Verkaufserlös auf den Konten des Landes Hessen verbuchen können, dann vernichten wir Vermögen. – Dazu muss ich sagen: Wenn diese Operation dazu dienen kann, dass die Neuverschuldung im Jahr 2005 geringer ausfällt, als sie sonst ausfallen würde, dann kann ich mich mit der Sache trotzdem anfreunden. Denn das heißt, dass wir schon im Jahr 2006 weniger Zinsen zahlen müssen als im Falle der Kreditaufnahme und dass auch in allen Folgejahren, also auf eine unabsehbar lange Zeit, Zinsen für einen zusätzlichen Kredit entfallen. Von dieser Seite ist es im Sinne der Nachhaltigkeit durchaus besser, als Schulden zu machen. Meine Damen und Herren, fast alles ist besser, als Schulden zu machen.

Insofern kann ich den Gedankengang der SPD und der GRÜNEN in diesem Punkt nicht verstehen. Ich will aber eines sagen: Wenn sich das Land Hessen in vermehrtem Umfang dazu entscheidet, Immobilien nicht mehr als Eigentum zu führen, sondern Immobilien zu besitzen, die sich im Eigentum anderer befinden, dann muss die Organisation des Immobilienbereichs entsprechend angepasst werden.

Wir haben eine kleine Anfrage an die Landesregierung gerichtet, um uns das Hessische Baumanagement, das Hessische Immobilienmanagement und die Hessische Landgesellschaft vergleichend darstellen zu lassen und zu überlegen, welche Aufgaben dieser drei sich überschneiden und wie diese drei mittelfristig neu zugeschnitten werden müssen. Die Antwort der Landesregierung war von – wie soll ich es möglichst schonend sagen? – relativ wenig vorausgegangenem Nachdenken gekennzeichnet.

(Heiterkeit – Dieter Posch (FDP): So ist sie eben!)

– So ist sie halt. – Wenn da gesagt wird, es gibt keine Überschneidung der Bereiche, dann ist dies einfach falsch.

In Frage 8 dieser Kleinen Anfrage haben wir gefragt:

Unter welchen Voraussetzungen sieht die Landesregierung sich in der Lage, das 1999 formulierte Ziel einer Privatisierung der Staatsbauverwaltung bzw. des Hessischen Baumanagements zu erreichen?

Die Antwort lautet:

Eine Privatisierung der genannten Bereiche ist nicht ausgeschlossen, wird allerdings nicht kurzfristig erfolgen.

Nun frage ich Sie: Was will die Landesregierung? Ich kann es aus dieser Antwort nicht erkennen. Das ist wahrscheinlich auch die Absicht des Antwortgebers.

(Beifall bei der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wissen es selbst nicht!)

Wenn wir uns ansehen, dass das Hessische Baumanagement 700 Mitarbeiter hat, das Hessische Immobilienmanagement 475 und die Landgesellschaft 100, also insgesamt 1.275 Mitarbeiter in 14 Niederlassungen in Hessen betroffen sind, dann bietet sich für uns schon an, zu prüfen, in welcher Weise diese drei mit Bautätigkeiten im weitesten Sinne beschäftigten Institutionen umgestaltet werden müssen, wenn das mittelfristig Bestand haben soll. Eine ist GmbH, die anderen sind Landesbetriebe. Denn wenn wir nicht mehr bauen, wird auch ersichtlich weniger Baumanagement anfallen, würde ich einmal vermuten.

Kurzum, statt Immobilienverkäufe ideologisch zu verteuern, sollten wir gemeinsam daran arbeiten, ein überfälliges Politikkonzept mit mittelfristiger Ausrichtung zu entwickeln. Das können wir alle gemeinsam tun. Es wäre schön, wenn es einvernehmlich passierte. Ein Gegenstand wie das Verkaufen oder Halten von Immobilien ist wenig geeignet, hier im Plenum zu großen Divergenzen zu führen. Ich glaube, darüber kann man sich austauschen. Das ist kein Feld für Ideologie, sollte es zumindest nicht sein.

(Beifall bei der FDP)

Wir als FDP-Fraktion sind jedenfalls gern bereit, daran mitzuwirken. – Herzlichen Dank.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr von Hunnius. – Wird von der Landesregierung das Wort gewünscht? – Herr Staatsminister Weimar, bitte sehr.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will kurz auf das eingehen, was SPD und GRÜNE hier gesagt haben. Herr Schmitt, mit einer Bemerkung möchte ich es beenden lassen. Es ist eine Unverschämtheit, uns mit Haushaltsnotlageländern wie Bremen, dem Saarland und Berlin zu vergleichen. Sie haben mehrfach und über Monate die Zahlen genannt bekommen, und Sie wissen, dass das Land Hessen immer noch ganz vorne in Deutschland steht, und zwar mit einer sehr guten Position. Ich finde es unangebracht, in der politischen Auseinandersetzung in dieser Weise das Land Hessen herunterzureden, nur weil Sie meinen, sich hier in der Haushaltsrede profilieren zu müssen, für die Sie sonst keine Argumente haben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Schmitt?

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Nein. – Zweiter Punkt. Herr Abg. Kaufmann, ich möchte an das anknüpfen, was Gottfried Milde gesagt hat. Ich bedanke mich ausdrücklich dafür, wie intensiv Sie in der Frage mitarbeiten, wie kenntnisreich die GRÜNEN in diesem Punkt sind und wie Sie begleiten, wie wir die Aufgabe angehen, die nicht sehr einfach ist, das System von der Kameralistik zur kaufmännischen Buchführung zu führen. Wenn Sie bei der Gelegenheit etwas finden wie die 25.000 €, die nicht etatisiert worden sind, wo wir spaßeshalber gesagt haben: „Jetzt haben Sie mich erwischt; ich wollte sie nicht abliefern, aber jetzt muss ich es“, und wir alle gelacht haben, dann ist das okay. Das war in Ordnung, und ich gönne Ihnen auch, wenn Sie sagen, dass es Ihr Erfolg war, dass Sie es gefunden haben. Das ist überhaupt keine Frage.

Es zeigt aber einen Punkt, der eigentlich Aufgabe des ganzen Parlaments ist und natürlich auch des Ministeriums. In einer so schwierigen Übergangsphase von der Kameralistik zur kaufmännischen Buchführung haben wir eine Menge von Punkten zu regeln, die auch die Transparenz betreffen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Sehr richtig!)

Frau Kollegin Wagner hat mir einen Brief geschrieben, den wir selbstverständlich aufgreifen werden. Wir werden versuchen, das nachzubessern. Wir sind im Moment in einem schwierigen Vorgang. Wenn es Ihnen hilft, dass Sie sagen, nicht die Mitarbeiter sind daran schuld, sondern ich sei daran schuld, dass diese Fehler im Haushalt sind, dann werde ich versuchen, den Haushaltsplan 2006 höchstpersönlich aufzustellen. Dann ist es möglicherweise gerechtfertigt, wenn Sie es sagen.

(Heiterkeit)

Natürlich handschriftlich, weil es mit dem Computer ein bisschen hapert.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Sütterlin, bitte!)

Meine Damen und Herren, ich denke, wir können das gemeinsam ein bisschen herunterzonen. Wir wissen, dass es bei der Transparenz des Haushaltes noch eine Menge Probleme gibt. Das klassische Beispiel war das, das hier angesprochen wird, dass wir jetzt z. B. wissen, was ein Gebührenbescheid kostet. Wir haben aber weite Bereiche der Landesverwaltung, in denen die Parameter und die Kriterien für den Leistungsvergleich noch nicht zu 100 % definiert sind. Das geht auch nur, wenn wir, Regierung und Abgeordnete, uns auf das verständigen, was wir haben wollen. In manchen Bereichen müssen wir uns einfach herantasten, weil es das in dieser Form in Deutschland noch nicht gibt.

Wir sollten stolz darauf sein, dass wir schon so weit sind. Wir sollten auch wechselseitig ruhiger miteinander umgehen unter dem Gesichtspunkt: Wir arbeiten beide daran, beide Seiten, Parlament und Regierung, dass es am Ende für alle etwas Optimales wird. Ich erkläre ausdrücklich für das Ministerium, dass wir ein hohes Interesse an dieser Sache haben. Wir wollen nichts verschleiern. Im Gegenteil, ich sage immer: Transparenz ist der Tod von Geldverschwendung.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen muss die Transparenz auch im Haushalt darstellbar sein.

Meine Damen und Herren, ich möchte eine Bemerkung machen, weil dieser Gesichtspunkt im Tagesgeschäft häufig untergeht. Herr von Hunnius hat es sozusagen in einer weiter gehenden Facette angesprochen. Ich möchte an dieser Stelle sagen, dass das Hessische Immobilienmanagement, unser Baumanagement, das HCC und auch die HZD hervorragende Arbeit leisten und dass wir riesige Umstellungen in die Wege geleitet haben. Das Hessische Immobilienmanagement verwaltet heute einen Großteil der Gebäude des Landes Hessen und hat erhebliche Einsparerfolge dadurch erzielt, dass es fachlich kompetent und auch mit entsprechendem personellen Einsatz deutliche Reduzierungen gegenüber dem alten Stand herbeigeführt hat.

Was war denn in der Vergangenheit? Innerhalb einer Stadt gab es mehrere Liegenschaften mehrerer Ministerien. Jedes hat es für sich selbst verwaltet, Hausmeister angestellt, Putzfrauen usw. Das Hessische Immobilienmanagement hat diese Immobilien jetzt zu sich genommen. Wir arbeiten mit dem Mieter-Vermieter-Modell. Das heißt, erstmals wissen die Ressorts, was es kostet, übrigens auch mit Nebenkosten. Das ist ein noch wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang; denn das wurde einmal über das Thema Energiesparen usw. angesprochen. Es gab bisher kein Interesse der Ressorts bzw. der Behörden daran, mit ihrem Haus energiesparend umzugehen. Jetzt, wo das Ganze seinen Preis hat, fangen die Beteiligten plötzlich an, darüber nachzudenken, ob das, was dort gemacht wird, und die Flächen, die angemietet werden, nicht zu teuer sind.

Das macht jetzt das Hessische Immobilienmanagement. Dort sind jetzt 450 Mitarbeiter beschäftigt – ich kenne die Zahl nicht genau, ich übernehme sie jetzt einmal von dem Kollegen von Hunnius. Dazu muss man sagen, dass ein erheblicher Teil davon Putzfrauen sind, die bisher in den einzelnen Ressorts angestellt waren. In diesem Bereich bauen wir sukzessive ab und schließen dafür Dienstleistungsverträge ab. Wir können und wollen ihnen jetzt nicht kündigen. Sie werden aber jetzt optimiert eingesetzt und haben jetzt mehr Fläche zu betreuen. Die Gebäudereinigung könnte durch eigene Kräfte geleistet werden. Das ist aber nicht unser Weg ist.

In der Hessischen Staatsbauverwaltung hatten wir 900 Mitarbeiter. Zum 1. Januar dieses Jahres konnten wir mit einem Schlag auf 700 Mitarbeiter reduzieren und haben daraus das neue Hessische Baumanagement gemacht. Hier werden in Competence-Centern spezialisiert bestimmte Aufgaben vorgenommen, von Korruption über Ausschreibung, über Wertermittlung bis hin zu Sonstigem. Dort wird auch die Bauleitung übernommen. Innerhalb von wenigen Monaten ist hier eine Klasse Arbeit gemacht worden. Wir sparen erstens Personal ein und sind zweitens durch eine optimierte Arbeit der Beteiligten wesentlich kompetenter geworden. Übrigens haben wir auch die technische Ausstattung verbessert.

Über das HCC wird auch immer diskutiert. Wir lösen die Kassen auf und führen das gesamte Know-how im IT-Bereich zusammen. In einer Übergangszeit haben wir natürlich doppelte Kosten gehabt, weil das eine Zentrum neu aufgebaut werden musste und gleichzeitig die Kasse noch nicht geschlossen wurde. Man kann doch nicht in dem Moment, in dem ein neues Zentrum aufgebaut wird, in dem alles zentral gemacht wird, alle anderen Kassen schließen. In einem Übergangszeitraum hatten wir doppelte Kosten. Es wird immer darüber hinweggegangen. Es interessiert hier niemanden, und es kommen an dieser

Stelle die großen Sprüche. Es muss aber alles knochenhart erarbeitet werden.

Ich rege an, bevor man hier solche abfälligen Bemerkungen macht, sollte man einmal sagen, was hier geleistet worden ist. Unsere Mitarbeiter und unsere beiden Staatssekretäre haben sehr viel geleistet, um diese Dinge am Laufen zu halten. Wir stellen die Systeme um, ohne dass eine Katastrophe ausbricht.

(Beifall des Abg. Frank Lortz (CDU))

In der Personalverwaltung sind über 50.000 Mitarbeiter auf das neue System, das HR-Modul, von einem Monat auf den anderen umgestiegen. Es hat funktioniert. Wir haben dabei an der härtesten Stelle angefangen, nämlich bei den Lehrern. Es hat geklappt, weil umfangreiche Vorarbeiten durchgeführt worden sind. Man sollte gelegentlich auch einmal darauf hinweisen, dass diese Landesverwaltung – jetzt sage ich einmal in aller Bescheidenheit: auch die Führung des Finanzministeriums – hier in außergewöhnlicher Weise versucht, die Dinge zu konzentrieren, zu zentralisieren, zu optimieren und dadurch auch dauerhaft erhebliche Kosteneinsparungen herbeizuführen.

Herr von Hunnius, Sie haben Recht, wir müssen darüber reden. In einer Anfangsphase haben wir – damals übrigens noch gemeinsam – diskutiert, dass wir das Hessische Immobilienmanagement und das Hessische Baumanagement erst noch nebeneinander herlaufen lassen und sie nach einer gewissen Übergangszeit zusammenbringen. Ich wollte aber, dass beide in ihren Strukturen erstarken. Ich wollte nicht, dass ein Mischmasch entsteht, in dem niemand mehr Verantwortlichkeiten für irgendwas sieht. Beide arbeiten derzeit schon sehr gut zusammen. Möglicherweise werden sie auch zusammengeführt werden. Wir müssen sehen, was wir weiter daraus machen.

Auf der anderen Seite bin ich auch der Meinung, dass Leute, die eine so hervorragende Arbeit leisten und solche Brüche meistern, die in der vergangenen Zeit in der Landesverwaltung nicht vorgekommen sind, nicht überfordert werden, indem man ihnen eine neue Struktur aufstülpt und gleichzeitig sagt, in ein bis zwei Jahren komme die nächste. Damit entmutigen wir die Leute. Wir müssen sie für die Neuerungen sensibilisieren, damit sie als so genannte Unternehmenskulturen zusammenwachsen.

Eine letzte Bemerkung zum Antrag der SPD betreffend Immobilienveräußerung. Ich kann das jetzt nicht so ganz beurteilen und möchte an dieser Stelle auch nicht frech sein.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie haben dazu auch überhaupt keinen Grund!)

Die einfache Erklärung des Vorsitzenden der SPD-Fraktion, man bekomme auf dem Markt einen Zins von 3 bis 3,5 %, ist ein bisschen an der Welt vorbei. Ich würde mich über 3 bis 3,5 % Zinsen auf 30 Jahre ziemlich freuen. Ich bitte um entsprechenden Nachweis.

(Michael Boddenberg (CDU): Er soll sagen, wo es das gibt!)

Das würde das Land Hessen deutlich entlasten. Das ist aber doch nicht die Realität. Die Realität liegt etwa bei 4,9 bis 5 % auf 30 Jahre. Wenn Sie das berechnen, ist das doch nicht der Punkt.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich habe es Ihnen im Haushaltsausschuss doch schon einmal vorgerechnet. Für das Schema brauchen wir auch

nicht den Rechnungshof. Die modellhafte Berechnung für Rentierlichkeiten von Immobilienverkäufen gibt es als Modelle am Markt zu kaufen. Die kennt jeder, der sich in dem Bereich kundig gemacht hat. Sie müssen einfach die Parameter dafür einsetzen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich habe Ihnen im Haushaltsausschuss diese Berechnung schon einmal vorgetragen, und wir werden sie mit der Zustimmung zum Kauf auch vorlegen. Es taugt allerdings nicht, wenn Sie hier sagen, bei 2 Millionen € auf 30 Jahre verlieren wir insgesamt 60 Millionen €. In den letzten Tagen haben wir breitesten Lob für unsere Veräußerungstätigkeit erhalten.

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Wir brauchen uns damit nicht zu verstecken. Im Gegenteil, wir haben ein Ergebnis erzielt, das außergewöhnlich ist.

(Reinhard Kahl (SPD): Sie haben uns letztes Jahr erklärt, dass der Kauf der Staatskanzlei wirtschaftlich ist!)

Lassen Sie mich zu der Sache noch eine allgemeine Bemerkung machen, auch anschließend an das, was Herr von Hunnius sagte: Kernkompetenz des Landes ist keinesfalls, Immobilien zu bauen und sie zu verwalten. – Unsere Regeln, nach denen wir bauen, sind so weit weg von einer marktgerechten Erstellung einer Immobilie, dass das Land immer drauflegt.

(Reinhard Kahl (SPD): Es geht nicht ums Bauen! – Norbert Schmitt (SPD): Polizeistation!)

Meine Damen und Herren, dies ist kein Vorwurf an die Mitarbeiter. Wer unter diesen Ausschreibungsbedingungen arbeiten muss, wer nicht nachverhandeln kann, wer nicht die Möglichkeiten hat, die am Markt existieren, wird immer teurer, aufwendiger und länger bauen. Dies können wir uns auf Dauer nicht leisten und müssen wir uns doch auch nicht leisten.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) und Dieter Posch (FDP) – Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Meine Damen und Herren, wir tun gerade so, als handele es sich um Teufelswerk, wenn jemand es privat macht. Dort wird doch auch Geld verdient, dort werden auch Arbeitsplätze geschaffen. Es ist doch eine gute Sache, wenn dies an anderer Stelle gemacht wird und wir uns nicht mehr darauf zu konzentrieren brauchen.

Natürlich haben wir langfristig vor, mit diesen Immobilien, sowohl denen, die im Bestand sind, als auch denen, die neu gebaut werden, nichts mehr zu tun zu haben. Das bedeutet doch auch, dass wir im Hinblick darauf Personal abbauen können, wenn wir uns nicht mehr darum kümmern müssen.

Am Ende müssen wir natürlich immer Leute am Bau haben, die die Eigentümerinteressen vertreten, also die, die die Ausschreibungen machen, die den Bau überwachen, die überwachen, ob wir auch das bekommen, was wir bestellt haben, und die die Schlussabnahme machen. Das ist klar. Aber ob das so viele sein müssen wie bisher, wage ich zu bezweifeln.

In den letzten 20 bis 30 Jahren haben wir immenses Geld für die Immobilien draufgelegt. Jetzt seien wir doch alle einmal ganz ehrlich und hören einen Moment mit dieser Streiterei auf. In den Neunzigerjahren haben wir z. B. in

unseren alten Gebäuden mit teilweise meterdicken Wänden IT-Verkabelungen für einen irrsinnigen Preis vorgenommen. Als diese Arbeiten noch nicht ganz fertig waren, kam der Brandschutz und hat gesagt, dies sei alles ganz furchterlich und müsse gerade noch einmal gemacht werden.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das ist der Unsinn!)

Alle, die jemals mit Regierungen zu tun hatten, wissen, dass die Baukosten eines Landes mit normalen quantitativen Berechnungsmethoden, wie sie in der Wirtschaft üblich sind, überhaupt nichts zu tun haben. Bei uns wird das immer teurer als in anderen Bereichen.

Man kann den Vorwurf erheben, das Land sei unfähig. Ich antworte darauf: Die Regeln sind anders. Teilweise ist auch bisher die Haushaltsgesetzgebung anders gewesen. Um genau diese Risiken auszuschließen, ist es richtig, dass wir immer weniger Immobilien haben.

In dieser Sache brauchen wir nichts zu überstürzen. Wir müssen allerdings sehen, dass wir neue Immobilien von Dritten bauen lassen, dass wir präzise sagen, was wir haben wollen – Fläche, Nebenkosten, Vorgaben über städtebauliche Konzepte, weil wir in dieser Frage eine gewisse Verantwortung haben –; der Rest ist Sache eines privaten Investors. Wir kommen, wir ziehen ein, wir sagen: Es regnet durch, bitte reparieren Sie, sonst mindern wir die Miete. – Damit ist für uns die ganze Sache erledigt.

Meine Damen und Herren, ich verstehe nicht, was an dieser grundsätzlich einfachsten Überlegung, die jeder anstellen würde, der sich wirtschaftlich engagiert, falsch sein soll. Viele andere Länder in Europa verkaufen übrigens inzwischen systematisch ihre Immobilien. Es ist doch nicht so, dass das Land Hessen hierbei eine Vorreiterrolle spielt. Hamburg wird alle Immobilien verkaufen. Rheinland-Pfalz wird seine Immobilien in beachtlichem Umfang verkaufen. Die Mittel sind übrigens auch schon zum Haushaltsausgleich eingesetzt.

(Norbert Schmitt (SPD): Dort ist es eine landeseigene Gesellschaft!)

– Die landeseigene Gesellschaft ist prima. Das ist in Rheinland-Pfalz der besondere Trick: Die Baumaßnahmen und der Straßenbau wurden in Rheinland-Pfalz aus dem Haushalt ausgekoppelt, es wird erklärt: Für den Haushalt nehmen wir nur so viel Schulden auf, und dann nehmen wir für den Bau- und Straßenbauhaushalt noch einmal ein paar Millionen Schulden auf. – Wenn wir das so aufteilen, kommen wir auch relativ einfach zu besseren Zahlen. Aber das machen wir gerade nicht.

(Zurufe von der SPD)

Also ist unser Weg richtig, meine Damen und Herren. Wir werden ihn konsequent gehen. Wir werden die Wirtschaftlichkeitsberechnungen vorlegen. Sicherlich werden wir auch über Parameter, Annahmen und Sonstiges mehr streiten. Nur, meine Einschätzung lautet: Dass wir so verfahren, ist richtig. Daher werden wir diesen Weg mit Konsequenz gehen. Ich würde mir wünschen – das sage ich als Finanzminister –, dass wir dieses Geld möglichst schnell nicht mehr zur Sanierung des Haushalts, sondern zur Tilgung von Schulden einsetzen. Aber solange das noch nicht der Fall ist, machen wir es auf diesem Weg, und dauerhaft versuchen wir, auf den anderen Pfad zu kommen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Aussprache zu Einzelplan 06 in Verbindung mit Einzelplan 17 und 18 angelangt. Wir hatten zudem auch Tagesordnungspunkt 25 aufgerufen.

Wir kommen jetzt zu

Einzelplan 07 – Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung –

mit Tagesordnungspunkt 27:

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Landesprogramm „Bürgschaft ohne Bank“ erfolgreich angelaufen! – Drucks. 16/2730 –

sowie Tagesordnungspunkt 30:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Zukunft der Investitionsbank in Hessen – Drucks. 16/2603 zu Drucks. 16/2227 –

und Tagesordnungspunkt 31:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend hessische Wirtschaftsförderung – Drucks. 16/2604 zu Drucks. 16/2472 –

Als Erster hat sich für die SPD-Fraktion Herr Frankenberg zu Wort gemeldet. Zehn Minuten.

Uwe Frankenberg (SPD):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits vor einem Jahr haben wir an dieser Stelle auf das große Auseinanderklaffen zwischen Ihren politischen Versprechungen, Ihrem Regierungsprogramm und dem Regierungshandeln des Wirtschaftsministers hingewiesen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte nicht wieder Ihr Regierungsprogramm zitieren und hoffe – man kann aber nicht sicher sein –, dass die Damen und Herren von der CDU noch wissen, womit sie laut Regierungserklärung vom Frühjahr 2003 wirtschaftspolitisch für Hessen angetreten sind. Von einer Umsetzung dieser Versprechungen war letztes Jahr nichts zu spüren, und auch jetzt, nach einem weiteren Jahr Amtszeit dieses Wirtschaftsministers: Fehlanzeige, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Nach dem letzten Jahr des Lavierens – ich weigere mich, das, was der Wirtschaftsminister letztes Jahr abgeliefert hat, als politisches Handeln zu bezeichnen – ist nicht erkennbar, wohin Sie das Land Hessen wirtschaftlich eigentlich bringen wollen.

(Zuruf von der CDU: Geradeaus!)

Eine Vision von einem prosperierenden Hessen ist weiterhin nicht erkennbar, und wir haben große Befürchtungen, dass Sie auch gar keine haben.

(Beifall bei der SPD)

Zur Untermauerung dieses Eindrucks ein paar Beispiele.

Im Einzelplan 07 sind auch für das Jahr 2005 wirtschaftspolitische Zielvorstellungen dieser Regierung nicht zu erkennen. Da werden die Mittel für die Technologie- und

Innovationsförderung aufgestockt, die Mittel für Hessen-Media gekürzt, und Hessen-Media wird teilweise umresortiert. Nachvollziehbare Begründungen für so etwas gibt es nicht.

Dann ist die immer noch mehr als fragwürdige Hessen-Agentur mit über 6 Millionen € im Entwurf enthalten. Aber diese steht eher unter der Regie des Ministerpräsidenten als unter der des Wirtschaftsministers.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Für die Trennung von monetärer und nicht monetärer Wirtschaftsförderung kann diese Regierung keine nachvollziehbare Erklärung liefern, jedenfalls keine, die aus der Sicht der Beratung Suchenden oder der Nachfrager nach Fördermitteln nachvollziehbar ist; es sei denn, Ziel ist es, dem potenziellen Kunden möglichst viele Wege aufzubürden und ihn oder sie damit von der Inanspruchnahme von Beratung oder finanzieller Förderung abzuschrecken. – Das ist der Beitrag von Wirtschaftsminister Rhiel zum Thema Bürokratieabbau in Hessen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister Rhiel, die von Ihnen so genannte Bündelung der Wirtschaftsaktivitäten ist Augenwischerei, eine rein rhetorische Floskel, um zu verschleiern, dass die Einrichtung der Hessen-Agentur offenbar nur einen einzigen wichtigen Zweck erfüllt, nämlich einen Parteifreund mit einem Geschäftsführerposten zu versorgen. Ein anderer Zweck für die Installation dieser Nebenstelle der Staatskanzlei ist nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Einrichtung der Hessen-Agentur ist auch ein Ausdruck des Misstrauens gegenüber dem eigenen Apparat im Wirtschaftsministerium und gegenüber den eigenen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium. Sie bauen hier Schattenwirtschaften auf. Wir sind uns jetzt schon sicher, dass unter dem Strich auch Mehrkosten entstehen werden.

All die von Ihnen vorgetragenen scheinbaren Vorteile wie Kundennähe, Serviceorientierung, Überschaubarkeit der Struktur und Effizienz der Förderprogramme sind ein riesengroßer Bluff. Genau das Gegenteil wird mit der Installation der Hessen-Agentur erreicht. Von einer so genannten One-Stop-Agency kann für den Kunden überhaupt keine Rede sein.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Evaluierung der Förderprogramme, die ebenfalls durch die Hessen-Agentur betrieben werden soll, kündigt der Wirtschaftsminister schon seit über einem Jahr immer wieder an. Wir sind alle weiterhin gespannt auf das Ergebnis, haben aber keine große Hoffnung, dass etwas Weiterführendes für die Wirtschaft in Hessen dabei herauskommen wird.

Heute liegen Anträge der Regierungsfraktion vor, die nichts anderes sind als das eingeforderte Abjubeln von Einzelaktionen, mehr aber auch nicht. Dass Ihnen nicht mehr einfällt, ist nur als Beleg dafür zu werten, dass ein Gesamtkonzept für die Wirtschaftspolitik in Hessen nicht vorhanden ist.

(Beifall bei der SPD)

Der uns vorliegende Jubelantrag der CDU betreffend Landesprogramm „Bürgschaft ohne Bank“ ist dafür ein Beispiel. Wir begrüßen das Programm ausdrücklich und

freuen uns, dass jetzt endlich auch Hessen – nach Ländern wie Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Schleswig-Holstein und Brandenburg – in den Kreis der Bundesländer vorgestoßen ist, die dieses Programm Existenzgründern anbieten.

(Zuruf von der CDU)

Nebenbei bemerkt, Herr Rhiel: Nordrhein-Westfalen bietet die Bürgschaft ohne Bank schon seit Januar 2001 an, und zwar nicht nur Existenzgründern, sondern auch bestehenden kleinen und mittleren Betrieben. Dort sollten Sie öfter nachschauen, wenn Sie Ideen für eine an den Bedürfnissen des Mittelstandes orientierte Wirtschaftspolitik suchen.

Meine Damen und Herren, der Wirtschaftsminister hebt oft genug die Bedeutung einer gut ausgebauten Infrastruktur für die Wirtschaft eines Landes hervor. Dazu gehört zweifelsfrei auch die Frage der Mobilität. Aber immer dann, wenn Konservative über Infrastruktur und Mobilität reden, geht es in erster Linie bzw. ausschließlich um Straßenbau.

(Zuruf von der CDU: Na! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist bei Ihnen aber nicht anders!)

Herr Kollege Wagner, dagegen ist auch zunächst einmal nichts zu sagen. Es ist auch in Ordnung, wenn der Minister nach den erheblichen Kürzungen im Vorjahr nun wieder draufsattelt.

(Minister Dr. Alois Rhiel: Kassel-Calden!)

– Herr Minister Rhiel, Verkehrsinfrastruktur ist eben mehr, als einfach nur beim Straßenbau draufzusatteln.

(Beifall bei der SPD)

Es geht hierbei um integrierte Konzepte von Straße und Schiene, von Individualverkehr und ÖPNV. Im ÖPNV ist von einem Gestaltungswillen des Ministers nichts zu erkennen. Sie reichen lediglich die Mittel, die Ihnen der Bund zur Verfügung stellt, weiter.

Wir haben daher per Änderungsantrag die Mittel zur Aufrechterhaltung und Fortführung der Leistungen des ÖPNV aufgestockt; denn wir brauchen in Hessen eine integrierte Verkehrsplanung und Verkehrspolitik. Für uns hat die Verbesserung der hessischen ÖPNV-Struktur eine große Bedeutung.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen eben nicht, dass dringend notwendige Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen, die für die Attraktivität und Akzeptanz des gut funktionierenden ÖPNV wichtig sind, unterbleiben.

Wir brauchen in Hessen eine zielgerichtete Förderung der Infrastruktur, die dazu führt, dass Hessen wieder einen Spitzenplatz belegt. Diese Landesregierung hat aber noch nicht einmal den Mut, die notwendigen Veränderungen der politischen Strukturen im Rhein-Main-Gebiet anzupacken, damit die Rhein-Main-Region, das wirtschaftlich bedeutendste Herzstück von Hessen, ja von Deutschland, im europäischen Vergleich wieder in der obersten Liga mitspielen kann. Diese Landesregierung und dieser Wirtschaftsminister geben sich mit einem Mittelmäß zufrieden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Ministers Dr. Alois Rhiel)

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion hat weitgehend darauf verzichtet, zum Entwurf 2005 im Einzelplan 07 Reparaturanträge vorzulegen.

(Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

Wir sind nämlich der Meinung, dass es in dieser Legislaturperiode nicht um Reparaturen von Einzelpositionen im Haushalt des Wirtschaftsministers geht, sondern aufgrund der Saft- und Kraftlosigkeit der Wirtschaftspolitik um das Einfordern eines Gesamtkonzeptes für Hessens wirtschaftliche Zukunft, um den Erhalt seiner Stärken und die Zunutzmachung dieser Stärken für Hessen und damit auch für Arbeitsplätze. Hessen hat immer noch – das muss man mit sorgenvoller Betonung sagen – große wirtschaftliche Potenziale. Hessen könnte jedoch besser sein, würden seine Leistungspotenziale und seine starken Standortfaktoren besser ausgeschöpft. Hessen braucht eine Intensivierung der Industrie- und der Standortpolitik. Meine Damen und Herren, eine einseitige Ausrichtung auf den Dienstleistungsbereich reicht nicht aus. Eine gesunde Wirtschaftspolitik muss ausgewogen die Industrie und den Dienstleistungssektor als sich ergänzende Branchen im Blick behalten. Ohne starke Industrie gibt es keine starke Dienstleistungsbranche.

(Minister Dr. Alois Rhiel: Richtig!)

Unternehmensbezogene Dienstleistungen brauchen z. B. die Industrie als Kunden. Die hessische Industrie war jahrelang Motor für unsere wirtschaftliche Entwicklung. Sie gerät in der Entwicklung bei diesem Wirtschaftsminister in Vergessenheit. Das haben auch die Industrie- und Handelskammern erst vor kurzem erkannt und von der hessischen Politik Taten eingefordert. Aber dieser Wirtschaftsminister trägt diesem Zusammenhang und diesem Wunsch in der Umsetzung seiner Politik keine Rechnung.

Meine Damen und Herren, Kernstück jeder Wirtschaftspolitik der Regierung eines Bundeslandes ist die Mittelstandspolitik. Voraussetzung dafür ist aber eine effiziente lokale Wirtschaftspolitik. Wer, wie diese Landesregierung, jedoch Regionen nicht definiert, der trägt auch den Potenzialen der einzelnen Regionen in Hessen nicht Rechnung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Kollege, ich erlaube mir den Hinweis: Die zehn Minuten sind im Moment abgelaufen.

Uwe Frankenger (SPD):

Das Wirtschaftsministerium definiert ausschließlich die Region Rhein-Main und Nordhessen – Nordhessen mehr als Alibifunktion.

Ich komme zum Schluss. Dieser Wirtschaftsminister ist nicht in der Lage, vor Ort, dort, wo Aktionen stattfinden, wo Arbeitsplätze entstehen können, eine vernünftige regionale Wirtschaftspolitik zu definieren. Ich stelle fest: Mit Aktionismus und Einzelaktionen ist auch keine gestaltende Wirtschaftspolitik zu machen, geschweige denn der Spitzenplatz in Europa, den man einmal hatte, wieder zurückzuholen. Die Hessen-Agentur, die nichts anderes als eine Nebenstelle der Staatskanzlei ist, zeigt, dass auch der Ministerpräsident die Zukunft der Wirtschaftsförderung in Hessen nicht bei diesem Wirtschaftsminister sieht. Dass es allerdings mit der Wirtschaft bei Roland Koch in

der Staatskanzlei dann besser wird, daran gibt es aus unserer Sicht erhebliche begründete Zweifel. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Frankenberger. – Als Zweiter hatte sich Herr Wagner für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am Ende des ersten Amtsjahres von Herrn Staatsminister Rhiel schrieb die „Frankfurter Neue Presse“ vom 31. Dezember 2003: „Alois Rhiel, der glanzlose Starter. Urteil: viel Dampf, aber noch zu wenig Erfolg.“ Meine Damen und Herren, im Jahr 2004 ist es nicht besser geworden, und der Ausblick auf 2005, der uns mit dem Einzelplan 07 vorliegt, lässt erwarten, dass es auch 2005 nicht besser werden wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, daran ändern auch Ihre Jubelanträge nichts.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Was?)

Wenn Sie hier eine Einzelmaßnahme dieses Ministers feiern – die Bürgschaft ohne Bank –, dann kann ich nur sagen: Das lenkt nicht davon ab, dass es in der Tätigkeit dieses Ministers nicht so sehr um die Bürgschaft ohne Bank, sondern um den Minister ohne Konzept geht. Darüber reden wir, wenn wir über den Einzelplan 07 reden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Reinhard Kahl (SPD) – Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Dieser Einzelplan ist sowohl handwerklich als auch inhaltlich aus unserer Sicht ziemlich danebengegangen. Ich möchte Ihnen ein Beispiel für die handwerkliche Seite dieses Haushalts des Wirtschaftsministers darstellen. In Kapitel 07 20 finden wir auf Seite 221 im Haushaltsplan als Titel 761 Straßen- und Brückenbaumaßnahmen. Wir finden als Titel 762 Straßen- und Brückenbaumaßnahmen. Wir finden als Titel 763 Straßen- und Brückenbaumaßnahmen. Das geht über eineinhalb Seiten so weiter. Es gibt 15 Haushaltstitel, die mit Straßen- und Brückenbaumaßnahmen benannt sind. Ich verstehe, dass diese Landesregierung mehr Straßen und Brücken bauen will. Aber was das, was Sie hier veranstalten, mit 15 einzelnen Titeln, die Sie in der kursorischen Lesung nicht erklären können, mit Haushaltswahrheit und mit Haushaltsklarheit zu tun hat, das müssen Sie gleich noch einmal erklären, Herr Minister Rhiel.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Es geht noch weiter. Schauen wir uns doch den Titel 761 einmal genauer an: Straßen- und Brückenbaumaßnahmen mit 57 Millionen € etatisiert. Dann blicken wir auf die Funktionskennziffer. Da lesen wir 724. Daraus erfahren wir immer, was damit eigentlich gemacht werden soll. Ich dachte, Sie wollten ein Sonderprogramm für den Landesstraßenbau auflegen. Die Funktionskennziffer 724 bezieht sich aber auf Kreisstraßen. Also nehmen wir jetzt

mit Interesse zur Kenntnis, dass die Landesregierung kein Sonderprogramm für die Landesstraßen auflegen will, sondern 57 Millionen € für die Kreisstraßen ausgeben will. Meine Damen und Herren, dieser Einzelplan ist voller handwerklicher Fehler.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir uns die Inhalte an. Herr Rhiel, Sie hatten eine ganze Weile Zeit – jedem seien 100 Tage Einarbeitungszeit gegönnt –, aber diese Zeit ist nun wirklich um.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Wir haben von Ihnen immer noch nichts dazu gehört, wie Sie die dringend notwendige Neuordnung der Sparkassenlandschaft im Rhein-Main-Gebiet auf den Weg bringen wollen. Das ist ein ganz wichtiger, entscheidender Faktor gerade für die Finanzierung des Mittelstandes, dass wir eine funktionsfähige und leistungsfähige Sparkassenlandschaft im Rhein-Main-Gebiet haben. Dazu liegt von Ihnen bis heute nichts vor.

(Michael Boddenberg (CDU): Was ist das für ein Unsinn? – Minister Dr. Alois Rhiel: Dann haben Sie lange geschlafen!)

Sie haben einen Ausbildungspakt zwei Wochen nach Beginn des Ausbildungsjahres vorgelegt. Herr Rhiel, da brauchen Sie mir nicht vorzuwerfen, ich hätte geschlafen. Sie haben geschlafen, wenn Ihnen zwei Wochen nach Beginn des Ausbildungsjahres einfällt, dass Sie einen Ausbildungspakt auflegen wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Auch in der Wohnungsbauförderung setzen Sie –

(Zuruf des Ministers Dr. Alois Rhiel)

– Herr Rhiel, kein neuer Rekord, da sind Sie jetzt Opfer Ihrer eigenen Rhetorik. Wenn Sie den Ansatz von 2002 sehen, 95 Millionen €, und den Ansatz für 2005, 48 Millionen €: Wie Sie da von einem neuen Rekord sprechen können, Herr Minister Rhiel, müssen Sie nun wirklich einmal erklären.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Minister Dr. Alois Rhiel: Das erkläre ich Ihnen!)

Nun verstehe ich, dass wir im Moment auf dem Wohnungsmarkt eine etwas entspanntere Situation haben. Das ist unbestreitbar. Ob es aber eine zukunftsweisende Politik ist, die Mittel für den sozialen Wohnungsbau, für die Wohnraumförderung zu halbieren, mit Blick auch auf die Folgejahre, das möchte ich doch wirklich bezweifeln.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Lübcke (CDU): Schauen wir einmal!)

Schauen wir uns eines der Lieblingsprojekte der Landesregierung an. Ich spreche vom Ausbau des Frankfurter Flughafens.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Jetzt kommt es! – Michael Boddenberg (CDU): Wird das auch Ihr Lieblingsspunkt?)

Spätestens mit der Anordnung des Sofortvollzugs, Herr Kollege Boddenberg, für den Bau der neuen Wartungshalle haben Sie gezeigt: Sie setzen auf den Konflikt mit der Region und nicht auf das Gespräch mit der Region. Jetzt ist endgültig klar, dass Sie diesen Ausbau auf Biegen und Brechen durchsetzen wollen und dass Sie sich nicht um die Belange der Region kümmern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Clemens Reif (CDU): Das machen wir auch! Das unterscheidet uns von Ihnen!)

Lieber Herr Wirtschaftsminister, bei diesem Thema sind wir dankbar, dass Sie dafür zuständig sind. Sie wissen es: Wir GRÜNE wollen den Ausbau des Frankfurter Flughafens nicht. Sie können es nicht. Auf dieser Grundlage können wir uns an diesem Punkt einigen, wenn der Ausbau am Ende nicht kommt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Meine Damen und Herren, schauen wir uns die Wirtschaftsförderung an. Der Kollege von der SPD hat schon darauf hingewiesen: Was wir in Hessen dringend bräuchten, wäre ein Profil für die einzelnen Regionen in unserem Bundesland.

Wir brauchten ein Profil, mit dem wir festlegen, wie sich die Regionen entwickeln sollen, welche Chancen und Potenziale die Regionen haben und was die Landespolitik leisten kann, um diese Chancen zu heben, um eine entsprechende Wertschöpfung zu generieren.

Nach eineinhalb Jahren Amtszeit von Alois Rhiel haben wir kein Konzept, wie sich die Region Mittelhessen weiterentwickeln kann. Wir haben jetzt aber – das habe ich der heutigen Rede des Herrn Ministerpräsidenten entnommen – ein Konzept für die Region Starkenburg. Das Konzept für die Region Starkenburg ist der Kauf eines Schlosses im Odenwald. Der Herr Ministerpräsident hat dem staunenden Publikum heute Morgen mitgeteilt, das sei sein Konzept, um die Attraktivität der Region Starkenburg zu erhöhen. Wenn Ihnen für die Stärkung der Region Starkenburg nicht mehr einfällt, als ein paar Hirschgeweihe für 13 Millionen € zu kaufen, dann zeigt das, wo Sie mit Ihrer Wirtschaftspolitik mittlerweile stehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das gilt auch für das Rhein-Main-Gebiet. Wir haben immer noch keine gemeinsame Wirtschaftsförderung für das Rhein-Main-Gebiet. Auch dazu liegt immer noch nichts vor. Auch da trauen Sie sich nicht an die Lösung heran, die eigentlich sinnvoll wäre, nämlich mit einem Regionalkreis die Voraussetzungen für eine effektive Wirtschaftsförderung zu schaffen. Es wird diskutiert, es wird gekungelt, aber es wird nicht gehandelt. Tatenlosigkeit können wir uns aber im Rhein-Main-Gebiet wirklich nicht leisten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wie wichtig Ihnen das Rhein-Main-Gebiet ist, wie wichtig Ihnen die Förderung der weichen Standortfaktoren ist, können wir im Haushaltsplanentwurf der Landesregierung nachlesen. Dort kürzen Sie die Mittel für Projekte im Regionalpark Rhein-Main um 431.000 €. So „wichtig“ ist Ihnen die Entwicklung des Rhein-Main-Gebietes. Da musste Ihre eigene Fraktion Sie korrigieren, Herr Minister. Sie hat den Haushaltstitel wieder aufgestockt. Das zeigt: Auch für das Rhein-Main-Gebiet ist kein Konzept vorhanden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Ministers Dr. Alois Rhiel)

– Ja, das ist alles furchtbar, Herr Rhiel. Aber es ist Ihr Entwurf für einen Haushaltsplan, über den wir hier diskutieren. Wenn Sie schon so weit sind, zu sagen, das sei furcht-

bar, dann ist das ein Erkenntnisgewinn. Dass Sie diesen Erkenntnisgewinn erst nach eineinhalb Jahren haben, kommt für unser Bundesland ein bisschen spät, aber besser spät als nie, Herr Rhiel.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, schauen wir in das schöne Nordhessen. Zu Nordhessen fällt Ihnen etwas ein. Leider fällt Ihnen nicht viel ein, und es fällt Ihnen nicht das Richtige ein. Zu Nordhessen fällt Ihnen ein: Sie wollen insgesamt 150 Millionen € Steuermittel in den Neubau des Flughafens Kassel-Calden investieren. Das fällt Ihnen zu Nordhessen ein. Sie wollen in einen Flughafen investieren, von dem noch niemand, der potenziell diesen Flughafen nutzen könnte, gesagt hat, dass er diesen Flughafen nutzen will.

(Clemens Reif (CDU): Sie haben keine Ahnung!)

Sie wollen einen Flughafen bauen, obwohl es definitiv keine Nachfrage nach diesem Flughafen gibt. Dafür wollen Sie 150 Millionen € ausgeben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe der Abg. Dr. Walter Lübcke und Clemens Reif (CDU))

Unsere Alternative liegt in Form eines Strukturprogramms für Nordhessen vor. Damit könnten wir in der Region mehr Wertschöpfung erreichen. Damit würden wir mehr bewegen, Herr Kollege Reif, als Sie mit Ihrem Ausbau von Kassel-Calden.

(Clemens Reif (CDU): Das haben wir gesehen, als Sie an der Regierung waren! Stillstand!)

Lassen Sie mich zur Verkehrspolitik im Allgemeinen kommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Kollege Wagner, zehn Minuten Redezeit sind um.

(Clemens Reif (CDU): Das ist wirklich ein Glück!)

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Noch ein paar wenige Sätze zur Verkehrspolitik. Ich muss sagen, es ist ein starkes Stück: Normalerweise hat die Landesregierung ein gewisses Talent, kein Fest auszulassen und keinen Jubeltag, kein Jubiläum zu übergehen. Im nächsten Jahr haben wir ein sehr interessantes und sehr erfreuliches Jubiläum: Die hessischen Verkehrsverbünde, der Rhein-Main-Verkehrsverbund und der Nordhessische Verkehrsverbund, werden zehn Jahre alt. Was fällt der Landesregierung dazu ein? Ein völlig verkorkstes und nicht zeitgemäßes ÖPNV-Gesetz und ein Sonderprogramm für den Straßenbau. Für den ÖPNV fällt Ihnen nichts ein.

Unsere Alternative ist klar: Statt eines Straßenbausonderprogramms brauchen wir ein Sonderprogramm für den ÖPNV, damit das bestehende Angebot aufrechterhalten werden kann und damit wir einen Ausbau der Bus- und Bahnverbindungen haben, keinen Abbau. Ich sage es Ihnen ganz einfach: Der Weg in das von Ihnen postulierte staufreie Hessen wird nicht über die Autobahnen und nicht über die Landesstraßen führen, sondern er wird nur

darüber führen, dass Sie endlich das machen, was wir GRÜNE in der Verkehrspolitik schon immer wollen: eine Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf öffentliche Verkehrsmittel, auch zum Schutze der Umwelt. Sie setzen aber im Einzelplan 07 völlig falsche Akzente.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke schön, Herr Wagner. – Herr Boddenberg, Sie haben das Wort für die CDU-Fraktion.

Michael Boddenberg (CDU):

Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Zu den Ausführungen von Herrn Frankenberger und Herrn Wagner nur so viel: Die Realität und die Tatsachen widerlegen nahezu jeden einzelnen Satz, den Sie hier gesagt haben.

Das Bundesland Hessen ist eines der erfolgreichsten Bundesländer. Es belegt bei allen maßgeblichen Rankings die Plätze eins, zwei oder drei. Das haben wir der Politik dieser Landesregierung, unserem Ministerpräsidenten, der tatkräftigen Unterstützung durch den früheren Koalitionspartner, aber insbesondere unserem Wirtschaftsminister Alois Rhiel zu verdanken.

(Beifall bei der CDU)

Einige Zahlen müssen offensichtlich so oft wiederholt werden, bis sie auch von GRÜNEN und Roten zur Kenntnis genommen werden. Wir hatten in den letzten fünf Jahren in Hessen ein Wirtschaftswachstum von 9,5 %. Damit liegen wir knapp hinter Bayern auf Platz zwei. Beim Vergleich des Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigem stehen wir auf Platz zwei. Wir zählen zu den zehn innovationsstärksten Regionen in der Europäischen Union.

Wir belegen zurzeit einen Spitzenplatz unter den Bundesländern bei der Zahl der Neu- und Existenzgründungen. Diese liegen bei uns um 12 % über dem Bundesdurchschnitt. Bei der Entwicklung der Neuverschuldung stehen wir auf Platz drei hinter Sachsen und Baden-Württemberg. Die von Herrn Walter heute Morgen genüsslich zitierte Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ weist dem Land Hessen in der Prognose für das Jahr 2005 den Platz eins zu – zugegebenermaßen nur knapp vor Bayern.

Das zu den Tatsachen und zu den nebulösen und sehr unkonkreten Vorstellungen, die Sie in der heutigen wirtschaftspolitischen Debatte geäußert haben.

Heute Morgen musste man bei den Ausführungen Ihres Fraktionsvorsitzenden den Eindruck haben, dass er zur Einrichtung von Staatsbetrieben zurückgehen wolle. Anders konnte man ihn nicht verstehen, denn er hat dauernd davon gesprochen, dass man Cluster bilden und als Landesregierung Unternehmenspolitik betreiben müsse. Nachdem er jede Antwort auf die Frage, was er sich denn konkret vorstellt, schuldig geblieben ist, bleibt nur die Annahme, dass er einen Rückmarsch des Landes Hessen und der anderen Bundesländer in eine veraltete Wirtschaftspolitik plant.

Während die SPD-Fraktion jede konkrete Antwort schuldig bleibt, ist die CDU mit diesem Wirtschaftsminister und diesem Ministerpräsidenten dabei, konkret zu handeln.

(Beifall bei der CDU)

Wir hatten in dieser Woche eine Veranstaltung zum Thema Technologie- und Innovationsförderung. Auf dieser Veranstaltung habe ich nur sehr wenige Sozialdemokraten gesehen, aber wahrscheinlich haben diese immer noch unter der Industrie- und Forschungsfeindlichkeit der Neunzigerjahre zu leiden und dürfen vielleicht nicht hingehen, weil sie irgendwann einmal wieder gemeinsam mit den GRÜNEN etwas bewegen wollen – wenn auch nicht in Hessen, wie ich annehme.

Wir haben gerade in diesen Tagen ein erstes Forum zur Nanotechnologie in diesem Bundesland durchgeführt – mit dem tollen Erfolg, dass Vertreter von Unternehmen, der Wissenschaft, der Forschung und der Hochschulen gemeinsam über die Frage der Zukunftsfähigkeit dieser neuen Technologie nachdenken. Ich will gleich dazusagen: Wenn es nach den GRÜNEN ginge, würden wir bei einer solchen Veranstaltung, die acht Stunden lang dauert, wahrscheinlich sieben Stunden lang über Technologiefolgenabschätzungen reden. Dagegen habe ich grundsätzlich nichts, aber die Gewichtung ist entscheidend. Von Ethiklehrern großer deutscher Hochschulen wird gesagt, wird Deutschen hätten das Problem, dass wir zunächst immer nur die Risiken thematisieren und die Chancen einer solchen Technologie häufig unterschlagen und vergessen würden.

Diese Haltung ist für die rot-grüne Politik der Vergangenheit bezeichnend. Wir machen es genau andersherum. Wir gehen auf neue Technologien zu und fördern nicht nur den Bereich der Nanotechnologie, sondern genauso den ebenfalls sehr innovativen und sehr erfolgreichen Bereich Biotechnologie. Herr Wagner, all das können Sie in diesem Haushalt nachlesen.

Und weil nun einmal nicht nur die Technologieförderung, nicht nur die Vernetzung von Hochschule und Unternehmen zur Wirtschaftspolitik gehört, sondern auch die Infrastruktur, deswegen lassen wir, die Christdemokratische Union, uns in diesem Lande nicht von dem Weg abbringen, Infrastruktur insbesondere im Verkehrswesen weiter auszubauen.

(Beifall bei der CDU)

Der Fraktionsvorsitzende hat heute Morgen sehr ausführlich zum Thema Flughafen und zu den sich damit bietenden Chancen gesprochen. Herr Kaufmann – ich habe das in jeder Sitzung gesagt und tue das auch in dieser –, Sie sind an dieser Stelle von vorgestern. Sie sind und handeln nach dem Motto: Zurück auf die Bäume, ihr Affen. – Wir reden über die Zukunft und über die Standortvorteile, die diese Region hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie sich in den letzten Wochen und Monaten – Sozialdemokraten, aber vor allem auch Dingen GRÜNE – mit betroffener Miene an die Seite der Opelner stellen und dort das Klagelied von wegfallenden Arbeitsplätzen singen, und auf der gleichen Seite die gleichen Politiker der GRÜNEN-Fraktion den Ausbau des Frankfurter Flughafens, den entscheidendsten Standortvorteil auch für das Unternehmen Opel in Rüsselsheim, verhindern wollen, dann passt das nicht zusammen, sondern das ist die größte Heuchelei, die es in diesem Bundesland in den letzten Jahren gegeben hat.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das wissen die Arbeitnehmer bei Opel, aber das wissen auch die vielen Zigtausend Arbeitnehmer auf dem Flughafen bei Fraport und den angeschlossenen Unternehmen.

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

– Herr Bökel, weiter zur Wirtschaftspolitik.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum schreien Sie denn so?)

Die von Ihren Parteien getragene Bundesregierung hatte vor, was eben von Wagner beklagt worden ist, nämlich – Stichwort: Profilierung der Regionen – die GA-Mittel für die westdeutschen Bundesländer zu streichen. Aber wollen Sie bestreiten, dass es in Nordhessen noch eine Reihe von Regionen gibt, die wir nachdrücklich fördern müssen, um die Nachteile aus der Vergangenheit auszugleichen?

Dieser Wirtschaftsminister hat gemeinsam mit seinen Kollegen von der CDU dafür gesorgt, dass nicht stattfindet, was die Bundesregierung vorhatte, nämlich die früheren Zonenrandgebiete von dieser dringend notwendigen Förderung abzuschneiden. Das zum Thema Strukturförderung und zur Wirtschaftspolitik dieses Wirtschaftsministers.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wir reden hier über den Haushalt – einverstanden. Wir können uns jetzt wechselseitig die Zahlen und die Entwicklung der Zahlen im letzten Jahr vorlesen. Aber der Ministerpräsident hat heute Morgen sehr deutlich gemacht, dass wir noch eine Reihe anderer Hausaufgaben zu erfüllen haben.

Wir, die hessische CDU, haben gerade mit Blick auf den Bundesparteitag der CDU, auf dem wir das Thema Wachstum in acht verschiedenen Facetten thematisieren werden, deutlich gemacht – und da bin ich anderer Auffassung als der Kollege Hahn heute Morgen; der sprach davon, man bräuchte 10 % Wachstum, um einen Haushalt zu konsolidieren –, dass wir über 3, 3,5 oder 4 % Wachstum reden müssen. Dann könnten wir schon in Sichtweite der nächsten fünf, sechs, sieben oder acht Jahre Haushalte konsolidieren.

Weil das so ist, nehmen wir das Thema Wachstum als das wichtigste wirtschaftspolitische Thema in den Fokus unserer – nicht nur Überlegungen, sondern – Politik. Zum Wachstum gehört, dass wir Wachstumskräfte sich dort entwickeln lassen, wo sie sich von selbst entwickeln. Es ist untragbar, dass in Deutschland von der Idee eines Autobahnbaus bis zu ihrer Realisierung 25 bis 30 Jahre vergehen. Heute Morgen ist einer der Gründe dafür angesprochen worden. Im Vergleich zur Natur und zu den Mitgeschöpfen, den Tieren, haben wir den Menschen zurückgestellt. An vielen Stellen kommt der Mensch erst an dritter Stelle. Das ist etwas, mit dem die CDU aufräumen wird.

(Beifall bei der CDU)

Da sich die rot-grüne Bundesregierung vorgenommen hat, nichts mehr zu arbeiten, um nicht mehr Gefahr zu laufen, auf Parteitagen der SPD hinten runterzufallen, können wir zunehmend davon ausgehen, dass wir 2006 in Berlin die Regierung übernehmen werden. Mit der Übernahme dieser Regierungsverantwortung werden wir dafür sorgen, dass Planverfahren in Deutschland erheblich verkürzt werden. Einer dieser Punkte ist z. B., dass wir wollen – das haben wir gerade als Antrag für Berlin und für unseren Parteitag in einigen Tagen formuliert –, dass zukünftig Planfeststellungsverfahren zunächst eines bein-

halten: dass Parlamente, ob Landtag oder Bundestag, entscheiden und, wenn es dafür einen Bedarf gibt, diesen Bedarf maßgeblich feststellen können.

Meine Damen und Herren, es kann nicht sein, dass der Kollege Kaufmann am Ende derjenige ist, der die Größe einer Airbuswerft A 380 mit dem Zollstock nachmisst und sagt, die ist 50 cm zu groß, da bekommt man auch so zwei Airbusse hinein. Herr Kaufmann, das ist doch das Niveau, auf dem Sie im Moment in Hessen Politik machen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie müssen eine ziemliche Angst haben, Herr Kollege!)

Davon müssen wir weg. Wir müssen klare Aufträge von Parlamenten als Grundlage für Planfeststellungsverfahren gesetzlich verankern. Damit kommen wir einen erheblichen Schritt bei der Realisierung wichtiger Industrie- und Verkehrsprojekte weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der gleiche Bundesparteitag der CDU wird sich – das konnten Sie in den letzten Tagen und Wochen nachlesen – mit dem Thema Flexibilisierung der Arbeitsmärkte beschäftigen. Meine Damen und Herren, zunehmend gibt es Arbeitnehmervertretungen außerhalb der Gewerkschaften. Dort gibt es mittlerweile Menschen, die unabhängig von gewerkschaftlichen Einflüssen auf der Arbeitnehmerseite stehen und sagen, wir brauchen dringend mehr Flexibilität für die Unternehmen und für die Beschäftigten in diesen Unternehmen. Mit der CDU wird es betriebliche Vereinbarungen in der Form geben, dass am Ende durch eine Flexibilität der Beschäftigten betriebliche Umsatzchancen im jeweiligen Unternehmen auch genutzt werden können.

Franz Josef Jung ist als Vorsitzender einer dieser Kommissionen derjenige gewesen, der hier Maßgebliches geleistet hat.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will einen letzten Punkt ansprechen, weil Sie heute Morgen das Thema Hessische Gemeindeordnung genannt haben. Ich glaube, es war der Kollege Hahn.

Wir werden die Hessische Gemeindeordnung so novellieren, dass sie sowohl den Ansprüchen der Kommunen wie auch den berechtigten Forderungen der Wirtschaft nach einem fairen Wettbewerb gerecht wird. Darüber reden wir zurzeit. Das wissen Sie. Ich glaube, wir haben jetzt einen Kompromiss gefunden, mit dem alle werden leben können.

Allerdings – und da sind wir anderer Auffassung als die FPD – sagen wir, das Sparkassenwesen soll zunächst einmal so bleiben, wie es derzeit ist, mit den öffentlichen Sparkassen als einer starken Säule.

(Zurufe der Abg. Gerhard Bökel und Jürgen Walter (SPD))

– Herr Walter, ich glaube, da teilen einige Ihrer Parteifreunde unsere Auffassung. Wir befürchten, wir werden die Fläche als Kredit- und Kapitalgeber verlieren. Herr Posch, ich weiß, Sie denken da anders. Wir sind der Meinung, wir brauchen eine starke dezentrale Struktur der Sparkassen.

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Wir haben die Befürchtung, wenn man den Sparkassen zurzeit die – wenn Sie das so nennen wollen – Alleinstellung nimmt, dann werden andere private Banken ebenfalls Standorte in der Fläche verlassen. Das hat etwas mit Mittelstandsförderung und mit Konsumentenfreundlichkeit zu tun. Dafür stehen wir. Ich gehöre nicht zu denen, die immer nur nach Angelsachsen schauen und sagen, alles, was dort passiert, ist der richtige Weg.

(Beifall der Abg. Gerhard Bökel und Jürgen Walter (SPD))

Noch eine allerletzte Bemerkung. Das Thema Ballungsraum haben wir hier ausführlich besprochen. Sie, insbesondere Sozialdemokraten, haben über viele Jahrzehnte dieses Thema der Neuordnung dieser Region im Rhein-Main-Gebiet besprochen. Wir haben etwas unternommen. Herr Wagner, Sie haben das eben zwar bestritten, aber Sie wissen das besser: Da passiert nicht nur etwas im Gesetz, sondern auch in der konkreten Umsetzung.

Wir sind gerade dabei, die Wirtschaftsförderung im Ballungsraum Rhein-Main neu zu strukturieren. Sie wissen, es gibt schon personelle Besetzungen, erste Verträge. Meine Damen und Herren, ich weiß gar nicht, was Sie wollen. Sie haben 30 Jahre geschlafen. Wir haben in fünf Jahren mehr bewegt als Sie in 30 Jahren vorher. Das zu kritisieren, ist schon ein starkes Stück.

(Beifall des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU) – Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, mit diesem Wirtschaftsminister, mit dieser Landesregierung in schwierigen Zeiten zu einer erfolgreichen Zukunft. Herr Rhiel, Sie werden nachher noch einige Dinge zu dem sagen, was Herr Wagner angesprochen hat, was die Haushaltstechnik anbelangt. Aber auch da können wir in Richtung der Opposition sicherlich noch das eine oder andere an besserem Wissen vermitteln. Ich glaube, es ist an der Zeit, dass wir hier noch einige klare Akzente von Ihnen zu dem Punkt hören, den Herr Wagner angesprochen hat – was die Haushaltsklarheit und -transparenz anbelangt. Ich glaube, es hat noch nie einen so transparenten, so klaren und zielgerichteten Haushalt in diesem Bundesland gegeben. – Meine Damen und Herren, vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke sehr, Herr Boddenberg. – Herr Posch, ich darf Ihnen das Wort für die FDP-Fraktion erteilen.

Dieter Posch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Boddenberg, um bei Ihnen anzufangen: Bevor ich zum Haushalt komme, möchte ich doch eines gleich geraderücken. Wenn Sie sagen, Nanotechnologie sei eine der Zukunftstechnologien, und Sie hätten das auf den Weg gebracht; das sei etwas, was Innovationen erzeugt, dann gebe ich Ihnen Recht. Ich darf Sie aber daran erinnern, dass es die FDP-Fraktion war, die hier erste Initiativen ergriffen hat, um in dieser Legislaturperiode die Nanotechnologie in den Vordergrund zu stellen. Es war Frau Kollegin Beer, die hier insistiert und gefragt hat: Was tut sich dazu im Bereich des Wissenschaftsministeriums?

Jetzt haben Sie den Wechsel vorgenommen und begriffen, dass Nanotechnologie in der Tat in das Wirtschaftsministerium gehört. Aber um der Wahrheit gerecht zu werden, sollten Sie auch den Urheber dieser Initiative nennen: Das war die FDP-Fraktion in diesem Hause.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD)

Bevor ich zum Haushalt komme, würde ich mich liebend gerne mit dem auseinander setzen, was die GRÜNEN hier eben gesagt haben. Nur zwei Bemerkungen.

Wenn man wirklich der Meinung ist, der Regionalkreis sei die Voraussetzung, um Wirtschaftsförderung in Rhein-Main zu betreiben, dann hat man einen sehr eingegengten Horizont und hat sich mit diesem Thema nicht befasst.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wirtschaftsförderung bedeutet, dass man den Unternehmen in der Region die Möglichkeit gibt, sich zu präsentieren, um Geschäfte zu machen, Arbeitsplätze zu schaffen und daraus einen Mehrwert zu erzielen. Damit sorgen wir letztendlich dafür, dass wir wieder Steuereinnahmen haben. Aber wer meint, ein Regionalkreis als Organisationseinheit sei eine Grundvoraussetzung, um Wirtschaftsförderung zu betreiben, lebt in einem Wolkenkuckucksheim.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie das Thema öffentlicher Personennahverkehr und Rhein-Main-Gebiet ansprechen – das treibt mich auf die Palme; ich weiß bereits, was Sie dazu sagen werden –: Rot-Grün hat die Regionalisierungsmittel des Bundes zurückgefahren. Wir geben heute im Land Hessen mehr für den öffentlichen Personennahverkehr aus, als wir vom Bund bekommen – um das klipp und klar zu sagen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn dann der Hinweis auf das Koch-Steinbrück-Papier kommt, möchte ich feststellen: Den Bundeshaushalt haben weder Herr Koch noch Herr Steinbrück beschlossen, sondern das war die rot-grüne Koalition in Berlin. Wenn es mit dem ÖPNV nicht aufwärts geht, hat das Rot-Grün in Berlin zu vertreten, aber nicht diese Landesregierung. In diesem Fall muss ich die Landesregierung ausnahmsweise sogar in Schutz nehmen.

(Beifall bei der FDP)

Zurück zur Rolle der Opposition.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zurück zur Rolle der FDP in dieser Frage.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Brutalstmögliches Kuschn! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu dem Einzelplan 07. Um das sachlich festzustellen: Der Einzelplan 07 ist zahlenmäßig im Grunde genommen nichts Neues, sondern er ist die Fortschreibung der Politik der Legislaturperiode von 1999 bis 2003. Herr Boddenberg wird diese Aussage, jedenfalls nach dem, was er ausgeführt hat, sogar bestätigen. Der Einzelplan 07 ist die Fortschreibung dessen, was wir in der vergangenen Legislaturperiode gemeinsam gemacht haben.

Das gilt ganz besonders, weil die Landesregierung nach der leidvollen Diskussion mit dem Baugewerbe, den Kommunen und den Landkreisen erkennen musste, dass die vorjährige Kürzung der Straßenbaumittel um 16,4

Millionen € schlicht und ergreifend unsinnig war. Der Vorwurf, dass sich die Landesregierung mit dieser Kürzung rot-grünen Straßenbauquoten angenähert habe, hat offensichtlich dazu geführt, dass Sie diesen Fehler korrigiert haben.

Ich habe gesagt, dass der Einzelplan 07 nur die zahlenmäßige Fortschreibung der Politik der letzten Legislaturperiode ist. Das will ich begründen. Es reicht nämlich nicht aus, einen Haushalt zahlenmäßig, also vom Volumen her, fortzuschreiben, sondern es kommt auch darauf an, wie man Ziele umsetzt und wie schnell man Ziele umsetzt. Wirtschaftspolitische Plaudereien reichen nicht aus, sondern es geht darum, festzustellen, ob Anspruch und Wirklichkeit tatsächlich übereinstimmen. Deswegen sage ich in aller Deutlichkeit: Das, was der Ministerpräsident heute Morgen zur Entwicklung der wirtschaftlichen Situation im Land Hessen gesagt hat, trifft bei der FDP-Fraktion auf Zustimmung. Nur, die Realität sieht etwas anders aus. Das will ich Ihnen anhand einiger Beispiele deutlich machen.

Es geht um die Förderpolitik in diesem Land. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, dass es die Position der FDP ist, Subventionen abzubauen. Allerdings sage ich auch, dass der Subventionsabbau auf der Bundesebene einheitlich und in allen Bereichen erfolgen muss. Ansonsten schaffen Sie genau das, was wir eben nicht wollen: unterschiedliche Fördersituationen und unterschiedliche Fördergebiete. Dann kommt es, bedingt durch Subventionen, zu einem Wettbewerb, der nicht gerecht ist.

Solange der Subventionsabbau nicht linear erfolgt, sind wir gleichwohl darauf angewiesen, Fördermaßnahmen zu ergreifen. Deswegen stelle ich die Frage: Wie organisieren Sie Wirtschaftsförderungspolitik? Wir haben mehrfach gesagt, dass wir die Trennung zwischen monetärer, also finanzieller, Wirtschaftsförderung und nicht monetärer Wirtschaftsförderung, z. B. bei der Standortpolitik und beim Marketing, für einen äußerst problematischen Weg halten. Sie weichen von der bisherigen Konzeption ab; denn die Bildung der Investitionsbank Hessen gemeinsam mit der Hessischen Landesbank war genau das Gegenteil. Sie bedeutete nämlich die Konzentration der monetären und der nicht monetären Wirtschaftsförderung innerhalb einer Institution.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollten damit erreichen, dass derjenige, der sich über Innovationen und Fördermaßnahmen beraten lassen will, einen Ansprechpartner hat, statt von Pontius zu Pilatus laufen und fragen zu müssen: Gibt es hier etwas aus der Gemeinschaftsaufgabe? Gibt es hier Ziel-1-Mittel? Gibt es landeseigene Programme? – Die Einheit der Wirtschaftsberatung wird durch diese Neuorganisation schlicht und ergreifend zerschlagen.

Was Anspruch und Wirklichkeit betrifft: Herr Fraktionsvorsitzender, bis zum heutigen Zeitpunkt wissen wir nicht, welche Aufgaben die Hessen-Agentur tatsächlich übernimmt. Nein, wir wissen das nicht. Fragen Sie die Kollegen, die im Ausschuss sitzen: Die Berichtsanträge der FDP-Fraktion sind bis zum heutigen Tage nicht beantwortet. Wir wissen nicht, welche Aufgabe der Hessen-Agentur zugeordnet ist und welche Aufgabe bei der IBH verbleibt. Das ist die Realität.

(Beifall bei der FDP)

Herr Jung, ich sage Ihnen das deshalb an dieser Stelle noch einmal, weil wir einen solchen Umgang mit dem Par-

lament nicht gewohnt sind. Bei einem so wichtigen Thema wie der Wirtschaftsförderung ist es notwendig, das Parlament einzubeziehen. Die Informationspolitik, die wir hier vorgefunden haben, ist diesen Ansprüchen nicht gerecht geworden.

Stichwort: Hessen-Agentur. Ich habe unlängst gelesen, die Hessen-Agentur müsse ihren Sitz zwangsläufig in der Landeshauptstadt haben. Warum eigentlich? Ich sehe hier eine Lastigkeit zugunsten des Ballungsraums Rhein-Main. Warum können Wirtschaftsförderung und Wirtschaftsberatung für Nordhessen nicht genauso gut in Kassel stattfinden?

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Das ist doch auch so!)

Warum überlegt man nicht, das Regionalmanagement mit der Hessen-Agentur zusammenzubinden? Herr Kollege Lübcke, diese Fragen sind gestellt worden. Ich befürchte – ich sage das sehr deutlich –, dass bei dieser Neuorganisation der Wirtschaftsförderung in Hessen Nordhessen auf der Strecke bleibt.

(Beifall bei der FDP)

Ich will aber nicht nur von den strukturschwächeren Regionen reden, sondern ich möchte auch etwas zu dem Finanzplatz Frankfurt sagen. Wir alle – mit Ausnahme der GRÜNEN, da ist das Notwendige bereits gesagt worden – sind uns einig, dass es zur Stärkung des Finanzplatzes Frankfurt gehört, die dort vorhandene Infrastruktur auszubauen. Der Frankfurter Flughafen ist ein Thema, mit dem wir uns immer wieder befassen. Darauf will ich jetzt nicht im Einzelnen eingehen.

Aber es geht über die Haushaltspolitik hinaus, wenn man den Finanzplatz Frankfurt stärken will. Ich frage Sie: Was ist denn im Zusammenhang mit der Ansiedlung des BaFin, des Bundesamts für Finanzdienstleistungen, in Frankfurt passiert? Nichts ist passiert, weil der Ministerpräsident nicht den Mut hat, eine solche Frage im Zusammenhang mit der Föderalismusdiskussion auf der Bundesebene anzubringen.

(Beifall bei der FDP)

Frau Kollegin Beer hat, als es um den Einzelplan für das Justizministerium ging, die Schwerpunktstaatsanwaltschaft angesprochen. Dabei geht es nicht nur um Einnahmen in Höhe von 10 Millionen €. Vielmehr ist eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft wichtig für das Image des Finanzplatzes Frankfurt. Warum ist nichts geschehen? Die Initiativen sind bereits vor zwei Jahren ergriffen worden. Wir wollten auf der Bundesebene tätig werden. Wir wollten am Finanzplatz Frankfurt eine Staatsanwaltschaft einrichten, die allein für Wirtschaftsstraftaten zuständig ist.

(Beifall bei der FDP)

Warum ist dort nichts geschehen? Das hat Bedeutung für den Standort Frankfurt. Es reicht nicht aus, blumige Ausdrücke zu verwenden und zu sagen: Das wollen wir. – Ich möchte gerne wissen, was tatsächlich passiert ist.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Posch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Boddenberg?

Dieter Posch (FDP):

Nein, im Augenblick nicht. Herr Boddenberg muss gerade telefonieren, wie ich sehe.

Ich möchte einige Anmerkungen zum Finanzplatz Frankfurt und zur Börsenaufsicht machen. Als es um die deutsche Börse ging, hatten wir ein großes Problem bei der Sicherung des Standorts Frankfurt. Sie wissen, dass die Europäische Union eine Zentralisierung der Börsenaufsicht vorhat. Wir müssen uns mit den Bundesländern darüber verständigen und die Börsenaufsicht an einem einzigen Standort organisieren. Was ist denn passiert, wenn es darum geht, die Börsenaufsicht in Frankfurt bzw. in Hessen zu organisieren? – Nichts. Wenn es um den Finanzplatz Frankfurt geht, sind diese Fragen zu klären.

Da ich gerade beim Finanzplatz Frankfurt bin, will ich noch ein paar Worte zum Sparkassengesetz bzw. zum öffentlich-rechtlichen Sparkassenwesen sagen. Da wir von zwei Fraktionen an diesem Punkt häufig fehlinterpretiert werden, sage ich deutlich: Wir stehen zu dem Sparkassenwesen, weil wir wissen, dass die Sparkassen Mittelstandsfinanziers par excellence sind.

(Beifall bei der FDP – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist das Erste, was wir hören! Das ist etwas ganz Neues!)

Wir wissen, dass dieser Finanzier par excellence für den Mittelstand ausfiele, wenn die Sparkassen nicht existieren bzw. geschwächt würden. Das wollen wir nicht. Gerade deswegen haben wir bereits im vergangenen Jahr einen Gesetzentwurf zur Änderung des Sparkassenwesens in diesem Lande eingebracht, der es erlaubt, vertikale und horizontale Holdings zu bilden. Eineinhalb Jahre lang wird über eine vertikale Lösung am Finanzplatz Frankfurt diskutiert. Aber einen Gesetzentwurf, in dem vorgesehen ist, beispielsweise die Fraspas als Tochter der Hessischen Landesbank zu etablieren, habe ich bis zum heutigen Zeitpunkt nicht gesehen.

Es ist unstrittig, dass man zur Änderung des Sparkassenwesens in dieser Frage, wenn man das rechtlich sicher organisieren will, eine gesetzliche Grundlage braucht.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Verehrter Herr Boddenberg, wir stehen auch der Lösung offen gegenüber, dass die Fraspas mit der Hessischen Landesbank kooperiert bzw. als Tochterunternehmen organisiert und aufgebaut sein kann.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Meine Damen und Herren, aber damit sind doch die Probleme der Sparkassen am Finanzplatz Frankfurt nicht gelöst.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Bernd Riege (SPD))

Wir wissen, dass wir Sparkassen haben, die auch Probleme haben, wo sich die Frage der Fusion, der Kooperation und der Holding sehr wohl stellt. Ich kann Ihnen die nennen. Die „Unordnung“ durch die Nassauische Sparkasse ist historisch gewachsen und wird nicht aufgehoben. Wir haben die Offenbacher Sparkasse. Es gibt kein Konzept zur Lösung des Gesamtproblems im Rhein-Main-Gebiet. Sie basteln daran herum. Wir werden diesen kleinen Vorschlag, wenn er denn so kommt, sicherlich mittragen. Aber ein Konzept zur Stärkung der Sparkassen im Rhein-Main-Gebiet ist bis zum heutigen Tag nicht vorgelegt worden.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, deswegen: Anspruch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander. Das Stichwort – Herr Kollege Jung, weil Sie das angesprochen haben – gehört zur Frage des Stils. Ich sage ganz offen: Ich finde es nicht in Ordnung. – Die FDP-Fraktion hat vor einem halben Jahr einen Antrag eingebracht und die Landesregierung aufgefordert, auf der Grundlage des Eckpunktepapiers zum ÖPNV in der letzten Legislaturperiode einen Gesetzentwurf vorzulegen. Zwischenzeitlich wird in den Gazetten der Gesetzentwurf genannt. Aber der Hessische Landtag hat ihn bis zum heutigen Tage nicht. Das ist kein guter Stil, gerade, weil wir uns in diese Diskussion einbringen wollen.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind zur Verkehrspolitik der Auffassung, dass natürlich die Sicherung der Mobilität nicht ausschließlich durch die Förderung des Individualverkehrs gewährleistet werden kann. Wir brauchen einen vernünftigen Schienenpersonennahverkehr im Lande. Wir brauchen deswegen auch die entsprechenden Mittel, um das zu organisieren. Dann muss man sich auch in der Frage der Bahnreform, die momentan ansteht, einschalten. Ich will auf die Einzelheiten nicht eingehen. Aber eine Aussage der Landesregierung, wie man beispielsweise zur Frage der Trennung von Netz und Betrieb bei der Bahn steht, sieht man bis zum heutigen Zeitpunkt noch nicht.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Da gibt es klare Aussagen!)

– Herr Dr. Lübcke, es gibt sehr unterschiedliche Aussagen, im politischen Raum die Aussage, dass man die Trennung von Netz und Betrieb will. Wenn Sie in der letzten Ausschusssitzung gewesen sind, dann werden Sie wissen, dass die Vertreter der Landesregierung im höchsten Maße geeit und keine klare Aussage gemacht haben.

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen, weil der Fraktionsvorsitzende der CDU und der Herr Ministerpräsident sie heute angesprochen haben. Das ist die Frage der Genehmigungsverfahren. Sie haben das anhand des Beispiels der Kammolche und der A 49 gemacht. Herr Kollege Jung, ich frage einmal nach Folgendem. Die FDP-Fraktion hat vor ungefähr einem Jahr einen Antrag zur Straffung des Genehmigungsrechtes eingebracht. Diesen Antrag haben wir mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion beschlossen.

Ein Bestandteil dieses Antrages und des Beschlusses war, dass die Landesregierung beim Bund vorstellig werden soll, die berühmte FFH-Richtlinie in der Weise zu ändern, dass das so genannte Subsidiaritätsprinzip gilt und die Entscheidung, ob die Kammolche bei der A 49 wirklich rechtlich relevant sind oder nicht, nicht in Brüssel, sondern in Hessen oder zumindest in Deutschland getroffen wird. Ich frage: Was hat die Landesregierung dazu getan, um diese Frage einer Klärung zuzuführen?

(Beifall bei der FDP)

Der Ministerpräsident hat heute mit bewegten Worten dargestellt, dass man auf der Internetseite des NABU sehen könnte, wie viel Kammolche es noch in Deutschland oder in Hessen gibt. Meine Damen und Herren, zu dem Weiterbau der A 49 reicht das nicht aus. Es muss die Frage beantwortet werden, ob das, was dort vorhanden ist, erheblich oder nicht erheblich ist. Ich höre keine Antwort auf diese Frage.

Ich bin sofort bei Ihnen, wenn Sie sagen: „Wir wollen an die Frage des Genehmigungsrechts herangehen“, weil ich

mich mit Leidenschaft dieser Frage gewidmet habe und glaube, unser Genehmigungsrecht in Deutschland ist das größte Investitionshemmnis, das es zu beseitigen gilt.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Dazu haben Sie beige-tragen!)

– Dann sind wir uns in der Zielsetzung wenigstens einig. Aber wenn, bitte schön, von Ihnen nichts konkret dazu getan wird, dann sind Sie nicht legitimiert, das als Sonntagsredeninhalt zu bringen. Ich erwarte von der Landesregierung konkrete Antworten auf die Fragen, die wir gestellt haben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Posch, ein Hinweis zur Redezeit.

Dieter Posch (FDP):

Ich komme zum Schluss.

Ich will einen allerletzten Punkt ansprechen, den ich keineswegs mit Kritik verbinden will. Ich glaube nur, darauf hinweisen zu müssen. Wir müssen uns intensiv wieder den außenwirtschaftlichen Belangen widmen. Es reicht nicht aus, nur die Kontakte zu den Nachbarregionen aufrechtzuerhalten und zu gestalten. Hessen ist ein Land – ich will das jetzt im Einzelnen nicht mit Daten belegen –, bei dem die Außenwirtschaft eine unglaubliche Bedeutung hat, sowohl für die hessischen Unternehmen im nahen und im fernen Ausland als auch für die ausländischen Investoren hier.

In diesem Zusammenhang möchte ich anmerken und daran erinnern, dass wir an eine lange Tradition anknüpfen können und diese Tradition aufrechterhalten sollen, denn jeder Arbeitsplatz, der durch ein Unternehmen entsteht, das im Ausland tätig wird, ist eine Maßnahme, die uns letztendlich auch in Hessen zugute kommt.

Ich komme zum Schluss. Vom Grundsatz, von der Zielsetzung her – wie könnte es anders sein – sind sich CDU und FDP in der Wirtschaftspolitik einig. Wir sehen nur erhebliche Defizite bei der Realisierung der Ansprüche. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Für die Landesregierung hat Herr Staatsminister Dr. Rhiel das Wort.

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach all dem, was wir zum Teil vorher gehört haben, sollte man meinen, dass das Bundesland Hessen in der Rangliste der Bundesländer unter dem ökonomischen Sachverhalt weit hinten steht. Die Realität ist aber gottlob anders. Die Realität lautet nämlich, dass Hessen als Wirtschaftsland weiter auf dem Weg nach vorn ist.

(Beifall bei der CDU)

Dafür sprechen die Fakten. Allein die jüngste Prognose der IHKs im Rhein-Main-Gebiet hat gezeigt, dass wir in Hessen im nächsten Jahr wieder mit einem Wachstum rechnen können, das weit über dem Bundesdurchschnitt liegt. In diesem Jahr liegen wir bereits mit 2,2 % um 0,1 Prozentpunkte hinter Bayern ganz an der Spitze.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Die schaffen wir auch noch!)

Die Prognose lautet, dass wir im nächsten Jahr 19.000 zusätzliche Stellen haben werden. Die Prognose der Unternehmen lautet, dass sie zu 27 % die Lage als gut beurteilen. Im letzten Jahr waren es nur 14 %, die zu diesem Wert gekommen sind.

Meine Damen und Herren von der Opposition, insbesondere von den GRÜNEN und der SPD, Herr Frankenberger und Herr Wagner, wenn Sie mich persönlich ansprechen und mich daran bewerten, dann lasse ich das gerne geschehen. An solchen Zahlen lasse ich mich gern messen. Ich weiß aber, dass dieser Erfolg nicht allein der Erfolg einer Landesregierung, geschweige denn des Wirtschaftsministers, ist. Dabei sollten wir uns in Bescheidenheit zurückhalten. Das ist die Leistung der wirtschaftenden Menschen in den Unternehmen, die dies trotz widriger Bedingungen der Bundespolitik vollbracht haben.

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehört auch die Zahl, dass die Auftragseingänge in Hessen mit 10,1 % weit über dem Bundesdurchschnitt gestiegen sind. Dazu gehört auch, dass nicht nur im Rhein-Main-Gebiet eine positive Veränderung der Zahl der offenen Stellen in diesem Jahr festzustellen ist, nämlich mit plus 27 %, sondern dass auch in Bad Hersfeld plus 37 %, sogar in Kassel 18 % – Herr Frankenberger – festzustellen sind, eine äußerst positive Leistung. Ich kann nicht verstehen, dass Sie, der Sie aus Kassel kommen, sich hierhin stellen und dieses Land und diese Region schlechtreden. Das hilft unserem Land nicht.

(Beifall bei der CDU)

Herr Frankenberger, ich frage mich: Wie könnte es um diese Region bestellt sein, wenn Ihre Landesregierung nicht zehn Jahre lang nach der deutschen Einheit den Ausbau der A 44 und der A 49 verschlafen oder bewusst verzögert hätte? Wo könnten wir heute stehen?

(Beifall bei der CDU)

So müssen wir heute mühsam nachholen, was Sie versäumt haben, mit all den Widrigkeiten bis hin zum Kammolch. – Herr Posch, was Sie eben hier gesagt haben, stimmt einfach nicht. Es ist unwahr, wenn Sie uns vorwerfen, dass wir nicht handeln. Ganz im Gegenteil – wir handeln und fassen Beschlüsse, die nachher auch gerichtsfest sind.

Ich will Sie hier gar nicht zitieren und anführen, was während Ihrer Regierungszeit war. Aber wir wollen nicht das selbe Schicksal erleiden, das wir damals erleiden mussten, als das Gericht unsere Ausbaubemühungen gestoppt hat. Wir müssen deswegen also gründlich vorgehen. Nicht nur das Gutachten zu den Kammolchen liegt vor. Vielmehr wurde auch das Qualitätssicherungsgutachten in Auftrag gegeben. Wir müssen gründlich handeln, damit wir sicher planen und das später auch realisieren können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Ministerpräsident Koch hat heute Morgen die große Linie vorgegeben, die die Leitlinie in der hessischen Wirt-

schaftspolitik ist. Es geht um das Ziel: Wie können wir in Hessen auf dem Wachstumspfad noch weiter vorankommen? – Denn wir sind schon Spitze. Hessen hat pro Beschäftigten eine Produktivität von 62.000 €. Das liegt weit über dem Bundesdurchschnitt. Wir sind dabei, dieses Wachstum zu forcieren. Dazu müssen insbesondere zwei große Zielsetzungen verwirklicht werden. Das betrifft zum einen die Forschungs- und Entwicklungspolitik. Damit ist der Wissenstransfer in die Unternehmen verknüpft. Denn unsere Unternehmen, vor allen Dingen die mittelständischen Unternehmen, müssen mit Hightech, Kreativität und aufgrund von Forschung und Entwicklung auf den Weltmärkten wettbewerbsfähig sein. Sie müssen dort die Wertschöpfung erzielen, die wir brauchen. Dazu gehört auch, dass der Staat neben der Förderung des Transfers und der Hochschulen in einem zweiten Teil auch das gewährleistet, was wir die infrastrukturellen Voraussetzungen nennen.

Wir haben in den letzten Jahren deutlich gemacht – das können wir an einzelnen Maßnahmen Tag für Tag ablesen, das wird dort also bestätigt –, dass wir für das ganze Land, also sowohl für den Ballungsraum Rhein-Main wie auch für Nord- und Mittelhessen, Stück für Stück dieses Infrastrukturnetz gestalten und dort immer wieder neue und zusätzliche Verknüpfungen vornehmen. In Nordhessen gilt das für den Schwerpunkt Touristik. Wir haben es geschafft, da Schwerpunkte zu bilden. Das trifft z. B. auf Bad Sooden-Allendorf oder auf Bad Karlshafen zu. Dort werden wir in der übernächsten Woche die Einweihung des Zentrums haben.

Wir haben es geschafft, den Logistikstandort, den es in der Nähe von Bad Hersfeld gibt, zu erweitern. Wir führen gerade mit einem Unternehmen Gespräche über die Schaffung weiterer 400 bis 500 Arbeitsplätze.

Da kommt doch der eine oder andere Abgeordnete der Opposition her und behauptet, es sei nichts realisiert worden, insbesondere in Nordhessen. Das Projekt des Flughafenbaus Kassel-Calden ist ein Synonym dafür, dass diese Landesregierung nicht, wie es die Vorgängerregierung getan hat, Nordhessen abgeschrieben hat und als das Armenhaus Hessens betrachtet. Vielmehr erkennen wir die Potenziale, nutzen sie und bauen sie für die Menschen dort aus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir geben uns deswegen auch nicht mit den Prognosen zufrieden, die es zur demographischen Entwicklung gibt. Wir stellen uns nicht mit den Händen in den Taschen hin und tun nichts. Das Gegenteil ist der Fall. Wir wollen diesem Trend entgegensteuern. Wir wollen den ländlichen Raum stärken. In der letzten Woche gab es in Borken eine Konferenz mit Vertretern aller Gemeinden. Dort haben wir beispielsweise überlegt, wie mit einem neuen Programm, das statt des Programms „Umbau West“ aufgelegt werden soll, die erforderlichen Umkehrprozesse eingeleitet werden können.

Wir können dabei auch an die Regio-Tram in Kassel denken. Bei der Infrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs geschieht in diesem Land jetzt mehr, als in den Zeiten zuvor stattgefunden hat.

(Beifall der Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) und Dr. Walter Lübcke (CDU))

Dazu brauche ich nur eine Zahl zu nennen. Ich kann mich daran noch aus meiner Zeit als kommunaler Vertreter im RMV erinnern. Herr Posch, das muss man einmal deutlich

herausstellen. Diese Landesregierung hat in der letzten Legislaturperiode dem RMV, dem NVV und auch dem Rhein-Neckar-Verkehrsverbund im Hinblick auf das Finanzbudget Klarheit für die Zukunft gegeben. Die regionalen Verkehrsverbünde haben heute Klarheit darüber und können darauf zählen, dass ihnen die genannte Summe zur Verfügung steht. Das gilt unabhängig von der Entwicklung des Haushaltes. Das sind mehr als 600 Millionen € pro Jahr. Herr Wagner, 600 Millionen € pro Jahr, das ist das Geschenk zum Jubiläum des RMV. Das ist eine Summe, die zeigt, dass das Land Hessen den RMV nicht am Gängelband führt. Das ÖPNV-Gesetz beweist, dass wir dem RMV mehr Kompetenzen gegeben haben. Die dortigen Vertreter haben mehr Möglichkeiten, selbst zu entscheiden, wie die Mittel eingesetzt werden, damit sie optimal verwendet werden.

Im Vergleich dazu möchte ich auch sagen, dass wir das Landesstraßenbauprogramm erhöht haben. Im nächsten Jahr werden wir mit einer Rekordsumme aufwarten können.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ich denke, wir sind pleite!)

Wir werden 120 Millionen € an Aufträgen vergeben können.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ich denke, wir sind pleite!)

Wir sind auf dieses Programm sehr stolz. Dennoch zeigt diese Summe, gemessen an den 600 Millionen €, die wir für den öffentlichen Personennahverkehr aufbringen, welche hohe Priorität der öffentliche Personennahverkehr besitzt. Herr Wagner, es ist völlig unverständlich und völlig unsinnig, dass Sie hier diesen Vorwurf konstruiert haben.

Ich will etwas Generelles zu den Zukunftstechnologien sagen. Wir alle wissen, dass wir den vergangenen Zeiten nicht hinterherjammern sollten. Wir sollten nicht den Technologien hinterherjammern, die heute wegen der hohen Lohnkosten in unserem Land nicht mehr beheimatet sind, die also ins Ausland abgewandert sind. Das holen wir nicht mehr zurück. Umso mehr müssen wir dafür kämpfen, dass der Wissenstransfer gelingt und dass das bei den Zukunftstechnologien mit Know-how und Kreativität Stück für Stück umgesetzt wird. Dass das in diesem Lande geschieht, können wir an wesentlichen Fakten ablesen. Das gilt nicht nur für die pharmazeutische und die chemische Industrie. Das gilt auch für die Biotechnologie. In diesem Zusammenhang frage ich Sie auch: Wie viel besser könnte es um dieses Land bestellt sein, wenn die Bundesregierung nicht ständig mit Querschüssen auflauern würde? – Ich will das an zwei Beispielen deutlich machen.

Zum einen betrifft dies die forschende pharmazeutische Industrie. Die Gesundheitspolitik treibt mit der Festlegung der Fallpauschalen bzw. der Festpreisregelung die forschende pharmazeutische Industrie aus dem Land. Es vollzieht sich derzeit ein Exodus, der aufgrund der verfehlten Gesundheitspolitik von dieser Bundesregierung verantwortet werden muss.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie doch zugestimmt! Wie war das denn? Herr Rhiel, das stimmt jetzt aber nicht! Das war doch ein Kompromiss!)

Sie verdrängt solche Spitzentechnologien aus diesem Land.

In diesem Zusammenhang beklagen viele immer wieder, dass die europäische Politik und die Überregulierung durch die Europäische Union ein Grund sei, warum sich unsere Wettbewerbsfähigkeit verringert.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Al-Wazir?

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Momentan gestatte ich sie nicht. Ich möchte meinen Gedanken zu Ende führen.

Dabei wird immer wieder das Beispiel REACH genannt. Das betrifft also die Chemiepolitik. Wir müssen das kritisieren und gemeinsam daran arbeiten, dass diese Hemmnisse abgebaut werden. Außerdem müssen wir auch feststellen, dass diese Bundesregierung in vielen Bereichen die Vorgaben der Europäischen Union nicht 1 : 1 umsetzt. Damit würde die Wettbewerbsgleichheit zwischen den europäischen Ländern bestehen bleiben. Die Bundesregierung baut aber zusätzliche Hürden auf. Als Beispiel möchte ich die grüne Gentechnologiepolitik anführen. Da hat die Bundesregierung den in Deutschland forschenden Instanzen erneut Hürden in den Weg gelegt. Die haben deswegen keine Chance, auf den internationalen Märkten dauerhaft wettbewerbsfähig zu agieren. Deshalb können hier in Deutschland keine wettbewerbsfähigen und zukunftsfähigen Arbeitsplätze entstehen.

Von Herrn Boddenberg wurde die Nanotechnologie schon angesprochen. Wir haben da in den letzten Wochen viel bewegt. Der Höhepunkt war das Nanotechnologieforum, das in der letzten Woche stattgefunden hat. Es wurde mit großer Begeisterung, mit großer Leidenschaft und mit viel Dank der Unternehmen an diese Landesregierung abgehalten.

Herr Posch, Reden und Handeln ist die Maxime – Reden und Handeln. Bei dieser Veranstaltung waren auch Abgeordnete anwesend. Es hat sich aber kein Abgeordneter der Oppositionsfractionen dort sehen lassen. Ich muss das sehr bedauern. Genauso war es auch bei der Verleihung des Technologiepreises. Auch dort war das eine Fehlangeize.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Vizepräsident Lothar Quanz:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Wagner?

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Ich möchte gerecht und fair bleiben und auch diese Zwischenfrage nicht zulassen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Was heißt hier gerecht und fair? Dann lassen Sie doch alle Zwischenfragen zu!)

So ist das also. Wir dürfen nicht nur reden. Wir müssen auch handeln. Es stünde der Opposition gut an, dem guten Beispiel der Regierung zu folgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch einige Aussagen zum Rhein-Main-Gebiet machen. Es ist auch hier gesagt worden, dass nichts geschehe. – In diesem Jahr ist in diesem Zusammenhang sehr viel geschehen.

(Fortgesetzte Zurufe der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Es ist allein dadurch sehr viel geschehen, dass wir gemeinsam die Rechtmäßigkeit des Ballungsraumgesetzes durch die Gerichte bestätigt gefunden haben. Es ist dem Druck dieser Landesregierung, insbesondere des Ministerpräsidenten zu verdanken, dass sich hier nun etwas bewegt, gerade im Zusammenwirken der Kommunen im Rhein-Main-Gebiet bezüglich der Wirtschaftsförderung. Hier kommt zweierlei zusammen: die neue Wirtschaftsförderung des Landes, die in der Hessen-Agentur zusammengefasst ist, die Nordhessen nicht benachteiligen wird, sondern die in Nordhessen – Herr Posch, das kann ich Ihnen zusagen – noch effizienter präsent sein wird als bisher.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben die Chance, mit dieser Hessen-Agentur und mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Region Rhein-Main eine Zusammenarbeit neu zu installieren, die die Kräfte zusammenführt und die Schlagkraft dieses Landes in wirtschaftspolitischer Hinsicht weiter ausbaut.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Minister, gestatten Sie mir den Hinweis: Die einmal angedachten zehn Minuten sind deutlich überschritten.

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Das gilt auch für die Sparkassen. Herr Posch, ich muss allerdings hinzufügen: Hier unterscheidet uns offenbar grundsätzlich etwas; denn die Sparkassen sind in der Regel in der Trägerschaft der Kommunen, bis auf die eine Ausnahme.

(Dieter Posch (FDP): Das sollen sie auch bleiben!)

Das Gesetz bezüglich der Sparkasse Frankfurt, das vor 14 Jahren verabschiedet worden ist, zeigt unzweideutig, dass dies auch im kommunalen und damit im Sparkassenverbund bleiben wird. Sie werden sehen, dass die Bemühungen, die vielen Gespräche, die wir geführt haben, die Konzepte, die wir gemeinsam eröffnet haben, bald zum Ziel führen, dass die Sparkassen auch im Rhein-Main-Ballungsraum schlagkräftiger werden und für die Zukunft fit werden.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Ende. Ich kann nur feststellen, dass dieser Haushalt für den Bereich Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung sehr deutlich zeigt, dass wir kontinuierlich handeln und dass wir zusätzlich neue Akzente für die Zukunft setzen, die der Wirtschaftskraft des Landes Hessen neuen Schub verleihen, damit wir im Interesse der Menschen im wirtschaftlichen Bereich weiterhin eine Spitzenstellung in der Bundesrepublik Deutschland einnehmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke sehr, Herr Dr. Rhiel. – Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Aussprache zum Einzelplan 07. Wir hatten dazu gemeinsam die Tagesordnungspunkte 27, 30 und 31 aufgerufen.

Wir fahren fort in der Tagesordnung und rufen den

Einzelplan 08 – Hessisches Sozialministerium –

auf. Hier hat zunächst die SPD-Fraktion das Rederecht. Frau Fuhrmann, ich darf Sie ans Mikrofon bitten.

Petra Fuhrmann (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Einige wollen zur Feuerwehr.

(Gerhard Bökel (SPD): Aber erst nach deiner Rede!)

Aber ich muss sagen: Wir sprechen über einen der wichtigsten Einzelpläne dieses Landeshaushalts, und wir sprechen über den Haushalt im Land der leeren Versprechungen, im Land der leeren Kassen unter einer Regierung der leeren Köpfe.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Oh! – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist peinlich!)

Die CDU hat wieder die alte Platte aufgelegt: Dem Land fehlen 500 Millionen €, und einem nackten Land kann man nicht in die Tasche greifen. – Wer keine finanziellen Spielräume sehen will und den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen will – so wie Sie im üblichen Falle, Herr Kollege Irmer –, der hat auch keine Möglichkeit, den Landeshaushalt zu gestalten. Sie tragen vor, Sie haben trotz allem in Ihren Schwerpunktbereichen, nämlich bei der Kinderbetreuung und der Sprachförderung, etwas draufgesattelt.

Ich kann nur sagen: Auch im fünften Jahr der Regentschaft von Roland Koch dem Ersten wurde es nicht geschafft, die Staatsfinanzen zu sanieren, und ich muss mich fragen, was die Landesregierung im Sozialbereich außer dem spektakulärsten und übelsten Sozialkahl Schlag in Hessen bisher geleistet hat.

Wir haben ein Offensivchen, das seit vier Jahren gelobt und ins Fenster gehängt wird. Die Betreuungsquote der Kinder bis zu drei Jahren ist allerdings in den fünf Jahren nur um ganze 2 % gestiegen. Wenn wir uns die Statistik anschauen, dann stellen wir fest, dass das nicht Ihrer guten Politik geschuldet ist, sondern es kommt auch daher, dass die Zahl der Kinder im vergangenen Jahr von 185.000 auf 166.000 zurückgegangen ist. Dann wird die Quote natürlich ein bisschen höher.

Das zur Verfügung gestellte Geld reicht hinten und vorne nicht aus, um den Bedarf zu decken und Ihre Parteitageversprechen, Sprechblasen und Sonntagsreden zu diesem Thema auch nur in irgendeiner Form umzusetzen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Immerhin, ein kleines Wunder oder Märchen ist geschehen. Ich habe gedacht, die CDU ist endlich aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht, als ich hörte, dass es einen Leitantrag für eine neue Frauen- und Familienpolitik gäbe.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Den gab es auch!)

Ich muss sagen, Roland Koch, der Prinz, wollte die Hessen-CDU wachküssen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Allerdings ist ein Frosch daraus geworden!)

Allerdings musste ich gestern schon wieder in der Zeitung lesen, dass die Frauen-Union aus Ihrem Wahlkreis, Frau Lautenschläger, massiv protestiert und sagt, sie will eine Kampagne für Hausfrauen. Vielleicht sollten Sie einmal mit den Kolleginnen sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe an ein kleines Wunder gedacht: Roland Koch wollte Dornröschen wachküssen. Als ASF-Bezirksvorsitzende muss ich Ihnen allerdings sagen: Diesen Frosch müssen Sie noch sehr oft an die Wand werfen, bis er ein Prinz wird.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie haben Sonntagsreden und Sprechblasen auf Ihrem Parteitag beschlossen, aber Ihr Haushalt zeigt das glatte Gegenteil. Wo sind denn die massiven Investitionszuschüsse für die Betreuung der unter Dreijährigen? Wo sind die Mittel für Frauenbildungsprojekte? Wo sind die Mittel für Wiedereinstiegskurse? Wo sind die Zuwendungen für Familienbildungsstätten? Wo bleibt die finanzielle Unterstützung für Kinder und Familien in sozialen Brennpunkten? – Fehlzanzeige.

(Beifall bei der SPD)

Allerdings muss man sagen: Schon auf dem Parteitag war Harpagon, also Molières Geizhals, in Gestalt von Herrn Boddenberg unterwegs, der sagte: Das ist bei knappen Kassen natürlich schwer umzusetzen. – Genau, Herr Boddenberg, gleich einmal das Scheitern vorwegnehmen, damit man sich nicht an die eigenen Beschlüsse halten muss.

Zurück zum Schaufensterleit Antrag. Bei aller Freude darüber, dass die CDU ihre ideologischen Scheuklappen bei diesem Thema vielleicht ablegen würde – ich warte auf das Happy End. Wie sieht das Happy End für eine Frau mit ausgeprägtem Kinder- und Karrierewunsch aus? Nach diesem Landeshaushalt sieht es schlecht aus. Sie kann zwar ihren hoffentlich reichen Prinzen auf das Pferd nehmen und mit ihm von dannen reiten. Aber wenn sich das junge Paar kein Kindermädchen leisten kann, dann wird sie nach wie vor einstweilen auf Nachwuchs verzichten müssen.

(Beifall bei der SPD)

Im Jahr 2010 sollen dann aber doch genügend Betreuungsplätze zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, Kinderbetreuung à la Koch, das sind Sprechblasen und große Sprüche für Tagesmütter und eine große Lücke bei der institutionellen Kinderbetreuung.

(Zuruf des Abg. Rafael Reißer (CDU))

Ich darf einen Kollegen von Ihnen zitieren, Herr Reißer: „Es darf keine Wartelisten für Kinderkrippenplätze mehr geben“, so sagte Landrat Banzer seinen Bad Homburger Parteifreunden von der CDU, die vorrangig auf den Einsatz von Tagesmüttern setzen, wie die Landesregierung auch. Er sagte, es sei zwar richtig, auch Tagesmütterprogramme zu unterstützen. Wichtig sei aber die Vielfalt von Angeboten, die es jungen Familien ermöglichen, trotz

Berufstätigkeit von Vater und Mutter Kinder großzuziehen.

Ich finde, Recht hat Ihr Kollege. Sie sollten sich einmal mit Herrn Banzer unterhalten.

(Beifall bei der SPD)

Nicht eine Verfünf- oder Verzehnfachung der Tagesmütterzahl wird in Hessen die Situation flächendeckend verbessern, sondern einzig und allein die Vielzahl und Flexibilität der Betreuungseinrichtungen und auch aufseiten der Wirtschaft, die den Frauen den Wiedereinstieg oder den Nichtausstieg ermöglicht. Auch hier sind die Sprechblasen der Landesregierung einfach zu wenig.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen verhindern, dass eine Familie, in der beide Partner berufstätig sein können oder sein wollen, komplizierte Wege auf sich nehmen muss. Wir wollen, dass sie unproblematisch Betreuungsplätze findet. Wir wollen, dass Menschen nicht auf Kinder verzichten, weil sie auch Karriere machen wollen. Für das Versprechen, das Sie jungen Familien auf Ihrem Parteitag gegeben haben, reichen die 14 Millionen € für das Offensivchen wahrlich nicht aus. Der Zuwachs an neuen Plätzen im Jahr 2004 betrug gerade einmal 118 Plätze in der Tagespflege und 590 Krippenplätze. Diese Bilanz ist einfach armselig.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb beantragen wir und fordern Sie auf: Stocken Sie die Investitionskostenzuschüsse um mindestens 10 Millionen € auf, damit der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen für unter Dreijährige endlich wahr gemacht werden kann. Verhalten Sie sich also nicht wie Harpagon, und lassen Sie im Bereich der Kinderbetreuung Goldtaler regnen. Keine Sprechblasen und Sonntagsreden mehr.

Der Haushalt ist insgesamt kein Sozialhaushalt der sprudelnden Ideen, sondern vielmehr ein Haushalt der sprudelnden EU-Mittel.

Wo wurde draufgesattelt? – Natürlich im Ministerium, insbesondere bei der Öffentlichkeitsarbeit weitere 74.000 €, bei den Personalausgaben ebenso ein sattes Plus und bei der Schwangerschaftskonfliktberatung ein Plus – das ist Ausfluss eines Urteils, das ist notwendig und muss gemacht werden.

Sehen wir uns die Arbeit bei der Ausbildungsförderung an. Der Ansatz ist landesweit weitgehend gleich geblieben, der einzige Zuwachs sind EU- bzw. ESF-Mittel für das nächste Jahr. Immer dann, wenn Ihnen das Geld fehlt, Frau Ministerin, sind andere schuld. Wenn Sie zusätzliches Geld ausgeben, dann kommt es aus fremden Taschen. Das ist eine sehr seltsame Haushaltspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne ein paar Beispiele. Ausbildung von Altenpflegekräften: plus 3,1 Millionen € wegen Erhöhung der ESF-Mittel. HARA: plus 6 Millionen € wegen Erhöhung der ESF-Mittel. Ausbildung für Benachteiligte: plus 3,3 Millionen € wegen ESF-Mitteln und einem kleinen Anstieg bei den Landesmitteln. Ausbildungsvorbereitung für Benachteiligte: 728.000 € mehr – ESF-Mittel.

Meine Damen und Herren, es ist keine große Kunst, einen Etat mit fremden Mitteln aufzustocken. Es wäre eine Kunst, wenn Sie eine Haushaltspolitik machten, die den Sozialhaushalt aus Landesmitteln entsprechend ausstattet.

(Beifall bei der SPD)

Dabei gilt es auch, Einsparpotenziale zu nutzen. Die Vertriebenen haben wir nun oft genug genannt, aber ich sage ihnen auch, das Schlösschen derer von Erbach ist verzichtbar. Was ist wichtiger, Prestige oder Programme für junge Menschen? – Unsere Antwort ist dabei völlig klar.

Im Rahmen des Ausbildungspaktes haben Sie für die Programme „Ausbildung statt Sozialhilfe“ und „Ausbildung in der Migration“ die Mittel um 1 Million € erhöht. Bei HARA bleibt alles beim Alten, das Land gibt keinen Cent mehr. Das, was Sie an Eigenmitteln in Problembereiche und Ausbildung für junge Menschen stecken, ist ganz geringfügig mehr als im letzten Jahr. Es ist viel zu wenig, noch dazu, wenn man sich anschaut, was der soziale Kahlschlag im letzten Jahr in diesem Land angerichtet hat. Also keine Sprechblasen und Sonntagsreden mehr, konkretes Handeln ist gefragt.

(Beifall bei der SPD)

Gerade junge Menschen in Hessen brauchen Perspektiven. Mindestens 20 Millionen €, wie es die SPD-Fraktion zu diesem Haushalt beantragt hat, sind in ein Ausbildungsprogramm zu investieren. Sie halten sich vornehm zurück und hoffen, dass es die Wirtschaft schon richtet.

Nehmen Sie sich doch einmal ein Beispiel an anderen Ländern. Nordrhein-Westfalen hat z. B. im Rahmen des Ausbildungspaktes ganze 40 Millionen € Landesmittel mehr in die Hand genommen. 40 Millionen € für 6.000 Ausbildungsplätze und 5.000 Praktikumsplätze – das ist eine vorbildliche Landespolitik, die die jungen Menschen nicht im Regen stehen lässt.

(Beifall bei der SPD)

Oder nehmen Sie sich ein Beispiel am Bund, der die Zahl der Ausbildungsplätze in seinen Bereichen wenigstens um 20 % erhöht hat. Sie verweigern auch das und lassen die jungen Menschen im Regen stehen. Die Jugend hat also keine Perspektiven.

Wo Sie überall Sparpotenziale entdeckt haben, will ich jetzt nicht zum x-ten Mal wiederholen. Ich nenne trotzdem ein paar Stichpunkte: Sie haben weder bei den Familien noch bei den Behinderten, noch bei den Kindern mit Ihrem Kahlschlag im vergangenen Jahr Halt gemacht. Sie haben den Rotstift bei den Allerschwächsten angesetzt und das zynische Motto in die Welt gesetzt: Do it yourself, oder auf Hessisch: Seht zu, wo ihr bleibt.

Ein familienfreundliches Klima für Kinder und Familien bezeichnen Sie immer als Zukunftsvision. Ihre konkrete Politik sieht völlig anders aus. Sollen die Projekte in den sozialen Brennpunkten, die Verbände und Organisationen, die Hilfs- und Unterstützungsstrukturen bieten, doch sehen, wo sie bleiben, oder sich à la RTL-Dschungelcamp ohne Landesmittel durchschlagen. – Ihre Rechnung geht aber nicht auf.

Die Einsparungen, die Sie im Sozialhaushalt erhofft haben, werden die gewünschten Effekte in keiner Weise bringen. Sie produzieren nicht weniger, sondern deutlich mehr Probleme in Hessen, auch mehr Hilfsbedürftige, mehr Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe und Wohngeld oder anderen staatlichen Leistungen. Wo Erziehungs- und Schuldnerberatungsstellen wegfallen, fallen nicht automatisch auch die Probleme der Menschen weg.

(Beifall bei der SPD)

Diese Probleme werden ohne Hilfe dramatischer. Wo Prävention fehlt, werden Sucht- und Drogenprobleme in der Gesellschaft schlimmer. Wo die Kurse für den beruflichen Wiedereinstieg wegfallen, findet die Wirtschaft keine qualifizierten Frauen. Wo Spiel- und Lernstuben in sozialen Brennpunkten wegfallen, fehlt die Förderung für Kinder aus sozial benachteiligten Familien, die diese Hilfe dringend benötigen. Sie geraten dadurch noch mehr ins Abseits.

Sprechblasen und Sonntagsreden helfen den Menschen nicht weiter, konkretes Handeln ist gefragt. Deshalb fordern wir die Einführung eines verlässlichen Sozialbudgets in Höhe von 30 Millionen €.

(Beifall bei der SPD)

Frau Oppermann, lassen Sie mich das sagen: Es ist weder kalter Kaffee vom letzten Jahr, wie Sie in Ihrer Presseerklärung geschrieben haben, noch hinken wir der Realität hinterher. Wir brauchen dieses Sozialbudget und nicht die Verschiebung der Kosten auf die Kommunen und auf die einzelnen Menschen. Es ist und bleibt Aufgabe des Landes, der Landessozialpolitik – die Sie ständig ruinieren –, eine intakte soziale Infrastruktur vorzuhalten, die die Grundbedürfnisse abdeckt und Beratungsleistungen für alle Menschen zugänglich macht.

Wir brauchen mehr als Krankenhäuser, Pflegeheime und Pflegedienste. Wir brauchen auch die Qualifizierung und Unterstützung der Frauen, die z. B. nach der Familienphase zurück in den Beruf wollen. Dazu gehören auch die Schuldnerberatung, die Erziehungsberatung und die Frauenhäuser. Mit Letzteren möchte ich mich noch ein bisschen näher befassen.

Sie haben die Frauenhäuser im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ von 2,7 Millionen € auf 1,8 Millionen € zurückgefahren. Dies haben Sie auch in dem vorliegenden Haushalt nicht korrigiert. Wir kennen die Probleme im Vogelsbergkreis. Das ist der große Kreis, der kein Frauenhaus mehr hat. Wir wissen auch sehr genau, was dort passiert. Es wird behauptet, es gebe eine Mitarbeiterin mit Handy, die immer erreichbar sei. Diese Rund-um-die-Uhr-Fachstelle, die es dort angeblich gibt, die auch noch finanziell vom Land unterstützt wird, ist mehrfach angerufen worden. Da war eine Warteschleife drauf, aber keine Person, die irgendjemandem geholfen hätte. Das ist ein Skandal.

Allein mit der Rücknahme der Erhöhung der Bewirtungskosten der letzten zwei Jahre dieser Landesregierung könnten die Zuschüsse für alle Frauenhäuser in Hessen in alter Höhe gezahlt werden. Was haben Sie denn für Schwerpunkte? – Essen und Trinken – oder man könnte auch mit Luther sagen: „Fressen und Saufen“ – ist wichtiger als die Zuflucht für geprügelte Frauen und Kinder.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Fuhrmann, ein kleiner Hinweis: Achten Sie ein bisschen auf die Redezeit.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Petra Fuhrmann (SPD):

Ich will gleich zum Schluss kommen. – Sprechblasen, Sonntagsreden helfen uns nicht weiter, konkretes Han-

deln ist gefragt. Frau Ministerin, Sie haben keinen Elan. Sie reisen inzwischen durch das Land und verteilen an einem Landratsamt Schilder, auf denen „Optionsmodell Hessen“ steht. Ihr Ministerium heißt Hessisches Sozialministerium. Es heißt nicht Hessisches Ministerium für Ankündigung, Preisverleihung und Sonntagsreden. Aus diesem Grund werden wir Ihren Etat ablehnen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herzlichen Dank, Frau Kollegin Fuhrmann. – Das Wort hat Frau Kollegin Schulz-Asche, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Einzelplan 08 ist der endgültige Abschied der Landesregierung von einer gestaltenden und modernen Sozialpolitik. Die 35 % der freiwilligen Mittel, die im letzten Jahr, im Haushalt 2004, gestrichen oder gekürzt wurden, haben die soziale Landschaft in Hessen ausgedünnt und zerstört.

Der Ministerpräsident hat heute Morgen völlig zu Recht gesagt, der Sozialhaushalt sei viel zu klein, um damit den Haushalt zu sanieren. Da fragt man sich: Warum haben Sie es dann getan?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Kurzsichtigkeit spiegelt sich nicht nur in der Zerschlagung, in dem Leiden und in den fehlenden Arbeitsperspektiven der Initiativen wider, sondern auch im Haushalt selbst. Der Anteil der Pflichtleistungen, d. h. der Ansätze im Haushalt, die ausgegeben werden müssen und die nicht frei gestaltbar für präventive Aufgaben eingesetzt werden können, nimmt seit Jahren ständig ab. Im Haushalt 2005 stehen hierfür überhaupt nur noch 22 % zur Verfügung. In Hessen gestaltend präventiv Sozialpolitik zu betreiben heißt, den Hessinnen und Hessen dabei zu helfen, nicht in Krisen zu rutschen, oder ihnen, wenn sie sich einmal in Krisen befinden, wieder herauszuhelfen.

Sie haben, um nur einige Beispiele zu nennen, die Schuldnerberatung und die Kinder-Eltern-Arbeit in sozialen Brennpunkten gestrichen. Wir wissen, dass genau dies die Bereiche sind, in denen das Streichen präventiver Sozialpolitik dazu führt, dass die Pflichtleistungen weiter ansteigen. Meine Damen und Herren, Sie haben sich von einer gestaltenden und modernen Sozialpolitik verabschiedet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schaut man sich dann die verbliebenen Restmittel an, so wird deutlich, dass auch dort jeder moderne Ansatz von Sozialpolitik fehlt. Sie haben keine politischen Zielsetzungen, Sie nehmen keine Evaluation von Wirkung und Effizienz vor. Das sind Herausforderungen, die sich heute überall an Sozialpolitik stellen.

Vor diesem Hintergrund haben wir es uns nicht einfach gemacht und haben nicht nur gefordert, die im letzten Jahr gestrichenen Mittel wieder einzustellen, sondern wir haben ein neues, ein erweitertes und fortentwickeltes Sozialbudget, bestehend aus neun Programmen, aufgelegt, angefangen bei der Frauenpolitik über die Familienpolitik, die Behindertenpolitik, die Jugendpolitik bis hin zur Arbeitsmarktpolitik. Wir haben die gesamten Bereiche

der Sozialpolitik mit sozialpolitischen Zielen versehen, die messbar sind, die in der Umsetzung überprüfbar sind und die eine Anpassung dieser Programme ermöglichen, würde man sie denn durchführen. Wir machen damit nicht nur die völlig kontraproduktiven Streichungen des letzten Jahres rückgängig, sondern würden auch gewährleisten, dass durch präventive Hilfen das Eintreten sozialer Krisen verhindert bzw. abgefangen wird. Das, meine Damen und Herren, ist für uns nachhaltige Sozialpolitik auch in fiskalischer Hinsicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

In diesem Sozialbudget befindet sich auch die von der Landesregierung viel beschworene Offensive für Kinderbetreuung, die Sie um 3,5 Millionen € erhöhen wollen. Das finden wir toll, und wir haben auch Ihrem diesbezüglichen Antrag zugestimmt. Mit dieser Offensive wurden im Jahr 2003 27.767 Betreuungsplätze gefördert. Schaut man genau hin, Frau Lautenschläger, so sieht man, dass 78 % dieser Mittel für Betreuungsplätze für Schulkinder vorgesehen sind. Das bedeutet, dass der Bedarf an Betreuungsplätzen für alle Altersgruppen in Hessen nicht ausreichend gedeckt werden kann. Sie aber tun so, als würden Sie aus dieser Offensive für Kinderbetreuung tatsächlich den Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige fördern, und zwar in einem Ausmaß, wie Sie es glücklicherweise in Ihrem Familienprogramm vor eineinhalb Wochen beschlossen haben. Das, meine Damen und Herren, ist eine bewusste Täuschung der Öffentlichkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sagte schon, dass wir es begrüßen, dass Sie sich als CDU endlich von Ihrem Familienbild der Fünfzigerjahre verabschiedet haben. Aber wenn man genau hinschaut, stellt man fest, dass Sie zwei Modellkommunen vorschlagen – als gäbe es in Hessen, in Deutschland, in Europa nicht ausreichend Beweise dafür, dass man durch kinder- und familienfreundliche Maßnahmen in Gemeinden tatsächlich in der Lage ist, die Geburtenrate und vor allem den Zuzug von jungen Familien zu fördern. Was sollen also diese Modellkommunen, außer vielleicht – Frau Fuhrmann hat es schon angesprochen – Ihrer eigenen Basis in Darmstadt-Dieburg vorzumachen, dass es tatsächlich geht? Aber dann machen Sie mit denen doch bitte eine Bildungsreise, z. B. zum grünen Bürgermeister nach Laer im Münsterland. Dort können Sie sich das alles in Ruhe anschauen. Aber vergeuden Sie dafür keine kommunalen Mittel der Jugendhilfeträger.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich stehe zu diesem Thema nicht das erste Mal hier oben. Wir begrüßen ausdrücklich, dass Sie endlich die Betreuungsquote von 20 % für unter Dreijährige akzeptieren, und zwar, wie es im Programm steht, bis zum Jahre 2010.

Nun schauen wir uns einmal die Realität an. Frau Ministerin, Sie haben mir gestern freundlicherweise eine neue Mitteilung zukommen lassen. Vielen Dank dafür. Darin haben Sie deutlich gemacht, wie viele Plätze im Jahre 2004 geschaffen wurden: 590 Krippenplätze und 118 neue Tagespflegestellen, wobei Sie selber von zwei betreuten Kindern auf diesen Stellen ausgehen. Das macht bei großzügiger Rechnung zusammen 830 neue Plätze im Jahre 2004. Damit haben wir am Ende des Jahres einen Bestand von 8.300 Plätzen für unter Dreijährige. Wir brauchen aber, um die 20-%-Quote zu erreichen, 30.000 Plätze und müssten nach dem Programm, das Sie gerade beschlossen ha-

ben – 20 % bis 2010 – jährlich 4.350 Plätze schaffen, um den Bedarf tatsächlich zu decken. Das wäre jährlich fünfmal so viel, wie Sie im Jahre 2004 geschaffen haben. Das ist die Realität der Familienpolitik in diesem Land.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Bei dem Ausbautempo, das Sie im Jahre 2004 vorgelegt haben – nichts anderes besagt der Haushalt 2005 –, gehen rund 30 Jahre ins Land, bis Sie Ihr eigenes Programmversprechen, 20 % bis 2010, erfüllen können. Das bedeutet, die Leute für dumm zu verkaufen. Das ist wirklich Arroganz der Macht. Man hofft, dass einem die Leute glauben, ohne nachzuzählen und ohne sich noch auf das verlassen zu können, was einem in der Öffentlichkeit gesagt wird. Das ist Ihre Familienpolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben Ihnen einen Stufenplan vorgelegt, der es ermöglichen würde, bis zum Jahre 2008, also bis zu dem Jahr, bis zu dem Sie noch regieren, die 20-%-Quote tatsächlich zu erreichen. Dafür müssten allerdings – bei kommunaler und Elternbeteiligung – im nächsten Jahr 22,7 Millionen € in den Haushalt eingestellt werden. Wenn Sie das ins Verhältnis zu dem setzen, was Sie hier mit 3,5 Millionen € für Ihre Offensive für Kinderbetreuung veranschlagen, werden die Differenzen deutlich. Es wird deutlich, wer nur redet und wo Taten möglich werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Meine Damen und Herren, Sie haben diesen Antrag, mit dem wir Ihnen im Prinzip die Möglichkeit bieten, Ihr eigenes Programm umzusetzen, bereits abgelehnt. Man kann kaum sagen, dass Sie nicht in der Lage gewesen wären, diesen Antrag zu lesen, oder nicht informiert gewesen wären.

Wir haben Ihnen extra mit unserem Flugblatt auf Ihrem Parteitag die Möglichkeit gegeben, sich ausführlicher genau mit diesem Antrag auseinander zu setzen, die Kinderbetreuung tatsächlich zur Realität werden zu lassen.

(Anne Oppermann (CDU): Der arme Herr Kaufmann!)

– Ja, Herr Kaufmann war da, weil ich gleichzeitig ein Treffen hatte, das sich mit der Frage qualitativer Weiterentwicklung von Kinderbetreuungsplätzen befasste. Er ist ein guter Vertreter.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Hat das Gespräch etwas gebracht?)

– Aber hallo, er ist ein super Vertreter. Er hat auch ein paar Kinder, ich übrigens auch.

Meine Damen und Herren, Sie haben diesen Antrag abgelehnt. Damit haben Sie erneut bewiesen, dass Sie Ihre Politik „viele Worte, keine Taten“ fortsetzen wollen. Ich sage Ihnen eines – das wissen Sie auch –: Der aktuelle demographische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel wird dazu führen, dass diejenigen Kommunen, die heute nicht damit beginnen, in ausreichendem Maße kinder- und familienfreundliche Strukturen auszubauen – dazu gehört im Wesentlichen auch die Betreuung für unter dreijährige Kinder –,

(Beifall der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

ohne Investitionen in diesen Bereich in zehn bis 15 Jahren keine Zukunft haben,

(Petra Fuhrmann (SPD): Aussterben!)

weder in wirtschaftlicher Hinsicht noch im Hinblick auf Arbeitsplätze, noch im Hinblick auf Familien.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, genau deshalb ist es auch die Aufgabe des Landes, zusätzliches Geld in die Hand zu nehmen, um die Kommunen bei dieser Aufgabe zu unterstützen. Deshalb muss heute und nicht auf Ihrem nächsten Parteitag oder wann auch immer entschieden werden, welche Prioritäten gesetzt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dann ist es auch die Frage – auch das hatte der Ministerpräsident heute in seiner Rede falsch aufgeschrieben bekommen –, ob man ein Schloss für 13,5 Millionen € kauft und einen Weinkeller für 7,5 Millionen Landesmittel baut oder ob man in den Zugang zu Betreuung, Erziehung und Bildung für alle kleinen Hessinnen und Hessen investiert. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Florian Rentsch für die FDP-Fraktion.

Florian Rentsch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Einer der sicherlich exponiertesten Kollegen der CDU im Deutschen Bundestag, Friedrich Merz, sagte gestern – Sie können es hier nachlesen –:

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

„Das ist die asozialste Politik aller Zeiten, was den Bundeshaushalt angeht.“ Er hat es in dem Kontext gemeint, dass das, was die Bundesregierung im Rahmen der Generationengerechtigkeit macht, nicht generationengerecht ist, sondern generationenfeindlich. Man muss sagen, dass das auch auf die Situation in Hessen zutrifft. Was wir hier machen – davon kann man keine Partei ausnehmen –, ist, Geld zu verteilen, das uns gar nicht gehört. Wir verteilen in diesem Hause Geld. Wir machen Sozialprogramme, aber mit Finanzen, die uns eigentlich gar nicht zustehen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sehen, dass jedes Kind in Deutschland mit 16.500 € Schulden geboren wird, dann muss man sagen, dass an dieser Situation irgendetwas nicht zu stimmen scheint.

(Beifall bei der FDP)

Ich will Ihnen das auch sagen, weil ich zu den etwas jüngeren Kollegen in diesem Hause gehöre. Man weiß nicht, wie es kommt, aber falls die jüngeren Kollegen hier noch längere Zeit sitzen, dann werden wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sicherlich nicht mehr über die Frage reden, wo wir Geld ausgeben können, sondern wir werden uns einzig und allein über die Frage unterhalten, wo wir Geld sparen müssen. Das ist das Ergebnis der Politik aller Parteien, die über die letzten 30, 40 Jahre in diesem Hause

vertreten sind, in denen man Geld in die Hand genommen hat, das einem nicht gehörte. Meine Damen und Herren, das führt uns zu der Situation, dass man auch im Sozialbereich sagen muss: Wie können wir es schaffen, das Geld so einzusetzen, dass man wirklich einen Effekt erzielt? Wie können wir es schaffen, das Geld so einzusetzen, dass wir bedürftigen Menschen wirklich helfen? Wie können wir es aber auch schaffen, das Ausgabenvolumen insgesamt zurückzufahren?

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Frau Ministerin, ich bin schon verwundert: Abgesehen davon, dass es in diesem Plenarsaal immer sehr unruhig ist und auch nicht gerade viele Leute da sind, hatte die Diskussion über das Sparpaket letztes Jahr einen Vorteil – das muss ich wirklich sagen –: Es war wenigstens Presse da. Darüber kann man sich nicht beschweren. Wenn man heute sieht, unter welchen Gegebenheiten der Hessische Landtag das Thema Sozialpolitik diskutiert, ist das öffentliche Interesse doch eher gering. Das bedauere ich zutiefst.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Ich habe mich gefragt: Was wollte die Landesregierung mit dem Sparpaket eigentlich erreichen? Sie hatten letztes Jahr die Situation so geschildert, als ob Sie gar nicht anders könnten, als 30 Millionen € einzusparen. Die Verfassungsgrenze stehe im Wege. Wir müssten noch deutlich herunterkommen. Wir bräuchten eine Ausgabensenkung. Deshalb sei das Sparpaket auch im Sozialbereich notwendig gewesen. – Sie werden mit unserer Fraktion überhaupt keinen Streit über die Frage bekommen, dass wir bei den Personalkosten Veränderungen vornehmen müssen. Das sind strukturelle Veränderungen, die sich langfristig auszahlen.

Frau Lautenschläger, was ich nicht verstehe – vielleicht können Sie es nachher von diesem Pult aus erklären –: Was war der Beweggrund für dieses Sparpaket? War es wirklich der Wunsch, masochistisch die einzelnen Kolleginnen und Kollegen aus den Wahlkreisen vor sich herreiben zu lassen? War es der Wunsch, unliebsame Programme und unliebsame Zuwendungsempfänger loszuwerden? Was war der wirkliche Hintergrund? Meine Damen und Herren, sicherlich war der Hintergrund nicht, 30 Millionen € einzusparen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Denn wenn man hier den Rahmen der Neuverschuldung sieht, kann es das wohl nicht gewesen sein.

Zum Haushalt, den wir heute diskutieren, gibt es ähnliche Kritikpunkte seitens der FDP. Der Haushalt lässt keine Prioritätensetzung erkennen. Er setzt gerade in dem Bereich, in dem wir es wollen, im Bereich Kinder, Jugend und Familie, unserer Meinung nach viel zu wenige Schwerpunkte. Das werfen wir Ihnen vor.

Was vollständig fehlt, ist eine Wirksamkeitskontrolle. Wir haben das hier angefangen zu diskutieren. Wir hatten dazu eine sehr ausführliche Debatte im Ausschuss. Wir haben dazu einen Antrag gestellt, den die Landesregierung leider nicht angenommen hat. Wenn man dann sieht, was bei der Frage nach einer Evaluation, nach einer Wirksamkeitskontrolle von sozialen Maßnahmen herausgekommen ist, schreibt die Landesregierung, es gebe viele Bereiche, wo das gemacht würde. Es gebe zwar keine Einheit-

lichkeit, es gebe auch in manchen Bereichen gar nichts, aber man würde daran arbeiten, das würde auch irgendwann klappen.

Meine Damen und Herren, das ist Politik von gestern. Wenn wir wissen wollen, was im Sozialbereich passiert, was mit unseren Geldern funktioniert und wie diese Gelder bei diesen Leuten ankommen, dann müssen wir auch nachschauen, was damit passiert. Wegschauen reicht da nicht aus.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich finde, es ist die Pflicht dieser Landesregierung, hier deutlich mehr Kohle auf das Feuer zu legen und endlich einmal eine Systematik vorzustellen. Das haben Sie bis jetzt nicht getan. Das halten wir für einen großen Fehler.

Nach der Frage, wie der Landeshaushalt insgesamt aussieht, müssen wir uns doch auch einmal die Frage stellen, was wir überhaupt für soziale Hilfen ausgeben. An dieser Stelle fehlt dann der Landeswohlfahrtsverband. Wir reden hier immer nur über unseren Bereich. Damit reden wir über ca. 580 Millionen €. Über die Milliarden €, die wir durch den Landeswohlfahrtsverband sozusagen auch im Rahmen der Sozialpolitik an die Menschen weitergeben, wo wir Programme auflegen, wird an dieser Stelle sehr selten diskutiert.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Ich will das heute an dieser Stelle sagen, weil bei uns der Druck aus den Kommunen relativ groß ist. Das kann ich als Kommunalpolitiker verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

So, wie die Situation zurzeit auf kommunaler Ebene aussieht, erwarte ich von der Landesregierung, dass wir an dieser Stelle, an diesem Podium auch darüber sprechen, wie wir mit der Situation im Landeswohlfahrtsverband umgehen.

(Beifall der Abg. Dr. Judith Pauly-Bender (SPD))

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich einmal anschauen, was eine Anfrage der FDP im Landeswohlfahrtsverband ergeben hat – dass die Finanzzuweisungen des Landes von 1994 bis zum Jahre 2004 lediglich um 0,28 % gestiegen sind –, dann wissen Sie, wer die Zeche für die ganzen Erhöhungen zu zahlen hatte. Meine Damen und Herren, das waren einzig und allein die Kommunen und nicht das Land.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, wir fordern Sie an dieser Stelle ganz klar auf, dass Sie einmal erklären, wie wir mit dieser Thematik umgehen werden. Es reicht unserer Meinung nach nicht aus, dass man mit Herrn Brückmann auf bessere Zeiten wartet. Wenn man sich die Struktur des LWV anguckt, dann stellt man fest, dass diese Organisationsform erhebliche Probleme hat. Ich will hier darüber diskutieren, wie wir dort finanzwirksame Kontrollmöglichkeiten einsetzen können.

(Beifall der Abg. Dr. Judith Pauly-Bender (SPD))

Ein Vorschlag der FDP ist, dass sich der Landesrechnungshof z. B. auch des Landeswohlfahrtsverbandes annehmen könnte. Ich glaube, es ist dringend überfällig, dass nicht nur Rechnungsprüfer, sondern auch der Rechnungshof dort endlich einmal kontrolliert – nicht nur die Ver-

wendung der Mittel, sondern auch die Frage der richtigen Einsetzung. Das halten wir für dringend erforderlich.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, ich will es noch einmal dezidiert sagen. Wir erwarten von Ihnen dort auch Vorschläge und Konzepte. Das muss die Landesregierung vorlegen. Wir werden nicht akzeptieren, dass gesagt wird, dass das der Landeswohlfahrtsverband alles selber machen soll. Der Landeswohlfahrtsverband ist ein Teil dieses Landes. Er nimmt einen großen Teil der Sozialpolitik wahr. Das Land hat sich darum zu kümmern. Wir sind sehr gespannt, wie Sie dieses Problem in den Griff kriegen wollen.

Meine Damen und Herren, zum Haushalt ließen sich jetzt viele einzelne Punkte sagen. Wir stehen leider in dieser interessanten Debatte heute etwas unter Zeitdruck. Darum lassen Sie mich einige Punkte herausgreifen, wo wir die Landesregierung auch loben können. Das ist z. B. der Bereich der Kommunalisierung. Wir finden, dass die Kritik, die von den verschiedenen Verbänden an dem Programm der Kommunalisierung geübt worden ist, aufgenommen und auch verarbeitet worden ist.

Das Programm ist mittlerweile mit immerhin 13 Millionen € aufgelegt worden.

(Petra Fuhrmann (SPD): Eine alte Idee!)

– Wir wissen, es ist eine alte Idee, und alle alten Ideen kommen in diesem Hause von der SPD. Auch das ist bekannt, meine Damen und Herren. Lassen Sie uns darauf aber bitte nicht eingehen, denn der Zeitdruck ist doch relativ groß. – Das ist also ein großer Fortschritt. Anders kann man es nicht bezeichnen.

Ich komme zur Familienpolitik. Ich weiß nicht, wie Sie das bei der CDU machen. Wenn man sich parteipolitisch engagiert, dann ist man manchmal überrascht, was die Konkurrenzorganisationen auf den Weg bringen. Ich frage mich aber: Wie haben Sie das gemacht? Wahrscheinlich haben sich Herr Boddenberg und Frau Lautenschläger zusammengesetzt und gesagt: Wir wollen jetzt einmal etwas für die Familien tun. Wie wir das machen, wissen wir noch nicht genau. Wir haben dafür zwar kein Geld im Haushalt, aber wir sagen auf jeden Fall, dass wir etwas machen wollen.

Diese Werbekampagne hat wieder einmal hervorragend funktioniert. Wenn man sich den Haushaltsplanentwurf anschaut, wird man aber leider keine Mittel für die Umsetzung dieser Ankündigungen finden.

(Zurufe von der CDU)

Herr Boddenberg, ich finde es absolut unseriös, jungen Familien in diesem Lande zu versprechen, für eine flächendeckende Betreuung von Kindern unter drei Jahren zu sorgen, und in diesem Haushalt nur etwa 3,5 Millionen € zusätzlich dafür zur Verfügung zu stellen. In diesen 3,5 Millionen € sind außerdem noch die Gelder für den so genannten Erziehungsplan enthalten.

(Michael Boddenberg (CDU): Haben Sie das Papier überhaupt gelesen?)

Wissen Sie eigentlich, wie viel Geld notwendig wäre, um das zu machen, Herr Boddenberg? Es sind etwa 60 Millionen €.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wo Sie diese Mittel herbekommen wollen, würde ich sehr gern wissen. Sie werden uns das als profilierter Sozialpolitiker sicher noch im Einzelnen darlegen.

Ein weiteres Problem ist der Ausbau der Forensik. Auch das ist eine Thematik, die ich hier nicht im Einzelnen ansprechen will. Da hat die Landesregierung endlich ein Problem gelöst – es wurde auch langsam Zeit –, nämlich das Problem im Zusammenhang mit Merxhausen. Man hat sich geeinigt, wie man die Finanzierungslücke schließen will. Ich halte es für dringend erforderlich, dass man sich endlich auf ein Ergebnis vereinbart hat. Wie gesagt, das sehen wir positiv.

Der Haushalt ist strukturell wieder davon geprägt, dass er Prioritäten setzt. Er hat aber keinen klaren Schwerpunkt, und er lässt jegliches Profil vermissen. Ich frage mich, Frau Ministerin: Für was stehen Sie mit diesem Haushalt? Das würde mich interessieren. Was wollen Sie mit diesem Haushalt politisch umsetzen? Mit dem Haushalt setzen Sie die flächendeckende Kinderbetreuung nicht um, jedenfalls nicht mit den veranschlagten Mitteln. Wenn es auch das politische Ziel geben mag, Sie setzen es nicht um.

(Beifall bei der FDP, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich frage mich, ob Sie mit diesem Haushalt für eine Neustrukturierung der sozialen Landschaft in Hessen stehen. Auch dafür stehen Sie meines Erachtens nicht, weil die Frage der strukturellen Einsparungen, der strukturellen Veränderungen von Ihnen nicht beantwortet worden ist. Deshalb würden wir uns freuen, wenn wir in der weiteren Debatte von Ihnen hören würden, wie Sie die benötigten 60 Millionen € zur Verfügung stellen können.

Ich sage jetzt nichts zur Frauen-Union, denn wenn man Kampagnen plant, Herr Boddenberg, ist es schon ärgerlich, wenn einen die eigene Partei und die Realität einholen. Man kann eigentlich nur darüber lächeln, was zu diesem Thema gesagt worden ist.

(Zurufe von der CDU)

Aber vielleicht können Sie uns als profilierter Sozialpolitiker eine Antwort auf die Frage geben, wo die Union die erforderlichen 60 Millionen € auf der Straße liegen hat.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat die Frau Kollegin Oppermann für die CDU-Fraktion.

Anne Oppermann (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich nehme interessiert zur Kenntnis, wie nervös Sie unser Parteitag zur Familien- und Frauenpolitik gemacht hat.

(Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Sie haben unseren Antrag wahrscheinlich nicht sorgfältig genug gelesen, sonst hätten Sie gesehen, dass die Umsetzung dieses Programms selbstverständlich nicht in einem einzigen Jahr erfolgen kann. Es kann also nicht vollständig in dem Jahr umgesetzt werden, über dessen Haushaltsplan wir heute sprechen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme jetzt zum Entwurf des Einzelplans 08. Ich will vorweg sagen: Hätten wir im vergangenen Jahr die „Operation sichere Zukunft“ nicht durchgeführt, dann stünden wir in diesem Jahr wesentlich schlechter da.

(Zurufe von der SPD)

Keiner von uns hat diese Eingriffe gerne vorgenommen. Sie waren schmerzhaft, aber sie waren notwendig. Sie waren deshalb notwendig, um weiter handlungsfähig zu bleiben.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Fuhrmann, wir lassen uns von Ihnen auch nicht einreden, dass dieses Land in Not und Elend versunken sei. Ich habe es von dieser Stelle aus schon oft gesagt: Die Menschen draußen im Lande sind wesentlich weiter, was das Akzeptieren von Sparmaßnahmen angeht, als Sie, Herr Kaufmann, und Ihre Kolleginnen und Kollegen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Leute sind weiter als die CDU! Das stimmt!)

Die schlichte Erkenntnis „Ohne Moos nix los“ hat sich nämlich bei der Bevölkerung – aber leider nicht bei Ihnen – herumgesprochen. Das Einzige, was Ihnen zur Geldbeschaffung einfällt, sind Steuererhöhungen. Sie wollen den Bürgerinnen und Bürgern das Geld aus der Tasche ziehen, sei es über eine Erbschaftsteuer oder über die von Ihnen vorgeschlagene Wiedereinführung der Grundwasserabgabe.

(Beifall bei der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Reden Sie doch einmal zum Sozialhaushalt!)

– Ich bin mitten in meiner Rede zum Haushalt, weil Sie die genannten Maßnahmen als Deckungsvorschläge zur Finanzierung eingebracht haben. Der Herr Ministerpräsident hat es Ihnen heute Morgen doch vorgerechnet.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Damit stimmt es noch lange nicht!)

Die Erhöhung der Erbschaftsteuer und die Wiedereinführung der Grundwasserabgabe wären kontraproduktive Maßnahmen, die das Wirtschaftswachstum in Deutschland absolut nicht steigern würden. Wir brauchen aber mehr Wirtschaftswachstum und damit mehr Steuereinnahmen. Wir brauchen einen Abbau der Arbeitslosigkeit. Auch dann haben wir höhere Steuereinnahmen. Wir müssen in diesem Jahr Steuerausfälle in Höhe von 500 Millionen € verkraften. Das ist doch kein Pappenstiel.

Der unsozialste Faktor ist die extrem hohe und lang anhaltende Arbeitslosigkeit. Bei der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, die seit 1998 in Berlin gemacht wird, braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Menschen psychisch krank werden und immer mehr Haushalte verschuldet sind.

(Zurufe von der SPD)

Ich könnte diese Aufzählung fortsetzen. Sie verwechseln Ursache und Wirkung.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist sehr weit hergeholt, Frau Oppermann!)

– Ich weiß, dass Sie das nicht hören wollen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es stimmt ja auch nicht! Das ist peinlich für Sie, nicht für uns!)

Unser Sparprogramm hat das soziale Netz flächendeckend erhalten.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daran ändert auch Ihr verbales Getöse nichts. Der Kollege Al-Wazir hat heute Morgen von dieser Stelle aus gesagt: „Ich kann es nicht mehr hören, dass Berlin schuld ist, dass Rot-Grün schuld ist.“ Wenn ich an der Stelle von Herrn Al-Wazir wäre, dann könnte ich das auch nicht mehr hören, aber es ist trotzdem so, auch wenn Sie es nicht mehr hören können.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie regieren in Hessen! Wollen Sie nicht mehr regieren? – Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zu den Anträgen im Einzelnen. Wir haben – anscheinend haben Sie eine selektive Wahrnehmung – auch im Haushaltsplanentwurf 2005 einen Schwerpunkt auf die Kinderbetreuung gelegt. Wir haben die Mittel von 10,5 Millionen € auf 14 Millionen € erhöht. Frau Schulz-Asche, Sie haben vorhin gesagt, das sei schön. In der vergangenen Woche haben Sie im Sozialpolitischen Ausschuss an dieser Stelle noch von „Peanuts“ geredet.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

3,5 Millionen € zusätzlich sind keine „Peanuts“. Die CDU-Landtagsfraktion und diese Landesregierung stellen sich der Verantwortung für die Kinder. Das kann man von dem TAG, das aus Berlin kommt, wahrlich nicht behaupten.

(Petra Fuhrmann (SPD): Unverschämtheit!)

Nun ein Wort zu den Mitteln für die Betriebskosten der Kindergärten. Frau Fuhrmann, im Haushalt 2003 wurden die Zuweisungen im KFA für die Förderung von Betriebskosten der Kindergärten an freie und kommunale Träger um knapp 6 Millionen € erhöht.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist Geld der Kommunen, das Sie zweckgebunden haben!)

– Trotzdem sind die Mittel um 6 Millionen € erhöht worden.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist kein Landesgeld!)

Sie haben immer wieder gesagt, wir hätten ihnen durch den Griff in den KFA etwas weggenommen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Sie haben ihnen 50 Millionen € gestrichen!)

– Das ist Unfug.

Der nächste Schwerpunkt, die Sprachförderung. Hier wurden die Mittel um 1 Million € auf 3,256 Millionen € erhöht.

Schwerpunkt Demenzerkrankte. Auch hier haben wir den Ansatz erhöht. Ihre Behauptung, im Landeshaushalt 2005 sei eine Kürzung der Landesmittel für Demenzerkrankte und für die offene Altenhilfe vorgesehen, ist ebenso falsch wie unzutreffend.

Auch für das freiwillige soziale Jahr haben wir den Ansatz erhöht, denn das freiwillige soziale Jahr ist eine äußerst

wichtige Orientierungshilfe vor dem Eintritt in das Berufsleben.

(Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wirklich Blödsinn! Das hat selbst Ihre Ministerin in der Feier nicht gesagt!)

– Aber ich sage es Ihnen hier, weil es so im Haushalt steht.

Ein weiterer Punkt sind die Mittel für die Vertriebenenverbände. Ich weiß, das ist bei ihnen ein sehr beliebtes Thema. Es wurde wieder gesagt, bei den Vertriebenenverbänden sei wieder ordentlich draufgesattelt worden, während gleichzeitig die Mittel für die Integration von jungen Russlanddeutschen gekürzt würden. Die Erhöhung von 50.000 €, die in der Tat im Haushalt steht, kommt aber nicht den Vertriebenenverbänden zugute, sondern hiermit werden zwei Projekte gefördert. Zum einen handelt es sich um eine Beteiligung des Sozialministeriums an den Herstellungskosten für eine Lehrerhandreichung des Kultusministeriums zum Thema Vertreibung, zum anderen um eine Dokumentation und Ausstellung der Grafiksammlung Haselbach, die sich im Eigentum des Landes Hessen befindet.

Dann kritisiert Frau Fuhrmann in der „Frankfurter Rundschau“ vom 29.09. dieses Jahres ebenfalls, die Mittel für die Integration von jungen Russlanddeutschen seien gekürzt worden.

(Petra Fuhrmann (SPD): Letztes Jahr natürlich!)

Ich weiß nicht, wie Sie darauf kommen. Die Mittel für diese Integration sind wesentlich höher als unter der rot-grünen Vorgängerregierung.

(Petra Fuhrmann (SPD): Nein, nein, das stimmt nicht!)

Im Jahre 1998 hatten wir dafür 2,5 Millionen €, im Haushalt 2005 sind diese Mittel auf über 5 Millionen € erhöht, also mehr als verdoppelt worden.

(Petra Fuhrmann (SPD): Was ist denn in der „Operation düstere Zukunft“ passiert?)

Übrigens ist das anders als im Entwurf des Bundeshaushalts für 2005 – dort sind die Mittel für Integration um 25 % gekürzt worden. Diese Mittelkürzung aus Berlin erschwert die Integrationsarbeit für die zu uns kommenden Spätaussiedler. Wie schon gesagt, der Bund reduziert die Mittel in diesem Bereich, wir haben sie erhöht.

Ein anderes Thema, die Kommunalisierung. Herr Kollege Rentsch hat es eben angesprochen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Oppermann, denken Sie bitte an die Zeit.

Anne Oppermann (CDU):

Den Wunsch haben die Kommunen schon lange gehegt. Im Haushalt stehen hierfür 13 Millionen € bereit.

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal: Nach der letzten Steuerschätzung fehlen uns im Haushalt 500 Millionen €. Sämtliche Versuche von Ihnen, die „Operation sichere Zukunft“ zurückzudrehen, sind von vornherein wirklich zum Scheitern verurteilt. Hätten wir im vergangenen Jahr kein Sparpaket geschnürt, gäbe es für das Land heute überhaupt keinen finanziellen Spielraum mehr.

(Nicola Beer (FDP): Ihr habt doch im vergangenen Jahr gar nichts gespart!)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist ein guter Haushalt, denn er sichert die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Das ist so peinlich!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat die Frau Sozialministerin.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Rentsch, gerne möchte ich Ihnen noch einmal die Schwerpunkte des Sozialhaushalts aufzählen. Sie machen sehr deutlich, wo strukturelle Veränderungen in der Sozialpolitik vorgenommen werden.

Ich bin sehr dankbar, dass Sie einige Themen angesprochen haben, mit denen wir uns noch sehr intensiv auseinander setzen müssen. Ich will mit den strukturellen Veränderungen bei der Kommunalisierung hier im Land beginnen.

Dort haben wir eine klare Vereinbarung, nur der Termin für die Unterschrift steht noch aus. Sie ist mit den verschiedenen kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt, mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege und dem LWV. In diesem Paket der Kommunalisierung werden sowohl die jährlichen Steigerungsraten für die nächsten vier Jahre vertraglich festgelegt als auch erstmals in Hessen in diesem Bereich Zielvereinbarungen getroffen. Erstmals werden Mittel nicht einfach nur weitergegeben, sondern es müssen vor Ort Ziele erreicht werden. Mit allen Kreisen und kreisfreien Städten wird ein Budget vereinbart, über dessen Verwendung sie vor Ort entscheiden können, und gleichzeitig wird dort eine Zielvereinbarung geschlossen, die jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt gerecht werden soll.

Genau das waren die Probleme der Sozialpolitik über viele Jahre. Es gab unterschiedliche Fördertöpfe, die Kreise und Städte vor Ort durften nicht mitbestimmen, der eine wusste nicht, was der andere machte. In einem durchaus langen Prozess mit einer Modellphase vorweg haben wir es jetzt geschafft, dort erstmals einen Vertrag auszuhandeln, an dem sich sowohl die kommunale Seite als auch die Liga der Freien Wohlfahrtspflege beteiligt, um in Hessen eine klare Kommunalisierung mit Zielvereinbarungen umzusetzen.

Ein weiterer ganz wichtiger Punkt – auch hier bin ich dankbar, dass Sie das angesprochen haben – sind die Um- und Neustrukturierungen innerhalb der Sozialpolitik. Ich will schon einmal sehr deutlich sagen: Dabei ist natürlich der LWV ein Thema. Dann muss auch dafür gesorgt werden, dass Finanzhoheit und Aufgabenzuständigkeit an vielen Stellen tatsächlich wieder zusammenkommen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben eine erste Vereinbarung. Die befindet sich in der Umsetzung. Das betreute Wohnen geht zurück an die kommunalen Gebietskörperschaften, dort kommen tatsächlich Finanz- und Planungshoheit in eine Hand. Derjenige, der etwas unternimmt, der es sozialpolitisch umsetzt – dass betreutes Wohnen in der Form organisiert ist, wie man es sich für sich selbst auch wünschen würde – und

dort zukunftsweisende Aufgaben übernimmt, soll dann auch den finanziellen Vorteil haben. Die Menschen sollen nicht in einem Heim, in einer stationären Einrichtung untergebracht werden. Das ist ein ganz wichtiger Schritt, aber nur ein erster.

Herr Kollege Rentsch, ich bin durchaus sehr dankbar, dass die Fraktionen im LWV – FDP, GRÜNE, SPD und CDU – uns ihre Bereitschaft erklärt haben. Ich hoffe, auch die SPD – die zumindest am ersten Gespräch teilgenommen hat – wird dauerhaft dabei bleiben, wenn es darum geht, wie wir gemeinsam den LWV und die Aufgabenzuschnitte, -verantwortung und damit auch Finanzverantwortung umgestalten wollen.

Ich will hier schon sehr deutlich machen: Ich halte es für eine äußerst wichtige sozialpolitische Aufgabe, dass wieder vor Ort geplant wird. So, wie wir das bei der Kommunalisierung machen, sollen bestimmte Dinge im Rahmen des LWV wieder in den Kreisen und Städten geplant werden, anstatt Menschen einem anderen Träger zu übergeben, damit man selbst damit mehr oder weniger nichts mehr zu tun hat.

(Beifall bei der FDP)

Man muss sich vor Ort wieder darum kümmern und entscheiden, welche Einrichtung für die betreffende Person die richtige ist. Ist es eine der großen bestehenden? Müssen wir vor Ort ein anderes Management einführen? Kümmern wir uns wieder darum?

Das halte ich für einen der ganz entscheidenden Wege in der Sozialpolitik der nächsten Jahre. Dazu haben wir uns mit den Fraktionen und den Kommunalen Spitzenverbänden vereinbart, um dort in einem gewissen Zeitrahmen hoffentlich ein gemeinsames Konzept umzusetzen.

Ich will hier aber der Legendenbildung vorbeugen. Es geht nicht darum, dass das Land über psychiatrische Einrichtungen des LWV entscheidet, die ganz normal wie auf dem privaten Sektor betrieben werden. Das ist nicht unsere Aufgabe. Das können die Kommunalen Spitzenverbände bzw. diejenigen, die in der Versammlung des LWV sitzen, selbst entscheiden. Vielmehr geht es tatsächlich um die Planungen in der Fläche, um für die Behinderten vor Ort das Beste gewährleisten zu können.

Da ich das immer wieder höre, möchte ich Folgendes deutlich sagen. Das habe ich in der Runde, die bei uns versammelt war, in der Mitglieder aller Fraktionen und auch der Vorsitzende der Versammlung des LWV vertreten waren, klar zum Ausdruck gebracht. Es geht gerade nicht darum, die Verwaltung in Nordhessen abzubauen. In Nordhessen wird auch in Zukunft die Verwaltung für einen Landeswohlfahrtsverband bleiben, sodass die Aufgaben dort wahrgenommen werden.

Es entspricht der Politik dieser Landesregierung, dass wir in den strukturschwachen Regionen mit der Verwaltung vertreten bleiben. Die Mitarbeiter müssen also keine Angst um ihre Arbeitsplätze haben. Es handelt sich darum, wieder andere sozialpolitische Strukturen und andere Verantwortungen zu haben, nämlich eine direkte Verantwortung für die Finanzen und die Aufgaben. Herr Kollege Rentsch, das halte ich für einen der wichtigen Punkte, an denen wir die Sozialpolitik bestimmen, aber auch organisieren.

Ich möchte einen weiteren wichtigen Punkt nennen, über den die Oppositionsfraktionen interessanterweise überhaupt nicht gesprochen haben, der aber eine der entscheidenden Aufgaben für die nächsten Jahre darstellt. Es han-

delt sich um die kommunale Option, die Arbeitsgemeinschaften und die Umsetzung von Hartz IV. Dies spielt eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, Sozialpolitik zu gestalten und Budgets zu bilden, so, wie wir es jetzt mit unserem Programm HARA machen, dessen Mittel auf die Kommunen umverteilt werden, damit die Sozialpolitik vor Ort in den Arbeitsgemeinschaften gemeinsam mit uns nicht nur gestaltet wird, sondern damit die Mittel noch besser eingesetzt werden können. Das soll dazu führen, dass die Menschen wieder aus dem Arbeitslosengeld II herauskommen und die Möglichkeit haben, auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen.

Das sind die Schwerpunkte dieses Haushalts. Deswegen ist insgesamt bei den Arbeitsmarktprogrammen aufgestockt worden: HARA, die Mittel aus dem ESF und bei den Ausbildungsplatzprogrammen. Das sind die Schwerpunkte. Diese Schwerpunkte werden wir mit aller Kraft weiterverfolgen, weil wir wollen, dass die Menschen wieder in Arbeit kommen.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich einen weiteren wichtigen Punkt ansprechen: die Kinderbetreuung, die Offensive für Kinderbetreuung und auch die Frage, in welchem Bereich die Mittel erhöht wurden. Sie wissen, dass für das Sofortprogramm nur Mittel in Höhe von 3 Millionen € vorhanden waren, als wir es von Ihnen übernommen haben. Wir haben dann die Offensive für Kinderbetreuung gestartet. Über diese Offensive haben wir im nächsten Jahr 3,5 Millionen € mehr zur Verfügung, sodass uns dann 14 Millionen € zur Verfügung stehen, um die Betreuung für unter Dreijährige weiter auszubauen.

Das ist ein wichtiger Schritt. Die Betreuung für unter Dreijährige muss weiter ausgebaut werden. In den nächsten Jahren muss das Priorität haben. Aber, meine Damen und Herren von Rot-Grün, wir brauchen uns dort von Ihnen nichts vorhalten zu lassen; denn wir haben die Mittel für diesen Bereich mehr als vervierfacht. Genau das haben Sie nicht getan. Wir werden das in den nächsten Jahren weiterverfolgen.

(Beifall bei der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Das ist die Unwahrheit!)

Wenn wir über die Tagespflege sprechen, möchte ich Ihnen Folgendes sagen. Wir fördern mit unserem Programm sowohl die Tagespflege als auch die Krippen. Es konnten dort alle Anträge zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren berücksichtigt werden. Dass auch nach einer Betreuung für Schulkinder gefragt wird, zeigt eben, wie die Bedarfe vor Ort sind. Wenn Mittel übrig waren, haben wir sie dafür eingesetzt.

Zu den Tagespflegepersonen möchte ich Ihnen etwas auf den Weg geben. Ich weiß, Sie zählen sehr gerne mit. Ich weiß auch, dass wir diejenigen zählen, denen wir Zuschüsse geben. Aber es wäre sehr schön, wenn Sie mit uns dafür streiten würden, dass wir, wie es in anderen europäischen Ländern, z. B. in Frankreich, der Fall ist, dort nicht nur einen Landeszuschuss geben, der abgerufen werden kann.

Sie wissen genauso gut wie ich, dass es in Hessen deutlich mehr Tagespflegepersonen gibt, als es die Zahl derjenigen ausweist, die einen Zuschuss erhalten. Es gibt noch diejenigen, die keinen Zuschuss beantragen. Wenn es auf der Bundesebene ganz andere Verfahren gäbe, wenn die Familien steuerlich etwas absetzen könnten, wenn automatisch ein Zuschuss zu den Sozialversicherungsbeiträgen

gezahlt würde, wenn andere Regelungen vorhanden wären, würden die Zuschüsse viel stärker abgerufen. Das ist in der Tagespflege nach wie vor die Krux.

Wir brauchen kein Tagespflegeausbaugesetz aus Berlin. Es gibt keine einzige Regelung in diesem Gesetz, die wir ohne dieses Gesetz nicht genauso gut umsetzen könnten. Aber von einer Umsetzung der eigentlich notwendigen Punkte, von der steuerlichen Absetzbarkeit bis zu der gesetzlichen Festschreibung und tatsächlichen Zahlung eines Zuschusses zur Rentenversicherung, ist nichts zu sehen. Das sind die Versäumnisse im Bund. Dagegen haben wir in Hessen unsere Aufgaben längst gemacht und darüber nachgedacht, wie wir das weiter ausbauen können. Dies ist längst zu einem Modell für andere Bundesländer geworden.

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Staatsministerin, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Außerdem möchte ich Sie darauf hinweisen, dass die Fraktionsredezeit fast ausgeschöpft ist.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Also werde ich jetzt keine Zwischenfrage zulassen, sondern versuchen, meine Erklärung relativ schnell abzuschließen.

Sie müssen sich ansehen, welche Reglementierungen Sie auf der Bundesebene festschreiben. Sie führen keine Vereinfachung ein und stellen auch keine Mittel zur Verfügung, um die Tagespflege so attraktiv zu machen, dass sie tatsächlich überall umgesetzt werden kann. Wir führen das weiter. An dieser Stelle handeln wir gemeinsam mit den Kommunen.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo denn?)

Ich will Ihnen einen letzten Punkt nennen, der sich wie ein roter Faden durch die vergangenen Haushalte zieht: die Kinder- und Jugendarbeit und die Förderung des freiwilligen Engagements. Die Mittel für diesen Bereich sind in diesem Jahr um 150.000 € für das freiwillige soziale Jahr aufgestockt worden. Es hat eine Änderung dahin gehend gegeben, dass bereits Fünfzehnjährige ein freiwilliges soziales Jahr absolvieren können. Wir wissen, dass dort mehr Betreuung notwendig ist. Deshalb hat die Fraktion beschlossen, weitere 150.000 € bereitzustellen.

Auf der anderen Seite werden wir über das Gesetz zur Förderung des Ehrenamtes in der Jugendarbeit die Mittel im nächsten Jahr wiederum aufstocken, weil das freiwillige soziale Jahr aufgrund unserer Maßnahmen in Anspruch genommen und die ehrenamtliche Jugendarbeit dadurch gefördert wird.

Das Ehrenamt muss in unserem Staat eine andere Bedeutung bekommen. Es braucht verlässliche Strukturen, die wir an vielen Stellen geschaffen haben. Sie mögen Ihre Gesichter verziehen, wenn es um Preise und Auszeichnungen geht, und sagen, das alles sei nicht notwendig. Aber Sie wollen sich gar nicht damit auseinander setzen, ob es nun um die Pflegemedaille, den Integrationspreis oder um andere Sachen geht.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie nichts anderes machen!)

Ich sage Ihnen deutlich: Die Strukturen, die wir für das Ehrenamt geschaffen haben, von der Versicherung bis zu

dem Gesetz über die Jugendarbeit im Ehrenamt, machen es attraktiv und sorgen dafür, dass es akzeptiert wird.

Sie können nicht über Anerkennungskulturen sprechen, sie aber an keiner Stelle einhalten, geschweige denn, dass Sie wieder einmal an einer Preisverleihung teilnehmen, sehr verehrte Frau Kollegin Fuhrmann. Es wäre dem Anlass angemessen, dass Sie sich mit darum kümmern, dass Sie die Leistung, die Familien und Einzelpersonen dort erbringen, anerkennen, und dass Sie weiterhin mit uns Strukturen für bürgerschaftliches Engagement in unserer Gesellschaft schaffen und ausbauen, anstatt sich hierhin zu stellen und zu meckern.

Das alles zeigt, dass wir trotz knapper Ressourcen auf dem Weg sind, Schwerpunkte auszubauen und die Maßnahmen umzusetzen: auf dem Arbeitsmarkt genauso wie bei der Kinderbetreuung oder dem freiwilligen bürgerschaftlichen Engagement. Wir machen das gemeinsam mit der kommunalen Seite, indem wir Budgets bilden und eine Handlungsverantwortung vor Ort installieren, um in Hessen gemeinsam ein soziales Netz zu schaffen, das den Bedingungen vor Ort gerecht wird.

Sie sollten sich dazu durchringen, mit uns zusammenzuarbeiten, ob es um die Umstrukturierung des LWV geht oder darum, die Kommunalisierung durchzusetzen. Seien Sie nicht immer diejenigen, die nur zaudern und verhindern, sondern seien Sie endlich einmal mutig, und gehen Sie mit uns gemeinsam diesen Weg.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zu dem Einzelplan 08 vor.

Ich rufe den

Einzelplan 09 – Hessisches Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz –

auf. Er wird gemeinsam mit dem **Tagesordnungspunkt 42:**

Antrag der Fraktion der SPD betreffend geplanter Kellereineubau der Hessischen Staatsweingüter GmbH – Drucks. 16/2827 –

und dem **Tagesordnungspunkt 117** behandelt:

Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Kosteneinsparung durch ein alternatives Kellereikonzept für die Hessische Staatsweingüter GmbH – Drucks. 16/3239 –

Erste Rednerin ist Frau Kollegin Hammann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Um gleich die Bewertung für den Einzelplan 09 vorwegzunehmen: Der vorliegende Haushaltsplan der CDU-Landesregierung für das Jahr 2005 stellt einzig und allein einen umweltpolitischen Offenbarungseid dar.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Weltweit ist das Thema Klimaschutz, erneuerbare Energien, und wie man Energie für die Zukunft sichern kann, das Umweltthema Nummer eins. Die rot-grüne Bundesregierung hat die Wichtigkeit dieses Themas erkannt und

hat trotz finanziell schwieriger Haushaltssituation massiv Mittel in diesen Bereich hineingegeben. Schauen wir uns diesen Haushalt an. In diesem CDU-Haushalt erkennen wir, dass offenbar kein Wille besteht, sich dieser wichtigen Themen anzunehmen. Ich möchte das einmal an einer Zahl deutlich machen.

Im Jahre 1998 hatten wir unter Rot-Grün noch einen Etat in diesem Bereich von über 30 Millionen €. In diesem Haushalt finden wir unter dem Titel Umwelt – sprich: Energie, Klimaschutz – nur noch knapp 8 Millionen €. Dann kann man nicht sagen, dass einem das Thema Umweltschutz wichtig ist, wenn die finanziellen Möglichkeiten dafür fehlen. Wir haben zwei Minister, die dafür zuständig sind – Herrn Minister Dietzel und Herrn Minister Rhiel. Man sollte doch annehmen, dass zwei gestandene Männer es schaffen sollten, eine vernünftige Umweltpolitik auf den Weg zu bringen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So kann man sich irren!)

Fehlanzeige. Außer Sprechblasen und warmer Luft kann man kein Fortkommen in diesem Bereich erkennen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der letzten Woche fand das Klimaschutzforum statt. Herr Minister Dietzel war dort. Ich habe danach erkennen können, welche politischen Initiativen von Ihrer Seite für notwendig erachtet werden. Sie haben darüber schwadroniert, dass es notwendig ist, dass Energiesparmaßnahmen durchgeführt werden, dass gerade im Strommarkt noch ein großes Potenzial besteht. Wo finden wir das im Landeshaushalt der CDU?

Meine Damen und Herren, das findet man an keiner Stelle. Diese Landesregierung hat in diesem Bereich keinen Plan. Dies wird auch vom Rechnungshof bescheinigt. Wer sich die Bemerkungen des Rechnungshofs aus dem Jahre 2003 anschaut, der sieht ganz deutlich, dass das Steuergeld der Hessen buchstäblich zum Fenster hinausgeblasen wird – über 2 Millionen € jährlich, weil die Landesregierung die Energiesparrichtlinien nicht beachtet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Daran wird deutlich, dass keine verantwortungsvolle Politik betrieben wird. Ich sage Ihnen deutlich: Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen uns diesem Problem. Wir wollen eine verantwortungsvolle Politik auf den Weg bringen. Wir wollen eine aktive Energie- und eine aktive Klimaschutzpolitik. Wir sehen auch, dass wir damit nicht nur dem Klimaschutz helfen, sondern dass wir auch dafür sorgen, dass Arbeitsplätze in Hessen geschaffen und gesichert werden können.

Wir wollen eine Energiewende, die klar heißt: weg von Öl und Atom. – Daher setzen wir mit unseren Haushaltsanträgen für den Haushalt 2005 Schwerpunkte. Wir wollen eine Senkung des Energieverbrauchs. Wir wollen eine Steigerung der Energieeffizienz. Wir wollen die Instrumente stärken, d. h. umweltfreundliche und risikoarme Technologien stärken. Wir wollen einen massiven Ausbau von erneuerbaren Energien. Das sind die Schwerpunkte, die wir mit unseren Anträgen zum Haushalt vorgelegt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte einmal in die einzelnen Bereiche gehen. Wir wollen ein Anreizprogramm gerade zur Stromeinsparung. Herr Minister Dietzel hat es dargestellt. Wir haben ein

großes Potenzial. Über 11 % gehen in der Bundesrepublik Deutschland über Standby verloren. Dieses Potenzial gilt es zu beachten und dem entgegenzuwirken. Wir wollen, dass sich in Hessen verantwortungsvoll diesem Problem genähert wird. Wir wollen dazu ein Anreizprogramm schaffen.

Weiterhin wollen wir auch die wärmetechnische Sanierung von Gebäuden fördern. Es gab einmal ein Programm zur wärmetechnologischen Sanierung von öffentlichen Gebäuden in Hessen. Nur, unter CDU und FDP wurde es damals abgeschafft und unter der CDU auch nicht mehr zum Leben erweckt, obwohl wir wissen, dass in diesem Bereich ganz große Möglichkeiten bestehen, Energie einzusparen. Dies entlastet natürlich auch Menschen im Mietwohnungsbau, die dann von niedrigeren Nebenkosten profitieren können. Wir wollen, dass im Bereich der Wohnungsbaugesellschaften die Mittel für eine wärmetechnische Sanierung eingesetzt werden, mit dem Ziel, einen Niedrigenergiestandard zu erreichen. Das kommt auch den Mieterinnen und Mietern zugute.

Wir wollen auch die Kompetenzen im Energiesparen und im Bereich der regenerativen Energien stärken. Gerade in der Forschung, Lehre, Ausbildung und in der Planung, im Handwerk und bei den Investoren muss eine Kompetenzstärkung erfolgen, denn wir sehen Chancen für die Praxis. Es müsste heute so sein, dass, wenn ein Hausbesitzer einen Malerbetrieb bittet, einen Kostenvoranschlag zu machen, der Malerbetrieb von sich aus in der Lage ist, nicht nur die Verschönerung des Hauses zu sehen, sondern auch die wärmetechnischen Maßnahmen Hand in Hand mit vorzuschlagen. Wir wollen, dass in der Praxis diese Möglichkeiten wahrgenommen werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb heißt es, die Institutionen zu stärken, die für die Schulung und für die Weiterbildung in diesem Bereich stehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Peter Lennert (CDU))

Ich sage deutlich, das Impuls-Programm muss wieder gestärkt werden. Wir wollen dieses und das Institut für Wohnen und Umwelt weiter stärken. Das sind Bereiche, die, seit Sie in der Regierungsverantwortung sind, ständig unter dem Entzug finanzieller Mittel leiden. Das werden wir so nicht weiter akzeptieren. Deshalb unsere Haushaltsanträge in diesem Bereich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber auch im ländlichen Bereich wollen wir die Nutzung der erneuerbaren Energien stärken. Ein Haushaltsantrag geht genau in diese Richtung. Wir sehen, dass aufgrund der Strukturveränderungen und der Notwendigkeiten gerade hier neue Einkommensquellen geschaffen werden können, zugunsten des ländlichen Raums.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt ist für uns wichtig. Für die Umsetzung vor Ort bedarf es im ländlichen Raum der Akteure. Das gelingt über die Agenda 21. Hier gibt es Menschen vor Ort, die die Maßnahmen über den Energietisch und über Energiekonzepte unterstützen können. Diese Mittel müssen daher zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen dieses Ausbluten nicht weiter hinnehmen, wie dies unter der CDU erkennbar ist. Wir wollen ein deutliches Signal setzen, dass gerade die ehrenamtlich tätigen Menschen im Bereich der Agenda 21 finanziell unterstützt werden, damit eine zukunftsfähige Politik im ländlichen Raum, was Energiesparen und erneuerbare Energien angeht, gestärkt werden kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Finanzierung unserer Schwerpunkte haben wir solide Einsparvorschläge. Wir wollen dort sparen, wo wir sagen, dass es nicht notwendig ist, dass hessische Steuergelder hinfließen. Das ist z. B. die Internationale Süddeutsche Reaktorsicherheitskommission, das Lieblingskind von Herrn Minister Dietzel und vielleicht auch von Herrn Ministerpräsidenten Koch. Wir wollen nicht, dass der Neubau am Steinberg für eine Staatsweinkellerei umgesetzt wird. Diese Gelder sollen sinnvollerweise in einen Bereich gelenkt werden, wovon alle hessischen Steuerzahler etwas haben.

Weil auch immer wieder vonseiten der CDU Kritik daran geäußert worden ist, sage ich ganz deutlich: Wir wollen eine Gewässerschutzabgabe. Wir sehen, dass sich die Grundwasserabgabe bewährt hat. Das ist belegbar und nachweisbar. Das heißt, wir wollen dieses sinnvolle Instrument, das Sie leider abgeschafft haben, weiterentwickeln, denn wir glauben, dass über ein umweltpolitisches Steuerungsinstrument weitere Maßnahmen umgesetzt werden können – gerade in der Umweltpolitik, im Bereich der Energie. Das sehen Sie an unseren Haushaltsanträgen.

Von diesen Geldern aus der Gewässerschutzabgabe wollen wir einen großen Teil in den Wasserschutz lenken. Das kommt nicht nur dem vorsorgenden Hochwasserschutz zugute, sondern auch dem Naturschutz, denn wir wollen, dass die Gewässer und Auen wieder als ökologisch intakte Lebensadern in der Landschaft vorhanden sind und nicht, wie es von vielen leider immer wieder gesehen wird, als Vorfluter für Abwässer. Hier gibt es Möglichkeiten und Potenziale im Hinblick auf die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Wir sind der Meinung, dass die Gelder hier sehr gut angelegt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Naturschutz – ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität der Menschen. Unter der Überschrift, die wir uns gesetzt haben, weil wir glauben, dass dies der richtige Ausdruck dafür ist: „Natur und Landschaft, unser Lebensraum“, wollen wir zusätzliche Mittel von 14 Millionen € investieren. Dabei geht ein Schwerpunkt natürlich in den Nationalpark Kellerwald, weil das als ein Leuchtturmprojekt zu bezeichnen ist – trotz dieses grandiosen Fehlstarts, den leider Herr Minister Dietzel mit seiner Personalposse an den Tag gelegt hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir wollen Mittel für den Ausbau der Infrastruktur bereitstellen, was für das Gebiet Kellerwald von besonderer Bedeutung ist. Das europäische Schutzgebietsnetz Natura 2000 soll ebenfalls mit weiteren finanziellen Mitteln bedacht werden, weil dieses europäische Naturerbe auch eine besondere Bedeutung in Hessen hat. Die Mittel, die Sie eingestellt haben, reichen bei weitem nicht aus, um dieses Schutzgebietsnetz Natura 2000 finanziell zu erhalten.

Ich möchte auf einen weiteren Punkt zu sprechen kommen. Er betrifft das Naturschutz-Zentrum Hessen. Wir wollen wieder eine vernünftige Weiterbildung für die ehrenamtlichen und auch für die in diesem Aufgabengebiet hauptamtlich arbeitenden Menschen haben. Auch hier haben Sie die Mittel massiv zurückgefahren. Dies ist ein Zustand, der nicht hinnehmbar ist. Denn wir brauchen Menschen, die im Naturschutz eine vernünftige Ausbildung

haben. Deshalb muss das Naturschutz-Zentrum Hessen finanziell wieder gestärkt werden.

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Hammann, ich möchte Sie freundlich auf die Zeit hinweisen.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, ich danke Ihnen. – Wir brauchen eine insgesamt geänderte Umweltpolitik, eine bessere Umweltpolitik. Das gilt gerade auch für die erneuerbaren Energien. Das gilt gerade auch für das Energiesparen.

Wie eine solche Politik aussehen kann, können Sie sehen, wenn Sie sich unsere Änderungsanträge zu dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2050 anschauen.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): 2050!)

Denn da können Sie erkennen, wie eine zukunftsfähige Umweltpolitik aussieht. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Hammann, vielen Dank. – Auf der Besuchertribüne begrüße ich unseren langjährigen Kollegen, Herrn Leonhard Brockmann. – Lieber Leo, herzlich willkommen, grüß dich, mein Junge.

(Beifall)

Das Wort hat Herr Kollege Grumbach für die SPD-Fraktion.

(Volker Hoff (CDU): Hat er auch Änderungsanträge für das Jahr 2050? So wie er aussieht, hat er eher welche für das Jahr 2060 oder 2068!)

Gernot Grumbach (SPD):

Ich weiß nicht, wie weit Sie zählen können. Ich kann aber noch einen Moment warten.

Ich will versuchen, das Gesagte nicht zu doppeln.

(Volker Hoff (CDU): Ach, doppeln Sie doch!)

Deswegen möchte ich einige Beispiele nennen. Wir reden jetzt über den Haushalt des Hessischen Ministeriums für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz. Unter den Beispielen fällt mir dann schon als Erstes das ein, bei dem es um das geht, was sich im Zentrum der derzeitigen Diskussion befindet. Da geht es um die Frage des Klimaschutzes.

Ich werde relativ wenig in Richtung des Herrn Staatsministers Rhiel sagen. Denn der hat einen eigenen Haushalt. Ich muss aber zugeben, dass ich es immer noch nicht für eine kluge Entscheidung halte, das an der Stelle in die beiden Haushalte zu trennen.

Wenn Sie sich die Aufzählung im Haushaltsentwurf anschauen, dann finden Sie zum Klimaschutz so nette Dinge wie Grundlagenforschung, Szenarien, Projekte, Veröffentlichungen und Ähnliches mehr.

Wir hatten in der letzten Woche gerade ein Forum zum Klimaschutz. Ich kann sagen, dass das eine spannende

Veranstaltung war. Die Frage ist aber: Welchen Stellenwert haben diese Veranstaltungen? – Ich sage Ihnen: Sie haben den gleichen Stellenwert wie die wirkungslose Umweltallianz oder wie die Internationale Süddeutsche Reaktorsicherheitskommission, die sich in einer Nische befindet. Herr Minister, ich respektiere durchaus, dass Sie als Umweltminister für alle Wiesen des Landes zuständig sind. Aber dass Sie aus allen wichtigen Politikfeldern im Umweltbereich Spielwiesen machen wollen, heißt, diese Kompetenz doch ein Stück weit zu übertreiben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Volker Hoff (CDU): Das war ein feinsinniger Ausspruch! Dafür hat er vier Monate lang geübt!)

Ich glaube nicht, dass beim Klimaschutz Sonntagsreden helfen. Immerhin kann man sagen: Heiße Luft ist klimaneutral. – Aber wir müssen mehr tun als nur reden. Unser Vorschlag ist relativ einfach und, wie ich denke, auch schlicht.

(Volker Hoff (CDU): Um 20 Minuten nach sieben Uhr ist das eine Herausforderung!)

Wir sollten die Spielwiesen streichen. Wir sollten die Umweltallianz streichen und die Internationale Süddeutsche Reaktorsicherheitskommission aufgeben. Dann könnten wir zusätzliches Geld in die Hand nehmen, um damit die Kommunen in die Lage zu versetzen, zusätzliche Investitionen für bessere Energiesparmaßnahmen, für den Klimaschutz zu tätigen. Damit würden wir gleichzeitig Arbeitsplätze schaffen und real etwas für den Klimaschutz tun, statt nur darüber zu reden. Ich denke, das wäre eine Alternative.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit komme ich schon zu der nächsten Verpflichtung. Wir als Sozialdemokraten sind schon der Meinung, dass sich jeder Haushalt daran messen lassen muss, wie er sich auf die Arbeit auswirkt. Gestern sagte der Ministerpräsident in der Fragestunde, die Arbeitsplätze seien für die einzelnen Regionen wichtig. Das Land schafft aber keine Arbeitsplätze. Das Problem ist: Das stimmt nicht einmal. – Das Land kann über eine ganze Reihe von Möglichkeiten Arbeitsplätze schaffen oder vernichten. Über das Land als Unternehmer möchte ich jetzt nicht reden. Das wird nachher Frau Kollegin Hoffmann tun, die sich ausführlich mit dem Unternehmen Hessische Staatsweingüter beschäftigen wird.

Aber Verantwortung für die Arbeit kann man auch indirekt tragen. Wir haben hier alle zusammen häufig genug über die Dorferneuerung diskutiert. Jeder kennt den Satz: 1 € aus der Dorferneuerung führt zu 5 € Investitionen. – Wenn Sie die Mittel aus dem Programm für die Dorferneuerung auf anderes umverteilen, dann müssen Sie im Auge haben, dass Sie bei einer Kürzung um 800.000 € einen Ausfall von 4 Millionen € an Investitionsmitteln haben werden. Ein Ausfall von 4 Millionen € Investitionsmitteln bedeutet ebenfalls indirekt eine Vernichtung von Arbeitsplätzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich komme zum zweiten Punkt. Wir diskutieren hier z. B. auch, zum was weiß ich wievielten Male, über den Abbau an Arbeitsplätzen bei den Waldarbeitern. Dazu sage ich einmal schlicht: Es mangelt Ihnen an Fantasie. – Fantasie kann manchmal nämlich bedeuten, neu erzielte Einnahmen in Verbindung zu setzen zu nötigen Ausgaben. Was

hindert uns eigentlich daran, dem Interesse all dieser älteren Herrschaften nachzugeben, die glauben, dass der Sitz hinter dem Jagdgewehr sozusagen ihre Lebenserfüllung ist, und ihnen möglichst viel Staatswald zu verpachten?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir den Staatswald dann verpachtet haben, was hindert uns daran, das daraus erzielte Geld dafür einzusetzen, dass die Waldarbeiter das Vermögen des Waldes im Waldsanierungsprogramm und durch andere Maßnahmen besser instand halten können?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Volker Hoff (CDU): Was machen wir mit den jungen Jägern?)

Nebenbei möchte ich bemerken: Wir hätten dann auch die Situation, dass Försterinnen und Förster nicht mehr nur dafür verantwortlich sind, dass Bäume umgehackt werden. Vielmehr wären sie dann frei für andere Aufgaben, wie etwa die, junge Menschen an den Wald heranzuführen. Mit etwas mehr Fantasie kann man also im Landesdienst in Hessen Arbeit schaffen. Ich glaube, darin besteht der Unterschied zwischen Ihnen und uns: Die Fantasie fehlt Ihnen. – Ich denke, da können wir noch ein bisschen nachhelfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Besonders spannend wird es bei den Sonntagsreden. Sie werden über das Ehrenamt, die Zivilgesellschaft und das politische Handeln gehalten. Ich meine dazu: Wie man die Wirkungsmöglichkeiten Ehrenamtlicher reduziert, kann man bei jedem Gesetzesvorhaben erkennen. Herr Minister, wir sind gespannt, wie das im novellierten Naturschutzgesetz sein wird, welche Möglichkeiten Ihnen also einfallen werden, ehrenamtliche Betätigung noch weiter einzuschränken.

Das trifft aber auch auf die Ausbildung Ehrenamtlicher zu. Frau Kollegin Hammann hat das schon angesprochen. Viele Ehrenamtliche haben davon profitiert, dass wir mit dem Naturschutz-Zentrum Hessen eine durchaus angesehene Institution hatten. Sie haben die Arbeit des Naturschutz-Zentrums so weit heruntergefahren, dass es nur noch marginal arbeiten kann. Sie wollen gar nicht, dass diese Arbeit unterstützt wird. Vielmehr wollen Sie, dass Naturschutz nur noch das ist, was der Staat macht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

An dieser Stelle wird der grundsätzliche Bruch in Ihrer Ideologie deutlich. Man kann das aber bei Ihrem Verhalten gegenüber der Verbraucherzentrale Hessen noch viel deutlicher aufzeigen. Jeder weiß: Werbung und Wahrheit haben relativ wenig miteinander zu tun.

(Volker Hoff (CDU): Na, na, na! – Heiterkeit der Abg. Jürgen Walter und Reinhard Kahl (SPD))

– Ich habe nicht über Ihre politischen Reden gesprochen.

(Volker Hoff (CDU): Was Sie sagen, ist völliger Quatsch! Was Sie hier sagen, ist völliger Blödsinn!)

– Kann ich jetzt weitermachen? – Er hat gesagt, es sei völliger Blödsinn, was ich hier sage.

(Volker Hoff (CDU): Das stimmt!)

Er sagt das als Sachverständiger für Wahrheit als auch für Werbung.

(Volker Hoff (CDU): Was Sie hier gesagt haben, ist besonders „komisch“! Was Sie hier machen, ist unverschäm!)

In manchen Fällen ist das das Einzige, was Menschen kriegen, wenn sie Produkte kaufen. Wenn Menschen ihr Recht wahrnehmen wollen, auch beim Kaufen als mündige Bürger aufzutreten, brauchen sie unabhängige Beratung. Dazu dient z. B. die Verbraucherzentrale Hessen. Ich kenne das Argument, das nachher wieder genannt werden wird, wenn es um den Verbraucherschutz geht. Es lautet, dass das Land Hessen viele Veterinäre eingestellt und dadurch den Verbraucherschutz erhöht habe. Auch das wurde von uns hier ja ritualisiert. Aber ich frage Sie an dieser Stelle wirklich: Was ist das für eine Ideologie? Was für eine Staatsfixiertheit haben Sie, dass Sie glauben, die Einstellung von ein paar Beamten und das freie Wahlrecht der Menschen beim Kauf von Gütern seien als Gegensatz zu betrachten? Mit Verlaub, das ist eine Form der Staatsfixiertheit, die mich eher an die SED als an eine westdeutsche Partei erinnert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Volker Hoff (CDU): Das sagt der Richtige!)

Herr Minister, ich möchte das jetzt zusammenfassen. – Übrigens, ich kenne ein Institut, in dem man lernen kann, sich auch in Debatten angemessen einzubringen.

(Volker Hoff (CDU): Das ist schön!)

Herr Minister, ich möchte das jetzt zusammenfassen. Herr Minister, ich glaube, Ihnen wäre geholfen, wenn wir den Titel Ihres Ministeriums in „Hessisches Ministerium für Landwirtschaft“ ändern würden. Dann würde der Titel nämlich dem entsprechen, was Sie tun. Anderes sollten Sie nicht in Anspruch nehmen, auch nicht beim Haushalt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Heinrich Heidel für die FDP-Fraktion.

(Beifall der Abg. Roland von Hunnius (FDP) und Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Heinrich Heidel (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Reinhard Kahl (SPD): Herr Vizepräsident!)

– Herr Präsident! – Mitglieder des Jugendrings, der Feuerwehr und Freiberufler, all die warten draußen auf ihre Veranstaltung. Deshalb gestatten Sie mir, dass ich nur ein paar wenige Anmerkungen zu den beiden Anträgen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen werde. Zum Thema Wein wird Herr Kollege Denzin gleich noch einige Anmerkungen für die FDP-Fraktion machen.

Wir reden jetzt über den Haushaltsentwurf des Umweltministers. Wir können dabei feststellen, dass er Federn lassen musste. Bei dem Sparkonzept der Landesregierung – man könnte auch sagen: bei dem so genannten Sparkonzept der Landesregierung – ist er schlecht weggekommen.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Keine Schärfe!)

Wir haben heute den ganzen Tag über die Haushaltsentwürfe der unterschiedlichsten Ministerien diskutiert. Herr Minister, ich bin da der Meinung: Sie hätten etwas mehr Unterstützung aus der Fraktion gebrauchen können, um den Aufgaben Ihres Ministeriums, die sehr vielfältig sind – das wurde eben auch schon aus den Beiträgen meiner beiden Vorredner deutlich –, gerecht zu werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich will einige wenige Punkte aus Sicht der FDP ansprechen. Es gibt sicherlich vieles, was diskussionswürdig wäre. Aber die Uhrzeit gebietet, nur einiges herauszugreifen.

Ich beginne mit dem, womit Herr Kollege Grumbach geendet hat. Wenn wir darüber diskutieren, in Hessen Landwirtschaft flächendeckend erhalten zu wollen, dann müssen wir diese Landwirtschaft auch unterstützen. Herr Minister, an dieser Stelle sind Sie sehr bemüht – das gestehe ich Ihnen zu –, doch Bemühen reicht nicht. Wir haben vonseiten der FDP versucht, Ihnen zu helfen, etwas mehr in den Haushalt einzustellen. Dies ist vonseiten der CDU-Fraktion, die das zu verantworten haben wird, abgelehnt worden.

Wir taten dies bewusst vor dem Hintergrund – ich sage das, damit die Freude auf der linken Seite nicht zu groß wird –, dass die Bundesregierung derzeit gegen die deutsche Landwirtschaft mit einer Kampagne vorgeht, wie es sie noch nie gegeben hat.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Der nächste Punkt ist das Thema erneuerbare Energien. Es reicht nicht aus, ein Biokompetenzzentrum in Witzenhausen zu schaffen, eine Person im Ministerium damit zu beauftragen. Nein, hier muss auch Butter bei die Fische. Hier muss auch ein Euro in die Hand genommen werden, um helfen zu können, um Anschubpilotprojekte in den Regionen – ich sage bewusst: in den Regionen – zu installieren. Diese Pilotprojekte sollen als Zugpferde für andere Projekte dienen. Hier müssen wir eine Vorreiterrolle einnehmen. Hier müssen wir unterstützend helfen, zumindest in der Anfangszeit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Zuruf der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Der nächste Punkt ist Umweltbildung, das Naturschutzzentrum Wetzlar. Man kann breit und lang darüber diskutieren, was man denn will. Die Landesregierung hat die Mittel halbiert, und in harten Gesprächen wurde nach dem Rücktritt des Vorstands eine Lösung gefunden, von der die Betroffenen sagen, dass sie damit leben können. Dann können Sie natürlich sagen, dass die 50.000 €, die die FDP-Landtagsfraktion als Steigerung einbringen will, nicht viel bewirken würden. Aber darum geht es gar nicht. Es geht darum, ein Signal zu setzen, dass wir diese Umweltbildung auch in Zukunft wollen. Darum ging es uns mit den 50.000 €. Sie sollten sein Zeichen sein.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will noch das Landgestüt in Dillenburg ansprechen. Damit haben wir uns schon sehr intensiv befasst. Wir haben schon lange und breite Diskussionen geführt. Ich will hier nur, weil es uns untergekommen ist, ein Signal ankündigen, auch an diejenigen, die dort beschäftigt sind. Im Landgestüt Dillenburg werden für andere Bundesländer einige Aufgaben übernommen. Diese Aufgaben werden

im Moment von den anderen Bundesländern nicht finanziert. Warum stellen wir in diesen Haushalt nicht einen Titel mit 20.000 € ein, über den Kostenerstattungen bei anderen Bundesländern für Ausbildungsleistungen eingebracht werden sollen, die wir für diese Bundesländer einbringen?

(Beifall bei der FDP)

Es ist sehr schwierig – damit komme ich zum Ende –, diesen Haushalt mit dem vorgehenden zu vergleichen, weil in unserem Bereich die Produkthaushalte sehr weit fortgeschritten sind. Deshalb sind Vergleichsmöglichkeiten nur sehr schwierig und mit großem Aufwand herzustellen. Aber, Herr Minister, wir werden Sie daran messen, was nach einem Jahr passiert ist im Vergleich zu dem, was in den Haushaltsjahren vorher gehandelt worden ist. Dabei geht es zum einen um den Kellerwald, bei dem ich den ganzen Hickhack, der gewesen ist, nicht für gut halte und auch nicht unterstützen kann. Ich hoffe, dass mit der Benennung des neuen Chefs endlich Ruhe einkehrt, dass auch diejenigen, die das Theater veranstaltet haben, mittlerweile einsehen, dass man so nicht weiterkommt.

(Beifall bei der FDP)

Der zweite Punkt ist ein Thema, das uns in nächster Zeit weiter beschäftigen wird: das Thema Biblis. Ich bin jedes Mal erschrocken, wenn das Faxgerät zu Hause läuft und immer wieder eine neue Meldung aus Biblis erscheint, was wieder an welcher Stelle gewesen ist.

(Priska Hinz und Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Abschalten jetzt!)

Meine Damen und Herren, es ist auch unsere Aufgabe, von dem Betreiber zu verlangen, zukünftig sehr sorgfältig zu arbeiten und die Sicherheit der Menschen in der Region und darüber hinaus sicherzustellen.

(Beifall bei der FDP)

Ein Letztes. Wir haben als FDP darauf verzichtet, in diesen Haushaltsbereichen das Spielchen linke Tasche, rechte Tasche zu betreiben. Die einen wollen eine Gewässerschutzabgabe, die anderen wollen es beim Klimaschutz eintreiben. Die Nächsten wollen die Jagdverpachtung. Herr Kollege Grumbach, ich bitte Sie, sich einmal mit dem Kollegen Bender in Verbindung zu setzen, um das Thema Jagdverpachtung auszudiskutieren. Dann kann man darüber reden. Aber wenn man pauschal in den Raum stellt, dass von heute auf morgen wesentlich mehr Geld bei der Jagdverpachtung einzutreiben wäre, um den Haushalt zu sanieren, dann ist man schief gewickelt.

(Beifall bei der FDP)

Alles in allem kann ich nur feststellen: Herr Minister, der Haushalt ist eine einzige Herausforderung an Sie und Ihr Ministerium. Deshalb kann ich Ihnen nur viel Erfolg wünschen, dass es Ihnen gelingt, das knappe Geld, das Sie erhalten haben, wenigstens in allen Bereichen sinnvoll einzusetzen. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Heidel. – Das Wort hat Herr Kollege Häusling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist zwar spät. Trotzdem haben wir uns dem Minister und seinem Haushaltsplan zu widmen. Wenn man eine kurze Bilanz ziehen darf: keine neuen Impulse im ganzen Haushalt, keine neuen Ideen. Ganz im Gegenteil, man hat den Eindruck, das Ministerium wird langsam, aber sicher abgewickelt. Am Ende wird vielleicht auch noch der Minister abgewickelt.

Dass das Ministerium „für ländlichen Raum“ heißt, ist eine reine Worthölse; denn Sie haben kein Konzept für den ländlichen Raum. Herr Seif rast zwar überall herum und sagt: „Wir müssen auf den demographischen Wandel reagieren, wir müssen die Programme anpassen“, aber bisher ist überhaupt nichts in diese Richtung passiert.

Herr Minister, Sie haben auch keine Antwort auf die Strukturprobleme der Landwirtschaft. Sie schreiben zwar die Programme weiterhin fort, aber Sie nutzen nicht die Chancen, die sich Ihnen durch die Agrarreform bieten. Wir haben Ihnen jetzt einen Antrag vorgelegt, die Grünlandprämie zu erhöhen, um den Regionen, die am meisten vom Strukturwandel betroffen sind, besonders zu helfen. Das nutzen Sie nicht. Es kommen 10 Millionen € mehr nach Hessen, und diese Mittel verpuffen komplett in Ihrem Haushalt. Sie nutzen auch nicht die zweite Säule der Agrarpolitik. Das ist die Regionalentwicklung. Bei der Regionalentwicklung ist seit Jahren Fehlanzeige. Alle diejenigen, die Regionalentwicklung betreiben, beklagen sich, dass die Mittel vorne und hinten nicht reichen.

Herr Minister, wir betrachten Ihre Arbeit immer sehr aufmerksam. Wir konnten letzte Woche im „Gießener Anzeiger“ lesen, womit sich der Minister jetzt wieder beschäftigt. Wir haben offensichtlich kein Haushaltsdefizit und auch kein Defizit in anderen Bereichen, sondern wir haben jetzt ein Ferkelerzeugungsdefizit in Hessen, und diesem Problem widmen Sie sich sehr eindringlich. Frau Apel hat beim letzten Mal schon den Beweis geliefert, dass das Schwein Ihnen in Hessen sehr am Herzen liegt. – Aber das ist nicht Ihre Kernaufgabe, Herr Minister. Sie sollten sich mit den Chancen des ländlichen Raums beschäftigen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schluss mit den Ferkelleien!)

Eine ganz wesentliche Chance – das haben die Vorredner auch schon angedeutet – ist das EEG. Hier liegen Chancen für den ländlichen Raum, und Sie verspielen alle die Chancen. Sie stolpern mit Ihrer Politik vor sich hin und nutzen das nicht. Ganz im Gegenteil, die CDU hat einen Antrag zum EEG eingebracht, der absurd ist. Der Minister lobt in seinen Broschüren das EEG. Die CDU-Fraktion legt einen Antrag vor, in dem sie sagt, der Strompreis werde damit künstlich in die Höhe getrieben. – Irgendwann müssen Sie sich einmal auf eine Linie einigen.

Wir sagen ganz klar mit den Mitteln, die wir in den Haushalt einstellen wollen, dass in Hessen langfristig kein Güllepott mehr ohne eine Biogasanlage sein soll, dass kein Dorf ohne Holzhackschnitzelheizung sein darf und dass in Zukunft kein Auto ohne Biokraftstoff fahren sollte, zumindest mit einem Anteil von Biokraftstoff.

Was machen Sie? Sie geben stolze 300.000 € für ein Bio-kompetenzzentrum in Witzenhausen aus. Das ist ein Ansatz, unbestritten. Man muss aber vergleichen. Bayern hat immerhin den stolzen Betrag von 10 Millionen € für das Zentrum C.A.R.M.E.N. ausgegeben, und da ist etwas bewegt worden. Man braucht sich nur die Zahl der Biogas-

anlagen in Hessen und in Bayern anschauen. Da haben Sie noch erheblichen Nachholbedarf. Anstatt etwas hineinzu stecken, passiert nichts, Fehlzanzeige.

Das Beispiel, wie sie mit ländlicher regionaler Entwicklung umgehen, ist auch schon genannt worden, nämlich das Dorferneuerungsprogramm. Herr Grumbach hat es schon gesagt, 1 € aus hessischen Mitteln löst 5 € Investitionen aus. 4.000 Arbeitsplätze werden damit gesichert. Anstatt dieses Programm weiterzuentwickeln, dem demographischen Faktor anzupassen und in den Regionen Schwerpunkte zu legen, in denen wirklich in der nächsten Zeit Strukturprobleme entstehen werden, lassen Sie alles so stehen, wie es ist. Im Gegenteil, Sie kürzen dieses Programm noch.

Im Frühjahr dieses Jahres haben Sie uns versprochen, die Leitlinien für die Regionalentwicklung zu überarbeiten. Das soll angeblich bis zum 01.01.2005 geschehen; bis heute liegt uns nichts vor. Wir hatten letzte Woche ein Gespräch mit Regionalvertretern, die uns gesagt haben, sie verbringen ein Drittel ihrer Arbeitszeit damit, zu überprüfen, welches Programm in welche Förderung hineinpasst. Von einer übergreifenden Konzeption für den ländlichen Raum kann überhaupt nicht die Rede sein.

In Ihrem Ministerium haben Sie auch den Bereich Landtourismus. Da hat man so den Eindruck – es wird auf großen Tagungen immer erwähnt –, dass dies bei Ihnen nur deswegen ein Thema ist, weil Herr Kollege Wiegel damit zusammenhängt, aber nicht deswegen, damit neue Ansätze für den ländlichen Raum entstehen. Es gibt auf jeden Fall keine Verknüpfungen mit den Mitteln aus dem Wirtschaftsministerium. Der Minister als Abwicklungsminister, ehemals HDLGN, hat eine Reform hoch gelobt als Leuchtturm der zukünftigen Förderung. Jetzt wird sie abgewickelt, wird zum Landesbetrieb, es sollen einfach nur Einnahmen requiriert werden.

Die Landwirtschaftsämter werden vollständig kommunalisiert, der Minister verzichtet auf jegliche Gestaltungsspielräume. In Zukunft wird dies eher ein Spielball der Landräte.

Nun zu Hessen-Forst. Trotz der groß angekündigten „Operation düstere Zukunft“, mit der Einsparungen in gigantischen Größenordnungen durchgeführt werden sollten, heißt das Ergebnis der Haushaltsvorlage: Das Defizit für Hessen-Forst steigt noch weiter. – Da muss man sich einmal Gedanken machen. Entweder wird da etwas falsch gemacht, oder die Zahlen waren unrealistisch. Jetzt haben Sie das Defizit dadurch ausgeglichen, dass Sie sagen, es ergäben sich 12 Millionen € aus Verkäufen, von denen wiederum nur 6 Millionen € zurückfließen würden.

Das wirklich Absurde bei der Situation ist ja, dass Sie fast 1.000 Personen in die PVS gemeldet haben. Die Forstleute, die im Wald eigentlich dringend nötig wären, schneiden jetzt irgendwo Hecken. Hessen-Forst bekommt nur einen Teil der Mittel ersetzt. So wird das Defizit bei Hessen-Forst nicht abgebaut, sondern eher immer größer.

Anstatt Initiativen zu ergreifen, die den nachwachsenden Rohstoff Holz in Zukunft intensiv nach vorne bringen und nutzen – es wäre z. B. denkbar, Hessen-Forst macht eine Agentur für Energieholz –, passiert überhaupt nichts.

(Zuruf der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Heinrich Heidel, wir waren eben erstaunt über diese fast grüne Rede.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Der war schon grün, da gab es Sie noch gar nicht!)

Aber dass die FDP den Antrag gestellt hat, Hessen-Forst noch einmal um 2,5 Millionen € zu kürzen, ist nicht unbedingt zielführend. Das müsste Heinrich Heidel eigentlich wissen.

(Michael Denzin (FDP): Auch der Heinrich braucht Geld!)

Herr Minister, der Verbraucherschutz ist ein Zusatz in Ihrem Ministerium, den Sie nicht ernst nehmen. Man kann es sich gar nicht anders erklären, wenn man sieht, wie Sie mit den bescheidenen Mitteln umgehen, um die ÄVV umzusetzen. Das ist eine völlig offene Frage, die Sie auch im Ausschuss nicht beantworten konnten. Es ist noch nicht einmal Sprit da für die Ämter, damit sie ihre Leute loschicken können, um zu kontrollieren.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Nun zum Weinkeller. Es ist heute mehrfach beschworen worden: Wie man angesichts der Haushaltslage noch Mittel in den Weinkeller stecken kann, ist draußen niemandem mehr vermittelbar. Das Finanzierungskonzept, 7,5 Millionen € durch Veräußerungen der Liegenschaften, ist völlig unrealistisch. Man hat den Eindruck, Sie haben den Kopf schon so stark in den Steinberg versenkt, dass Sie überhaupt nicht mehr in der Lage sind, irgendwelche Kritik noch ernsthaft aufzunehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben die Bedenken der Fachabteilung beiseite gewischt. Es lag uns vor, dass es sehr wohl Bedenken hinsichtlich der EU-Richtlinie zu Wettbewerbsverzerrungen gibt. Der Minister verfolgt dies nicht weiter. Das wird Ihnen irgendwann ganz heftig um die Ohren fliegen. Als Sie gemerkt haben, dass alles nicht so einfach ist, haben Sie plötzlich eine Patronatserklärung abgegeben. Patronatserklärungen werden die wenigsten kennen, es bedeutet, dass das Land Hessen sich auf Dauer verpflichtet, die Defizite, die bei dem Landesbetrieb entstehen, aus Landesmitteln zu zahlen. Sie stellen sich dann hin und sagen, das sei keine Wettbewerbsverzerrung. Das ist eine ganz eklatante Wettbewerbsverzerrung. Wenn das jemand in der Privatwirtschaft in Anspruch nehmen könnte, hätten wir vielleicht gerade in der Landwirtschaft ganz andere Verhältnisse.

(Roland von Hunnius (FDP): Sparkassen!)

Wir halten eine Sanierung des Standorts zu wesentlich geringeren Kosten sehr wohl für möglich. Das muss nur noch einmal ernsthaft geprüft werden. Das wiederum verweigern sie.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Wir stellen uns eine Offensive für den ländlichen Raum und Möglichkeiten einer neuen Energiepolitik vor und haben Ihnen das auch mit unseren Änderungsanträgen dargelegt. Wir wollen eine ernsthafte zielführende Regionalentwicklung, die sich auch gerade mit dem demographischen Wandel und den Strukturveränderungen in der Landwirtschaft befasst. Wir sagen auch, wie wir dies finanzieren wollen.

(Elisabeth Apel (CDU): Neue Steuern!)

Sie haben für diesen Bereich keine Mittel, und Sie werden in Zukunft gerade dadurch, dass Sie viele Bereiche nicht finanzieren oder unterfinanzieren, eher Schaden für den

ländlichen Raum anrichten. Wir haben eine Perspektive für den ländlichen Raum, Sie haben sie nicht. Ich hoffe, dass Sie in Zukunft noch einige Punkte von uns annehmen werden, damit wir im ländlichen Raum wirklich vorankommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Häusling. – Das Wort hat Frau Kollegin Hoffmann, SPD-Fraktion.

Christel Hoffmann (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Grumbach hat vorhin den Vorschlag gemacht, das Ministerium in Landwirtschaftsministerium umzubenennen. Herr Minister, selbst Landwirtschaft betreiben Sie noch schlecht. Dafür möchte ich ein Beispiel nennen: Die CDU-Fraktion möchte die Dachmarke Rhön gestrichen haben. Das ist eine unglaubliche Geschichte: Im Biosphärenreservat Rhön hat sich über zehn Jahre lang eine Ländereübergreifende Regionalentwicklung vollzogen,

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

die wollen Sie aus Gründen, die noch nicht einmal von der CDU-Fraktion im Haushaltsausschuss erklärt werden konnten, einfach platt machen.

(Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Frau Apel weiß es!)

Jetzt möchte ich mich aber schwerpunktmäßig dem Tagesordnungspunkt 42, den Staatsweingütern, widmen. In der vergangenen Woche haben die Staatsweingüter einmal wieder so richtig für öffentliches Aufsehen gesorgt. Meine Damen und Herren, ich hätte mir gewünscht, dass es dieses Aufsehen anlässlich der Landesweinprämierung gegeben hätte. Ich hätte mir gewünscht, dass die Staatsweingüter sich dort als Marktführer für Weine mit höchster Qualität profiliert hätten. Aber nein, es war das erste Mal, seit es die Landesweinprämierung gibt, dass sich die Staatsweingüter diesem Wettbewerb nicht gestellt haben. Ich bedauere das sehr.

(Ministerpräsident Roland Koch: Völliger Quatsch!)

Nun zu der Aufregung der vergangenen Woche: Ich möchte mich hier nicht mit Vermerken aufhalten, die in der Presse zitiert wurden. Es geht auf der einen Seite um die europarechtliche Bewertung eines Investitionszuschusses. Nach europarechtlicher Bewertung ist dies bereits eine Gewährung von Beihilfe. Dazu komme ich später. Es geht weiterhin um die Frage der Absicherung des Eigenanteils, ebenfalls in Höhe von 7,5 Millionen €.

Zu Beginn der letzten Woche hoffte der Geschäftsführer auf eine Landesbürgschaft. Im „Wiesbadener Kurier“ vom 15.11. heißt es dazu:

Zur Finanzierung wollen die Staatsweingüter einen Kredit in Höhe von 7,5 Millionen € aufnehmen. Der Finanzbedarf übersteigt allerdings den Jahresumsatz, weshalb sämtliche von den Staatsweingütern angesprochenen Banken Probleme gesehen hatten, das Darlehen allein gegen Gewährung einer

Grundschild zu geben. Die Staatsweingüter hoffen deshalb, dass das Land Hessen eine Bürgschaft gibt ...

Zwei Tage später war dann aus der Bürgschaft eine Patronatserklärung geworden; darauf wird ebenfalls am 17.11.2004 im „Wiesbadener Kurier“ hingewiesen.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Allerdings wird darauf hingewiesen, die Konditionen seien nicht so gut. Immerhin haben die Pressemeldungen dabei etwas bewirkt. Dieses Hin und Her bestätigt doch den Antrag der SPD-Fraktion. Wir wollen, dass Ihre Zahlenwerke von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer überprüft werden, und wir wollen, dass die Landesregierung dafür sorgt, dass vor einer Validierung ihrer Businesspläne keine Investitionszuschüsse an die GmbH fließen.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Warum sind Sie so misstrauisch gegenüber der eigenen Verwandtschaft?)

Denn in den Zahlenwerken sind lediglich Umsatzsteigerungen angegeben. Es fehlen jegliche Gestehungskosten zu dem Wein. Es wird nicht ausgerechnet, was ist und was werden soll.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Machen Sie doch Ihren Schwager nicht so schlecht!)

In ihren Zahlenwerken befinden sich noch nicht einmal Angaben darüber, was denn passiert, wenn es beispielsweise zu Ertragseinbußen durch Missernten kommt.

Jetzt zum Europarecht. Jetzt wird es noch einmal sehr spannend. Wir haben uns bei mehreren Gelegenheiten in der kursorischen Lesung, im Umweltausschuss und im Haushaltsausschuss mit diesen Fragen beschäftigt. In der Sache geht es um Art. 87 des EG-Vertrages, staatliche Beihilfen. Darin ist zunächst dargelegt, dass staatliche Beihilfen den Wettbewerb verfälschen können. Sie sind deshalb sehr stark eingeschränkt. Wenn staatliche Beihilfen gezahlt werden, unterliegen sie strengen Regeln.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Ihre Schulden sind ein Verstoß gewesen, die eine Million, die Sie immer gegeben haben!)

– Hören Sie einmal auf, zu schreien, Herr Kollege Jung.

Wir haben im Haushaltsausschuss letzte Woche gelernt, dass diese Beihilfen nicht nach dem Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen im Agrarsektor bewertet werden – so heißt das dicke Papier –, sondern dass Art. 87 des EG-Vertrages entscheidend sei. In der Gemeinschaftsleitlinie von 1999 findet sich eine sehr interessante Passage, die ich gern zitieren möchte. Das gilt für Betriebe, die sich im öffentlichen Eigentum befinden. Da heißt es:

Damit festgestellt werden kann, ob staatliche Kapitalzuführungen an Unternehmen, die dem Staat bereits gehören, Beihilfeelemente enthalten, wird nach dem Grundsatz eines marktwirtschaftlich handelnden privaten Kapitalgebers verfahren.

(Ministerpräsident Roland Koch: Richtig, damit ist die Frage beantwortet! – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Genau richtig, das bezieht sich auf Ihre Schulden, die Sie jahrelang gemacht haben!)

– Herr Ministerpräsident, wenn Sie sagen, damit seien wesentliche Fragen beantwortet, will ich Ihnen eine Frage stellen. Denn diese Rechtslage bei der Europäischen

Union hat sich mittlerweile geändert. Die Gemeinschaftsleitlinie, auf die Sie sich beziehen, ist außer Kraft gesetzt. Es gibt eine neue, die seit 9. Oktober dieses Jahres für alle Beihilfen gilt. In dieser neuen Gemeinschaftsleitlinie findet sich exakt diese Passage nicht mehr.

Meine Damen und Herren, ich finde es eine Ungeheuerlichkeit, dass die Landesregierung nicht in der Lage ist, zu beobachten, was sich im Wettbewerbsrecht auf der Ebene der Europäischen Union vollzieht, und hier in eine Sackgasse rennt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fordere jetzt die Landesregierung auf, verbindlich zu erklären, auf welcher Rechtsgrundlage sie denn nun ihre Förderung vornehmen will. Herr Ministerpräsident, ich fordere Sie auf: Hören Sie doch endlich auf, die Rheingauer Bevölkerung und vor allem auch die Rheingauer Winzer für dumm zu erklären. Sie haben zusammen mit Ihrem Geschäftsführer erklärt, dass die Staatsweingüter schlechter gestellt seien als private Betriebe, weil sie auf öffentliche Zuschüsse zu den Investitionen verzichten müssten. Das sagen Sie bei einem Investitionszuschuss von 50 %.

Ich kann Ihnen sagen, welche Antwort ein Winzer erhalten würde, der nach den Regeln der landwirtschaftlichen Marktstruktur gefördert werden möchte, der beste Lagen hat, bei dem festgestellt wird, dass er nicht in der Lage ist, seinen Wein in der Flasche zu verkaufen, sondern der Fassweinvermarktung betreiben muss. Dem würde gesagt werden, er solle doch wiederkommen, wenn er bewiesen hat, dass er in der Lage ist, alle seine Weine in der Flasche zu bester Qualität zu vermarkten. Davon sind die Staatsweingüter weit entfernt.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Zum Abschluss. Es ist ein Jammer, wie die Landesregierung mit den Staatsweingütern umgeht. Wir wollen die Staatsweingüter an ihrem denkmalgeschützten Standort in Eltville erhalten. Dass auch dort investiert werden muss, steht für uns fest. Das können Sie dem Haushaltsantrag der SPD-Fraktion entnehmen.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Dann wird die Sache 5 Millionen € teurer! – Axel Wintermeyer (CDU): Reine Distribution!)

Meine Damen und Herren, wir wollen dieses historische Erbe behalten, aber wir brauchen im Rheingau kein Prestigeobjekt des Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Kollegin Apel, CDU-Fraktion.

(Axel Wintermeyer (CDU): Schenk ihr reinen Wein ein!)

Elisabeth Apel (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz leistet hervorragende Arbeit in schwierigen Zeiten

und setzt gerade in schwierigen Zeiten die richtigen Akzente.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo denn?)

– Genau dazu komme ich jetzt. – Ich möchte das gern in einigen wenigen Punkten ausführen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie können es sich sparen, es stimmt eh nicht!)

Zunächst einmal zum Thema Verbraucherschutz. Seit Beginn des vergangenen Jahres ist mit hohem Engagement ein neues Verbraucherschutzprogramm auf den Weg gebracht worden, mit völlig neuen Elementen, die es bisher in Hessen überhaupt nicht gab. Wir haben seit etwas mehr als einem Jahr einen Internetzugang zu wichtigen Verbraucherinformationen.

(Gernot Grumbach (SPD): Das wissen Sie besonders gut!)

Das Internetportal weist seit Jahresanfang eine Steigerung der Nutzerfrequenz um 300 % auf. Das ist etwas, was Sie Bürgern vor allem im ländlichen Raum in der Vergangenheit überhaupt nicht angeboten haben. Verbraucherinformationen konnte man nur bekommen, indem man lange Wege zu Beratungsstellen in Kauf genommen hat.

Hessen ist die erste Region in Deutschland, in der EU, die im Verbraucherschutz eine enge Zusammenarbeit mit der Welternährungsorganisation konkret angeht und damit dem Bund ein großes Stück voraus ist, wo derartige Überlegungen noch nicht einmal angestellt werden.

(Zuruf der Abg. Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

In der amtlichen Tierseuchenbekämpfung als wichtigem Baustein des vorsorgenden Verbraucherschutzes hat Hessen kürzlich ein Qualitätsmanagement eingeführt und damit eine bundesweite Vorreiterrolle eingenommen. Wenn das Land Nordrhein-Westfalen um Unterstützung dieses hervorragenden Qualitätsmanagementsystems aus Hessen wirbt, bedeutet das nicht unbedingt, dass wir bisher aus Nordrhein-Westfalen Lob und Anerkennung für unseren Verbraucherschutz bekommen konnten. Auch daran sehen Sie, wie weit wir bundesweit voraus sind.

Die rot-grüne Vorgängerregierung hat in den Neunzigerjahren systematisch alle frei gewordenen Stellen im behördlichen Verbraucherschutz nicht nur nicht wieder besetzt, sondern sogar gestrichen, und hat auf diese Weise den Verbraucherschutz als finanziellen Steinbruch missbraucht.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben von Ihnen 1999 ein Vollzugsdefizit von 85 % geerbt. Aus dieser Situation heraus haben wir zunächst einmal 40 neue Lebensmittelkontrolleure eingestellt, die Zahl der Amtstierärzte um 20 % und die Zahl der Tiergesundheitsaufseher um 60 % gesteigert.

(Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viele Stellen sind besetzt?)

Zum ersten Mal in der Geschichte dieses Landes ist vor kurzem ein unabhängiger Verbraucherschutzbeirat zur Beratung der Landesregierung in allen wichtigen Fragen

des vorsorgenden Verbraucherschutzes eingerichtet worden.

Ich komme nun zu dem Bereich Umwelt und Naturschutz. Meine Damen und Herren, gegen Ihre Widerstände und die Konfrontationshaltung, die Sie in der Region Kellerwald gezeigt haben, haben wir es durch unsere Kooperation vor Ort geschafft, die Zustimmung der Bevölkerung zu einem Nationalpark Kellerwald zu erreichen.

(Gernot Grumbach (SPD): Das ist doch eher ein schlechter Scherz! – Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unglaublich!)

Zum ersten Mal gibt es in Hessen einen Nationalpark Kellerwald-Edersee als hervorragendes Merkmal für die Region und aus der Region. Ich habe den Eindruck, dass der Nationalpark Kellerwald-Edersee jetzt auch tatsächlich von der Bevölkerung gewollt und getragen wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich an die Worte des Ministerpräsidenten zur Eröffnung des Nationalparks erinnern: „Dieser Nationalpark wird nur leben, wenn die Menschen mit ihm leben wollen.“ Genau das ist der Ansatzpunkt, und ich habe den Eindruck, dass wir den richtigen Kurs eingeschlagen haben.

(Beifall bei der CDU)

Im Umweltschutz haben wir die erfolgreiche Umweltallianz mit inzwischen 710 Mitgliedern fortgesetzt. Sie genießt inzwischen europaweites Ansehen und erhielt für die Einführung eines integrierten Managementsystems für kleine und mittlere Unternehmen sogar eine EU-Projektförderung in namhafter Größenordnung.

Die Mittel für den Hochwasserschutz und die Deichsanierung hatten 2003 den höchsten Stand in der Geschichte erreicht und liegen auch 2004 und 2005 auf diesem hohen Niveau – und das in Zeiten einer sehr schwierigen wirtschaftlichen Lage.

Wir haben im Rahmen des Landesprogramms naturnahe Gewässer allein 8 Millionen € für die Entwicklung naturnaher Gewässersysteme bereitgestellt. Neben der Verbesserung der Lebensbedingungen für Tiere, Pflanzen und letztendlich auch für die Menschen dienen diese Maßnahmen natürlich auch dem vorbeugenden Hochwasserschutz. Bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie befindet sich Hessen auf einem guten Weg. Die Bestandsaufnahmen über den Zustand der Gewässer wurden zwischenzeitlich abgeschlossen und in verschiedenen Regionalkonferenzen der Öffentlichkeit vorgestellt.

Meine Damen und Herren, seit dem Jahr 2000 sind in Hessen knapp 600 Millionen € über Landesprogramme zum Bau von Abwasseranlagen bereitgestellt worden.

Hessen hat mit der Meldung der vierten Tranche für die Gebietsausweisung Natura 2000 insgesamt 440.000 ha geeigneter Flächen nach Brüssel gemeldet. Wir haben damit insgesamt etwa 21 % der Landesfläche erreicht. Ich darf vielleicht an die magere Bilanz von Rot-Grün erinnern.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Als Sie 1999 die Regierungsverantwortung abgeben mussten, hatten Sie gerade einmal 1,7 % dieser Landesfläche für Natura 2000 ausgewiesen. Wir haben nicht nur diese Flächen vorgeschlagen und ausgewiesen, sondern wir haben darüber hinaus auch 28 Millionen € für die nächsten Jahre bereitgestellt – für die dringend notwen-

dige Grunddatenerhebung. Das ist im Übrigen ein Posten, der sich in Ihren Haushaltsplänen überhaupt nicht wieder fand.

Wir haben die Stiftung Natura 2000 ins Leben gerufen und einen Rahmenvertrag mit dem Waldbesitzerverband abgeschlossen. Auch das ist eine völlig neue Einrichtung der Kooperation statt der Konfrontation mit den betroffenen Grundstückseigentümern. Wir hatten uns zur Schonung guter Ackerflächen und zur gezielten Lenkung von Maßnahmen des Naturschutzes in Natura-2000-Gebieten vorgenommen, die Ausgleichsabgabenverordnung zu ändern. Da sind wir auf einem guten Weg. Wir wollen, dass sich Naturschutz nicht nur lohnt, sondern dass er von der Bevölkerung auch akzeptiert wird. Wir werden die zu gründende Ökopunkteagentur auch mit einer Freistellungskompetenz ausstatten, die letztendlich auch der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Landes hilft.

Im Fall der Altlastensanierung konnte der Pionierpark Mühlheim mit dem begehrten Phoenix Award ausgezeichnet werden. Meine Damen und Herren, dieser Preis ist erstmals außerhalb Nordamerikas vergeben worden. Dieser Preis ist erstmals außerhalb Nordamerikas nach Hessen gegangen.

(Beifall bei der CDU)

Das belegt auch die Kompetenz im Umweltbereich dieser Landesregierung unter der Führung von Minister Dietzel.

(Lebhafter Widerspruch der Abg. Tarek Al-Wazir und Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Im Oktober 2004 wurde das bisher ehrgeizigste Sanierungsprojekt in der Geschichte der hessischen Altlastensanierung abgeschlossen. Beim Abtrag der Tri-Halde in Stadtallendorf wurde das Projekt in Rekordzeit abgearbeitet und der zuvor veranschlagte Kostenrahmen von 43 Millionen € eingehalten.

Meine Damen und Herren, im Juni 2004 wurde das Biokompetenzzentrum, das erste seiner Art in Hessen, für die Forcierung der Biorohstoffe in Witzenhausen offiziell eröffnet.

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Hessen, ja!)

– Herr Kollege Häusling, ein derartiges Biokompetenzzentrum gab es unter Ihrer Regierungsverantwortung nicht. Da waren die Bayern schon Jahre voraus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir wollen – da sind wir genau auf dem richtigen Weg – 15 % der Energieerzeugung auf der Basis regenerativer Energie bis 2015 in die Tat umsetzen.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie denn? Ihnen fehlt ein Konzept!)

Wir legen den Schwerpunkt auf die Biomasse. Wir wollen dadurch eine zusätzliche Wertschöpfung für die Land- und Forstwirtschaft erreichen.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind doch nur Sprechblasen!)

Die Bioregion Knüll ist ein wichtiger erster Schritt auf dem Weg genau zu dieser sehr hoffnungsvollen Entwicklung für den ländlichen Raum.

Wir haben auch für 2005 wieder ausreichend Mittel für investitionswillige Betriebe in der Landwirtschaft in den Haushalt eingestellt. Wir haben 1999 von Ihnen nicht nur ein Investitionsprogramm mit einem Antragsstopp übernommen, sondern gleichzeitig eine tiefe Verunsicherung der landwirtschaftlichen Betriebe in Hessen. Wir haben diese Situation seit 1999 konsequent abgebaut. Wir stellen auch jetzt wieder hohe Mittel für die Landwirtschaft in den Landeshaushalt ein. Wir haben als erstes Bundesland in Deutschland und als erste Region in Europa eine sehr breite Notifizierung für alle wichtigen landwirtschaftlichen Qualitätsprodukte bei der Europäischen Union erreichen können, sodass wir zum allerersten Mal rechtlich konform auch Agrarmarketingmaßnahmen in sehr gezielten Projekten einsetzen können. Das Ganze wird mit großem Erfolg vorangetrieben. Der Lebensmitteleinzelhandel hat hier in erheblichen Mengen Nachfrage in Aussicht gestellt.

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Apel, denken Sie an die Redezeit.

Elisabeth Apel (CDU):

Ich komme gleich zum Ende. – Wir haben eine Forststrukturreform eingeleitet, um den Landesbetrieb Hessen-Forst auf eine solide Grundlage zu stellen. Die Waldpädagogik und die Umweltbildung werden gleichwohl fortgesetzt. Ein Borkenkäferprogramm ist im vergangenen Jahr in Gang gesetzt worden, in der Größenordnung von 600.000 €. Ausweislich der Bundeswaldinventur haben wir in den hessischen Wäldern mit Abstand den höchsten Anteil sehr naturnaher Baumartenzusammensetzungen. Insgesamt werden ausweislich der Bundeswaldinventur etwa drei Viertel der hessischen Waldfläche als naturnah eingestuft.

Wir können also zum Schluss hervorheben, dass wir eine hervorragende Bilanz im gesamten Bereich der Umwelt-, Naturschutz- und Verbraucherschutzpolitik dieser Landesregierung in Hessen haben – und das Ganze ohne zusätzliche Steuern, ohne zusätzliche Grundwasserabgabe, sondern durch einen sinnvollen Mitteleinsatz. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Denzin für die FDP-Fraktion.

Michael Denzin (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon interessant, keiner der beiden Redner der antragstellenden Fraktionen in Sachen Kellereineubau ist mit einem Wort auf den Antrag eingegangen. Ich kann das nachvollziehen. Deshalb will ich mit zwei, drei Sätzen dazu etwas sagen. Die SPD beantragt, dass der Businessplan von 2003, Herr Aufsichtsratsvorsitzender, jetzt noch einmal von einem anderen Wirtschaftsprüfer überprüft wird und uns dann vorgelegt wird.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Meine Damen und Herren, wir haben November 2004. Der Businessplan von 2003 ist wesentlich besser, als da-

mals im Plan für das Wirtschaftsjahr 2003 niedergelegt, abgeschlossen worden,

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) und Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

und zwar, Frau Kollegin Hoffmann, weil wir a) höhere Preise erzielt und b) mehr Flaschenweine abgesetzt haben, als das vorher Usus war.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) und Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Genauso sieht es in jedem Quartal bis heute in dem laufenden Jahr aus. Sie haben wiederum eine Steigerung von mindestens 20 %. Ich gehe bis zum Jahresende von sogar noch mehr aus,

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

und zwar in beiden Bereichen. Jetzt haben wir aber eine tolle Feststellung treffen müssen. Natürlich hat die Kellerkapazität nicht ausgereicht und das, was über das Fass weg musste, musste deshalb weg, weil kein Platz da war, um abzufüllen und um Flaschen zu lagern.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) und Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Da es in großen Anhörungen vorgetragen wurde, wissen wir alle,

(Zuruf der Abg. Christel Hoffmann (SPD))

dass wir, Heinrich Heidel, ich und der Kollege Staatssekretär aus der CDU, jetzt im Finanzministerium, damals darauf hingewirkt haben, dass Herr Dietzel als Minister noch ein weiteres Gutachten einholen musste. Das war dann das Darmstädter Gutachten. Denn man hat gesagt, dass das Gutachten „vor der Haustür“, von der Forschungsanstalt, nicht allein im Raum stehen bleiben könne, dass es ein Gefälligkeitsgutachten sei.

(Zurufe der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) und Christel Hoffmann (SPD))

Alles, was wir vorliegen hatten, zeigt jedem von Ihnen, dass es keine Alternative ist, in den historischen – für sich genommen historischen, aber nicht in Bezug auf die Staatsweingüter historischen – Gebäuden in Eltville zu bleiben,

(Zurufe der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

da man dort die notwendigen Kapazitäten auch unter Einsatz von 15 Millionen € nicht schaffen kann. Es ist richtig, was jetzt geschieht.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) und Elisabeth Apel (CDU))

Bleiben wir bei der Historie. Bleiben wir bei dem Unfug, den Tarek Al-Wazir und auch Jürgen Walter heute Morgen in ihren Haushaltsreden in Sachen Staatsweingüter vorgetragen haben.

Die Sozialdemokraten haben im Verlauf von 40 Jahren 70 Staatsbeteiligungen aufgebaut und gepflegt. Sie haben Firmen in Bereichen gegründet, in denen das Land wirklich nichts zu suchen hat. In der Zeit von 1991 bis 1999 waren sie, zusammen mit den GRÜNEN, nicht in der Lage, das kritisch durchzugehen. Es gab Dinge, über die man heute den Kopf schüttelt und bei denen man fragt, wieso das Land daran beteiligt war. Das hatte seinen Sinn in den Fünfzigerjahren, gerade in der Landwirtschaft. Denn das waren Aufgaben, die damals von privater Seite nicht erle-

digst wurden und wo ein Anschub des Landes richtig war. Diese 70 Beteiligungen wurden von der SPD und später von SPD und GRÜNEN gepflegt.

Heute stellt sich Sozialdemokrat Walter hierher und fordert den großen Ausbruch des Liberalismus, nämlich die Totalveräußerung des letzten Betriebes, den das Land Hessen hat.

(Beifall der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Meine Damen und Herren, jetzt will ich Ihnen einmal etwas über den Liberalismus sagen. Liberale sind nie Ideologen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Wenn ich die Forderungen so aufgreife, wie Walter das getan hat, wird das eine ideologische Forderung. Warum? Jede ideologische Forderung ist blind.

Liberale haben ein Handlungsprinzip. Das lautet: so viel Selbstverantwortung wie möglich und so wenig übertragen, wie es nötig ist.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Die Grenze zwischen dem, was wir dem Einzelnen in seinem Handlungs- und Verantwortungsbereich zutrauen, und dem, wo wir sagen, das muss die Gesellschaft insgesamt machen, ist sehr weit gesteckt.

(Zuruf des Abg. Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Diese Grenzen sind bei uns weiter als bei Ihnen, weiter als bei der SPD und, ich glaube, auch weiter als bei vielen der CDU.

Meine Damen und Herren, Liberale haben aber auch ein zweites Prinzip. Das ist das Abwägen. Wir wissen, keiner von uns hat in der Politik die letzte Weisheit gepachtet.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Deshalb müssen wir abwägen. Wir müssen die Umstände sehen und uns die Rahmenbedingungen ansehen.

(Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

Jetzt komme ich zu dem, was Sie hier durcheinander werfen – natürlich nicht, weil Sie das nicht sehen, sondern weil Sie den Leuten in der Argumentation etwas vormachen wollen. Die Staatsweingüter sind kein originärer Bestandteil des Landeshaushalts Hessen. Die Staatsweingüter sind ein historisches Erbstück,

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

das wir im Zuge der Säkularisierung in letzter Instanz als Land Hessen erhalten haben.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Genau!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Kollege Denzin, denken Sie bitte an die Redezeit.

Michael Denzin (FDP):

Ja. – Zu den Staatsweingütern gehört natürlich nicht nur, dass wir jetzt in der Kellerei den Wein verarbeiten, sondern dazu gehören auch 200 ha Liegenschaften. Beim Übergang haben wir die abgetrennt. Die sind von der GmbH gepachtet.

Meine Damen und Herren, das Sammelsurium, das hier zusammengeworfen wird – auch die angeblichen Beihilfen –, das ist ein absoluter Mist. Acht Jahre lang haben Sie mit dem jeweiligen Verlustausgleich mehr – wahrscheinlich doppelt so viel – hineingesteckt, als das jetzt geschieht, ohne dass der Betrieb jemals auf den Stand der Technik gebracht wurde. Buchmäßig gehört der Eigenbetrieb noch zu den Staatsweingütern. Das war eine technische Trennung. Dieses Geld fließt hinein, nichts anderes. Sie verhöhnen hier die Leute und versuchen, im Rheingau Stimmung zu machen. Das wird nicht aufgehen. Ich sage Ihnen, das Klima dort ist schon total umgeschlagen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Denzin. – Das Wort hat Herr Ministerpräsident Koch.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Dietzel hat mich ermächtigt, aus unmittelbarer Betroffenheit zu der zu seinem Geschäftsbereich gehörenden Liegenschaft eine Bemerkung zu machen.

Frau Kollegin Hoffmann, alle diese Fragen sind nun vielfältig erörtert worden. Deshalb will ich mich auf drei Bemerkungen beschränken.

Die erste Bemerkung ist: Wenn die Kolleginnen und Kollegen Ihrer Partei in den letzten 20 Jahren dafür gesorgt hätten, dass dieses Weingut unter Bedingungen arbeiten kann, dass es in der Lage ist, mit privaten Wettbewerbern mitzuhalten – was seine Ausstattung, seine Investitionen angeht, etwa hinsichtlich dessen, was der Kellereileiter Ambrosi seit dem Jahr 1972 der Hessischen Landesregierung vorgeschlagen und von ihr erbeten hat –, dann hätten wir heute nicht diese Diskussion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Ich bin es ein bisschen leid, dass das immer auf dem Rücken des Betriebes ausgetragen wird, nach dem Motto: Die verkaufen Fasswein. – Sie muten diesem Betrieb eine Kellerei zu, deren Tanklager nicht ausreichend sind, um den Wein von 200 ha aufzunehmen. Das ist höchst ärgerlich. Das ändern wir jetzt, indem wir versuchen, eine neue Kellerei zu errichten.

Meine zweite Bemerkung. In der Tat hatten wir in der Zeit um 1980 und 1990 in der Art der Bezuschussung möglicherweise einen Tatbestand, der unter heutigem EU-Recht – das sich geändert hat – nicht mehr erlaubt wäre. Das muss jeder wissen. Das, was Sie immer getan und was wir vorgefunden haben, würde in Zukunft zum Exitus der Staatsweingüter führen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Die ganze Veranstaltung, die wir hier machen, führt dazu, dass wir ab dem nächsten Jahr keine unmittelbaren Zuschüsse mehr zahlen und uns wie ein normaler Kaufmann zu verhalten beginnen.

Mein dritter Punkt. Sie haben nach den EU-Richtlinien gefragt. Aus unserer Sicht ist es irrelevant, was vor und nach dem 9. Oktober war. Denn das, was vor dem 9. Ok-

tober war, gilt im Zweifel für das, was etwa bei der Einlage in die GmbH gezahlt worden ist. Es geht darum, ob ein vernünftiger Kaufmann, der eine GmbH gründet, sie mit Eigenkapital ausstatten würde. Dazu kann man vernünftigerweise Ja sagen. Im Augenblick schaffen wir aber keine neuen Subventionstatbestände. Wir verhalten uns nur normal zu unserem Eigentum. Gemeinsam haben wir entschieden, dass das Eigentum an den Grund- und Bodeneinrichtungen dieses Betriebes bei uns bleibt, im Eigentum des Landes Hessen.

(Zuruf des Abg. Gernot Grumbach (SPD))

Wenn das dem Land Hessen gehört und das Land Hessen bauen will, kann das Land nicht verlangen, dass eine Bank der GmbH ein Darlehen gibt, ohne dass sich das Land Hessen verpflichtet, mit seinem Grund und Boden, den es verpachtet hat, für dieses Projekt zu haften. Das ist eine bare Selbstverständlichkeit.

Wir regeln das nicht dadurch – was wir problemlos könnten, und niemand würde behaupten, es wäre eine Subvention –, dass wir alle Grundstücke der Staatsweingüter GmbH übertragen. Logischerweise wäre das keine Subvention. Die Tatsache, dass wir das nicht übertragen, den Staatsweingutbetrieb aber so stellen, als wäre er Eigentümer dieser Grundstücke und könnte problemlos damit haften – dann könnten wir noch zwei Kellereien bauen –, ist keine EU-rechtliche Frage.

Der zweite Aspekt betrifft die Immobilien. Das ist offensichtlich. Die derzeitige Kellerei wird verkauft, um eine neue Kellerei zu bauen. Das ist der Hauptteil der 7,5 Millionen €. Sie können nicht vortragen, das sei eine Subvention – wenn man einen Teil des übertragenen Betriebs verkauft, um einen neuen Teil des Betriebs davon zu kaufen; das Gleiche gilt für die bisherige Domäne in Hochheim, die ein Teil des bisherigen Weinguts ist. Wenn man das verkauft, um es zusammenzuführen, weil wir das in Zukunft in einer einzigen Kellerei machen, dann ist daraus auch bei weitester Interpretation keine Subvention zu machen. Diese Tatbestände können jederzeit erläutert werden. Nach Auffassung der Landesregierung führen sie nicht zu EU-rechtlichen Tatbeständen.

Würden wir das alles nicht tun und uns so verhalten wie früher – nämlich nicht wie ein normaler Kaufmann, sondern jeweils am Jahresende fragen, wie hoch der Verlust ist, und das überweisen, wie Sie das jahrzehntelang betrieben haben –, dann würde die EU möglicherweise fragen, ob das nach heutigem Recht ein Wettbewerbsverstoß ist. Alles, was wir dort machen, dient dem Ziel, nach den Regeln eines ordnungsgemäßen kaufmännischen Verhaltens mit einem Eigentum, das uns aus historischen Gründen gehört, dafür zu sorgen, dass in Zukunft kein subventionierter Wettbewerbsnachteil entsteht, sondern dass unter fairen wettbewerbsfähigen Bedingungen dieser Betrieb genauso behandelt wird wie jeder andere Betrieb im Rheingau. Wir sind in der Lage, das nachzuweisen.

Wenn aber der Hessische Landtag sagt, das dürfen wir nicht, dann haben wir die Situation, dass der Betrieb entweder Konkurs geht oder wir weiterhin EU-rechtlich Subventionen leisten.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): So ist es!)

Das zu tun, haben wir nicht die Absicht.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zuruf der Abg. Christel Hoffmann (SPD))

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Staatsminister Dietzel.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir legen Ihnen heute den Einzelplan 09 für das Jahr 2005 vor. Wir sind davon überzeugt, dass das, was wir dort dokumentieren, die zukunftsorientierte Politik für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz ist. Lassen Sie mich auch bei fortgeschrittener Zeit noch einige Punkte ansprechen.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir können hier Punkte herausstellen, bei denen wir in den letzten Jahren erfolgreich waren und bei denen wir in den nächsten Jahren erfolgreich bleiben wollen.

Nehmen wir das Beispiel Hochwasserschutz. Ich denke, wir haben gezeigt, dass wir nicht nur dann über den Hochwasserschutz diskutieren, wenn wir an der Elbe ein Hochwasser haben, sondern wir haben auch danach unsere Hausaufgaben gemacht. Es geht dabei nicht nur um die Dämme an Rhein und Main, wo wir in den letzten Jahren Sanierungsmaßnahmen in Höhe von 10 Millionen € jährlich durchgeführt haben. Die Gesamtsanierung wird zugebenermaßen wahrscheinlich bis zum Jahre 2015 dauern.

Wir haben darüber hinaus ein Konzept entwickelt, das z. B. vorsieht, dass wir Rückhaltebecken bauen. Es handelt sich dabei mit Blick auf die Europäische Wasserrahmenrichtlinie um so genannte trockene Rückhaltebecken. Im Einzugsbereich des Rheins können wir Rückhaltebecken mit einem Volumen von rund 55 Millionen m³ vorhalten, und wir wollen diese Schutzmaßnahmen weiter ausbauen.

Die dritte wichtige Maßnahme, die eben schon angesprochen worden ist, ist die Renaturierung von Bächen und Flüssen, um deren Ablauf zu verlangsamen. Ich denke, die drei genannten Vorhaben – Bau und Sanierung der Dämme, Bau von Rückhaltebecken und Renaturierung – ergeben ein hervorragendes Hochwasserschutzkonzept für Hessen.

Ein zweiter Aufgabenbereich, den wir in den letzten Jahren sehr stark forciert bearbeitet haben, ist die Altlastensanierung. Es handelt sich dabei um die Beseitigung von Altlasten, die uns von den Vorgängergenerationen hinterlassen worden sind. Vor wenigen Tagen ist der Abtrag der Tri-Halde in Stadtallendorf beendet worden. Die Tri-Halde war eine der problematischsten Altlasten in unserem Land, weil sie sich in einem Gebiet befand, unter dem 40 % des oberhessischen Grundwassers lagern. Ich gehe davon aus, dass die Sanierung des WASAG-Geländes im Laufe des nächsten Jahres abgeschlossen wird. Die Altlastensanierungsmaßnahme in Hessisch-Lichtenau wird 2008 abgeschlossen werden, und wir hoffen, dass wir den Altlastenstandort Lampertheim bis zum Jahre 2010 saniert haben.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Erfolg unserer Bemühungen der letzten Jahre zeigt sich daran, dass wir trotz des weiteren Fortschreitens bei der Altlastensanierung den Haushaltsansatz von 39 Millionen € auf 33 Millionen € zurückfahren konnten und trotzdem das Ziel erreichen werden, bis zum Jahre 2010 alle großen Altlasten in Hessen saniert zu haben.

Ein paar Bemerkungen zum Thema Naturschutz. Wir haben – im Gegensatz zu einer Reihe anderer Bundesländer – die FFH- und Vogelschutzgebiete in dem von der Bundesregierung vorgegebenen Zeitraum vorschriftsmäßig gemeldet. Diese Gebiete machen 20,9 % der Landesfläche aus. Ich denke, dass die Arbeiten jetzt weitergehen müssen. Wir müssen Managementpläne aufstellen, aber wir müssen vor allen Dingen Grunddaten erheben. Darauf ist eben schon hingewiesen worden. Nordrhein-Westfalen sammelt seit 1991 Grunddaten, auf deren Grundlage diskutiert werden kann, wenn es Streitfälle gibt. Wir sind seit zwei Jahren dabei, Grunddaten zu sammeln, um diskussionsfähig zu sein. Ich bin der Meinung, dass wir die derzeitige Nutzung auf den FFH-Flächen akzeptieren sollten und in dem Fall, wenn wir höhere Auflagen auf einem Teil der Fläche erlassen, Vertragsnaturschutz praktizieren sollten. Für Waldflächen haben wir hierzu die Stiftung Natura 2000 eingerichtet.

Ich komme zum Thema Nationalpark. Ich schließe mich den Ausführungen von Elisabeth Apel an. Sie haben zwar versucht, einen Nationalpark einzurichten, aber wir haben dieses Ziel erreicht. Das wollen wir hier noch einmal eindeutig festhalten.

(Zuruf des Abg. Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Beim Thema Nationalpark gab es immer Streit, schon 1986 und auch Ende der Neunzigerjahre. Wir konnten jetzt mit relativ großer Unterstützung durch die Region diesen Nationalpark einrichten.

Sie sprachen auch den Bereich Forsten an. Wir haben die Zahl der Forstämter von 85 auf 41 und die Zahl der Revierförstereien von 660 auf 442 reduziert. Das haben wir nicht aus Jux und Tollerei gemacht. Wir haben in diesem Bereich im letzten Jahr 46 Millionen € zugeschossen. In diesem Jahr werden es zwischen 36 und 40 Millionen € werden. Wir haben den Zuschussbedarf zwar vermindert, aber ich will klipp und klar sagen, dass ich im operativen Geschäft in die schwarzen Zahlen kommen will. Das werden wir mit den geplanten Aktionen in den nächsten Jahren auch schaffen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gleich bei dem ersten Redebeitrag zu diesem Einzelplanteilwurf war vom Klimaschutz die Rede. Ich denke, dass wir hier einiges vorweisen können. Ich nenne zum einen das Kompetenzzentrum für nachwachsende Rohstoffe in Witzenhausen. Ich denke, wir haben den Standort Witzenhausen richtig gewählt, weil sich dort einige Firmen angesiedelt haben, die sich mit diesem Thema beschäftigen.

Als zweites Beispiel nenne ich das Projekt „Bioregio Holz“. Hierfür haben wir vor einigen Jahren das Knüllgebiet ausgesucht. Im Rahmen dieses Vorhabens werden vor allen Dingen Pellet- und Holzhackschnitzelanlagen gefördert. Wenn alle Anträge umgesetzt werden, die im Knüllgebiet gestellt worden sind, dann wird es in dieser Region mehr Pellet- und Holzhackschnitzelanlagen geben als im gesamten restlichen Hessen. Wir bauen also auf diese Weise eine Musterregion auf.

(Zurufe von der SPD)

Als wir die ersten Anlagen eingeweiht haben, kamen die Pellets noch aus Österreich. Jetzt können wir die Pellets selber produzieren. Das ist ein großer Fortschritt.

(Beifall bei der CDU)

Auch wenn Sie es nicht mehr hören können: Wir stehen zum Energiemix. Das heißt, wenn wir eine CO₂-Reduzierung erzielen wollen, dann brauchen wir auch die Kernkraft. Ich habe auch an dieser Stelle immer wieder gesagt,

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass für diese Form der Energieerzeugung höchste Sicherheitsauflagen gelten müssen. Daher haben wir bei Biblis A in den letzten fünfzehn Jahren 45 sicherheitserhöhende Maßnahmen gegenüber dem Betreiber durchgesetzt. Ich denke, das ist eine enorme Leistung.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Frage ist, ob wir fossile Energieträger lieber in der Erde lassen sollten, z. B. die Steinkohle, um unseren Enkeln und Urenkeln diese Grundstoffe zu bewahren.

Es wurde eben schon angemerkt: Wir haben in unserem Regierungsprogramm festgehalten, dass bis zum Jahre 2015 15 % des Energiebedarfs durch erneuerbare Energien erzeugt werden sollen. Die Wasserkraft trägt im Augenblick mit 4 % zum Gesamtenergieaufkommen bei. Dieser Anteil wird sich kaum weiter ausbauen lassen. Windkraftanlagen werden 1,5 bis 2 % zum Energiebedarf beitragen können. Sie kennen die Diskussion. Deshalb setzen wir auf Biomasse und Biogas. Damit werden wir es bis zum Jahre 2015 schaffen, diese 15 % zu erreichen.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glaubt nicht einmal Ihr eigenes Wirtschaftsministerium!)

Ich sage Ihnen: All dies trägt auch im nächsten Jahr zu einer zukunftsorientierten Politik in den Bereichen Umwelt, ländlicher Raum und Verbraucherschutz bei.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Dietzel. – Meine Damen und Herren, zum Einzelplan 09 gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist dieser Einzelplan behandelt.

Ich rufe nun

Einzelplan 10 – Staatsgerichtshof –

auf. Es wurde vereinbart, zu dem Einzelplan keine Aussprache zu führen. – Ich sehe, dass sich jeder daran hält.

Ich rufe dann

Einzelplan 11 – Hessischer Rechnungshof –

auf. Auch hier wird keine Aussprache gewünscht. – Das ist der Fall.

Somit können wir für heute die Etatberatungen beenden und morgen früh mit der Beratung der Einzelpläne 04 und 15 fortfahren.

Abschließend rufe ich **Tagesordnungspunkt 86** auf:

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 16/2821 –

Gibt es irgendeinen Sonderwunsch? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer den Beschlussempfehlungen seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlungen sind einstimmig angenommen.

Wir sind am Ende der Sitzung. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und eine angeregte Nacht. Wir treffen uns morgen um 9 Uhr wieder. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 20.18 Uhr)

